

Dieser Prospekt stellt einen Basisprospekt der Vorarlberger Landes- und Hypothekbank Aktiengesellschaft für sonstige Nichtdividendenwerte im Sinne von Artikel 22(6)(4) der Verordnung (EG) Nr 809/2004 der Kommission vom 29. April 2004 zur Umsetzung der Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die in Prospekten enthaltenen Angaben sowie die Aufmachung, die Aufnahme von Angaben in Form eines Verweises und die Veröffentlichung solcher Prospekte sowie die Verbreitung von Werbung (in der Fassung der Richtlinie 2014/51/EU, die "Prospektrichtlinie") in der geltenden Fassung (die "Prospektverordnung") und Nichtdividendenwerte im Sinne von Artikel 22(6)(3) der Prospektverordnung dar.



VORARLBERGER LANDES- UND HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT

Angebotsprogramm für Schuldverschreibungen und Zertifikate

Gemäß den Bedingungen des in diesem Prospekt (einschließlich etwaiger Nachträge und Dokumente oder Teile von Dokumenten, die in Form eines Verweises einbezogen sind, der "Prospekt") beschriebenen Angebotsprogramms für Schuldverschreibungen und Zertifikate (das "Programm") kann die VORARLBERGER LANDES- UND HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT (die "Emittentin") folgende Schuldverschreibungen emittieren, nämlich nachrangige fix verzinste und variabel verzinste Schuldverschreibungen und nicht-nachrangige fix verzinste, variabel verzinste Schuldverschreibungen, Stufenzins-, sowie basiswertabhängig verzinste Schuldverschreibungen, Steepener-Schuldverschreibungen, Nullkupon-Schuldverschreibungen, Pfandbriefe und Kommunalpfandbriefe (die "Schuldverschreibungen") sowie fix verzinste und variabel verzinste Zertifikate, Partizipations-Zertifikate ohne Kapitalgarantie, Partizipations-Zertifikate ohne Kapitalgarantie mit Cap, Partizipations-Zertifikate mit Kapitalgarantie, Partizipations-Zertifikate mit Kapitalgarantie und Cap, Partizipations-Zertifikate mit Teilschutz, Bonus-Zertifikate mit Kapitalgarantie, Bonus-Zertifikate ohne Kapitalgarantie und Express-Zertifikate jeweils bezogen auf einen oder mehrere Basiswerte (die "Zertifikate" und zusammen mit den Schuldverschreibungen, die "Wertpapiere" und die Inhaber der Wertpapiere, die "Wertpapierinhaber").

Jede Emission von Wertpapieren erfolgt zu den im Abschnitt "Emissionsbedingungen" auf den Seiten 175 ff beschriebenen und für die jeweiligen Wertpapiere relevanten Muster-Emissionsbedingungen, die für die verschiedenen unter diesem Programm begebenen Kategorien von Wertpapieren in zwei unterschiedlichen Ausgestaltungsvarianten (i.e. "Optionen" im Sinne von Artikel 22(4) (c) der Prospektverordnung) (die "Muster-Emissionsbedingungen"). Die Muster-Emissionsbedingungen für jede Option enthalten bestimmte weitere Optionen, die durch Instruktionen und Erklärungen in eckigen Klammern innerhalb der Muster-Emissionsbedingungen gekennzeichnet sind. Die Muster-Emissionsbedingungen werden für jede Serie von Wertpapieren durch endgültige Bedingungen im Sinne von Artikel 26(5) der Prospektverordnung (die "Endgültigen Bedingungen" oder "EB") vervollständigt (zusammen die "Emissionsbedingungen"), indem die Endgültigen Bedingungen entweder (i) durch Verweis eine der Varianten der Muster-Emissionsbedingungen für die maßgebliche Emission von Wertpapieren für anwendbar erklären und die in den Muster-Emissionsbedingungen optional ausgeführten Informationsbestandteile auswählen und die in den Muster-Emissionsbedingungen fehlenden Informationsbestandteile ergänzen oder (ii) durch Wiederholung eine der Varianten der Muster-Emissionsbedingungen für die maßgebliche Emission von Wertpapieren für anwendbar erklären und die optional ausgeführten Informationsbestandteile durch Streichungen auswählen und die in den Muster-Emissionsbedingungen fehlenden Informationsbestandteile ergänzen. Je ein Muster der Endgültigen Bedingungen für Schuldverschreibungen und Zertifikate findet sich ab Seite 243 des Prospekts. Die für eine Emission von Wertpapieren geltenden Endgültigen Bedingungen werden der Wertpapiere verbrieft (wie nachfolgend definiert) beigefügt oder darauf vermerkt. Die Endgültigen Bedingungen ergänzen gegebenenfalls die Muster-Emissionsbedingungen. Dieser Prospekt wurde nach Maßgabe der Anhänge V, XI, XII, XXII und XXX der Prospektverordnung erstellt und von der österreichischen Finanzmarktaufsichtsbehörde (die "FMA") in ihrer Funktion als zuständige Behörde gemäß dem österreichischem Kapitalmarktgesetz (das "KMG"), das die Prospektrichtlinie umsetzt, gebilligt.

Die inhaltliche Richtigkeit der in diesem Prospekt gemachten Angaben ist nicht Gegenstand der Prüfung dieses Prospekts durch die FMA im Rahmen der diesbezüglichen gesetzlichen Vorgaben. Die FMA prüft diesen Prospekt ausschließlich auf Vollständigkeit, Kohärenz und Verständlichkeit gemäß § 8a Abs 1 KMG.

Die Emittentin hat die FMA ersucht, der zuständigen Behörde in der Bundesrepublik Deutschland eine Bescheinigung über die Billigung des Prospekts zu übermitteln, aus der hervorgeht, dass dieser Prospekt gemäß dem KMG erstellt wurde (die "Notifizierung"). Die Emittentin kann die FMA jederzeit ersuchen, weiteren zuständigen Behörden von Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums ("EWR") Notifizierungen zu übermitteln und in diesen Staaten Wertpapiere öffentlich anbieten. Die Emittentin ist gemäß den Bestimmungen der Prospektrichtlinie und des KMG dazu verpflichtet, einen Nachtrag zu diesem Prospekt zu erstellen, zu veröffentlichen und der FMA und dem Börseunternehmen, das die Märkte betreibt, an denen die Wertpapiere notieren, die gesetzlich vorgeschriebene Anzahl an Kopien des Nachtrags zukommen zu lassen, falls während der Laufzeit des Programms ein wichtiger neuer Umstand, eine wesentliche Unrichtigkeit oder Ungenauigkeit in Bezug auf die im Prospekt enthaltenen Angaben, die die Bewertung der Wertpapiere beeinflussen könnten, zwischen der Billigung des Prospekts und dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots oder, wenn diese später eintritt, der Eröffnung des Handels an einem geregelten Markt, auftreten bzw. festgestellt werden. Die Zulassung des Programms zum Geregelten Freiverkehr der Wiener Börse wird beantragt. In den maßgeblichen Emissionsbedingungen wird angegeben, ob die Zulassung von Wertpapieren zum Handel im Geregelten Freiverkehr der Wiener Börse oder in die Einbeziehung in den von der Wiener Börse als Multilaterales Handelssystem ("Multilateral Trading Facility", "MTF") geführten Dritten Markt beantragt wird. Die Emittentin kann ferner Wertpapiere ausgeben, für die keine Börseneinführung und/oder Einbeziehung in ein MTF vorgesehen ist. Jede Serie von Wertpapieren wird in einer auf Inhaber lautenden Dauersammelurkunde verbrieft (eine "Sammelurkunde"), die nach Maßgabe der Emissionsbedingungen entweder bei der Emittentin oder von einem oder im Namen eines Clearing-Systems verwahrt wird, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Wertpapieren erfüllt sind. Ein Anspruch auf Einzelverbrieftung oder Ausfolgung effektiver Stücke einzelner Wertpapiere oder Zinsscheine ist ausgeschlossen.

Interessierte Anleger sollten sich vergewissern, dass sie die Struktur der jeweiligen Wertpapiere und das mit ihnen verbundene Risiko verstehen, und ferner die Eignung der betreffenden Wertpapiere als Anlageinstrument angesichts ihrer persönlichen Umstände und finanziellen Situation abwägen. Wertpapiere können in einem hohen Maß mit Risiken behaftet sein, einschließlich des Risikos des Totalverlustes des eingesetzten Kapitals. Interessierte Anleger sollten daher bereit sein, einen Totalverlust des Kaufpreises ihrer Wertpapiere hinzunehmen. Weitere Informationen zu Risiken enthält der Abschnitt "Risikofaktoren" auf den Seiten 54 ff.

Dieser Prospekt stellt einen Basisprospekt im Sinne des Artikels 5(4) der Prospektrichtlinie dar.

Das Datum dieses Prospektes ist der 21.9.2016

INHALTSVERZEICHNIS

ALLGEMEINE HINWEISE UND VERKAUFSBESCHRÄNKUNGEN	3
Allgemeine Hinweise.....	3
Verkaufsbeschränkungen	4
Informationsquellen	5
Zukunftsgerichtete Aussagen.....	5
ZUSTIMMUNG ZUR PROSPEKTVERWENDUNG.....	6
DURCH VERWEIS AUFGENOMMENE DOKUMENTE	8
ZUSAMMENFASSUNG DES PROGRAMMES	11
A. Einleitung und Warnhinweise	11
B. Die Emittentin	13
C. Die Wertpapiere	25
D. Risiken.....	46
E. Angebot	52
RISIKOFAKTOREN	54
1. Allgemein	54
2. Risikofaktoren in Bezug auf die Geschäftstätigkeit der Emittentin.....	54
3. Risiken in Bezug auf die Wertpapiere	77
4. Risiken in Zusammenhang mit den Basiswerten derivativer Wertpapiere ..	93
5. Zusätzliche Risiken derivativer Wertpapiere	96
6. Produktspezifische Risiken	97
7. Risiken in Zusammenhang mit besonderen Ausstattungsmerkmalen	99
ALLGEMEINE BESCHREIBUNG DES PROGRAMMES	101
ANGABEN ZUR EMITTENTIN	108
1. Verantwortliche Personen.....	108
2. Abschlussprüfer.....	108
3. Risikofaktoren	109
4. Angaben über die Emittentin	109
5. Geschäftsüberblick	114
6. Organisationsstruktur	118
7. Trend Informationen.....	121
8. Gewinnprognosen oder -schätzungen.....	122
9. Verwaltungs-, Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane	122
10. Hauptaktionäre	130

11. Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin	131
12. Wesentliche Verträge	133
13. Angaben von Seiten Dritter, Erklärungen von Seiten Sachverständiger und Interessenerklärungen	133
14. Einsehbare Dokumente	133
15. Ratings	134
WERTPAPIERBESCHREIBUNG	136
1. Verantwortliche Personen	136
2. Risikofaktoren	136
3. Zentrale Angaben	136
4. Angaben über die anzubietenden bzw zum Handel zuzulassenden Wertpapiere	137
5. Konditionen des Angebots	163
6. Zulassung zum Handel und Handelsregeln	167
7. Zusätzliche Angaben	167
GLOSSAR UND ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	169
UNTERFERTIGUNG DES PROSPEKTS	174
EMISSIONSBEDINGUNGEN	175

ALLGEMEINE HINWEISE UND VERKAUFSBESCHRÄNKUNGEN

Allgemeine Hinweise

Die im Prospekt enthaltenen Informationen in Bezug auf die Emittentin und ihre konsolidierten Tochtergesellschaften, die mit den Wertpapieren verbundenen Rechte sowie die geltende Rechtslage und Praxis der Rechtsanwendung (zB steuerliche Angaben), beziehen sich auf das Datum dieses Prospekts. Diese Informationen sind solange gültig, als nicht aufgrund eines neuen wichtigen Umstandes oder einer wesentlichen Unrichtigkeit oder Ungenauigkeit hinsichtlich der im Prospekt enthaltenen Angaben, die die Bewertung der Wertpapiere beeinflussen können, ein Nachtrag zum Prospekt veröffentlicht wurde. Die Gültigkeit dieses Prospekts ist mit höchstens zwölf Monaten nach dem Tag seiner Billigung beschränkt vorausgesetzt, dass er erforderlichenfalls um etwaige Nachträge ergänzt wird.

Eine möglichst vollständige Information über die Emittentin und die Wertpapiere ist nur gegeben, wenn dieser Prospekt - ergänzt um allfällige Nachträge - in Verbindung mit den jeweils veröffentlichten Endgültigen Bedingungen (einschließlich allfälliger Annexe) gelesen wird.

Investoren haben sich bei einer Investitionsentscheidung auf ihre eigene Einschätzung der Emittentin sowie die Vorteile und Risiken, die mit der Investition in Wertpapiere zusammenhängen, zu verlassen.

Jedwede Entscheidung zur Investition in Wertpapiere sollte ausschließlich auf dem genauen Studium des Prospekts zusammen mit den jeweils maßgeblichen Endgültigen Bedingungen beruhen, wobei zu bedenken ist, dass jede Zusammenfassung oder Beschreibung rechtlicher Bestimmungen, gesellschaftsrechtlicher Strukturen oder Vertragsverhältnisse, die in diesem Prospekt enthalten ist, nur der Information dient und nicht als Rechts- oder Steuerberatung betreffend die Auslegung oder Durchsetzbarkeit ihrer Bestimmungen angesehen werden sollte. Der Prospekt ersetzt nicht die in jedem individuellen Fall unerlässliche Beratung durch geeignete Berater des Investors.

Der vorliegende Prospekt dient ausschließlich der Information von potentiellen Anlegern. Bei den im Prospekt enthaltenen Informationen handelt es sich insbesondere weder um eine Empfehlung zum An- oder Verkauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren noch um eine Aufforderung bzw. eine Einladung zur Abgabe eines Angebots zur Zeichnung oder zum An- oder Verkauf derselben. Im Falle von Zweifeln über den Inhalt oder die Bedeutung der im Prospekt enthaltenen Informationen ist eine befugte oder sachverständige Person zu Rate zu ziehen, die auf die Beratung beim Erwerb von Finanzinstrumenten spezialisiert ist.

Die unter diesem Prospekt begebenen Wertpapiere werden von keiner Zulassungs-, Billigungs- oder Aufsichtsbehörde in Österreich oder einer Wertpapier-, Billigungs- oder Zulassungsstelle im Ausland noch in sonstiger Weise zum Kauf empfohlen.

Niemand ist ermächtigt, Informationen oder Zusagen über die Emittentin und/oder die Wertpapiere abzugeben, die nicht im Prospekt enthalten sind. Falls solche doch erfolgen, darf niemand darauf vertrauen, dass diese von der Emittentin autorisiert worden sind.

Dieser Prospekt samt Nachträgen und Endgültigen Bedingungen (einschließlich allfälliger Annexe) darf weder ganz oder teilweise reproduziert noch weitergegeben werden. **Jeder Anleger stimmt der eingeschränkten Verwendung mit Entgegennahme dieses Prospektes zu.** Ausschließlich die Emittentin sowie gegebenenfalls die sonstigen in diesem Prospekt samt Nachträgen und Endgültigen Bedingungen (einschließlich allfälliger Annexe) genannten Quellen haben die zur Erstellung dieser Dokumente benötigten Informationen zur Verfügung gestellt.

Verkaufsbeschränkungen

Mit Ausnahme von Österreich und Deutschland (und allfälligen weiteren EWR-Mitgliedsstaaten, in die der Prospekt gültig notifiziert wurde) darf dieser Prospekt in keinem Land veröffentlicht werden, in dem Vorschriften über die Registrierung, Zulassung oder sonstige Vorschriften im Hinblick auf ein öffentliches Angebot bestehen oder bestehen könnten, die einer Veröffentlichung oder einem Angebot der Wertpapiere entgegen stehen könnten. Insbesondere darf der Prospekt nicht in die Vereinigten Staaten von Amerika gebracht werden.

Die unter diesem Prospekt begebenen Wertpapiere der Emittentin sind und werden in Zukunft nicht nach den Vorschriften des U.S. Securities Act of 1933 (der "**Securities Act**") registriert und unterliegen als Inhaberpapiere bestimmten Voraussetzungen des U.S. Steuerrechtes. Abgesehen von bestimmten Ausnahmen, die im U.S. Steuerrecht festgelegt werden, dürfen die Wertpapiere nicht innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika oder an U.S. Personen (wie im Securities Act definiert) angeboten, verkauft oder geliefert werden.

In keinem EWR-Mitgliedstaat, der die EU-Prospekt-Richtlinie umgesetzt hat, dürfen die Wertpapiere öffentlich angeboten werden, außer

- (a) es wurde im Einklang mit den jeweils anwendbaren nationalen Umsetzungsvorschriften zur Prospektrichtlinie vor oder gleichzeitig mit dem Angebotsbeginn ein von der Billigungsbehörde im Angebotsstaat gebilligter oder der im jeweiligen Mitgliedsstaat zuständigen Behörde notifizierter Prospekt (Nachtrag) ordnungsgemäß hinterlegt und veröffentlicht und die Gültigkeitsdauer des Prospekts von 12 Monaten nach seiner Billigung ist noch nicht abgelaufen;
- (b) es handelt sich um ein Angebot, das sich ausschließlich an qualifizierte Anleger iSv Artikel 2(1)(e) der Prospektrichtlinie richtet;
- (c) es handelt sich um ein Angebot von Wertpapieren mit einer Mindeststückelung oder einem Mindestzeichnungsbetrag von EUR 100.000; oder
- (d) es handelt sich um ein Angebot, das sonst keine Pflicht zur Veröffentlichung eines Prospektes durch die Emittentin gemäß Artikel 3 der Prospektrichtlinie auslöst.

Unter einem "**öffentlichem Angebot**" von Wertpapieren in einem Angebotsstaat, der EWR-Mitgliedstaat ist, ist eine Mitteilung an das Publikum in jedweder Form und auf jedwede Art und Weise zu verstehen, die ausreichende Informationen über die Angebotsbedingungen

und die anzubietenden Wertpapiere enthält, um einen Anleger in die Lage zu versetzen, sich für den Kauf oder die Zeichnung dieser Wertpapiere zu entscheiden, wobei Abweichungen von dieser Definition in den nationalen Umsetzungsbestimmungen zur Prospektrichtlinie miterfasst sind.

Informationsquellen

Soweit in diesem Prospekt nichts anderes angegeben ist, wurden die hierin enthaltenen Daten und Informationen dem geprüften konsolidierten Jahresabschluss (Konzernabschluss) der Emittentin zum 31.12.2015 und/oder dem ungeprüften konsolidierten Halbjahresfinanzbericht zum 30.6.2016 entnommen. Die Emittentin bestätigt, dass Angaben in diesem Prospekt, die von dritten Personen übernommen wurden, korrekt wiedergegeben werden und dass, soweit dies der Emittentin bekannt ist und sie dies aus den von der dritten Person veröffentlichten Informationen ableiten konnte, keine Tatsachen unterschlagen werden, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Prospekt enthält unter der Rubrik "Zusammenfassung des Programmes", "Risikofaktoren" und an weiteren Stellen Aussagen, die zukunftsgerichtete Aussagen sind oder als solche gedeutet werden können. In manchen Fällen können diese zukunftsgerichteten Aussagen an der Verwendung von zukunftsgerichteten Ausdrücken, wie beispielsweise "glauben", "schätzen", "vorhersehen", "erwarten", "beabsichtigen", "abzielen", "können", "werden", "planen", "fortfahren" oder "sollen" oder im jeweiligen Fall deren negative Formulierungen oder Varianten oder eine vergleichbare Ausdrucksweise oder durch die Erörterung von Strategien, Plänen, Zielen, zukünftigen Ereignissen oder Absichten erkannt werden. Die in diesem Prospekt enthaltenen zukunftsgerichteten Aussagen schließen alle Themen ein, die keine historischen Tatsachen sind sowie Aussagen über die Absichten, Ansichten oder derzeitigen Erwartungen der Emittentin, die unter anderem das Ergebnis der Geschäftstätigkeit, die finanzielle Lage, die Liquidität, der Ausblick, das Wachstum und die Strategien sowie den Industriezweig und die Märkte, in denen die Emittentin tätig ist, betreffen (die "**zukunftsgerichteten Aussagen**").

Die in diesem Prospekt enthaltenen zukunftsgerichteten Aussagen enthalten bestimmte Ziele. Diese Ziele meinen Ziele, die die Emittentin zu erreichen beabsichtigt, stellen jedoch keine Vorhersagen dar. Ihrer Natur nach umfassen zukunftsgerichtete Aussagen bekannte und unbekannte Risiken sowie Unsicherheiten, da sie sich auf Ereignisse und Umstände beziehen, die in der Zukunft eintreten oder nicht eintreten können. Zukunftsgerichtete Aussagen sind keine Zusicherungen einer künftigen Wertentwicklung. Potentielle Anleger sollten daher kein Vertrauen in diese zukunftsgerichteten Aussagen legen.

Viele Faktoren können dafür verantwortlich sein, dass sich die tatsächlichen Erträge, die Wertentwicklung oder die Erfolge der Emittentin wesentlich von künftigen Erträgen, Wertentwicklungen oder Erfolgen, die durch solche zukunftsgerichteten Aussagen ausgedrückt oder impliziert werden, unterscheiden. Diese Faktoren werden, soweit sie der

Emittentin bekannt sind und sie sie für wesentlich erachtet, unter "Risikofaktoren" genauer beschrieben.

Sollte ein Risiko oder sollten mehrere der in diesem Prospekt beschriebenen Risiken eintreten oder sollte sich eine der zugrunde liegenden Annahmen als unrichtig herausstellen, können die tatsächlichen Erträge wesentlich von den in diesem Prospekt als erwartet, vermutet oder geschätzt beschriebenen abweichen oder zur Gänze ausfallen. Die Emittentin beabsichtigt keine Aktualisierung der in diesem Prospekt enthaltenen Informationen nach dem Ende des Angebots.

ZUSTIMMUNG ZUR PROSPEKTVERWENDUNG

Die Emittentin erteilt allen Kreditinstituten als Finanzintermediäre, die als Kreditinstitute im Sinne der Richtlinie 2013/36/EU in einem EWR-Mitgliedstaat zugelassen sind, ihren Sitz in dem betreffenden Mitgliedstaat haben und die zum Emissionsgeschäft oder zum Vertrieb von Wertpapieren berechtigt sind sowie allen Wertpapierdienstleistungsunternehmen gemäß § 4 Wertpapieraufsichtsgesetz 2007 und Finanzdienstleistungsinstituten gemäß § 1 Abs. 1a deutsches Kreditwesengesetz, die über die erforderlichen Berechtigungen verfügen (zusammen die "**Finanzintermediäre**"), ihre ausdrückliche Zustimmung, diesen Prospekt samt aller durch Verweis einbezogenen Dokumente und allfälliger Nachträge, für den Vertrieb von unter diesem Prospekt begebenen Wertpapieren in Österreich und allen EWR-Mitgliedstaaten, in die der Prospekt gültig notifiziert wurde zu verwenden. Insbesondere erteilt die Emittentin nicht die Zustimmung zur Verwendung des Prospektes in den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Emittentin erklärt, dass sie die Haftung für den Inhalt des Prospekts auch hinsichtlich einer späteren Weiterveräußerung oder endgültigen Platzierung der Wertpapiere durch die Finanzintermediäre übernimmt. Für Handlungen oder Unterlassungen der Finanzintermediäre übernimmt die Emittentin keine Haftung. Finanzintermediäre dürfen den Prospekt nur im Einklang mit den nachfolgenden Bestimmungen und unter der Bedingung verwenden, dass sie auf ihrer Internetseite angeben, den Prospekt mit Zustimmung der Emittentin zu verwenden. Die Angebotsfrist, während der die spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung der Wertpapiere durch Finanzintermediäre erfolgen kann, wird in den Endgültigen Bedingungen angegeben.

Die Zustimmung entbindet ausdrücklich nicht von der Einhaltung der für das jeweilige Angebot geltenden Verkaufsbeschränkungen und sämtlicher jeweils anwendbarer Vorschriften. Der Finanzintermediär wird dadurch nicht von der Einhaltung der auf ihn anwendbaren gesetzlichen Vorschriften entbunden.

Die Emittentin weist auf das Erfordernis hin, Anleger zum Zeitpunkt der Angebotsvorlage über die Bedingungen eines Angebots von Wertpapieren zu unterrichten und auf der Internetseite des Finanzintermediärs anzugeben, dass er den Prospekt mit Zustimmung der Emittentin und gemäß den Bedingungen verwendet, an die die Zustimmung gebunden ist.

Die Zustimmung wird für die jeweilige Dauer der Gültigkeit des Prospekts erteilt. Ein jederzeitiger und fristloser Widerruf der hier enthaltenen Erklärung mit Wirkung für die Zukunft ohne Angaben von Gründen bleibt der Emittentin vorbehalten.

DURCH VERWEIS AUFGENOMMENE DOKUMENTE

Dieser Prospekt ist in Verbindung mit den folgenden Abschnitten der nachstehend bezeichneten Dokumente zu lesen, die bereits bei der FMA hinterlegt und veröffentlicht wurden oder gleichzeitig mit diesem Prospekt veröffentlicht werden und die durch Verweis in diesen Prospekt einbezogen sind und einen integrierenden Bestandteil dieses Prospektes bilden:

Dokument/Überschrift	Seite des jeweiligen Dokuments
Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr, das am 31.12.2015 geendet hat – (dem Geschäftsbericht entnommen) (der "Konzernabschluss 2015")	
Konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung	58
Konsolidierte Bilanz	59
Konsolidierte Eigenkapitalveränderungsrechnung	60
Geldflussrechnung	61
Erläuterungen/Notes	62 – 143
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	144 – 145
Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr, das am 31.12.2014 geendet hat – (dem Geschäftsbericht entnommen) (der "Konzernabschluss 2014")	
Konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung	58
Konsolidierte Bilanz	59
Konsolidierte Eigenkapitalveränderungsrechnung	60
Geldflussrechnung	61
Erläuterungen/Notes	62 – 145
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	146 – 147
Ungeprüfter konsolidierter Halbjahresfinanzbericht der Emittentin für das erste Halbjahr, das am 30.6.2016 geendet hat – (der "Halbjahresfinanzbericht 2016")	
Konzernkennzahlen nach IFRS	4

Konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung	12 – 13
Konsolidierte Bilanz	14
Konsolidierte Eigenkapitalveränderungsrechnung	15
Verkürzte Geldflussrechnung	16
Erläuterungen/Notes	16 – 28

Soweit eine durch Verweis in diesen Prospekt aufgenommene Information von einer in diesem Prospekt enthaltenen Information abweicht, hat die in diesem Prospekt enthaltene Information Vorrang. Kopien dieses Prospektes und der Dokumente, die durch Verweis in diesen Prospekt aufgenommene Informationen enthalten, sind kostenlos am Hauptsitz der Emittentin, Hypo-Passage 1, A-6900 Bregenz, Österreich, erhältlich.

Sämtliche Informationen, die nicht oben angeführt, aber in den durch Verweis in den Prospekt einbezogenen Dokumenten enthalten sind, werden nur zu Informationszwecken bereitgestellt.

Jene Teile der oben angeführten Dokumente, die ausdrücklich angeführt sind, werden durch Verweis in diesen Prospekt einbezogen und bilden einen integrierenden Bestandteil dieses Prospektes, mit der Einschränkung, dass Aussagen in solchen Dokumenten für die Zwecke dieses Prospekts angepasst oder ersetzt werden, soweit eine Aussage in diesem Prospekt eine solche frühere Aussage entweder ausdrücklich oder schlüssig anpasst oder ersetzt. Jede auf diese Art angepasste oder ersetzte Aussage gilt nur in dem Maße, in dem sie angepasst oder ersetzt wurde, als Teil dieses Prospektes.

Der Prospekt, etwaige Nachträge und die Endgültigen Bedingungen von Wertpapieren, die unter diesem Prospekt emittiert werden, werden in elektronischer Form auf der Website der Emittentin unter "www.hypovbg.at" (Hypo Börsen und Märkte – Anleihen) bereitgestellt. Papierversionen des Prospekts, etwaiger Nachträge, der Endgültigen Bedingungen und der durch Verweis in diesem Prospekt einbezogene Dokumente sind während üblicher Geschäftszeiten kostenlos am Hauptsitz der Emittentin, Hypo-Passage 1, A-6900 Bregenz, Österreich, erhältlich.

Die durch Verweis in diesem Prospekt einbezogenen Dokumente sind auch auf der Website der Emittentin unter "www.hypovbg.at" ("IHRE LANDESBANK – Investor Relations – Jahresabschlüsse, Geschäftsberichte, Finanzberichte und Quartalsberichte") einsehbar.

Die Geschäftsberichte finden sich direkt unter folgenden Hyperlinks:

Geschäftsbericht 2015:

https://www.hypovbg.at/fileadmin/Hypovbg/Content/Ihre_Landesbank/Hypo_Landesbank_Vorarlberg/Investor_Relations/Finanzkennzahlen/Geschaeftsberichte/2015/Gescha__ftsbericht_2015.pdf; und

Geschäftsbericht 2014:

https://www.hypovbg.at/fileadmin/Hypovbg/Content/Ihre_Landesbank/Hypo_Landesbank_Vorarlberg/Investor_Relations/Finanzkennzahlen/Geschaeftsberichte/2014/Geschaeftsbericht_2014.pdf.

ZUSAMMENFASSUNG DES PROGRAMMES

Die Zusammenfassung besteht aus Elementen, die verschiedene Informations- und Veröffentlichungspflichten enthalten. Diese Elemente sind in die Abschnitte A bis E gegliedert. Diese Zusammenfassung enthält alle Elemente, die für Wertpapiere und Emittenten dieser Art vorgeschrieben sind. Nachdem manche Elemente nicht erforderlich sind, können Lücken in der Nummerierung der Elemente auftreten. Auch wenn ein Element aufgrund der Art der Wertpapiere und des Emittenten für die Zusammenfassung vorgeschrieben ist, kann es sein, dass dazu keine passende Information gegeben werden kann. In diesem Fall ist in der Zusammenfassung eine kurze Beschreibung des Elements mit dem Hinweis "entfällt" enthalten.

A. Einleitung und Warnhinweise

A.1 Warnhinweise

Diese Zusammenfassung sollte als Prospekt einleitung verstanden werden.

Ein Anleger sollte sich bei jeder Entscheidung, in die Wertpapiere zu investieren, auf diesen Prospekt (der "**Prospekt**") als Ganzes stützen.

Ein Anleger, der wegen der in diesem Prospekt enthaltenen Angaben Klage einreichen will, muss nach den nationalen Rechtsvorschriften seines Mitgliedstaats möglicherweise für die Übersetzung des Prospekts aufkommen, bevor das Verfahren eingeleitet werden kann.

Zivilrechtlich sind nur diejenigen Personen haftbar, die die Zusammenfassung samt etwaiger Übersetzungen vorgelegt und übermittelt haben, und dies auch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung verglichen mit den anderen Teilen des Prospekts irreführend, unrichtig oder inkohärent ist oder verglichen mit den anderen Teilen dieses Prospekts wesentliche Angaben (Schlüsselinformationen), die in Bezug auf Anlagen in die Wertpapiere für die Anleger eine Entscheidungshilfe darstellen, vermissen lassen.

A.2 Zustimmung der Emittentin zur Verwendung des Prospektes

Die VORARLBERGER LANDES- UND HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT (die "**Emittentin**") erteilt allen Kreditinstituten als Finanzintermediäre, die als Kreditinstitute im Sinne der Richtlinie 2013/36/EU in einem EWR-Mitgliedstaat zugelassen sind, ihren Sitz in dem betreffenden Mitgliedstaat haben und die zum Emissionsgeschäft oder zum Vertrieb von Wertpapiere berechtigt sind sowie allen Wertpapierdienstleistungsunternehmen gemäß § 4 Wertpapieraufsichtsgesetz 2007 und

Finanzdienstleistungsinstituten gemäß § 1 Abs. 1a deutsches Kreditwesengesetz, die über die erforderlichen Berechtigungen verfügen (zusammen die "**Finanzintermediäre**"), ihre ausdrückliche Zustimmung, diesen Prospekt samt aller durch Verweis einbezogenen Dokumente und allfälliger Nachträge, für den Vertrieb von unter diesem Prospekt begebenen Wertpapieren in Österreich und allen EWR-Mitgliedstaaten, in die der Prospekt gültig notifiziert wurde zu verwenden. Insbesondere erteilt die Emittentin nicht die Zustimmung zur Verwendung des Prospektes in den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Emittentin erklärt, dass sie die Haftung für den Inhalt des Prospekts auch hinsichtlich einer späteren Weiterveräußerung oder endgültigen Platzierung der Wertpapiere durch die Finanzintermediäre übernimmt.

Angebotsfrist, für die spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung durch Finanzintermediäre

Die Angebotsfrist, während der die spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung der Wertpapiere durch Finanzintermediäre erfolgen kann, beginnt am [●] und endet am [●].

Sonstigen Bedingungen für die Verwendung des Prospekts

Finanzintermediäre dürfen den Prospekt nur im Einklang mit den nachfolgenden Bestimmungen und unter der Bedingung verwenden, dass sie auf ihrer Internetseite angeben, den Prospekt mit Zustimmung der Emittentin zu verwenden.

Die Zustimmung entbindet ausdrücklich nicht von der Einhaltung der für das jeweilige Angebot geltenden Verkaufsbeschränkungen und sämtlicher jeweils anwendbarer Vorschriften. Der Finanzintermediär wird dadurch nicht von der Einhaltung der auf ihn anwendbaren gesetzlichen Vorschriften entbunden.

Die Zustimmung wird für die jeweilige Dauer der Gültigkeit des Prospekts erteilt. Ein jederzeitiger und fristloser Widerruf der hier enthaltenen Erklärung mit Wirkung für die Zukunft ohne Angaben von Gründen bleibt der Emittentin vorbehalten.

Hinweis für die Anleger

Die Emittentin weist auf das Erfordernis hin, Anleger zum Zeitpunkt der Angebotsvorlage über die Bedingungen eines Angebots von Wertpapieren zu unterrichten und auf der Internetseite des Finanzintermediärs anzugeben, dass er den Prospekt mit Zustimmung der Emittentin und gemäß den Bedingungen verwendet, an die die Zustimmung

gebunden ist.

B. Die Emittentin

- B.1 Gesetzliche und kommerzielle Bezeichnung der Emittentin** Der juristische Name der Emittentin lautet "Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft". Der kommerzielle Name der Emittentin ist "Hypo Vorarlberg" oder "Hypo Landesbank Vorarlberg".
- B.2 Sitz und Rechtsform der Emittentin, das für die Emittentin geltende Recht und Land ihrer Gründung** Die Emittentin ist eine im Firmenbuch des Landesgerichts Feldkirch, Republik Österreich, eingetragene Aktiengesellschaft nach österreichischem Recht und unterliegt der Rechtsordnung der Republik Österreich. Der Sitz der Emittentin ist Bregenz. Die Geschäftsadresse der Emittentin lautet Hypo-Passage 1, A-6900 Bregenz, Österreich.
- B.4b Alle bereits bekannten Trends, die sich auf die Emittentin und die Branchen, in denen sie tätig ist, auswirken** Die jüngste weltweite Finanzkrise führte sowohl national wie international zu zunehmenden Bestrebungen seitens der Aufsichtsbehörden, neue Regelungen für die Finanzbranche (der die Emittentin angehört) einzuführen und bestehende restriktiver zu handhaben. Aufsichtsrechtliche Änderungen oder Initiativen zur Durchsetzung aufsichtsrechtlicher Bestimmungen könnten die Finanzbranche weiter negativ beeinträchtigen. Neue gesetzliche oder aufsichtsrechtliche Erfordernisse und eine Änderung des als angemessen angenommenen Niveaus für Eigenmittel, Liquidität und Leverage könnten zu höheren Anforderungen und Standards für Eigenmittel und Liquidität führen. Von der Finanzkrise ausgelöste Handlungen von Regierungen und Zentralbanken könnten die Wettbewerbssituation maßgeblich beeinträchtigen und die Anleger, die in Finanzinstituten veranlagt sind, beeinflussen.
- Zudem könnten neue und strengere Vorschriften bezüglich der Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten in Kraft treten, die zB die Null-Gewichtung bestimmter Vermögensgegenstände abschaffen, wodurch diese in Zukunft mit Eigenkapital unterlegt werden müssten. Diese Maßnahmen würden zu höheren Refinanzierungskosten bei Kreditinstituten führen und hätten Auswirkungen auf deren Geschäftsergebnisse.
- Darüber hinaus werden steuerliche Aufwendungen und die Belastungen im Zusammenhang mit der Errichtung

des Einheitlichen Abwicklungsfonds sowie mit den *ex-ante* zu leistenden Beiträgen der Einlagensicherungssysteme zumindest mittelfristig hoch bleiben und können zu zusätzlichen finanziellen Belastungen führen und negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von Kreditinstituten haben. Weiters werden Verbraucherschutzthemen (Negativzinsen, MIFID II etc) die Kreditwirtschaft mittel- bis langfristig stark beeinflussen.

Die aktuellen Verwerfungen im Zusammenhang mit dem Zinsniveau bzw der Geldpolitik stellen Kreditinstitute weiterhin vor Herausforderungen.

Hypothekenbanken mit einem hohen Anteil an Wohnbaufinanzierungen bzw. hypothekarisch besicherten Finanzierungen werden von der Entwicklung der Immobilienmärkte stark beeinflusst. In einigen Marktgebieten sind die Immobilienpreise in den letzten Jahren stark gestiegen. Im langfristigen internationalen Vergleich ist der Anstieg in den Immobilienpreisen allerdings vergleichbar mit anderen Märkten.

Darüber hinaus sind der Emittentin seit dem Ende des letzten Geschäftsjahres keine neuen Trends, Unsicherheiten, Nachfragen, Verpflichtungen oder Vorfälle bekannt, die voraussichtlich die Aussichten der Emittentin zumindest im laufenden Geschäftsjahr wesentlich beeinflussen dürften.

B.5 Beschreibung der Gruppe der Emittentin und ihrer Stellung darin

Die Vorarlberger Landesbank Holding und ihre (direkten und indirekten) Tochtergesellschaften (einschließlich der Emittentin und ihren Tochtergesellschaften, die nach IFRS voll konsolidiert sind und eine Gruppe bilden) bilden zusammen eine Gruppe (die "**Hypo Vorarlberg-Gruppe**"). Die Anteile an assoziierten Unternehmen der Emittentin werden mittels "*at equity*"-Bewertung in den Konzernabschluss der Emittentin einbezogen.

B.9 Gewinnprognosen und -schätzungen

Entfällt; es liegen keine Gewinnprognosen oder -schätzungen vor.

B.10 Art etwaiger Einschränkungen der Bestätigungsvermerke zu den historischen

Entfällt; es liegen keine Beschränkungen im Bestätigungsvermerk zu den historischen Finanzinformationen vor. Der Bestätigungsvermerk für den Konzernabschluss der Emittentin für das am

**Finanz-
informationen**

31.12.2015 endende Geschäftsjahr enthält jedoch folgenden Zusatz: "Ohne den Bestätigungsvermerk einzuschränken, verweisen wir auf die Ausführung des Vorstands der Gesellschaft unter Punkt 55 der Notes des Konzernabschlusses "Wichtige Ergebnisse und Ereignisse nach dem Bilanzstichtag", wo die möglichen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Pfandbriefbank (Österreich) AG bzw. der HETA ASSET RESOLUTION AG dargestellt werden."

**B.12 Ausgewählte wesentliche
historische
Finanzinformationen**

	in Millionen €	31.12.2015	31.12.2014
Vermögenswerte		13.902,4	14.185,5
Forderungen an Kunden (L&R)		9.061,4	8.954,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (LAC)		4.995,8	4.662,8
Verbriefte Verbindlichkeiten (LAC)		2.402,6	2.313,8
Eigenmittel gemäß CRR*		1.164,8	1.091,5
davon Kernkapital*		874,9	807,8
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		160,6	95,7
Provisionsüberschuss		36,6	35,6
Handelsergebnis		1,0	30,6
Verwaltungsaufwand		-92,5	-92,1
Operatives Ergebnis vor Veränderung des eigenen Bonitätsrisikos		102,9	54,3
Ergebnis vor Steuern		121,1	54,0
Cost-Income-Ratio (CIR)**		45,34%	49,42%
Quote der Gesamteigenmittel gemäß CRR*		14,87%	13,27%
Return on Equity (ROE)***		11,67%	6,45%

* Per 31.12.2015 beruhen die Eigenmittelkennzahlen auf Basis der Verordnung (EU) Nr. 575/2013/EU (*Capital Requirements Regulation - CRR*). Die Eigenmittel gemäß CRR setzen sich aus dem Harten Kernkapital (CET1), dem zusätzlichen Kernkapital (AT1) und dem Ergänzungskapital (T2) zusammen.

** Berechnung Cost-Income-Ratio (CIR): Summe aus Verwaltungsaufwand und sonstigen Aufwendungen abzüglich der sonstigen Steueraufwendungen (aufgrund der vom operativen Ergebnis unabhängigen Stabilitätsabgabe) geteilt durch die Summe der betrieblichen Erträge, bestehend aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, sonstige Erträge, sowie dem Ergebnis aus dem Handel und dem Ergebnis aus der Bewertung von Finanzinstrumenten des Handelsbestandes (HFT).

2015:

$$\frac{92.462+37.981-13.551}{183.461+36.566+17.509+20.316+(-16)} = 45,3\%$$

2014:

$$\frac{92.101+33.591-12.924}{177.414+35.624+16.604+(-1.552)+77} = 49,4\%$$

Die oben angegebenen Zahlenwerte sind gerundet und aus den Geschäftsberichten 2015 und 2014 der Emittentin entnommen. Aufgrund der Rundung weicht das oben berechnete Ergebnis vom in der Tabelle angegebenen Zahlenwert ab.

Die Cost-Income-Ratio ist eine zentrale betriebswirtschaftliche Kennzahl, die die Kosteneffizienz des Kreditinstituts darstellt. Je niedriger die Cost-Income-Ratio ist, desto höher ist die Kosteneffizienz des Kreditinstituts.

*** Berechnung Return on Equity (ROE): Operatives Ergebnis vor der Veränderung des eigenen Bonitätsrisikos geteilt durch Anfangsbestand des Eigenkapitals abzüglich der erwarteten Ausschüttung für das vorangegangene Wirtschaftsjahr.

2015:

$$\frac{102.910}{886.856-4.099} = 11,7\%$$

2014:

$$\frac{54.278}{847.099-4.219} = 6,4\%$$

Die oben angegebenen Zahlenwerte sind gerundet und aus den Geschäftsberichten 2015 und 2014 der Emittentin entnommen. Aufgrund der Rundung weicht das oben berechnete Ergebnis vom in der Tabelle angegebenen Zahlenwert ab.

Der Return on Equity ist eine Kennzahl für die Rentabilität eines Kreditinstituts, welche den Ertrag, den ein Kreditinstitut im Verhältnis zu dem Betrag verdient, den Aktionäre investiert

haben, beschreibt. Der Return on Equity zeigt die Rendite des eingesetzten Kapitals (Eigenkapitalrendite).

Quelle: Geschäftsberichte 2014 und 2015 der Vorarlberger Landes- und Hypothekbank Aktiengesellschaft (basierend auf dem Konzernabschluss nach International Financial Reporting Standards (IFRS))

in Millionen €	30.6.2016	31.12.2015
Vermögenswerte	13.814,5	13.902,4
Forderungen an Kunden (L&R)	9.071,5	9.061,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (LAC)	5.848,8	4.995,8
Verbriefte Verbindlichkeiten (LAC)	2.546,3	2.402,6
Eigenmittel gemäß CRR	1.147,2	1.164,8
davon Kernkapital	882,5	874,9
Quote der Gesamteigenmittel gemäß CRR	14,98%	14,87%

in Millionen €	1.1.- 30.6.2016	1.1.- 30.6.2015
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	87,9	72,5
Provisionsüberschuss	16,9	17,6
Handelsergebnis	1,2	10,7
Verwaltungsaufwand	-49,7	-48,3
Operatives Ergebnis vor Veränderung des eigenen Bonitätsrisikos	49,0	54,5
Ergebnis vor Steuern	28,9	106,5

Kennzahlen	30.6.2016	30.06.2015
Cost-Income-Ratio (CIR)	59,95%	46,98%
Return on Equity (ROE)	10,17%	12,36%
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	718	732

Quelle: Ungeprüfter konsolidierter Halbjahresfinanzbericht der Emittentin zum 30.6.2016

**Erklärung zu den
Aussichten der Emittentin
seit dem Datum des letzten
veröffentlichten geprüften
Abschlusses**

Die Emittentin erklärt, dass sich die Aussichten der Emittentin seit dem Datum des letzten veröffentlichten geprüften Konzernabschlusses, das heißt seit dem 31.12.2015, nicht wesentlich verschlechtert haben.

**Beschreibung wesentlicher
Veränderungen bei
Finanzlage oder
Handelsposition der
Emittentin nach dem von
den historischen
Finanzinformationen
abgedeckten Zeitraum**

Es gab keine wesentlichen Veränderungen bei Finanzlage oder der Handelsposition der Emittentin, die nach dem von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraum, das heißt nach dem 30.6.2016, eingetreten sind.

**B.13 Ereignisse aus jüngster
Zeit die für die Bewertung
der Zahlungsfähigkeit der
Emittentin in hohem Maße
relevant sind**

HETA ASSET RESOLUTION AG:

Die Emittentin ist wie die HETA ASSET RESOLUTION AG ("**HETA**"), die Abbaueinheit der ehemaligen HYPO ALPE ADRIA BANK-INTERNATIONAL AG, Mitgliedinstitut der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken ("**Pfandbriefstelle**"). Die Pfandbriefstelle ist die Alleinaktionärin der Pfandbriefbank (Österreich) AG ("**Pfandbriefbank**"). Sämtliche Mitgliedinstitute der Pfandbriefstelle haften gemäß § 2 Abs 1 Pfandbriefstelle-Gesetz ("**PfBrStG**") zur ungeteilten Hand für die Verbindlichkeiten der Pfandbriefstelle (und somit auch jener der Pfandbriefbank). Auch die meisten österreichischen Bundesländer haften (als Gewährträger der Mitgliedinstitute) gemäß § 2 Abs 2 PfBrStG zur ungeteilten Hand für diese Verbindlichkeiten, allerdings nur: (i) für jene, die bis zum 2.4.2003 entstanden sind; sowie (ii) für jene, die nach dem 2.4.2003 bis zum 1.4.2007 entstanden sind, wenn die vereinbarten Laufzeiten nicht über den 30.9.2017 hinausgehen.

Am 1.3.2015 leitete die österreichische Finanzmarktaufsichtsbehörde ("**FMA**") als Abwicklungsbehörde gemäß dem BaSAG die Abwicklung der HETA ein: Mit Vorstellungsbescheid vom 10.4.2016 verhängte die FMA in Bestätigung des Mandatsbescheids vom 1.3.2015 eine bis 31.5.2016 befristete Stundung von bestimmten Verbindlichkeiten der

HETA ("**Moratorium**"). Zudem ordnete die FMA mit Mandatsbescheid vom 10.4.2016 die Anwendung des Instruments der Gläubigerbeteiligung (*bail-in tool*) hinsichtlich bestimmter Verbindlichkeiten der HETA an ("**Bail-in**"): Dadurch wurde (i) der zum 1.3.2015 bestehende Nennwert oder ausstehende Restbetrag der Verbindlichkeiten samt der bis zum 28.2.2015 aufgelaufenen Zinsen mit sofortiger Wirkung bei nachrangigen Verbindlichkeiten auf 0% und bei nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten auf 46,02% des Nominales herabgesetzt; (ii) der Zinssatz auf die Verbindlichkeiten auf null gesetzt; und (iii) die Fälligkeit der Verbindlichkeiten dahingehend geändert, dass sie mit dem Auflösungsbeschluss der HETA, jedoch spätestens am 31.12.2023 eintritt.

Vom Moratorium und dem Bail-in sind auch nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der HETA gegenüber der Pfandbriefbank in Höhe von rund EUR 1,2 Mrd. betroffen, wovon bis zum 31.5.2016 rund EUR 800 Mio. fällig wurden, die von der HETA aufgrund des Moratoriums nicht bedient werden müssen, und die aufgrund des Bail-in auf 46,02% reduziert werden. Zugleich besteht für diese Verbindlichkeiten kein Deckungsanspruch der Pfandbriefbank gegenüber der HETA und somit eine potentielle Deckungslücke von bis zu EUR 1,2 Mrd.

Laut Halbjahresfinanzbericht 2016 der HETA hatte die HETA zum 30.6.2016 insgesamt noch Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 770,8 Mio. gegenüber der Pfandbriefbank.

Da die Pfandbriefbank als Treuhänderin tätig ist, schlossen die Pfandbriefbank, die Mitgliedinstitute der Pfandbriefstelle und die jeweiligen Bundesländer (als Gewährträger der Mitgliedinstitute) eine "*Vereinbarung über die Erfüllung und Abwicklung der Solidarhaftung gemäß § 2 PBrStG sowie die Abwicklung von Ausgleichsansprüchen im Innenverhältnis*" ("**Stabilisierungsvereinbarung**"). Gemäß dieser Stabilisierungsvereinbarung wurden von den Vertragspartnern anteilig die Rückzahlungen von

Zinsen und Tilgungen der vom Moratorium betroffenen HETA-Anteile an Emissionen der Pfandbriefbank vorgeschossen, wodurch die Zahlungsverpflichtungen der Pfandbriefbank gegenüber Anleihegläubigern voll befriedigt wurden. Außerdem werden sämtliche künftig fällig werdende Forderungen der Pfandbriefbank gegenüber der HETA Zug um Zug gegen Zahlung des Vorschussbetrages an die Vertragspartner der Stabilisierungsvereinbarung abgetreten. Diese Forderungen können aber auch wertlos sein, sollte das Land Kärnten nicht fähig sein sie auszugleichen. Auf die Emittentin entfallen gemäß der Stabilisierungsvereinbarung rund EUR 77,5 Mio., wovon bis zum Datum des Prospekts rund EUR 49,8 Mio. geleistet wurden. Diesbezüglich besteht das Risiko, dass die anderen Mitgliedsinstitute der Pfandbriefstelle (oder die Gewährträger der Mitgliedsinstitute) ihren zugeteilten Betrag nicht zurückzahlen (oder nicht dazu fähig sind). Folglich müsste die Emittentin mehr zurückzahlen, als derzeit in der Stabilisierungsvereinbarung vorgesehen wäre.

Außerdem ist ein von der Emittentin an die HETA vergebenes nicht-nachrangiges Schuldscheindarlehen in Höhe von EUR 30 Mio. vom Moratorium und Bail-in betroffen.

Nach dem Scheitern des ersten Angebots vom 21.1.2016 veröffentlichte der Kärntner Ausgleichszahlungsfonds ("**KAF**") am 6.9.2016 ein neuerliches öffentliches Angebot gemäß § 2a Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG). Das neue Angebot des KAF richtet sich an Inhaber nachrangiger und nicht-nachrangiger HETA-Schuldtitel, die mit einer Haftung des Landes Kärnten versehen sind. Die HETA-Gläubiger können hinsichtlich der Abgeltung für den Erwerb ihrer HETA-Schuldtitel durch den KAF zwischen zwei Angeboten wählen: einerseits einer Barzahlung (*cash offer*), andererseits einem Umtausch in Nullkupon-Anleihen (Zero Coupon Bonds), die vom KAF emittiert werden und mit einer Garantie des Bundes besichert sind (*exchange offer*). Die Fälligkeit der Nullkupon-Anleihen wird zwei Bankarbeitstage vor dem Abwicklungstag anhand der in der

Angebotsunterlage beschriebenen Preisformel unter Zugrundelegung des Nullkupon-Anleihen-Spread von -8,0 Basispunkte und einem Ausgabepreis iHv 90% des Nominalwerts der Nullkupon-Anleihen festgelegt. Die Nullkuponanleihen können von jedem HETA-Gläubiger nach Ablauf einer maximal 60-tägigen Haltefrist während einer Rückkaufperiode von mindestens 180 Tagen zu einem Preis, der täglich berechnet wird und etwa 90% des Nominales betragen soll, an den KAF zurückverkauft werden (sog "Stabilisierung").

Zum Datum des Prospekts hat die Emittentin für ihre Forderungen gegenüber der HETA entsprechende Vorsorge getroffen und ihre Forderungen aus dem Schuldscheindarlehen um EUR 15 Mio. wertberichtigt. Für die Liquiditätsbereitstellung bei der Pfandbriefbank wurde eine Rückstellung / Einzelwertberichtigung in Höhe von EUR 38,75 Mio. gebildet. Die Durchsetzbarkeit etwaiger Regressansprüche, insbesondere gegenüber der HETA und dem Land Kärnten sind mit großen (Rechts-) Unsicherheiten behaftet.

Zudem wurden in Folge des Bail-in bei der HETA zwar die Verbindlichkeiten der HETA gegenüber ihren Gläubigern reduziert. Allerdings bleiben einerseits die Rechte der HETA-Gläubiger gemäß § 95 Abs 3 BaSAG u.a. gegenüber Mitschuldern der HETA (wie der Emittentin) davon unberührt, andererseits wird die HETA gegenüber ihren Regressberechtigten in gleicher Weise befreit. Somit hat die Emittentin keinen Regressanspruch gegenüber der HETA.

HYPO EQUITY Unternehmensbeteiligung AG ("HUBAG"):

Die Unterstellung des Private Equity Geschäfts unter das Regime des Alternativen Investmentfonds Manager-Gesetzes (AIFMG) ist für die Investoren mit deutlich höheren Kosten und – je nach Rechtsform – zudem möglicherweise auch noch mit steuerlichen Nachteilen verbunden. Die Attraktivität dieses Geschäftsfeldes hat sich daher stark verringert und dies hat dazu geführt, dass sich die

Gesellschafter entschlossen haben, den als Evergreen konzipierten Fonds in einen geschlossenen closed end fund Fonds umzuwandeln, die bestehenden Beteiligungen zu verkaufen und den Fonds anschließend zu liquidieren. Für die zwei größten Beteiligungsunternehmen wurde eine Exit-Strategie erarbeitet. Es ist von einem abschließenden Verkauf innerhalb der nächsten zwei Jahre auszugehen.

Untersuchungsausschuss:

In Folge der Anfang April 2016 veröffentlichten "Panama-Papers", mit denen auch die Emittentin in Verbindung gebracht wurde, wird derzeit das Offshore-Geschäft der Emittentin von der FMA geprüft. Die Prüfungsergebnisse liegen noch nicht vor. Die mediale Vorverurteilung der Emittentin und seiner Person hat dazu geführt, dass der Vorstandsvorsitzende Dr. Michael Grammer seinen Rücktritt erklärt hat. Er wird der Emittentin auf Ersuchen des Aufsichtsrates noch bis Ende des Jahres zur Verfügung stehen.

Der Vorstand nimmt den Ende April 2016 vom Vorarlberger Landtagsklub SPÖ beantragten Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung der Offshore-Strategie der Emittentin zur Kenntnis.

Am 25.4.2016 hat Moody's die Ratings der Emittentin bestätigt und den Ratingausblick der Hypo Landesbank Vorarlberg von negativ auf stabil geändert.

Darüber hinaus liegen keine Ereignisse aus der jüngsten Zeit der Geschäftstätigkeit der Emittentin vor, die für die Bewertung ihrer Zahlungsfähigkeit in hohem Maße relevant sind.

B.14 Gruppe und Abhängigkeit der Emittentin in der Gruppe

Entfällt; die Emittentin ist von anderen Unternehmen der Hypo Vorarlberg-Gruppe nicht abhängig.

B.15 Haupttätigkeiten

Die Emittentin ist eine regionale Universalbank und ist in Österreich sowie im angrenzenden Ausland als Finanzdienstleister tätig.

B.16 Beteiligungen oder Beherrschungs-

Die Emittentin hat die folgenden Gesellschafter mit den in Klammer angegebenen

**verhältnisse an der
Emittentin**

Beteiligungen an ihrem Grundkapital: Vorarlberger Landesbank Holding (76,0308%) und Austria Beteiligungsgesellschaft mbH (23,9692%). Die Vorarlberger Landesbank Holding verfügt über eine Stimmenmehrheit in der Hauptversammlung der Emittentin, kann daher wesentliche Beschlüsse alleine fassen und beherrscht die Emittentin folglich zu einem hohen Grad.

**B.17 Ratings der Emittentin oder
der Schuldtitel**

Den Wertpapieren sind folgende Ratings zugewiesen:

[Nicht anwendbar; die Wertpapiere verfügen über kein Rating.] [**Rating einfügen**]

Die Emittentin ist von Moody's Deutschland GmbH ("**Moody's**") und Standard & Poor's ("**S&P**") geratet¹. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Prospekts stellen sich die Ratings für die Emittentin wie folgt dar:

¹ Hinweis: Moody's und S&P sind in der Europäischen Union niedergelassen und gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen in der jeweils geltenden Fassung registriert. Auf der Website der European Securities and Markets Authority (www.esma.europa.eu/page/List-registered-and-certified-CRAs) findet sich eine aktuelle Liste aller gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen in der jeweils geltenden Fassung registrierter Ratingagenturen, in der Moody's und S&P angeführt sind.

	Rating durch Moody's ²
Ausblick ³	Stabil
Bankeinlagen (langfristig)	Baa1
Bankeinlagen (kurzfristig)	P-2
Baseline Credit Assessment	Baa3
Nachrangige Fremdmittel	Ba1
Öffentliche Pfandbriefe	Aa1
Hypothekarische Pfandbriefe	Aa1

Quelle: Moody's Deutschland GmbH

² Gemäß den von Moody's veröffentlichten Ratingsymbolen und Definitionen (www.moody.com) haben die angegebenen Ratings die folgende Bedeutung:

'Aa' — Verpflichtungen der Rating Kategorie Aa werden als Verpflichtungen von hoher Qualität eingestuft und unterliegen sehr geringem Kreditrisiko.

'Baa' — Verpflichtungen der Rating Kategorie Baa werden als Verpflichtung mittlerer Qualität eingestuft und unterliegen mittelgradigem Kreditrisiko und können als solches bestimmte spekulative Charakteristika beinhalten.

'Ba' — Verpflichtungen der Rating Kategorie Ba werden als spekulativ eingestuft und unterliegen einem wesentlichen Kreditrisiko.

'P-2' — Emittenten, die ein P-2 (Prime-2) Rating haben, verfügen über starke Fähigkeiten, ihre kurzfristigen Schuldverschreibungen zurückzuzahlen.

Hinweis: Moody's fügt jeder Rating Kategorie von Aa bis Caa die numerischen Modifikatoren 1, 2 und 3 an. Der Modifikator 1 zeigt an, dass die Emittentin am höheren Ende der Buchstaben-Ratingkategorie anzusiedeln ist; der Modifikator 2 indiziert einen mittleren Rang; und der Modifikator 3 meint, dass sich die Emittentin am unteren Ende der Buchstaben-Ratingkategorie befindet.

'Ausblick' — Ein Moody's Ratingausblick ist mittelfristig eine Beurteilung der voraussichtlichen Ratingrichtung. Ratingausblicke werden in vier Kategorien eingeteilt: Positiv (POS), Negativ (NEG), Stabil (STA), und Entwickelnd (DEV). Ausblicke können auf Emittenten- oder Ratingebene zugewiesen werden. Falls ein Ausblick auf Emittentenebene zugewiesen wurde und der Emittent mehrere Ratings mit unterschiedlichen Ausblicken hat, wird ein "(m)" Modifikator (für mehrere) angegeben: Der schriftliche Bericht von Moody's wird die Gründe für diese Unterschiede vorsehen und beschreiben. Die Bezeichnung RUR (Rating(s) Under Review) bedeutet, dass ein oder mehrere Ratings eines Emittenten überprüft werden, wodurch die Bezeichnung des Ausblicks aufgehoben wird. Die Bezeichnung RWR (Rating(s) Rücknahme) bedeutet, dass ein Emittent kein aktives Rating hat, auf welches ein Ausblick anzuwenden wäre. Rating Ausblicke werden nicht allen Körperschaften mit Ratings zugewiesen. In manchen Fällen wird dies durch NOO (Kein Ausblick) angegeben.

Ein stabiler Ausblick weist mittelfristig auf eine geringe Wahrscheinlichkeit einer Ratingänderung hin. Ein negativer, positiver oder entwickelnder Ausblick weist mittelfristig auf eine höhere Wahrscheinlichkeit einer Ratingänderung hin. Ein Ratingausschuss, der einem Rating eines Emittenten einen stabilen, negativen, positiven oder entwickelnden Ausblick zuweist, beinhaltet auch dessen Ansicht, dass das Kreditprofil des Emittenten der relevanten Ratingstufe zu diesem Zeitpunkt entspricht.

³ Am 25.4.2016 hat Moody's die Ratings der Emittentin bestätigt und den Ratingausblick der Hypo Landesbank Vorarlberg von negativ auf stabil geändert. Diese Änderung reflektiert Moody's Einschätzung einer Stabilisierung im Kreditprofil der Emittentin basierend auf einem reduzierten Verlustrisiko der Emittentin im Zusammenhang mit der Solidarhaftung für die Pfandbriefbank (Österreich) AG.

	Rating durch S&P ⁴
Ausblick	Stabil
Langfristiges Emittentenrating	A- ⁵
Kurzfristiges Emittentenrating	A-2 ⁶

Quelle: Standard & Poor's

C. Die Wertpapiere

C.1 Art und Gattung, Wertpapierkennung

[Im Fall von Schuldverschreibungen einfügen:

Die Emittentin begibt [nachrangige] [nicht-nachrangige] auf den Inhaber lautende [fix verzinste] [variabel verzinste] [Stufenzins-] [basiswertabhängig verzinste] [Steepener-] [Nullkupon-] [Schuldverschreibungen] [Pfandbriefe] [Kommunalfandbriefe], die die ISIN [●] tragen (die "**Schuldverschreibungen**" oder die "**Wertpapiere**").]

⁴ Hinweis: Die Rating Kategorien von 'AA' bis 'CCC' können durch Plus- (+) oder Minus- (-) Zeichen ergänzt werden, um eine Abstufung innerhalb der größeren Rating Kategorien vorzunehmen.

⁵ 'A' — Ein Schuldner der Rating Kategorie 'A' hat hohe Fähigkeiten seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, aber er ist etwas anfälliger auf nachteilige Auswirkungen bei veränderten Umständen und veränderten wirtschaftlichen Bedingungen als Schuldner in höheren Rating Kategorien.

⁶ 'A-2' — Ein Schuldner der Rating Kategorie 'A-2' hat zufriedenstellende Fähigkeiten seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, aber er ist etwas anfälliger auf nachteilige Auswirkungen bei veränderten Umständen und veränderten wirtschaftlichen Bedingungen als Schuldner in der höchsten Rating Kategorie.

[Im Fall von Zertifikaten einfügen:

Die Emittentin begibt nicht-nachrangige auf den Inhaber lautende [fix verzinste] [variabel verzinste] [Zertifikate] [Partizipations-Zertifikate ohne Kapitalgarantie] [Partizipations-Zertifikate ohne Kapitalgarantie mit Cap] [Partizipations-Zertifikate mit Kapitalgarantie] [Partizipations-Zertifikate mit Kapitalgarantie und Cap] [Partizipations-Zertifikate mit Teilschutz] [Bonus-Zertifikate ohne Kapitalgarantie] [Bonus-Zertifikate mit Kapitalgarantie] [Express-Zertifikate], die die ISIN [●] tragen (die "Zertifikate" oder die "Wertpapiere").]

C.2 Währung der Wertpapieremission

Die Wertpapiere lauten auf [**Festgelegte Währung einfügen**].

C.5 Beschränkungen für die freie Übertragbarkeit

Entfällt; die Emissionsbedingungen enthalten keine Beschränkungen der freien Übertragbarkeit der Wertpapiere.

C.8 Mit den Wertpapieren verbundene Rechte

Die Wertpapierinhaber haben insbesondere das Recht, [Zinszahlungen wie in C.9 angegeben und] Rückzahlung des Kapitals wie in C.9 angegeben am Laufzeitende zu erhalten; eine vorzeitige Rückzahlung der Wertpapiere ist nur in den in den Emissionsbedingungen ausdrücklich vorgesehenen Fällen zulässig.

Rangordnung

[Im Fall von nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen einfügen:

Die Schuldverschreibungen begründen direkte, unbesicherte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nicht-nachrangigen gegenwärtigen und zukünftigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, soweit diesen Verbindlichkeiten nicht durch zwingende gesetzliche Bestimmungen ein Vorrang eingeräumt wird.]

[Im Fall von nachrangigen Schuldverschreibungen einfügen:

Die Schuldverschreibungen begründen direkte, unbesicherte und nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander gleichrangig sind, und zumindest den gleichen Rang mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, ausgenommen nachrangige Verbindlichkeiten, welche

gemäß ihren Bedingungen als nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen bezeichnet werden.

Im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Emittentin sind die Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen:

- (i) nachrangig gegenüber allen gegenwärtigen oder zukünftigen nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten oder Instrumenten der Emittentin;
- (ii) gleichrangig untereinander sowie gegenüber allen gegenwärtigen oder zukünftigen nachrangigen Verbindlichkeiten oder Instrumenten der Emittentin, die nicht gemäß deren Bedingungen nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen sind; und
- (iii) vorrangig gegenüber den Ansprüchen von Aktionären, Inhabern von (anderen) Instrumenten des harten Kernkapitals (*Common Equity Tier 1*) gemäß Artikel 28 CRR sowie Inhabern von Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (*Additional Tier 1*) gemäß Artikel 52 CRR der Emittentin und allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, welche gemäß ihren Bedingungen nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen sind.]

[Im Fall von Pfandbriefen einfügen:

Die Pfandbriefe begründen direkte, unbedingte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander gleichrangig sind. Die Pfandbriefe sind nach Maßgabe des Gesetzes über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten (PfandbriefG) gedeckt und stehen im gleichen Rang mit allen anderen nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, gegenwärtig und zukünftig, aus Pfandbriefen.]

[Im Fall von Kommunalpfandbriefen einfügen:

Die Kommunalpfandbriefe begründen direkte, unbedingte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander gleichrangig sind. Die Kommunalpfandbriefe sind nach Maßgabe des Gesetzes über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten (PfandbriefG) gedeckt und stehen im

gleichen Rang mit allen anderen nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, gegenwärtig und zukünftig, aus Kommunalpfandbriefen.]

[Im Fall von Zertifikaten einfügen:

Die Zertifikate begründen direkte, unbesicherte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nicht-nachrangigen gegenwärtigen und zukünftigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, soweit diesen Verbindlichkeiten nicht durch zwingende gesetzliche Bestimmungen ein Vorrang eingeräumt wird.]

Beschränkungen dieser Rechte

[Es steht der Emittentin frei, die Wertpapiere an bestimmten Wahlrückzahlungstagen (Call) vorzeitig zurückzuzahlen.]

[Die Emittentin kann die Wertpapiere jederzeit vor dem Fälligkeitstag bei Vorliegen einer Rechtsänderung vorzeitig zurückzahlen.]

Die Wertpapiere unterliegen keiner Negativverpflichtung.

Die Wertpapiere sehen keine ausdrücklichen Verzugsfälle vor; Ansprüche gegen die Emittentin auf Zahlungen auf die Wertpapiere verjähren, sofern sie nicht innerhalb von [●] Jahren (im Falle des Kapitals) und innerhalb von [●] Jahren (im Falle von Zinsen) ab dem Tag der Fälligkeit geltend gemacht werden.

**C.9 C.8 sowie
nominaler Zinssatz**

[Bei fixverzinslichen Schuldverschreibungen einfügen: Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag [jährlich mit einem Zinssatz von [Zinssatz einfügen]%] [bis zum [Ende der Fixzinsperiode einfügen]] verzinnt.]

[Bei variabel verzinslichen Schuldverschreibungen (Leitzinssatz) einfügen: Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag mit dem Zinssatz (wie unten definiert) [im Fall von anfänglicher Fixzinsperiode einfügen: ab dem [Ende der Fixzinsperiode einfügen] (davor mit einem fixen Zinssatz von [Zinssatz einfügen]% per annum)] verzinnt.

Der Zinssatz (der "Zinssatz") für jede Zinsperiode

entspricht der Summe aus (i) dem Produkt aus (a) [**Zinsberechnungsbasispartizipationsfaktor einfügen**] (der "Zinsberechnungsbasispartizipationsfaktor") und (b) der Zinsberechnungsbasis (wie nachstehend definiert) für den [**Referenzzinssatz einfügen**] (der "Referenzzinssatz") und (ii) der für die jeweilige Zinsperiode maßgeblichen Marge von [**Marge einfügen**].

"Zinsberechnungsbasis" ist der Angebotssatz oder das arithmetische Mittel der Angebotssätze (ausgedrückt als Prozentsatz *per annum*) für Einlagen in [●] wie auf der Bildschirmseite (wie unten definiert) gegen 11:00 Uhr ([●] Ortszeit) am Zinsfeststellungstag für den Referenzzinssatz angezeigt. "Bildschirmseite" meint [●].]

[Bei variabel verzinslichen Schuldverschreibungen (Swapsatz) einfügen: Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag mit dem Zinssatz (wie unten definiert) [im Fall von anfänglicher Fixzinsperiode einfügen: ab dem [Ende der Fixzinsperiode einfügen] (davor mit einem fixen Zinssatz von [Zinssatz einfügen]% per annum)] verzinst.

Der Zinssatz (der "Zinssatz") für jede Zinsperiode entspricht der Summe aus (i) dem Produkt aus (a) [**Zinsberechnungsbasispartizipationsfaktor einfügen**] (der "Zinsberechnungsbasispartizipationsfaktor") und (b) der Zinsberechnungsbasis (wie nachstehend definiert) für den [**Referenzswapsatz einfügen**] (der "Referenzswapsatz") und (ii) der für die jeweilige Zinsperiode maßgeblichen Marge von [**Marge einfügen**].

"Zinsberechnungsbasis" ist der Referenzswapsatz wie er am Zinsfeststellungstag auf der Bildschirmseite [**Bildschirmseite einfügen**] für den Referenzswapsatz angezeigt wird.]

[Bei Stufenzins-Schuldverschreibungen einfügen: Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag jährlich mit den folgenden Zinssätzen verzinst.

Zinsperiode	Zinssatz
[Zinsperiode einfügen]	[Zinssatz einfügen]

[Soweit erforderlich, weitere Zeilen ergänzen]

[Bei Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung einfügen: Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag mit dem Zinssatz (wie unten definiert) **[im Fall von anfänglicher Fixzinsperiode einfügen:** ab dem **[Ende der Fixzinsperiode einfügen]]** verzinst.

[Im Fall von Range Accrual einfügen: An jedem Zinsermittlungstag (**[einfügen]**) stellt die Berechnungsstelle nachträglich für die unmittelbar vorhergehende Zinsperiode die Anzahl der Kalendertage innerhalb dieser Beobachtungsperiode (**[einfügen]**) fest, an denen der Beobachtungswert (**[einfügen]**) des Basiswerts (**[einfügen]**) weder die obere Barriere (**[einfügen]**) noch die untere Barriere (**[einfügen]**) erreicht oder durchbrochen hat (dh an jenen Tagen, an denen der Kurs innerhalb der beiden Barrieren lag).

Der Zinssatz (der "Zinssatz") wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$\text{Zinssatz} = \text{RAZ} * \text{N} / \text{M}$$

wobei

"N" meint die Anzahl der Kalendertage innerhalb der maßgeblichen Beobachtungsperiode, an denen der Beobachtungswert des Basiswerts innerhalb der beiden Barrieren lag;

"M" meint die Anzahl der Geschäftstage in der maßgeblichen Zinsperiode; und

"RAZ" meint den Range Accrual Zinssatz von [●].]

[Im Fall von Digitaler Option einfügen: Wenn der Schlusskurs des Basiswerts am maßgeblichen Beobachtungstag (**[einfügen]**) auf oder über der Barriere (**[einfügen]**) liegt, entspricht der Zinssatz für die maßgebliche Zinsperiode dem Digitale Option Zinssatz 1 (**[einfügen]**) in allen anderen Fällen entspricht der Zinssatz für die maßgebliche Zinsperiode dem Digitale Option Zinssatz 2 (**[einfügen]**) (der "Zinssatz").]

[Im Fall von Inflationsgebunden (additiv) einfügen: An jedem Zinsermittlungstag (**[einfügen]**) stellt die Berechnungsstelle für die Zinsperiode von

dem dem Zinsermittlungstag unmittelbar vorhergehenden Zinszahlungstag (einschließlich) bis zu dem dem Zinsermittlungstag unmittelbar nachfolgenden Zinszahlungstag (ausschließlich) die Entwicklung des Basiswerts im Zeitraum (**[einfügen]**) vor Beginn der Zinsperiode fest. Der Zinssatz für den maßgeblichen Zinsermittlungstag (t) entspricht der Summe aus (i) dem Basiszinssatz (**[einfügen]**, der "**Basiszinssatz**") und (ii) der prozentualen Entwicklung des Maßgeblichen Indexstandes zum Indexermittlungszeitpunkt 1 (**[einfügen]**, der "**Indexermittlungszeitpunkt 1**") gegenüber dem Maßgeblichen Indexstand zum Indexermittlungszeitpunkt 2 (**[einfügen]**, der "**Indexermittlungszeitpunkt 2**"). Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") wird gemäß folgender Formel errechnet, wobei der Zinssatz kaufmännisch auf fünf Nachkommastellen gerundet wird und nicht negativ sein kann:

$$Z = B + \left(\frac{Index(Monat_t) - Index(Monat_{(t-1)})}{Index(Monat_{(t-1)})} \right)$$

Wobei:

"**Z**" meint den Zinssatz *per annum*;

"**B**" meint den Basiszinssatz *per annum*;

"**Index(Monat_t)**" meint den Maßgeblichen Indexstand zum Indexermittlungszeitpunkt 1;

"**Index(Monat_(t-1))**" meint den Maßgeblichen Indexstand zum Indexermittlungszeitpunkt 2;

"**Index**" meint – vorbehaltlich einer Anpassung gemäß den Emissionsbedingungen – den unrevidierten harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) im Euroraum ohne Tabakwaren⁷ (HICP – all items

⁷ Der unrevidierte harmonisierte Verbraucherpreisindex des Euroraums ohne Tabakwaren zählt zu den EU-Verbraucherpreisindizes, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 vom 23.10.1995 nach einem harmonisierten Ansatz und einheitlichen Definitionen berechnet werden. Basisjahr ist das Jahr 2005. Der Euroraum erfasste zunächst Belgien, Deutschland, Irland, Spanien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland. Griechenland gehört seit Januar 2001, Slowenien seit Januar 2007, Zypern und Malta seit Januar 2008, die Slowakei seit Januar 2009, Estland seit Januar 2011, Lettland seit Januar 2014 und Litauen seit Januar 2015 zum Euroraum. Neue Mitgliedstaaten werden anhand einer Kettenindexformel in den Index integriert. Der Index

excluding tobacco – Index (2005 = 100) Euro area);

"**Indexstand**" ist jeder Stand des Index (unrevidiert; provisorisch) bezogen auf einen beliebigen Monat, wie er von der Indexberechnungsstelle in der Regel in der Mitte des Folgemonats ermittelt wird und wie er auf der Index-Bildschirmseite (**[einfügen]**) veröffentlicht wird; und

"**Maßgeblicher Indexstand**" ist jeder auf einen Bezugszeitpunkt bezogene unrevidierte (provisorische) Stand des Index, wie er von der Indexberechnungsstelle in der Regel in der Mitte des auf den Bezugszeitpunkt folgenden Monats ermittelt wird und wie er auf der Index-Bildschirmseite (**[einfügen]**) veröffentlicht wird. Nachfolgende Korrekturen werden nicht berücksichtigt. Vorläufige Veröffentlichungen einer Schätzung des Maßgeblichen Indexstandes bleiben außer Betracht;

"**Indexberechnungsstelle**" ist die Europäische Kommission - Eurostat - vorbehaltlich einer Anpassung gemäß den Emissionsbedingungen.]

[Im Fall von Inflationsgebunden (multiplikativ) einfügen: An jedem Zinsermittlungstag (**[einfügen]**) stellt die Berechnungsstelle für die Zinsperiode von dem dem Zinsermittlungstag unmittelbar vorhergehenden Zinszahlungstag (einschließlich) bis zu dem dem Zinsermittlungstag unmittelbar nachfolgenden Zinszahlungstag (ausschließlich) die Entwicklung des Basiswerts im bestimmten Zeitraum von **[einfügen]** vor Beginn der Zinsperiode fest. Der Zinssatz für den maßgeblichen Zinsermittlungstag (t) entspricht dem Produkt aus (i) der Partizipationsrate (**[einfügen]**, die "**Partizipationsrate**") und (ii) der prozentualen Entwicklung des Maßgeblichen Indexstandes zum Indexermittlungszeitpunkt 1 (**[einfügen]**, der "**Indexermittlungszeitpunkt 1**") gegenüber dem Maßgeblichen Indexstand zum Indexermittlungszeitpunkt 2 (**[einfügen]**, der "**Indexermittlungszeitpunkt 2**"). Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") wird gemäß folgender Formel errechnet, wobei der Zinssatz kaufmännisch auf fünf

Nachkommastellen gerundet wird und nicht negativ sein kann:

$$Z = P * \left(\frac{Index(Monat_t) - Index(Monat_{(t-1)})}{Index(Monat_{(t-1)})} \right)$$

Wobei:

"**Z**" meint den Zinssatz *per annum*;

"**Index(Monat_t)**" meint den Maßgeblichen Indexstand zum Indexermittlungszeitpunkt 1;

"**Index(Monat_(t-1))**" meint den Maßgeblichen Indexstand zum Indexermittlungszeitpunkt 2;

"**Index**" meint – vorbehaltlich einer Anpassung gemäß den Emissionsbedingungen – den unrevidierten harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) im Euroraum ohne Tabakwaren⁸ (HICP – all items excluding tobacco – Index (2005 = 100) Euro area);

"**P**" meint die Partizipationsrate (**[einfügen]**);

"**Indexstand**" ist jeder Stand des Index (unrevidiert; provisorisch) bezogen auf einen beliebigen Monat, wie er von der Indexberechnungsstelle in der Regel in der Mitte des Folgemonats ermittelt wird und wie er auf der Index-Bildschirmseite (**[einfügen]**) veröffentlicht wird; und

"**Maßgeblicher Indexstand**" ist jeder auf einen Bezugszeitpunkt bezogene unrevidierte (provisorische) Stand des Index, wie er von der Indexberechnungsstelle in der Regel in der Mitte des auf den Bezugszeitpunkt folgenden Monats ermittelt wird und wie er auf der Index-Bildschirmseite (**[einfügen]**) veröffentlicht wird. Nachfolgende

⁸ Der unrevidierte harmonisierte Verbraucherpreisindex des Euroraums ohne Tabakwaren zählt zu den EU-Verbraucherpreisindizes, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 vom 23.10.1995 nach einem harmonisierten Ansatz und einheitlichen Definitionen berechnet werden. Basisjahr ist das Jahr 2005. Der Euroraum erfasste zunächst Belgien, Deutschland, Irland, Spanien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland. Griechenland gehört seit Januar 2001, Slowenien seit Januar 2007, Zypern und Malta seit Januar 2008, die Slowakei seit Januar 2009, Estland seit Januar 2011, Lettland seit Januar 2014 und Litauen seit Januar 2015 zum Euroraum. Neue Mitgliedstaaten werden anhand einer Kettenindexformel in den Index integriert. Der Index wird monatlich ermittelt und in der Regel in der Mitte des Folgemonats veröffentlicht.

Korrekturen werden nicht berücksichtigt. Vorläufige Veröffentlichungen einer Schätzung des Maßgeblichen Indexstandes bleiben außer Betracht;

"**Indexberechnungsstelle**" ist die Europäische Kommission - Eurostat - vorbehaltlich einer Anpassung gemäß den Emissionsbedingungen.]

[Bei Steepener-Schuldverschreibungen einfügen: Verzinsung. Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag mit dem Zinssatz (wie unten definiert) verzinst.

Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") für jede Zinsperiode entspricht dem Produkt des Zins-Partizipationsfaktors (**[einfügen]**) und der Differenz zwischen dem Swapsatz 1 (**[einfügen]**) und dem Swapsatz 2 (**[einfügen]**).]

[Bei Nullkupon-Schuldverschreibungen einfügen: Keine laufende Verzinsung. Es erfolgen keine laufenden Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen.]

[Im Fall von Mindest- und/oder Maximalzinssatz, einfügen: Der Zinssatz ist durch den [Maximalzinssatz von **[●]**] [und] [den Mindestzinssatz von **[●]**] begrenzt.]

[Bei Zertifikaten ohne Verzinsung einfügen: Es erfolgt keine laufende Verzinsung der Zertifikate.]

[Bei fixverzinsten Zertifikaten einfügen: Die Zertifikate werden bezogen auf ihren Nennbetrag ab dem **[Verzinsungsbeginn einfügen]** (einschließlich) (der "**Verzinsungsbeginn**") bis zum **[Fälligkeitstag einfügen]** (der "**Fälligkeitstag**") (ausschließlich) [jährlich mit dem einem Zinssatz von **[Zinssatz einfügen]**% per annum] verzinst.]

[Bei variabel verzinsten Zertifikaten einfügen: Die Zertifikate werden bezogen auf ihren Nennbetrag ab dem **[Verzinsungsbeginn einfügen]** (einschließlich) (der "**Verzinsungsbeginn**") bis zum **[ersten Zinszahlungstag einfügen]** (ausschließlich) (der "**erste Zinszahlungstag**") und anschließend von jedem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum unmittelbar folgenden Zinszahlungstag (ausschließlich) mit einem Zinssatz (wie unten definiert) verzinst.

Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") für jede Zinsperiode entspricht der Summe aus (i) dem Produkt aus (a) [**Zinsberechnungsbasispartizipationsfaktor einfügen**] (der "**Zinsberechnungsbasispartizipationsfaktor**") und (b) der Zinsberechnungsbasis (wie nachstehend definiert) für den [**Referenzzinssatz einfügen**] (der "**Referenzzinssatz**") und (ii) der für die jeweilige Zinsperiode maßgeblichen Marge von [**Marge einfügen**].

"**Zinsberechnungsbasis**" ist der Angebotssatz oder das arithmetische Mittel der Angebotssätze (ausgedrückt als Prozentsatz *per annum*) für Einlagen in [●] wie auf der Bildschirmseite (wie unten definiert) gegen 11:00 Uhr ([●] Ortszeit) am Zinsfeststellungstag für den Referenzzinssatz angezeigt. "**Bildschirmseite**" meint [●].]

Datum, ab dem die Zinsen zahlbar werden und Zinsfälligkeitstermine

[Entfällt; die Wertpapiere haben keine Verzinsung.]

[Verzinsungsbeginn ist der [**Verzinsungsbeginn einfügen**] (der "**Verzinsungsbeginn**").

Der Zinsbetrag ist an jedem Zinszahlungstag (wie nachstehend definiert) zahlbar. "**Zinszahlungstag**" bedeutet nach Maßgabe der Endgültigen Bedingungen jeden [**Festgelegte Zinszahlungstage einfügen**] [jeweils den Tag, der auf den Ablauf der Festgelegten Zinsperiode ([**einfügen**]) nach dem vorhergehenden Zinszahlungstag, oder im Fall des ersten Zinszahlungstags, nach dem Verzinsungsbeginn, folgt.]]

Ist der Zinssatz nicht festgelegt, Beschreibung des Basiswerts, auf den er sich stützt

[Entfällt; die Wertpapiere haben keine basiswertabhängige Verzinsung.]

[Der Zinssatz der Wertpapiere stützt sich auf einen Basiswert. Bei dem Basiswert handelt es sich um [ein(e)(n)] [[hybriden] Basiswertkorb aus] [Aktie] [Aktien] [Index] [(Indizes)] [Rohstoff] [Rohstoffe] [Währung] [Währungen] und zwar [●].]

Fälligkeitstermin und Vereinbarungen für die Darlehenstilgung, einschließlich der Rückzahlungsverfahren

[Die Wertpapiere werden, soweit sie nicht zuvor bereits ganz oder teilweise zurückgezahlt oder zurückgekauft wurden, am [**Fälligkeitstag einfügen**] (der "**Fälligkeitstag**") zu ihrem Rückzahlungsbetrag von [**Rückzahlungsbetrag einfügen**] (der "**Rückzahlungsbetrag**") zurückgezahlt.]

[Bei Fix- bzw. variabel verzinstem Zertifikat einfügen:

Die Einlösung der Zertifikate erfolgt durch Zahlung eines Betrages in der Festgelegten Währung (der "**Tilgungsbetrag**"), der folgendermaßen berechnet wird:

Tilgungsbetrag bei Nichtverletzung der Barriere. Falls der Schlusskurs des Basiswerts am Endebeobachtungstag (**[einfügen]**) (der "**Endbeobachtungstag**") gleich hoch oder höher als die Barriere (**[einfügen]**) (die "**Barriere**") ist, entspricht der Tilgungsbetrag (der "**Tilgungsbetrag bei Nichtverletzung der Barriere**") dem Nennbetrag.

Tilgungsbetrag bei Verletzung der Barriere. Falls der Schlusskurs des Basiswerts am Endebeobachtungstag niedriger als die Barriere (**[einfügen]**) (die "**Barriere**") ist, entspricht der Tilgungsbetrag (der "**Tilgungsbetrag bei Verletzung der Barriere**") dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs. Der Tilgungskurs wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$T = 100\% + \left(\frac{\text{Basiswert}(final) - \text{Basiswert}(start)}{\text{Basiswert}(start)} \right)$$

Wobei:

"T" meint den Tilgungskurs;

"**Basiswert(final)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Endebeobachtungstag; und

"**Basiswert(start)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Anfangsbeobachtungstag (der "**Anfangsbeobachtungstag**").]

[Bei Partizipations-Zertifikat ohne Kapitalgarantie einfügen:

Die Einlösung der Zertifikate erfolgt durch Zahlung eines Betrages in der Festgelegten Währung (der "**Tilgungsbetrag**"), der dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs (der "**Tilgungskurs**") entspricht. Der Tilgungskurs wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$T = 100\% + P * \left(\frac{\text{Basiswert}(final) - \text{Basiswert}(start)}{\text{Basiswert}(start)} \right)$$

Wobei:

"**T**" meint den Tilgungskurs;

"**P**" meint den Partizipationsfaktor der, (i) für den Fall, dass der Basiswert(final) kleiner oder gleich groß wie der Basiswert(start) ist 100% beträgt und (ii) für den Fall, dass der Basiswert(final) größer als der Basiswert(start) ist (**Partizipationsfaktor einfügen**) beträgt;

"**Basiswert(final)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Endbeobachtungstag (**einfügen**), der "**Endbeobachtungstag**"; und

"**Basiswert(start)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Anfangsbeobachtungstag (**einfügen**), der "**Anfangsbeobachtungstag**".]

[Bei Partizipations-Zertifikat ohne Kapitalgarantie mit Cap einfügen:

Die Einlösung der Zertifikate erfolgt durch Zahlung eines Betrages in der festgelegten Währung (der "**Tilgungsbetrag**"), der dem geringeren Wert von (a) **[Cap einfügen]** und (b) dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs (der "**Tilgungskurs**") entspricht. Der Tilgungskurs wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$T = 100\% + P * \left(\frac{\text{Basiswert}(final) - \text{Basiswert}(start)}{\text{Basiswert}(start)} \right)$$

Wobei:

"**T**" meint den Tilgungskurs;

"**P**" meint den Partizipationsfaktor der, (i) für den Fall, dass der Basiswert(final) kleiner oder gleich groß wie der Basiswert(start) ist 100% beträgt und (ii) für den Fall, dass der Basiswert(final) größer als der Basiswert(start) ist (**Partizipationsfaktor einfügen**) beträgt;

"**Basiswert(final)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Endbeobachtungstag (**einfügen**),

der "Endbeobachtungstag"); und

"Basiswert(start)" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Anfangsbeobachtungstag ([*einfügen*], der "Anfangsbeobachtungstag").]

[Bei Partizipations-Zertifikat mit Kapitalgarantie oder Teilschutz einfügen:

Die Einlösung der Zertifikate erfolgt durch Zahlung eines Betrages in der Festgelegten Währung (der "Tilgungsbetrag"), der dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs (der "Tilgungskurs") entspricht. Der Tilgungskurs wird gemäß folgender Formel errechnet:

[Im Fall von Kapitalgarantie einfügen:

$$T = \max \left\{ 100\% + P * \left(\frac{\text{Basiswert}(final) - \text{Basiswert}(start)}{\text{Basiswert}(start)} \right); 100\% \right\}$$

[Im Fall von Teilschutz einfügen:

$$T = \max \{ 100\% + P * \left(\frac{\text{Basiswert}(final) - \text{Basiswert}(start)}{\text{Basiswert}(start)} \right); [\text{Teilschutz einfügen}] \}$$

Wobei:

"T" meint den Tilgungskurs;

"P" meint den Partizipationsfaktor ([*einfügen*]);

"Basiswert(final)" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Endbeobachtungstag ([*einfügen*], der "Endbeobachtungstag"); und

"Basiswert(start)" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Anfangsbeobachtungstag ([*einfügen*], der "Anfangsbeobachtungstag").]

[Bei Partizipations-Zertifikat mit Kapitalgarantie oder Teilschutz und Cap einfügen:

Die Einlösung der Zertifikate erfolgt durch Zahlung eines Betrages in der Festgelegten Währung (der

"**Tilgungsbetrag**"), der dem geringeren Wert von (a) [**Cap einfügen**] und (b) dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs (der "**Tilgungskurs**") entspricht. Der Tilgungskurs wird gemäß folgender Formel errechnet:

[Im Fall von Kapitalgarantie einfügen:

$$T = \max \left\{ 100\% + P * \left(\frac{\text{Basiswert}(final) - \text{Basiswert}(start)}{\text{Basiswert}(start)} \right); 100\% \right\}$$

[Im Fall von Teilschutz einfügen:

$$T = \max \left\{ 100\% + P * \left(\frac{\text{Basiswert}(final) - \text{Basiswert}(start)}{\text{Basiswert}(start)} \right); [\text{Teilschutz einfügen}] \right\}$$

Wobei:

"**T**" meint den Tilgungskurs;

"**P**" meint den Partizipationsfaktor (**[einfügen]**);

"**Basiswert(final)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Endbeobachtungstag (**[einfügen]**, der "**Endbeobachtungstag**"); und

"**Basiswert(start)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Anfangsbeobachtungstag (**[einfügen]**, der "**Anfangsbeobachtungstag**").]

[Bei Bonus-Zertifikat mit Kapitalgarantie einfügen:

Die Einlösung der Zertifikate erfolgt durch Zahlung eines Betrages in der Festgelegten Währung (der "**Tilgungsbetrag**"), der folgendermaßen berechnet wird:

für den Fall, dass, wie von der Emittentin festgestellt, der Schlusskurs des Basiswertes (oder im Fall von mehreren Basiswerten der Schlusskurs von mindestens einem Basiswert) an keinem der Beobachtungstage (**[einfügen]**) (die "**Beobachtungstage**") die Barriere (**[einfügen]**) berührt oder unterschreitet, entspricht der

Tilgungsbetrag dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs. Der Tilgungskurs wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$T = 100\% + Bonus$$

Wobei:

"**T**" meint den Tilgungskurs; und

"**Bonus**" ist (**[einfügen]**).

für den Fall, dass, wie von der Emittentin festgestellt, der Schlusskurs des Basiswertes (oder im Fall von mehreren Basiswerten der Schlusskurs von mindestens einem Basiswert) zumindest an einem oder mehreren Tagen die Barriere (**[einfügen]**) berührt oder unterschreitet, entspricht der Tilgungsbetrag dem Nennbetrag.]

[Bei Bonus-Zertifikat ohne Kapitalgarantie einfügen:

Die Einlösung der Zertifikate erfolgt durch Zahlung eines Betrages in der Festgelegten Währung (der "**Tilgungsbetrag**"), der folgendermaßen berechnet wird:

für den Fall, dass, wie von der Emittentin festgestellt, der Schlusskurs des Basiswertes (oder im Fall von mehreren Basiswerten der Schlusskurs von mindestens einem Basiswert) an keinem der Beobachtungstage (**[einfügen]**) die Barriere (**[einfügen]**) berührt oder unterschreitet, entspricht der Tilgungsbetrag dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs bei Nichtverletzung der Barriere. Der Tilgungskurs bei Nichtverletzung der Barriere wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$T_n = 100\% + Bonus$$

Wobei:

"**T_n**" meint den Tilgungskurs bei Nichtverletzung der Barriere; und

"**Bonus**" ist (**[einfügen]**).

für den Fall, dass, wie von der Emittentin festgestellt,

der Schlusskurs des Basiswertes (oder im Fall von mehreren Basiswerten der Schlusskurs von mindestens einem Basiswert) zumindest an einem oder mehreren Beobachtungstagen (**[einfügen]**) die Barriere (**[einfügen]**) berührt oder unterschreitet, entspricht der Tilgungsbetrag dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs bei Verletzung der Barriere. Der Tilgungskurs bei Verletzung der Barriere wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$Tv = 100\% + \left(\frac{\text{Basiswert}(final) - \text{Basiswert}(start)}{\text{Basiswert}(start)} \right)$$

Wobei:

"**Tv**" meint den Tilgungskurs bei Verletzung der Barriere;

"**Basiswert(final)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Endbeobachtungstag (der "**Endbeobachtungstag**"); und

"**Basiswert(start)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Anfangsbeobachtungstag (der "**Anfangsbeobachtungstag**").]

[Bei Express-Zertifikat einfügen:

Die Einlösung der Zertifikate erfolgt durch Zahlung eines Betrages in der Festgelegten Währung ("**Tilgungsbetrag**"), der folgendermaßen berechnet wird:

[Tilgungsbetrag bei Vorzeitiger Rückzahlung. Sofern an einem Beobachtungstag (**[einfügen]**) (jeweils ein "**Beobachtungstag**") der Schlusskurs des Basiswerts gleich hoch oder höher als der Startwert (**[einfügen]**) (der "**Startwert**") ist, endet die Laufzeit des Express-Zertifikates an diesem Beobachtungstag, ohne dass es einer gesonderten Kündigung des Express-Zertifikates durch die Emittentin bedarf und die Zertifikate werden innerhalb von fünf Bankarbeitstagen durch Bezahlung des Tilgungsbetrags bei Vorzeitiger Rückzahlung getilgt (Vorzeitige Rückzahlung). In diesem Fall erfolgt die Einlösung des Express-Zertifikates durch Zahlung des Nennbetrags einschließlich der bis zum Tag der

Rückzahlung angefallenen aber noch nicht bezahlten Zinsen. Das Eintreten der Vorzeitigen Rückzahlung sowie die Höhe des Tilgungsbetrags bei Vorzeitiger Rückzahlung werden von der Emittentin unverzüglich bekannt gemacht.]

Tilgungsbetrag bei Nichtverletzung der Barriere. Sollte es zu keiner Vorzeitigen Rückzahlung kommen und ist der Schlusskurs des Basiswerts gleich hoch oder höher als die Barriere (**[einfügen]**) (die "**Barriere**"), entspricht der Tilgungsbetrag (der "**Tilgungsbetrag bei Nichtverletzung der Barriere**") dem Nennbetrag zuzüglich der bis zum Fälligkeitstag (ausschließlich) aufgelaufenen aber noch nicht bezahlten Zinsen.

Tilgungsbetrag bei Verletzung der Barriere. Sollte es zu keiner Vorzeitigen Rückzahlung kommen und ist der Schlusskurs des Basiswerts niedriger als die Barriere (**[einfügen]**) (die "**Barriere**"), entspricht der Tilgungsbetrag (der "**Tilgungsbetrag bei Verletzung der Barriere**") dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs zuzüglich der bis zum Fälligkeitstag (ausschließlich) aufgelaufenen aber noch nicht bezahlten Zinsen. Der Tilgungskurs wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$T = 100\% + \left(\frac{\text{Basiswert}(final) - \text{Basiswert}(start)}{\text{Basiswert}(start)} \right)$$

Wobei:

"**T**" meint den Tilgungskurs;

"**Basiswert(final)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Endbeobachtungstag (**[einfügen]**, der "**Endbeobachtungstag**"); und

"**Basiswert(start)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Anfangsbeobachtungstag (**[einfügen]**, der "**Anfangsbeobachtungstag**").]

Angabe der Rendite

[●] [Eine Rendite kann aufgrund der im Vorhinein nicht bestimmaren Erträge der Wertpapiere nicht berechnet werden.]

**Name des Vertreters
der Schuldtitelinhaber**

Grundsätzlich sind alle Rechte aus Wertpapieren durch jeden Gläubiger selbst gegenüber der

Emittentin geltend zu machen.

Seitens der Emittentin ist keine organisierte Vertretung der Inhaber der Wertpapiere (die "**Wertpapierinhaber**") vorgesehen.

Gemäß den Bestimmungen des Kuratorengesetzes ist in bestimmten Fällen vom zuständigen Gericht ein Kurator für die jeweiligen Gläubiger zu bestellen.

- C.10 Derivative Komponente bei der Zinszahlung** [Entfällt; die Wertpapiere schütten keine Zinsen aus bzw enthalten keine derivative Komponente bei der Zinszahlung.]
[Siehe C.9]
- C.11 Zulassung zum Handel** [Die Zulassung der Wertpapiere zum Geregelter Freiverkehr der Wiener Börse wird beantragt.]
[Die Einbeziehung der Wertpapiere in den Handel in dem von der Wiener Börse als Multilaterales Handelssystem geführten Dritten Markt wird beantragt.]
[Entfällt; die Emittentin hat keinen Antrag auf Zulassung der Wertpapiere zum Handel an einem geregelten Markt gestellt.]
[Die Zulassung der Wertpapiere zum Handel im Geregelter Freiverkehr der Wiener Börse kann jederzeit beantragt werden.]
- C.15 Beschreibung, wie der Wert der Anlage durch den Wert des Basisinstruments/der Basisinstrumente beeinflusst wird** [Entfällt; die Wertpapiere enthalten keine derivative Komponente.]
[Siehe C.9]
[Bei Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung ist die Höhe des Zinssatzes von der Entwicklung eines oder mehrerer Basiswerte abhängig. Der Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen hingegen steht bereits am Begebungstag fest und ändert sich nicht. Der Marktpreis der Schuldverschreibungen neigt typischerweise weniger zu Schwankungen (Volatilität) als der Marktpreis von Zertifikaten. Der Marktpreis der Schuldverschreibungen hängt unter anderem von der Einschätzung des Marktes über die Rendite der Schuldverschreibungen ab. Geht der Markt von einer Erhöhung der Rendite der Schuldverschreibungen aus, erhöht sich in der

Regel auch der Marktpreis der Schuldverschreibungen. Die Rendite der Schuldverschreibungen ist von der Differenz zwischen dem Preis, zu dem die Schuldverschreibungen erworben werden, und dem Preis, zu dem sie verkauft werden bzw dem Rückzahlungsbetrag sowie dem Zinssatz der Schuldverschreibungen abhängig. Da die Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung einen festen Rückzahlungsbetrag aufweisen, kommt der Veränderung des Basiswerts eine maßgebliche Bedeutung für die Veränderung des Marktpreises zu. Je nach der Zuordnung zwischen Basiswert und Zinssatz, ist bei einer Änderung des Marktpreises des Basiswertes grundsätzlich von einer Änderung des Marktpreises der Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung auszugehen. Bei Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung bemisst sich die Höhe des auf eine Zinsperiode anwendbaren Zinssatzes nach der Entwicklung des Marktpreises eines oder mehrerer Basiswerte in einem bestimmten Zeitraum.

Bei Zertifikaten ist die Höhe des Tilgungsbetrags von der Entwicklung des Wertes eines oder mehrerer Basiswerte abhängig. Zertifikate können zudem eine fixe oder variable Verzinsung aufweisen. Die Rendite der Zertifikate bemisst sich daher maßgeblich vom Tilgungsbetrag und der allfälligen Verzinsung. Der Marktpreis von Zertifikaten ist typischerweise sehr volatil, wenn sie keine laufende Verzinsung aufweisen, da der Tilgungsbetrag (meist) ungewiss ist. Für die Zuordnung zwischen Basiswert und Tilgungsbetrag gilt dasselbe wie oben. Darüber hinaus können die Zertifikate je nach Zertifikate-Art auch noch weitere Merkmale bzw Strukturen aufweisen. Der Marktpreis der Zertifikate wird maßgeblich von ihrem Tilgungsbetrag bzw der Einschätzung des Marktes über die voraussichtliche Höhe des Tilgungsbetrags der Zertifikate bei Laufzeitende beeinflusst.]

C.16 Verfalltag oder Fälligkeitstermin der derivativen Wertpapiere - Ausübungstermin

[Entfällt; die Wertpapiere sind keine derivativen Wertpapiere.]

[Entfällt; die Schuldverschreibungen enthalten keine

- oder letzter Referenztermin
- solchen Termine, da nur die Höhe des Zinssatzes basiswertabhängig ist.]
- [Siehe C.9 - Feststellungstage und Beobachtungszeitraum]
- [Fälligkeitstag ist der [●].]
- C.17 Beschreibung des Abrechnungsverfahrens für die derivativen Wertpapiere**
- [Entfällt; die Wertpapiere sind keine derivativen Wertpapiere.]
- [Entfällt; die Wertpapiere sind nur im Hinblick auf die Höhe des Zinssatzes basiswertabhängig.]
- [Die Zahlung von Kapital [und Zinsen] erfolgt, vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Vorschriften, über die Zahlstelle(n) zur Weiterleitung an die Clearing-Systeme oder nach deren Anweisung durch Gutschrift auf die jeweilige für den Wertpapierinhaber depotführende Stelle.
- Als Zahlstelle fungiert [die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Hypo-Passage 1, A-6900 Bregenz, Österreich] [●].]
- C.18 Beschreibung der Ertragsmodalitäten bei derivativen Wertpapieren.**
- [Entfällt; die Wertpapiere sind keine derivativen Wertpapiere.]
- [Entfällt; die Wertpapiere sind nur im Hinblick auf die Höhe des Zinssatzes basiswertabhängig.]
- [Bei Schuldverschreibungen einfügen:** Die Zahlung des Rückzahlungsbetrags erfolgt am Fälligkeitstag durch die Emittentin im Wege der Zahlstelle.]
- [Bei Zertifikaten einfügen:** Die Zahlung des Tilgungsbetrags erfolgt am Fälligkeitstag durch die Emittentin im Wege der Zahlstelle.]
- C.19 Ausübungspreis oder endgültiger Referenzpreis des Basiswerts**
- [Entfällt; die Wertpapiere sind keine derivativen Wertpapiere.]
- [Entfällt; die Wertpapiere sind nur im Hinblick auf die Höhe des Zinssatzes basiswertabhängig.]
- [Der endgültige Referenzpreis ist der Schlusskurs des Basiswertes am maßgeblichen Tag.]
- C.20 Beschreibung der Art des Basiswerts und Angabe des Ortes, an dem Informationen über den Basiswert erhältlich sind**
- [Entfällt; die Wertpapiere sind keine derivativen Wertpapiere.]
- [Informationen über **[Basiswert einfügen]** können **[Ort einfügen]** bezogen werden.]

D. Risiken

D.2 Zentrale Risiken, die der Emittentin eigen sind

- Die schwierigen volkswirtschaftlichen Bedingungen und die Bedingungen am Finanzmarkt können erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, die Finanz- und Ertragslage sowie die Zukunftsaussichten der Hypo Vorarlberg-Gruppe haben
- Zahlungsverzug, Zahlungseinstellungen oder Bonitätsverschlechterungen von Kunden oder anderen Gegenparteien können zu Verlusten führen (Kreditausfallsrisiko)
- Es besteht die Gefahr, dass der Emittentin die Geldmittel zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen oder diese nur zu für die Emittentin schlechteren Konditionen beschafft werden können (Liquiditätsrisiko)
- Die Emittentin ist Risiken der Zinsänderung ausgesetzt (Zinsänderungsrisiko)
- Eine Änderung von Wechselkursen kann sich auf die Emittentin negativ auswirken (Wechselkursrisiko)
- Die Emittentin ist dem Risiko negativer Zinsen im Kreditgeschäft ausgesetzt
- Eine Aussetzung, Senkung oder Aufhebung eines Ratings der Emittentin könnte die Refinanzierungsbedingungen der Emittentin, insbesondere ihren Zugang zu den Fremdkapitalmärkten negativ beeinflussen
- Wirtschaftliche oder politische Entwicklungen und/oder ein Abschwung der Wirtschaft in den Hauptmärkten der Emittentin können wesentliche nachteilige Auswirkungen auf ihre Ertrags- und Vermögenslage haben
- Die Emittentin ist in hoch kompetitiven Märkten tätig und konkurriert mit großen Finanzinstituten sowie mit etablierten lokalen Wettbewerbern
- Neue staatliche oder aufsichtsrechtliche Anforderungen und Änderungen von

Eigenkapitalquoten und des Verschuldungsgrades könnten die Emittentin erhöhten Eigenkapitalanforderungen oder Standards unterwerfen und die Aufbringung von zusätzlichem Kapital oder zusätzliche Liquidität in Zukunft erforderlich machen

- Die Emittentin ist möglicherweise nicht in der Lage, die Mindestanforderungen für Eigenmittel und abschreibungsfähige Verbindlichkeiten zu erfüllen
- Die Emittentin ist verpflichtet, Beiträge an den Einheitlichen Abwicklungsfonds und an ex-ante finanzierte Fonds der Einlagensicherungssysteme abzuführen; dies führt zu zusätzlichen finanziellen Belastungen der Emittentin und wirkt sich somit nachteilig auf die Finanzposition der Emittentin und auf ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aus
- Die Emittentin ist Risiken ausgesetzt, die sich aus der mangelnden Eignung oder dem Versagen interner Abläufe, von Menschen oder Systemen (insbesondere IT-Systemen) oder aus externen – absichtlich oder versehentlich oder durch natürliche Umstände verursachten – Ereignissen ergeben (operationelles Risiko)
- Die Emittentin ist dem Risiko von Änderungen steuerlicher Rahmenbedingungen, insbesondere betreffend die Stabilitätsabgabe und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, ausgesetzt, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin wesentlich nachteilig beeinflussen können
- Interessenkonflikte und Doppelfunktionen (zB von Organen der Emittentin) können zu Entscheidungen führen, die nicht im Interesse der Anleger liegen
- Die Emittentin wird durch eine Mehrheitseigentümerin kontrolliert, deren Beschlüsse nicht im Interesse der Anleger liegen können
- Die Einhaltung von Vorschriften im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung bringt erhebliche Kosten und Aufwendungen mit sich und die Nichteinhaltung dieser Vorschriften hat schwerwiegende rechtliche Folgen sowie Reputationsfolgen.

- Falls ein Mitgliedinstitut der Pfandbriefstelle seinen Verpflichtungen gegenüber der Pfandbriefstelle und/oder der Pfandbriefbank (Österreich) AG nicht nachkommen kann oder falls die Pfandbriefbank (Österreich) AG ihren Verpflichtungen nicht nachkommen kann, könnte dies negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.
- Die Vornahme von Anpassungen der Absicherungsmaßnahmen kann zusätzliche Kosten, Steuern oder nachteilige aufsichtsrechtliche Änderungen verursachen, die Auswirkungen auf die Absicherungsmaßnahmen der Emittentin haben könnten

D.3 Zentrale Risiken, die den Wertpapieren eigen sind

- Wertpapiere können ein ungeeignetes Investment sein – komplexe Finanzinstrumente sind nicht für alle Anleger geeignet, da sie im Vergleich zu nicht komplexen Finanzinstrumenten wesentlich höheres Verlustrisiko aufweisen
- Die Wertpapierinhaber sind dem Kreditrisiko der Emittentin ausgesetzt
- Wertpapierinhaber sind dem Risiko ausgesetzt, dass die Emittentin weiteres Fremdkapital aufnimmt
- Nebenkosten im Zusammenhang mit dem Kauf und/oder Verkauf von Wertpapieren und/oder der Depotführung können zu Kostenbelastungen führen, die die mit den Wertpapieren verbundene Rendite maßgeblich reduzieren können
- Von einem Kauf der Wertpapiere auf Kredit wird aufgrund des deutlich höheren Verlustrisikos abgeraten
- Keine Gewissheit eines liquiden Sekundärmarktes für die Wertpapiere
- Es besteht ein Risiko, dass der Handel mit den Wertpapieren oder den Basiswerten ausgesetzt, unterbrochen oder beendet wird
- Wertpapierinhaber unterliegen möglicherweise einem Wechselkursrisiko

- Eine Wiederveranlagung von Erträgen und Kapital der Wertpapiere zu den Bedingungen, die für die Wertpapiere gelten, ist ungewiss
- Wertpapierinhaber sind dem Risiko nachteiliger Entwicklungen der Marktpreise ihrer Wertpapiere ausgesetzt
- Bei einer Rückzahlung der Wertpapiere vor Endfälligkeit sind die Wertpapierinhaber dem Risiko ausgesetzt, dass ihre Kapitalanlage eine geringere Rendite als erwartet aufweist und eine Wiederveranlagung nur zu schlechteren Bedingungen möglich ist (Risiko vorzeitiger Rückzahlung)
- Bei Wertpapieren, die kein Kündigungsrecht der Anleihegläubiger vorsehen, haben die Anleihegläubiger möglicherweise keine Möglichkeit, ihr Investment vorzeitig zu beenden
- Es ist der Emittentin nicht verboten, weitere Verbindlichkeiten einzugehen, die im Vergleich zu den Verbindlichkeiten aus den Wertpapieren vorrangig oder gleichrangig sind
- Anleger, die in Wertpapiere investieren, gehen das Risiko ein, dass sich der Credit Spread (Zinsaufschlag) der Emittentin verändert (Credit Spread-Risiko)
- Die Inhaber von fixverzinsten Wertpapieren und Wertpapieren mit fixverzinsten Perioden sind dem Risiko ausgesetzt, dass der Wert der Wertpapiere als Ergebnis einer Änderung des Marktzinssatzes fällt
- Die Inhaber variabel verzinsten Wertpapiere sind bedeutenden Zinsschwankungsrisiken ausgesetzt
- Steuerrechtliche Veränderungen können sowohl den Wert der Wertpapiere als auch die Höhe der Zahlungen negativ beeinflussen
- Die Verbindlichkeiten aus den Wertpapieren sind von keiner gesetzlichen Sicherungseinrichtung gedeckt
- [Bei Pfandbriefen und Kommunalpfandbriefen besteht keine Sicherheit, dass die Deckungswerte des jeweiligen Deckungsstockes der Pfandbriefe und Kommunalpfandbriefe zu jedem Zeitpunkt

ausreichen, um die Verpflichtungen aus den Pfandbriefen und Kommunalpfandbriefen zu decken und/oder dass Ersatzwerte dem jeweiligen Deckungsstock zeitgerecht hinzugefügt werden können]

- [Die Wertpapiere können nach Eintritt eines bestimmten Auslöse-Ereignisses der Abschreibung oder Umwandlung in Eigenkapital unterliegen, wodurch die Gläubiger einen Teil oder die Gesamtheit ihrer Anlage in die Wertpapiere verlieren können (gesetzliche Verlustbeteiligung)]
- [Die Wertpapiere können anderen Abwicklungsbefugnissen unterliegen, die zu einer Nicht-Zahlung von Zinsen und/oder einer Nichtrückzahlung führen können]
- Die Gläubiger der Wertpapiere sind dem Risiko ausgesetzt, dass in einer Insolvenz der Emittentin Einlagen einen höheren Rang als ihre Ansprüche im Zusammenhang mit den Wertpapieren haben
- [Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin sind nachrangige Schuldverschreibungen gegenüber nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten nachrangig zu bedienen]
- [Nachrangige Schuldverschreibungen dürfen nicht nach Wahl der Anleihegläubiger gekündigt werden, und jegliche Rechte der Emittentin auf vorzeitige Rückzahlung oder Rückkauf oder Kündigung der nachrangigen Schuldverschreibungen sind von einer vorherigen Erlaubnis der zuständigen Behörde abhängig. Bei nachrangigen Schuldverschreibungen besteht das Risiko, dass ein Rückkauf durch die Emittentin nicht zulässig ist. Anleger, die in nachrangige Schuldverschreibungen investieren, sind dem Risiko ausgesetzt, dass sie während der Laufzeit der Schuldverschreibungen ihr eingesetztes Kapital nicht zurückverlangen können]
- [Die Anrechenbarkeit nachrangiger Schuldverschreibungen als Eigenmittel kann sich verringern oder wegfallen]
- Bei einer zukünftigen Geldentwertung (Inflation) könnte sich die reale Rendite einer Anlage verringern (Inflationsrisiko)

- Die Wertpapiere unterliegen österreichischem Recht, und Änderungen in den geltenden Gesetzen, Verordnungen oder regulatorischen Vorschriften können negative Auswirkungen auf die Emittentin, die Wertpapiere und die Anleger haben
- Die für die Verjährung von Ansprüchen auf Zahlung von Zinsen gesetzlich vorgesehene Frist von 3 Jahren bzw die für die Verjährung von Ansprüchen auf Zahlung von Kapital gesetzlich vorgesehene Frist von 30 Jahren ab Fälligkeit kann in den auf die Wertpapiere anwendbaren Emissionsbedingungen gekürzt werden. In diesem Fall haben die Wertpapierinhaber weniger Zeit, ihre Ansprüche aus den Wertpapieren geltend zu machen
- Ein österreichisches Gericht kann einen Treuhänder (Kurator) für die Wertpapiere ernennen, der die Rechte und Interessen der Wertpapierinhaber in deren Namen ausübt und wahrnimmt, wodurch die Möglichkeit der Wertpapierinhaber zur individuellen Geltendmachung ihrer Rechte aus den Wertpapieren eingeschränkt werden kann
- [Inhaber von Wertpapieren mit indexabhängiger Verzinsung und/oder Rückzahlung bzw Tilgung sind dem Risiko der Entwicklung des Marktpreises des zugrundeliegenden Index ausgesetzt]
- [Inhaber von Wertpapieren mit rohstoffabhängiger Verzinsung und/oder Rückzahlung bzw Tilgung sind dem Risiko der Entwicklung des Marktpreises des zugrundeliegenden Rohstoffes (oder des Rohstoffkorbes) ausgesetzt]
- [Zahlungen auf Wertpapiere, bei denen die Verzinsung und/oder die Rückzahlung bzw Tilgung an den Wert von Aktien (oder Aktienkörben) gebunden ist, sind abhängig von der Entwicklung des Marktpreises der zugrundeliegenden Aktien (oder Aktienkörbe)]
- [Inhaber von Wertpapieren, die von Währungen abhängig sind, sind dem Risiko der Entwicklung des Marktpreises der zugrundeliegenden Währungen ausgesetzt]
- [Inhaber von Wertpapieren, die von hybriden

Basiswertkörben abhängig sind, können einem wesentlich höheren Risiko als Inhaber von Wertpapieren, die nur von einem Basiswert (oder einer Art von Basiswerten) abhängig sind, ausgesetzt sein]

- [Interessenskonflikte können die den Wertpapieren zu Grunde liegenden Basiswerte negativ beeinflussen]

[D.6] [Inhaber von derivativen Wertpapieren unterliegen dem Risiko, ihren Kapitaleinsatz ganz oder teilweise zu verlieren.]

E. Angebot

E.2b Gründe für das Angebot und Zweckbestimmung der Erlöse

Die Nettoerlöse aus der Ausgabe der Wertpapiere werden von der Emittentin zur Gewinnerzielung und für ihre allgemeinen Refinanzierungsbedürfnisse verwendet.

E.3 Angebotskonditionen

Das Angebot der Wertpapiere unter diesem Programm unterliegt keinen Bedingungen. Die Endgültigen Bedingungen sind zusammen mit diesem Prospekt zu lesen und enthalten, gemeinsam mit dem Prospekt, vollständige und umfassende Angaben über das Programm und die einzelnen Emissionen von Wertpapieren.

Die Gesamtsumme der Emissionen von Wertpapieren unter diesem Prospekt ist betragsmäßig nicht beschränkt. Die Volumina der einzelnen Emissionen von Wertpapieren ergeben sich aus den Endgültigen Bedingungen.

Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit ohne Zustimmung der Wertpapierinhaber weitere Wertpapiere mit gleicher Ausstattung (mit Ausnahme des Emissionspreises und, soweit anwendbar, des ersten Zinszahlungstags) in der Weise zu begeben, dass sie mit den bestehenden Wertpapieren eine einheitliche Serie bilden.

E.4 Interessenkonflikte

Mögliche Interessenskonflikte können sich zwischen der Berechnungsstelle, der Zahlstelle und den Wertpapierinhabern ergeben, insbesondere hinsichtlich bestimmter Ermessensentscheidungen die den vorgenannten Funktionen aufgrund der Emissionsbedingungen oder auf anderer Grundlage zustehen. Diese Interessenskonflikte könnten einen

negativen Einfluss auf die Wertpapierinhaber haben.

Die Mitglieder des Vorstandes sowie des Aufsichtsrats der Emittentin haben innerhalb der Emittentin, der Vorarlberger Landesbank-Holding oder anderen Gesellschaften zahlreiche weitere Funktionen inne. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich aus Doppelfunktionen von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern der Emittentin in anderen Organisationen und Gesellschaften Interessenkonflikte ergeben, die zu Entscheidungen führen, die nicht im Interesse der Emittentin und der Wertpapierinhaber liegen.

Interessen an dem Angebot

[Angaben zu etwaigen Interessen von an der Emission beteiligten natürlichen und juristischen Personen einfügen]

[Entfällt, es bestehen keine Interessen von an der Emission beteiligten natürlichen und juristischen Personen]

E.7 Kosten für die Anleger

[Entfällt; es werden den Anlegern keine Kosten in Rechnung gestellt.] [●]

RISIKOFAKTOREN

1. Allgemein

Der Erwerb von und die Investition in Wertpapiere der Emittentin ist für den Erwerber mit Risiken verbunden. Dieses Kapitel beschreibt jene Risikofaktoren, die nach Ansicht der Emittentin mit dem Erwerb der Wertpapiere verbunden sind. Der Eintritt dieser Risiken kann, einzeln oder zusammen mit anderen Umständen, die Geschäftstätigkeit der Emittentin wesentlich beeinträchtigen und erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Anleger haben.

Die nachfolgend aufgeführten Risiken können sich als nicht abschließend herausstellen und daher nicht die einzigen Risiken sein, denen die Emittentin ausgesetzt ist. Die Reihenfolge und die Ausführlichkeit der nachfolgend dargestellten Risikofaktoren sagt nichts über ihre Eintrittswahrscheinlichkeit oder die potenziellen wirtschaftlichen Auswirkungen im Falle ihres Eintritts aus. Zu beachten ist ferner, dass Risikofaktoren auch kumulativ vorliegen und sich gegenseitig verstärken können. Weitere Risiken und Unsicherheiten, die der Emittentin etwa gegenwärtig nicht bekannt sind oder die von ihr gegenwärtig als unwesentlich eingeschätzt werden, können ihre Geschäftstätigkeit ebenfalls beeinträchtigen und wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

Dieser Prospekt kann die vor jeder Anlageentscheidung in jedem individuellen Fall unerlässliche Beratung durch die Hausbank, einen Anlage-, Rechts-, Steuer- oder sonstigen Berater nicht ersetzen. Potenzielle Anleger sollten vor einer Anlageentscheidung sicherstellen, dass sie die Funktionsweise des jeweiligen Wertpapiers und die damit verbundenen Risiken verstanden haben, dass der Erwerb der Wertpapiere eine ihren Bedürfnissen und Verhältnissen entsprechende Anlage darstellt, und dass sie das Risiko des Verlusts des eingesetzten Kapitals einschließlich anfallender Transaktionskosten tragen können.

Falls einer oder mehrere der nachstehend oder gegebenenfalls in einem Nachtrag angeführten Risikofaktoren eintreten, können Anleger ihr Investment zur Gänze oder zum Teil verlieren.

Potentielle Anleger sollten sich bewusst sein, dass die Wertpapiere an Wert verlieren können und es zu einem Verlust der gesamten Investition (Totalverlust) kommen kann.

2. Risikofaktoren in Bezug auf die Geschäftstätigkeit der Emittentin

Die Emittentin ist im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit Risiken ausgesetzt, deren Realisierung dazu führen kann, dass sie ihren Verpflichtungen aus den Wertpapieren nicht oder nicht zur Gänze und/oder fristgerecht nachkommen kann. Diese Risiken können auch dazu führen, dass die Umsätze und Erträge der Emittentin von Berichtszeitraum zu Berichtszeitraum schwanken.

Wichtiger Hinweis: Historische Finanzzahlen lassen keine Rückschlüsse auf künftige Zeiträume zu und können sich von einem Jahr auf das nächste wesentlich ändern.

Angehende Investoren sollten beachten, dass die nachstehend beschriebenen Risiken nicht die einzigen Risiken sind, denen sich die Emittentin gegenüber sieht. Die Emittentin hat jene Risiken betreffend ihr Geschäft, ihre Geschäftstätigkeit, ihre Finanzlage und/oder ihre Aussichten beschrieben, welche sie zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Prospektes als wesentlich ansieht und von welchen sie derzeit Kenntnis hat. Es können zusätzliche Risiken bestehen, die die Emittentin derzeit als nicht wesentlich ansieht und/oder von denen sie derzeit keine Kenntnis hat, und jedes dieser Risiken könnte Auswirkungen auf ihre Ertrags- und Finanzlage und das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit haben.

2.1 Die schwierigen volkswirtschaftlichen Bedingungen und die Bedingungen am Finanzmarkt können erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, die Finanz- und Ertragslage sowie die Zukunftsaussichten der Hypo Vorarlberg-Gruppe haben

Neben dem wirtschaftlichen und politischen Umfeld in Österreich haben als Ergebnis der Globalisierung auch die Entwicklung der Weltwirtschaft und der globalen Finanzmärkte einen wesentlichen Einfluss auf die Nachfrage nach den von der Emittentin angebotenen Dienstleistungen und Finanzprodukten und damit auch auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin.

Seit 2010 stellt die Eskalation der Staatsschulden einiger Euroländer eine neuerliche Belastung für die Finanzmärkte - allen voran der Staatsanleihenmärkte - dar. In der Folge gewann die Krise aufgrund der enormen Spannungen innerhalb der Europäischen Währungsunion rund um die Verschuldungssituation eine neue Dimension.

Seit September 2012 kam es zu einer Zunahme der weltweiten Interventionen von Zentralbanken und Regierungen zur Verhinderung einer weiteren Verschlechterung des Wirtschaftswachstums und als Reaktion auf Bedenken über die Auswirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise. Die Europäische Zentralbank ("**EZB**") veröffentlichte im Jahr 2012 einen Plan zum unbegrenzten Kauf von Staatsanleihen notleidender Länder wie Spanien und Italien teilweise im Austausch gegen die Annahme formeller Programme einschließlich strenger Sparpakete. Seitdem haben sich die geldpolitischen Zielsetzungen in den Ländern erheblich auseinander entwickelt: Während die US-Notenbank (*U.S. Federal Reserve Bank* - "**FED**") im Jahr 2014 ihr Programm zum Kauf von Staatsanleihen schrittweise herunterfuhr und im Oktober 2014 ihr Programm beendete, werden nunmehr kurzfristig weitere Erhöhungen des Leitzinses erwartet. Im Gegensatz dazu begann die EZB im März 2015 ein breites Programm zum Ankauf von Vermögenswerten, das bis März 2017 andauern soll. Das aktuell besonders niedrige Zinsniveau setzt den Finanzsektor global weiter unter Druck. Die künftigen Auswirkungen von Maßnahmen der EZB oder anderer Institutionen sind nicht absehbar und sie können den erwarteten Nutzen für die betroffenen Wirtschaftsräume bringen oder nicht. Unterschiede in der Geldpolitik

können zu stärkeren Schwankungen auf Schulden- und Devisenmärkten führen. Zudem können Überschüsse in entwickelten und zum Teil auch aufstrebenden Wirtschaftsräumen gefährdet werden.

Im Jahr 2015 erholte sich die Wirtschaft der Eurozone mäßig, was von einem positiven Trend der Leitindikatoren für Inflation und einem stetigen Sinken der Arbeitslosenquote innerhalb der Eurozone begleitet wurde. Die wichtigste Stütze für Wachstum in der Eurozone blieb der private Konsum, der auch von niedrigen Energiepreisen profitiert. Die positive Entwicklung in der Eurozone wird sich voraussichtlich weiter fortsetzen, allerdings stellen die Volatilität der Finanzmärkte aufgrund des Rückgangs des Ölpreises, der geopolitischen Unsicherheiten in Griechenland, Russland, Ukraine und Syrien sowie der Wirtschaftswachstumseinbruch in China ein Abwärtsrisiko dar. Zusammen mit Großbritannien (Stichwort: "Brexit") gestaltet Chinas wirtschaftliche Transformation die weltweite Wirtschaft hinsichtlich gestiegener Volatilität und eines Rückgangs der Aktienpreise an den Aktienmärkten sowie eines Rückgangs der Rohstoffpreise und der weltweiten Devisenreserven. Diese weltweite wirtschaftliche Situation führt zu entsprechenden Risiken innerhalb der Eurozone.

Im Jahr 2015 hat sich während des gesamten Jahres die Geldpolitik der Zentralbanken unterschiedlich entwickelt: Die EZB setzte eine expansive Geldpolitik in der Eurozone durch Erhöhung und Ausweitung des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten fort, währenddessen die FED das erste Mal seit Juni 2006 die Zielspanne von 0,25% auf 0,25% bis zu 0,50% erhöhte und weitere graduelle Zinssatzerhöhungen für 2016 ankündigte. Diese Entwicklung war von einem anhaltenden soliden Wachstum der U.S. Wirtschaft und der Erholung des U.S. Arbeitsmarktes getrieben. Der Ausblick für die europäische und die weltweite Wirtschaft wird aufgrund der schwierigen Situation in den Schwellenländern weiter herausfordernd bleiben, was auch Auswirkungen auf die Aussichten hinsichtlich Stabilisierung und Verbesserung der wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen in Zentral- und Osteuropa hat.

Das anhaltende historisch niedrige Zinsniveau in Verbindung mit dem erforderlichen Aufbau zusätzlicher Eigenmittel sowie die verhältnismäßig hohen steuerlichen Belastungen für Kreditinstitute dämpfen die Ertragsmöglichkeiten und erhöhen den Kostendruck. Aus diesem Grund bleiben Verbesserungen der Struktur und der Effizienz von Kreditinstituten von besonderer Bedeutung im Kreditinstitutesektor. Zudem können eine nachteilige Änderung des wirtschaftlichen oder politischen Umfeldes in Österreich sowie eine erneute und/oder verschärfte nachteilige Entwicklung der Weltwirtschaft und der globalen Finanzmärkte die Emittentin und ihre Vertragspartner bzw. die Nachfrage nach den von der Emittentin angebotenen Dienstleistungen und Finanzprodukten jederzeit nachteilig beeinflussen und sich damit nachteilig auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin auswirken.

Die Krise der internationalen Finanzmärkte hatte zu enormen Abschreibungen von Aktiva in den Bilanzen vieler Kreditinstitute und zu einer maßgeblichen Ausweitung der Kreditaufschläge auf den Kapitalmärkten geführt, was die Refinanzierungskosten bestimmter Kreditinstitute erhöht hat. Aufgrund dieser erhöhten Kosten und Abschreibungen sind einige Marktteilnehmer in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten

und konnten eine Insolvenz nicht vermeiden. Diese Entwicklung hat zu einer beachtlichen Vertrauenskrise im Interbanken-Markt mit dem Resultat geführt, dass die Kreditgewährung zwischen den Kreditinstituten substantiell zurückgegangen ist. Während die Refinanzierungskosten für Kreditinstitute wesentlich gestiegen sind, ist die zur Verfügung stehende Liquidität im Interbanken- und Kapitalmarkt erheblich zurückgegangen. Die dauerhaften Auswirkungen dieser Vertrauenskrise auf die Kreditinstitute im Interbanken-Markt sind ungewiss, können sich aber auch auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin nachteilig auswirken.

Weiters besteht keine Sicherheit darüber, welchen tatsächlichen Einfluss diese Maßnahmen und damit verbundene Handlungen auf das Vertrauen von Verbrauchern und Unternehmen generell und auf die Hypo Vorarlberg-Gruppe im Speziellen haben werden. Im Gegenteil, ungeachtet aller Maßnahmen, die von den europäischen Regierungen, der EZB, europäischen Aufsichtsbehörden oder anderen Einrichtungen zur Kontrolle und Entschärfung der negativen Auswirkungen der Krise vorgenommen werden, können die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Allgemeinen und die Finanzmärkte im Speziellen weiter schwächer werden, da die Ungewissheit, welche die Staatsschuldenkrise und die Anstrengungen der EU zur Lösung der Krise umgeben, weiter besteht.

Schwierige wirtschaftliche Bedingungen hatten, und haben möglicherweise in der Zukunft, negative Auswirkungen auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin. Wenn sich die wirtschaftlichen Bedingungen in den Märkten, in denen die Hypo Vorarlberg-Gruppe tätig ist, verschlechtern oder länger als erwartet herausfordernd bleiben, könnte sich das ebenso nachteilig auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin auswirken. Gleichzeitig ist es der Hypo Vorarlberg-Gruppe nicht oder nur schwer möglich, sich gegen Risiken im Zusammenhang den schwierigen volkswirtschaftlichen Bedingungen und den Bedingungen am Finanzmarkt abzusichern.

2.2 Zahlungsverzug, Zahlungseinstellungen oder Bonitätsverschlechterungen von Kunden oder anderen Gegenparteien können zu Verlusten führen (Kreditausfallsrisiko)

Die Emittentin ist einer Reihe von Gegenpartei- und Kreditausfallsrisiken ausgesetzt. Dritte, die der Emittentin Geld, Wertpapiere oder andere Vermögensgegenstände schulden, könnten ihre Verpflichtungen gegenüber der Emittentin wegen Zahlungsunfähigkeit, fehlender Liquidität, Bonitätsverschlechterungen, Wirtschaftsabschwüngen, operationellen Problemen, Wertverlusten von Immobilien oder aus anderen Gründen nicht erfüllen. Das Gegenparteiisiko zwischen Finanzinstituten ist als Ergebnis der Volatilität der Finanzmärkte in den letzten Jahren angestiegen. Bedenken über mögliche Ausfälle eines Finanzinstitutes können zu erheblichen Liquiditätsproblemen, Verlusten oder Ausfällen anderer Finanzinstitute führen, da die wirtschaftliche und finanzielle Solidität vieler Finanzinstitute aufgrund von Krediten, Handel und anderen Beziehungen miteinander verknüpft ist. Auch ein angenommener Mangel an Bonität kann zu marktweiten Liquiditätsproblemen führen. Dieses Risiko wird oft als "systemisches Risiko" bezeichnet und beeinträchtigt

Kreditinstitute und alle anderen Typen von Intermediären in der Finanzdienstleistungsindustrie.

Gemäß den Bestimmungen der International Financial Reporting Standards ("**IFRS**") berücksichtigt die Emittentin die Möglichkeit, dass Kunden oder Gegenparteien ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, durch die Vornahme von Abschreibungen und/oder Wertberichtigungen für eingetretene Ausfälle. Ein potenzieller Wertminderungsbedarf wird bei Vorliegen der Indikatoren Zahlungsverzug über einen bestimmten Zeitraum, Einleitung von Zwangsmaßnahmen, drohende Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung, Beantragung oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Scheitern von Sanierungsmaßnahmen angenommen. Dieser angenommene Wertminderungsbedarf kann aus unterschiedlichen Gründen unrichtig sein. Ein unerwarteter Abschwung der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, unvorhergesehene politische Ereignisse oder ein Mangel an flüssigen Mitteln in der Wirtschaft können zu Kreditausfällen führen, die die Höhe der von der Emittentin getätigten Abschreibungen und die vom Risikomanagement angenommenen wahrscheinlichen Maximalverluste übersteigen. Da die Emittentin primär in Vorarlberg, anderen Teilen Österreichs und einigen angrenzenden Ländern tätig ist, ist sie vor allem dem Risiko eines allgemeinen Wirtschaftsabschwungs oder eines anderen Ereignisses, das die Kreditausfallswahrscheinlichkeit in dieser Region erhöht, ausgesetzt.

Wenn die Verluste aus den Ausfällen von Kunden und anderen Gegenparteien die Höhe der von der Emittentin getätigten Abschreibungen und/oder Wertberichtigungen wesentlich übersteigen oder eine Erhöhung dieser Abschreibungen und/oder Wertberichtigungen erforderlich machen, hätte dies negative Auswirkungen auf die Ergebnisse der Emittentin und könnte zu einem die operative Tätigkeit einschränkenden Anstieg der Kapitalerfordernisse führen, und folglich die Fähigkeit der Emittentin zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen im Zusammenhang mit den Wertpapieren und deren Marktpreis beeinträchtigen.

2.3 Es besteht die Gefahr, dass der Emittentin die Geldmittel zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen oder diese nur zu für die Emittentin schlechteren Konditionen beschafft werden können (Liquiditätsrisiko)

Die Emittentin ist gesetzlich verpflichtet, ausreichend flüssige Mittel zu halten, um jederzeit ihren Zahlungen nachkommen zu können. Die Emittentin vertraut auf Kundeneinlagen, um einen erheblichen Teil ihrer (gesetzlichen) Finanzausstattungsvorschriften damit abdecken zu können. Der Großteil der Einlagen der Emittentin sind Einlagen von Privatkunden, wovon ein erheblicher Anteil Taggeldeinlagen sind. Derartige Einlagen unterliegen einer Fluktuation, aufgrund von außerhalb der Einflussosphäre der Emittentin liegenden Faktoren, und die Emittentin kann keine Zusicherungen abgeben, dass sie keinem hohen Abfluss von Einlagen innerhalb einer kurzen Zeitspanne unterliegen wird. Da ein erheblicher Teil der Finanzausstattung der Emittentin aus ihrer Einlagenbasis stammt, kann jegliche maßgebliche Verringerung der Einlagen eine negative Auswirkung auf die Liquidität der

Emittentin haben.

Ferner haben und werden Kredit- und Geldmärkte weltweit weiterhin aufgrund der Unsicherheit über die Bonität des kreditaufnehmenden Kreditinstituts eine Zurückhaltung der Kreditinstitute, gegenseitig Geld auszuleihen, erfahren. Selbst die Wahrnehmung unter Marktteilnehmern, wonach ein Finanzinstitut ein größeres Liquiditätsrisiko aufweist, kann zu einem erheblichen Schaden des Institutes führen, da potentielle Geldgeber zusätzliche Sicherheiten oder andere Maßnahmen verlangen könnten, die das Vermögen der Emittentin, die Mittelaufbringung sicherzustellen, weiter mindern. Dieser Anstieg des Gegenparteirisikos hat zu einer weiteren Beschränkung des Zugangs der Emittentin zu traditionellen Quellen von Geldmitteln geführt und kann durch weitere regulatorische Beschränkungen der Kapitalstruktur und der Berechnung der regulatorischen Kapitalquoten verschlimmert werden.

Die Liquiditätssituation der Emittentin lässt sich durch eine Gegenüberstellung von Zahlungsausgängen und Zahlungseingängen darstellen. Durch eine Inkongruenz von Zahlungseingängen und Zahlungsausgängen (beispielsweise aufgrund verspäteter Rückzahlungen, unerwartet hoher Abflüsse von Finanzmitteln, des Scheiterns von Anschlussfinanzierungen oder wegen mangelnder Marktliquidität) kann es zu Liquiditätsengpässen oder -stockungen kommen, die dazu führen, dass die Emittentin Zahlungspflichten nicht mehr erfüllen kann und in Verzug gerät oder flüssige Mittel zu für die Emittentin schlechteren Konditionen anschaffen muss. Dies kann negative Auswirkungen auf die von der Emittentin erwirtschafteten Erträge haben. Es kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin negativ beeinflussen.

2.4 Die Emittentin ist Risiken der Zinsänderung ausgesetzt (Zinsänderungsrisiko)

Die Emittentin nimmt Zinsen aus Krediten und anderen Vermögensbestandteilen ein und zahlt Ausschüttungen an die Wertpapierinhaber und andere Gläubiger. Wenn der Marktzinssatz fällt, sinken typischerweise die von der Emittentin durch ihre Kredite und anderen Vermögensbestandteile erworbenen Zinsen sowie die an Wertpapierinhaber und andere Gläubiger bezahlten Beträge. Ein Rückgang der Zinserträge kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin negativ beeinflussen und dadurch die Fähigkeit der Emittentin, Zahlungen auf die Wertpapiere zu tätigen, beeinträchtigen.

2.5 Die Emittentin ist dem Risiko negativer Zinsen im Kreditgeschäft ausgesetzt

Die Emittentin erzielt einen Teil ihrer betrieblichen Erträge durch Nettozinserträge. Zinsen für begebene Kredite sind in der Regel an Referenzzinssätze gekoppelt. Referenzzinssätze können sensibel auf viele Faktoren reagieren, die außerhalb der Kontrolle der Emittentin liegen, wie zB Inflation oder die von den Zentralbanken oder Regierungen festgelegte Währungspolitik. Bestimmte Referenzzinssätze sind in jüngster Zeit deutlich gesunken und zum Teil unter 0 gefallen. Wenn der jeweilige einem Kredit zugrunde liegende Referenzzinssatz unter 0 fällt könnte die Situation entstehen, dass negative Zinsen auf Kredite verlangt werden. Dies hätte erhebliche

negative Auswirkungen auf die Ertragschancen der Emittentin und dadurch auf ihre Geschäftstätigkeit und ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

2.6 Eine Änderung von Wechselkursen kann sich auf die Emittentin negativ auswirken (Wechselkursrisiko)

Unter dem Wechselkursrisiko versteht man die Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung von Wechselkursen von Währungen. Gemeint ist einerseits das Risiko der Erhöhung von Verbindlichkeiten in Fremdwährung, und auf der anderen Seite die Verringerung von Forderungen in Fremdwährung durch eine Änderung der Wechselkurse.

Da sich ein Teil der Geschäftstätigkeit der Emittentin als auch ihrer Kunden in Ländern außerhalb des Euroraumes befindet, können Transaktionen in anderen Währungen als in Euro das Wechselkursrisiko erhöhen. Zusätzlich können lokale Regierungen Maßnahmen treffen, die die Währungsniveaus und die Wechselkurse und das Kreditrisiko der Emittentin in Bezug auf diese Währungen beeinflussen.

Unerwartete nachteilige Änderungen der Wechselkurse zu bestimmten Währungen, insbesondere zum Schweizer Franken ("**CHF**"), können negative Auswirkungen auf die durch das Geschäft der Emittentin erwirtschafteten Erträge haben, die Finanz- und Ertragslage der Emittentin negativ beeinflussen und dadurch die Fähigkeit der Emittentin, Zahlungen auf die Wertpapiere zu tätigen, beeinträchtigen.

2.7 Die Aussetzung, Senkung oder Aufhebung eines Ratings der Emittentin könnte die Refinanzierungsbedingungen der Emittentin, insbesondere ihren Zugang zu den Fremdkapitalmärkten, negativ beeinflussen

Ein Rating ist eine Stellungnahme einer Ratingagentur über die Kreditwürdigkeit eines Emittenten, zum Beispiel eine Prognose oder ein Indikator eines möglichen Kreditausfalles aufgrund von Insolvenz, Zahlungsverzug oder unvollständigen Zahlungen an die Investoren. Es ist keine Empfehlung zum Kauf, Verkauf oder zum Halten von Wertpapieren. Derartige Ratings wurden von Ratingagenturen erstellt, die in der Europäischen Gemeinschaft etabliert und nach den Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen, in der jeweils geltenden Fassung, registriert wurden. Zum Datum dieses Prospektes stellen sich die Ratings der Emittentin von Moody's Deutschland GmbH ("**Moody's**") und Standard & Poor's ("**S&P**")⁹ wie folgt dar:

⁹ Hinweis: Moody's und S&P sind in der Europäischen Union niedergelassen und gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen in der jeweils geltenden Fassung registriert. Auf der Website der European Securities and Markets Authority (www.esma.europa.eu/page/List-registered-and-certified-CRAs) findet sich eine aktuelle Liste aller gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen in der jeweils geltenden Fassung registrierter Ratingagenturen, in der Moody's und S&P angeführt sind.

	Rating durch Moody's ¹⁰
Ausblick ¹¹	Stabil
Bankeinlagen (langfristig)	Baa1
Bankeinlagen (kurzfristig)	P-2
Baseline Credit Assessment	Baa3
Nachrangige Fremdmittel	Ba1
Öffentliche Pfandbriefe	Aa1
Hypothekarische Pfandbriefe	Aa1

Quelle: Moody's Deutschland GmbH

¹⁰ Gemäß den von Moody's veröffentlichten Ratingsymbolen und Definitionen (www.moody.com) haben die angegebenen Ratings die folgende Bedeutung:

'Aa' — Verpflichtungen der Rating Kategorie Aa werden als Verpflichtungen von hoher Qualität eingestuft und unterliegen sehr geringem Kreditrisiko.

'Baa' — Verpflichtungen der Rating Kategorie Baa werden als Verpflichtung mittlerer Qualität eingestuft und unterliegen mittelgradigem Kreditrisiko und können als solches bestimmte spekulative Charakteristika beinhalten.

'Ba' — Verpflichtungen der Rating Kategorie Ba werden als spekulativ eingestuft und unterliegen einem wesentlichen Kreditrisiko.

'P-2' — Emittenten, die ein P-2 (Prime-2) Rating haben, verfügen über starke Fähigkeiten, ihre kurzfristigen Schuldverschreibungen zurückzuzahlen.

Hinweis: Moody's fügt jeder Rating Kategorie von Aa bis Caa die numerischen Modifikatoren 1, 2 und 3 an. Der Modifikator 1 zeigt an, dass die Emittentin am höheren Ende der Buchstaben-Ratingkategorie anzusiedeln ist; der Modifikator 2 indiziert einen mittleren Rang; und der Modifikator 3 meint, dass sich die Emittentin am unteren Ende der Buchstaben-Ratingkategorie befindet.

'Ausblick' — Ein Moody's Ratingausblick ist mittelfristig eine Beurteilung der voraussichtlichen Ratingrichtung. Ratingausblicke werden in vier Kategorien eingeteilt: Positiv (POS), Negativ (NEG), Stabil (STA), und Entwickelnd (DEV). Ausblicke können auf Emittenten- oder Ratingebene zugewiesen werden. Falls ein Ausblick auf Emittentenebene zugewiesen wurde und der Emittent mehrere Ratings mit unterschiedlichen Ausblicken hat, wird ein "(m)" Modifikator (für mehrere) angegeben: Der schriftliche Bericht von Moody's wird die Gründe für diese Unterschiede vorsehen und beschreiben. Die Bezeichnung RUR (Rating(s) Under Review) bedeutet, dass ein oder mehrere Ratings eines Emittenten überprüft werden, wodurch die Bezeichnung des Ausblicks aufgehoben wird. Die Bezeichnung RWR (Rating(s) Rücknahme) bedeutet, dass ein Emittent kein aktives Rating hat, auf welches ein Ausblick anzuwenden wäre. Rating Ausblicke werden nicht allen Körperschaften mit Ratings zugewiesen. In manchen Fällen wird dies durch NOO (Kein Ausblick) angegeben.

Ein stabiler Ausblick weist mittelfristig auf eine geringe Wahrscheinlichkeit einer Ratingänderung hin. Ein negativer, positiver oder entwickelnder Ausblick weist mittelfristig auf eine höhere Wahrscheinlichkeit einer Ratingänderung hin. Ein Ratingausschuss, der einem Rating eines Emittenten einen stabilen, negativen, positiven oder entwickelnden Ausblick zuweist, beinhaltet auch dessen Ansicht, dass das Kreditprofil des Emittenten der relevanten Ratingstufe zu diesem Zeitpunkt entspricht.

¹¹ Am 25.4.2016 hat Moody's die Ratings der Emittentin bestätigt und den Ratingausblick der Hypo Landesbank Vorarlberg von negativ auf stabil geändert. Diese Änderung reflektiert Moody's Einschätzung einer Stabilisierung im Kreditprofil der Emittentin basierend auf einem reduzierten Verlustrisiko der Emittentin im Zusammenhang mit der Solidarhaftung für die Pfandbriefbank (Österreich) AG.

	Rating durch S&P ¹²
Ausblick	Stabil
Langfristiges Emittentenrating	A- ¹³
Kurzfristiges Emittentenrating	A-2 ¹⁴

Quelle: Standard & Poor's

Eine Ratingagentur kann ein Rating insbesondere aussetzen, herabstufen oder aufheben. Änderungen in der Eigentümerstruktur der Emittentin können zu einer Senkung des Ratings der Emittentin führen. Weiters besteht das Risiko, dass das Rating der Emittentin durch eine Senkung des Ratings der Republik Österreich negativ beeinflusst wird, da das Rating der Emittentin nach oben hin mit dem Rating der Republik Österreich begrenzt ist. Ein Rating kann auch ausgesetzt oder aufgehoben werden, wenn die Emittentin den Vertrag mit der maßgeblichen Ratingagentur beendet oder entscheidet, dass es nicht mehr in ihrem Interesse gelegen ist, die Ratingagentur weiterhin mit Finanzinformationen zu versorgen.

Eine Senkung des Ratings kann zu einer Beschränkung des Zugangs zu Mitteln und folglich zu höheren Refinanzierungskosten führen. Ein Rating könnte auch durch die Solidität oder wahrgenommene Solidität anderer Finanzinstitute negativ beeinflusst werden. Sollte eine Ratingagentur ein Rating der Republik Österreich aussetzen, senken oder aufheben oder ungünstige Berichte oder Prognosen für die Republik Österreich veröffentlichen, könnte dies darüber hinaus die Finanzierungskosten der Emittentin erhöhen.

Jede Senkung eines Ratings der Emittentin könnte negative Auswirkungen auf deren Liquidität und Wettbewerbssituation haben, das Vertrauen in die Emittentin untergraben, ihre Kosten für die Geldaufnahme erhöhen, ihren Zugang zur Mittelaufbringung und zu den Kapitalmärkten oder die Anzahl an Gegenparteien, die gewillt sind, mit der Emittentin Transaktionen einzugehen, limitieren und würde folglich wesentliche nachteilige Auswirkungen auf ihre Geschäftstätigkeit, Finanz- sowie

¹² Hinweis: Die Rating Kategorien von 'AA' bis 'CCC' können durch Plus- (+) oder Minus- (-) Zeichen ergänzt werden, um eine Abstufung innerhalb der größeren Rating Kategorien vorzunehmen.

¹³ 'A' — Ein Schuldner der Rating Kategorie 'A' hat hohe Fähigkeiten seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, aber er ist etwas anfälliger auf nachteilige Auswirkungen bei veränderten Umständen und veränderten wirtschaftlichen Bedingungen als Schuldner in höheren Rating Kategorien.

¹⁴ 'A-2' — Ein Schuldner der Rating Kategorie 'A-2' hat zufriedenstellende Fähigkeiten seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, aber er ist etwas anfälliger auf nachteilige Auswirkungen bei veränderten Umständen und veränderten wirtschaftlichen Bedingungen als Schuldner in der höchsten Rating Kategorie.

Ertragslage haben.

2.8 Wirtschaftliche oder politische Entwicklungen und/oder ein Abschwung der Wirtschaft in den Hauptmärkten der Emittentin können wesentliche nachteilige Auswirkungen auf ihre Ertrags- und Vermögenslage haben

Die Geschäftstätigkeit der Emittentin und ihrer konsolidierten Tochterunternehmen konzentriert sich primär auf Vorarlberg, das restliche Österreich und die angrenzenden Nachbarländer. Folglich ist die Emittentin besonders den politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, die das Wachstum des Bankenmarkts oder die Kreditwürdigkeit ihrer Kunden und anderen Gegenparteien in diesen Märkten beeinträchtigen, ausgesetzt. Kernmarkt der Emittentin ist das Bundesland Vorarlberg. Daher ist die Geschäftstätigkeit der Emittentin in hohem Maße volkswirtschaftlichen und anderen Faktoren, die das Wachstum im Vorarlberger Bankenmarkt und die Kreditwürdigkeit der Vorarlberger Privat- und Firmenkunden der Emittentin beeinflussen, ausgesetzt. Als Beispiele für diese Faktoren können unter anderem ein wirtschaftlicher Abschwung (Rezession), eine Deflation, Hyper-Inflation, Arbeitslosigkeit, Terrorgefahr, Finanzkrisen, erhöhte Rohölpreise oder fallende Immobilienpreise genannt werden. Wenn einer oder mehrere dieser Faktoren in einem oder mehreren Märkten, auf denen die Emittentin aktiv ist, eintritt, würde das die Geschäftstätigkeit, die Ertrags- und die Finanzlage der Emittentin negativ beeinflussen.

2.9 Die Emittentin ist in hoch kompetitiven Märkten tätig und konkurriert mit großen Finanzinstituten sowie mit etablierten lokalen Wettbewerbern

Die Emittentin ist einem bedeutenden Wettbewerb in allen Bereichen ihrer Geschäftstätigkeit ausgesetzt und es muss angenommen werden, dass der Wettbewerb in Zukunft weiter zunehmen wird. Die Emittentin konkurriert mit einer Vielzahl an großen Finanzinstituten und etablierten lokalen Wettbewerbern. Sollte die Emittentin nicht in der Lage sein, mit profitablen Produkten und Dienstleistungen auf das kompetitive Umfeld zu antworten, könnte sie Marktanteile in wichtigen Teilen ihrer Geschäftstätigkeit verlieren oder Verluste in Bezug auf Teile oder all ihre Aktivitäten erleiden.

Der Trend zur Konsolidierung in der weltweiten Finanzdienstleistungsindustrie, der aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise angestiegen ist, ruft Wettbewerber mit einer weitreichenden Palette an Produkten und Dienstleistungen, einem erhöhten Zugang zu Kapital und größeren Effektivität und Preissetzungsmacht hervor. Diese globalen Finanzinstitute können aufgrund ihrer größeren internationalen Präsenz oder finanziellen Ressourcen für Kunden, insbesondere für große Unternehmenskunden, attraktiver sein. Zusätzlich ist die Emittentin insbesondere in Vorarlberg und in Österreich dem Wettbewerb mit etablierten lokalen Kreditinstituten ausgesetzt, die eine Vielzahl von Filialen betreiben, den Kunden eine breite Palette an Bank- und Finanzprodukten sowie Dienstleistungen anbieten und aus Beziehungen zu einer Vielzahl von bestehenden Kunden profitieren.

Die Emittentin ist in Vorarlberg und in Österreich nicht nur dem Wettbewerb mit lokalen

Kreditinstituten, sondern auch mit großen nationalen und internationalen Kreditinstituten und neuen Marktteilnehmern aus benachbarten Staaten ausgesetzt. Als Folge dieses Wettbewerbes, insbesondere im Privatkundenbereich, waren die Nettozinsmargen seit jeher sehr niedrig. Sollte es misslingen, die Nettozinsmargen auf dem gegenwärtigen Niveau zu halten, könnte dies negative Auswirkungen auf die Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

2.10 Neue staatliche oder aufsichtsrechtliche Anforderungen und Änderungen von Eigenkapitalquoten und des Verschuldungsgrades könnten die Emittentin erhöhten Eigenkapitalanforderungen oder Standards unterwerfen und die Aufbringung von zusätzlichem Kapital oder zusätzliche Liquidität in Zukunft erforderlich machen

Als Reaktion auf die globale Finanzkrise und die Staatsschuldenkrise in Europa, wurden und werden gerade eine Reihe von Initiativen in Bezug auf die aufsichtsrechtlichen Anforderungen für europäische Kreditinstitute, darunter die Emittentin, implementiert, verabschiedet oder entwickelt oder sind im Entstehen. Dazu zählen die folgenden:

- **Basel III und CRD IV-Paket**

Im Juni 2011 und im Januar 2013 veröffentlichte der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (*Basel Committee on Banking Supervision* – "**BCBS**") sein (endgültiges) als Basel III bekanntes internationales aufsichtsrechtliches Rahmenwerk für Kreditinstitute, das aus einem umfassenden Paket an Reformmaßnahmen besteht, was die Regulierung, die Aufsicht und das Risikomanagement des Bankensektors stärken soll.

Am 27.6.2013 wurden die "Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG" (*Capital Requirements Directive IV* – "**CRD IV**") und die "Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (*Capital Requirements Regulation* – "**CRR**") zur Umsetzung (der wichtigsten Teile von) von Basel III in EU-Recht veröffentlicht.

Insbesondere das CRD IV-Paket erhöhte (weiter) die Erfordernisse an die Qualität und Quantität von aufsichtsrechtlich erforderlichem Kapital (Eigenmittel) sowie die Mindesteigenmittel für derivative Positionen und führte neue Liquiditätsvorschriften sowie eine Leverage Ratio ein. Die Leverage Ratio Anforderungen werden wahrscheinlich auf EU Ebene ab 1.1.2018 harmonisiert. Bis dahin können die Aufsichtsbehörden diese Maßnahmen, so wie sie es für angemessen erachten, anwenden.

Die CRR (eine EU Verordnung, die in den EU Mitgliedsstaaten ohne nationale

Umsetzung unmittelbar anwendbar ist) sowie das österreichische Bundesgesetz zur Umsetzung der CRD IV in österreichisches Recht (und bestimmte in Zusammenhang stehende Verordnungen), welches Änderungen des BWG beinhaltet, sind seit 1.1.2014, vorbehaltlich bestimmter Übergangsbestimmungen, anzuwenden.

- **Änderungen in der Anerkennung von Eigenmitteln**

Aufgrund der aufsichtsrechtlichen Änderungen werden verschiedene Eigenmittelinstrumente, die in der Vergangenheit emittiert wurden, ihre aufsichtsrechtliche Anerkennung als Eigenmittel schrittweise verlieren oder in niedrigere Kategorien als jene, in denen sie ursprünglich erfasst wurden, fallen. So wird etwa die Anrechenbarkeit bestimmter Eigenmittelinstrumente wie beispielsweise von bestehendem Partizipationskapital über einen bestimmten Zeitraum auslaufen. Weitere Anpassungen der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung durch die zuständigen Aufsichtsbehörden sind zu erwarten.

- **Kapitalpuffer**

Die Artikel 128 bis 140 CRD IV führen Bestimmungen ein, die von den Institutionen fordern, dass sie zusätzlich zum CET 1 Kapital, welches zur Einhaltung der Eigenmittelanforderungen gemäß der CRR und etwaiger zusätzlicher Pillar II-Eigenmittelanforderungen dient, über die neu definierten speziellen Kapitalpuffer verfügen. In Österreich, wurden diese Bestimmungen in nationales Recht in den §§ 23 bis 23d des BWG umgesetzt. Die meisten dieser Pufferanforderungen werden stufenweise beginnend mit 1.1.2016 bis 1.1.2019 eingeführt. Am 1.1.2016 trat die österreichische Kapitalpufferverordnung ("**KP-V**") der FMA, welche auch die Empfehlungen des Finanzmarktstabilitätsgremiums ("**FMSG**") umsetzt, in Kraft. Die KP-V bestimmt (i) die Festlegung und Anerkennung der antizyklischen Kapitalpufferquote gemäß § 23a (3) BWG; (ii) die Festlegung der Kapitalpufferquote für systemische Verwundbarkeit und für systemisches Klumpenrisiko (= Systemrisikopuffer) gemäß § 23d (3) BWG, die auf konsolidierter Ebene zu ermitteln ist; (iii) die Festlegung des Kapitalpuffers für systemrelevante Institute ("**O-SII Puffer**") gemäß § 23c (5) BWG, der auch auf konsolidierter Ebene zu ermitteln ist; und (iv) die nähere Ausgestaltung der Berechnungsgrundlagen gemäß § 23a (3)(1) BWG und § 24 (2) BWG (letzteres betrifft die Berechnung des maximalen ausschüttungsfähigen Betrages).

Gemäß der KP-V beträgt die antizyklische Kapitalpufferquote für in Österreich belegene wesentliche Kreditrisikopositionen 0,00%. Gemäß der K-PV wird der Hypo Vorarlberg-Gruppe (i.e. die Vorarlberger Landes- und Hypothekbank Aktiengesellschaft auf Basis der konsolidierten Lage der Vorarlberger Landesbank-Holding) eine Kapitalpufferquote für systemische Verwundbarkeit in Höhe von 1,00% (ab 1.1.2016) vorgeschrieben. Allerdings wird der Emittentin und/oder der Hypo Vorarlberg-Gruppe kein O-SII Puffer auferlegt.

- **Basel RWA-Überarbeitung**

Der BCBS arbeitet derzeit an der Überarbeitung der standardisierten Ansätze der

Kapitalanforderungsregelwerke für das Kredit- und das Marktrisiko sowie für das operationelle Risiko. Diese Überarbeitungen umfassen die standardisierten und internen Modellansätze für alle Risikotypen. Während die überarbeiteten Standards für das Marktrisiko im Jänner 2016 finalisiert wurden, sind jene zum Kreditrisiko und operationellen Risiko weiter in der Konsultationsphase. Der BCBS hat auch ein Konsultationsdokument über die Entwicklung eines Regelwerkes für eine Kapitaluntergrenze veröffentlicht, das auf den überarbeiteten standardisierten Ansätzen für alle Risikotypen basiert. Dieses Regelwerk wird die aktuellen Kapitaluntergrenzen für Kreditinstitute ersetzen, die interne Modelle verwenden, welche auf dem Basel I Standard basieren. Die Konsultation umfasst Pläne zur Einführung eines Regelwerks für Kapitaluntergrenzen, die Kalibrierung der Untergrenze liegt aber außerhalb des Umfangs dieser Konsultation. Der BCBS wird die Kalibrierung neben der weiteren Arbeit betreffend die Überarbeitung des risikobasierenden Kapitalregelwerks berücksichtigen. Es besteht ein hoher Grad an Unsicherheit in Bezug auf die finale Kalibrierung der vorgeschlagenen neuen Regelwerke durch den BCBS und folglich wie und wann diese in der EU umgesetzt werden. Daher ist es zu früh, um gesicherte Schlussfolgerungen in Bezug auf die Auswirkungen der möglichen zukünftigen Kapitalanforderungen zu ziehen, und folglich in welcher Weise dies die Kapitalanforderungen beeinträchtigt.

- **Gesetzgebung zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten**

Die Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten ("Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinie 82/891/EWG des Rates, der Richtlinien 2001/24/EG, 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2005/56/EG, 2007/36/EG, 2011/35/EU, 2012/30/EU und 2013/36/EU sowie der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates") (*Bank Recovery and Resolution Directive - "BRRD"*) wurde in Österreich durch das Sanierungs- und Abwicklungsgesetz ("**BaSAG**") umgesetzt, das am 1.1.2015 in Kraft trat. Die BRRD bzw das BaSAG schafft ein Rahmenwerk für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und verlangt von den Instituten unter anderem die Ausarbeitung von "Sanierungsplänen", die bestimmte Regelungen und Maßnahmen zur Wiederherstellung der langfristigen wirtschaftlichen Lebensfähigkeit des Finanzinstituts im Falle einer erheblichen Verschlechterung seiner finanziellen Position enthalten. Darüber hinaus müssen die Institute jederzeit Mindestanforderungen an Eigenmitteln und anrechenbaren Verbindlichkeiten (MREL) erfüllen, die durch die Abwicklungsbehörde im Einzelfall festgelegt werden. Maßnahmen, die im Zuge der BRRD und des BaSAG getroffen werden, können auch negative Auswirkungen auf Schuldtitel haben (insbesondere auf nachrangige Schuldverschreibungen, aber unter bestimmten Umständen auch auf nicht-nachrangige Schuldverschreibungen), da sie es den Abwicklungsbehörden ermöglichen anzuordnen, solche Instrumente abzuschreiben oder in CET 1-Instrumente umzuwandeln (vgl dazu näher den Risikofaktor "*Die Wertpapiere können nach Eintritt eines bestimmten Auslöse-Ereignisses der Abschreibung oder Umwandlung in Eigenkapital unterliegen, wodurch die*

Wertpapierinhaber einen Teil oder die Gesamtheit ihrer Anlage in die Wertpapiere verlieren können (gesetzliche Verlustbeteiligung)."). Abgesehen von der Möglichkeit, ein potentiell Zielobjekt von in der BRRD bzw. im BaSAG geregelten Abwicklungsinstrumenten und anderen Maßnahmen zu sein, kann die Emittentin ein mögliches Zielobjekt nationaler Insolvenzverfahren sein.

- **Der einheitliche Abwicklungsmechanismus für europäische Banken**

Der einheitliche Abwicklungsmechanismus (*Single Resolution Mechanism* - "**SRM**"), der im Januar 2016 operativ gestartet ist, stellt neben dem einheitlichen Aufsichtsmechanismus (*Single Supervisory Mechanism* – "**SSM**") und dem gemeinsamen Einlagensicherungssystem ein Element der Bankenunion dar. Dieser dient zur Zentralisierung der Schlüsselkompetenzen und –ressourcen, um bei Zusammenbruch eines Kreditinstituts in den teilnehmenden Mitgliedstaaten einzugreifen. Der SRM ergänzt den SSM und hat das Ziel zu gewährleisten, dass falls ein Kreditinstitut, das dem SSM unterliegt, ernste Schwierigkeiten hat, dessen Abwicklung effizient mit minimalen Kosten für die Steuerzahler und die Realwirtschaft bewältigt werden kann. Die Interaktion und Kooperation zwischen den Abwicklungs- und Aufsichtsbehörden ist ein zentrales Element des SRM. Der SSM wird zur Unterstützung des SRM bei der Überprüfung der Abwicklungspläne herangezogen, um eine Duplizierung der Aufgaben zu vermeiden.

Grundlage des SRM sind zwei Rechtsinstrumente: (i) eine SRM-Verordnung, die die wichtigsten Aspekte des Mechanismus regelt und weitgehend die Regelungen der BRRD über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten wiedergibt; und (ii) eine zwischenstaatliche Vereinbarung über bestimmte spezifische Aspekte des einheitlichen Abwicklungsfonds (*Single Resolution Fund* – "**SRF**").

Jene EU-Mitgliedstaaten, die Mitglieder der Bankenunion sind, müssen den SRF innerhalb eines Zeitraums von acht Jahren mit einer Zielausstattung von mindestens 1% der abgedeckten Einlagen einrichten. Während dieses Übergangszeitraums soll der durch die SRM-Verordnung geschaffene SRF nationale Kompartimente für die einzelnen teilnehmenden Mitgliedstaaten umfassen. Die Mittelausstattung dieser Kompartimente soll über einen Zeitraum von acht Jahren schrittweise vergemeinschaftet werden, beginnend mit einer 40%igen Vergemeinschaftung im ersten Jahr (*i.e.* 2016).

- **MREL**

Am 3.7.2015 hat die EBA ihren "Finalen Entwurf der aufsichtsrechtlichen technischen Standards zu den Kriterien für die Festlegung der Mindestanforderungen für Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten unter der Richtlinie 2014/59/EU" (EBA/RTS/2015/05) ("**RTS zu MREL**") vorgelegt, die Referenzen zu den Bedingungen für den Eintritt in die Abwicklung, konkrete Bestimmungen zur Festsetzung der MREL Mindestanforderung für systemische Institute und eine Möglichkeit zur Festlegung eines beschränkten Einhaltungsobergangszeitraums umfassen. Zur Gewährleistung der Wirksamkeit des bail-in und anderer durch die BRRD eingeführter Abwicklungsinstrumente setzt die BRRD mit Wirkung vom 1.1.2016

voraus, dass alle Institute eine individuelle MREL Anforderung erreichen müssen, die als Prozentsatz der gesamten Verbindlichkeiten und den Eigenmitteln berechnet und von der maßgeblichen Abwicklungsbehörde festgesetzt wurde. Die RTS zu MREL erlauben den Abwicklungsbehörden, den Instituten einen Übergangszeitraum von bis zu vier Jahren zu ermöglichen, um die anwendbaren MREL Anforderungen zu erreichen. Jede Abwicklungsbehörde muss eine eigene Festsetzung der geeigneten MREL Anforderung für jede Gruppe oder jedes Institut innerhalb ihrer Jurisdiktion durchführen, welche von der Lösbarkeit, dem Risikoprofil, der Systemrelevanz und von anderen Charakteristika jedes Instituts abhängt. Berücksichtigungsfähige Posten für die Einbeziehung in MREL werden die Eigenmittel eines Instituts (iSd CRR) sowie die "berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten" umfassen, welche Verbindlichkeiten sind, die nicht zu den Eigenmittel zählen, vom bail-in nicht ausgeschlossen sind und die Instrumente beinhalten können, die unter anderem begeben und voll einbezahlt sind, eine Fälligkeit von zumindest einem Jahr haben (bzw für den Investor kein Rückzahlungsrecht innerhalb eines Jahres vorsehen) und sich nicht aus Derivaten ergeben.

Am 17.12.2015 hat die Europäische Kommission mehrere Ergänzungen zu den RTS zu MREL vorgeschlagen, insbesondere die Ergänzung der Referenz auf die Anforderung der Lastenverteilung durch die Aktionäre und Gläubiger der systemrelevanten Institute. Am 9.2.2016 hat die EBA eine Stellungnahme über die beabsichtigten Ergänzungen der Europäischen Kommission zu den RTS zu MREL (EBA/Op/2016/02) veröffentlicht: Obwohl die EBA dem Argument der Europäischen Kommission zustimmt, dass die RTS kein einheitliches Niveau für MREL festlegen können, widerspricht sie einiger dieser Ergänzungen, da sie glaubt, dass die rechtliche Klarheit und Bestimmtheit erforderlich ist wenn MREL für ein systemisches Institut festgesetzt wird, das Zugang zu Abwicklungsmittel brauchen könnte. Weiters hat die Europäische Kommission vorgeschlagen, einige spezifische Bestimmungen in Bezug auf die Kriterien zur Festlegung von MREL für systemische Institute, die Konsultationen zwischen den zuständigen Behörden und den Abwicklungsbehörden über bestimmte Themen und die obere Grenze des Einhaltungübergangszeitraums zu entfernen. Die EBA lehnt diese Änderungen ab, da sie glaubt, dass sie die Effizienz der RTS zu MREL, welche die reibungslose Zusammenarbeit und Konvergenz bei der Festlegung der MRELS fördern sollen, mindern würden. In dieser Stellungnahme appelliert die EBA auch an die Kommission, diese wichtigen RTS zu MREL sofort zu verabschieden. Am 19.7.2016 hat die EBA eine öffentliche Konsultation über ihren Zwischenbericht zur Umsetzung und Ausgestaltung von MREL begonnen. Dieser Zwischenbericht ist an die Europäische Kommission gerichtet und informiert über einen zukünftigen Gesetzesvorschlag zur Umsetzung des Standards zur Verlustabsorptionsfähigkeit (*Total Loss-Absorbing Capacity - TLAC*) des Finanzstabilitätsrats (*Financial Stability Board – FSB*) in der EU und über die Überprüfung von MREL. Weitere Elemente werden vom finalen Bericht der EBA umfasst sein, der der Europäischen Kommission per 31.10.2016 zur Verfügung gestellt wird.

Da die RTS zu MREL der EBA noch nicht in rechtlich bindender Form oder als EU Verordnung vorliegen und die Vorgehensweise der Abwicklungsbehörden sich noch entwickelt, könnten die aufsichtsrechtlichen Standards zu MREL daher Änderungen

unterliegen. Falls die RTS zu MREL aber in ihrer derzeitigen Form umgesetzt werden, ist es möglich, dass die Emittentin einen wesentlichen Betrag an zusätzlichen MREL berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten (einschließlich, möglicherweise, weiterer Tier 2 Instrumente und/oder anderer Schuldtitel, die im Rang vor nachrangigen Schuldverschreibungen stehen (könnten)) begeben müsste, um die zusätzlichen Kapitalanforderungen zu erreichen.

- **MiFID II und MiFIR**

Eine der aktuellen aufsichtsrechtlichen Initiativen betrifft die europäischen aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen, die durch die Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente sowie zur Änderung der Richtlinien 2002/92/EG und 2011/61/EU (*Markets in Financial Instruments Directive II* - "**MiFID II**") und die Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (*Markets in Financial Instruments Regulation* - "**MiFIR**") festgelegt werden, und welche aufsichtsrechtliche Änderungen betreffend Derivate und andere Finanzinstrumente bewirken werden. Demzufolge wird es erhöhte Kosten und erhöhte aufsichtsrechtliche Anforderungen geben. Da diese Änderungen derzeit noch in der Umsetzung sind, müssen die vollen Auswirkungen von MiFID II und MiFIR noch geklärt werden. Laut einer Pressemitteilung vom 10.2.2016 hat die Europäische Kommission vorgeschlagen, den Termin für die Anwendung der MiFID II um ein Jahr (von 3.1.2017 auf 3.1.2018) zu verschieben.

- **Strengere und geänderte Rechnungslegungsstandards**

Potenzielle Änderungen der (internationalen) Rechnungslegungsstandards, sowie strengere oder weitergehende Anforderungen, Vermögenswerte zum Fair Value (beizulegender Zeitwert) zu erfassen, könnten sich auf den Kapitalbedarf der Emittentin auswirken. Außerdem könnte dies einen wesentlichen Einfluss darauf haben, wie die Emittentin ihre Finanzlage und ihre Geschäfts- und Finanzergebnisse aufzeichnet und berichtet.

In Zukunft können zusätzliche, strengere und/oder neue aufsichtsrechtliche Anforderungen verabschiedet werden und das aufsichtsrechtliche Umfeld entwickelt und verändert sich weiterhin in den Märkten, in denen die Emittentin tätig ist; dies schließt beispielsweise den SSM und die Bankenunion in der EU ein. Der Inhalt und Umfang solcher (neuen oder geänderten) Gesetze und Vorschriften sowie der Art und Weise, in der sie verabschiedet, durchgesetzt oder interpretiert werden, können die Refinanzierungskosten der Emittentin erhöhen und könnten nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeiten, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und die Zukunftsaussichten der Emittentin haben.

Gesetzliche und/oder aufsichtsrechtliche Änderungen der aktuellen Definition von Eigenmitteln könnten zur Minderung des anrechenbaren Kapitals der Emittentin und/oder zur Minderung der RWA der Emittentin führen. Es kann nicht garantiert werden, dass im Falle einer Änderung der geltenden Vorschriften, angemessene

Übergangsregeln oder -fristen zur Anwendung kommen, die es der Emittentin erlauben, ausgebuchte Eigenmittelinstrumente rechtzeitig oder zu günstigen Konditionen zurückzuzahlen oder zu ersetzen.

Aus diesen Gründen benötigt die Emittentin unter Umständen in Zukunft zusätzliche Eigenmittel. Solches Kapital, sei es in Form von zusätzlichen Geschäftsanteilen oder anderem Kapital, das als Eigenmittel anerkannt wird, kann möglicherweise nicht bzw nicht zu attraktiven Konditionen zur Verfügung stehen. Ferner können solche aufsichtsrechtlichen Entwicklungen die Emittentin daran hindern, bestehende Geschäftssegmente ganz oder teilweise weiterzuführen, Art oder Umfang der von der Emittentin durchgeführten Transaktionen einschränken oder Zinsen und Gebühren, die sie für Kredite und andere Finanzprodukte verrechnet, begrenzen oder diesbezüglich Änderungen erzwingen. Zusätzlich können für die Emittentin wesentlich höhere Compliance-Kosten und erhebliche Beschränkungen bei der Wahrnehmung von Geschäftschancen entstehen. Es ist ungewiss, ob die Emittentin in der Lage ist, ihr anrechenbares Kapital (bzw. Kapitalquoten) ausreichend oder rechtzeitig zu erhöhen. Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass die Emittentin in zukünftigen Stresstests der EBA und/oder Bewertungen der EZB einbezogen wird und dabei schlechte Ergebnisse erzielt. Wenn die Emittentin nicht in der Lage ist, ihre Kapitalquoten ausreichend zu erhöhen, kann es zu Herabstufungen ihres Kreditratings und einer Erhöhung ihrer Refinanzierungskosten kommen, was erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben kann.

2.11 Die Emittentin ist möglicherweise nicht in der Lage, die Mindestanforderungen für Eigenmittel und abschreibungsfähige Verbindlichkeiten zu erfüllen; dies würde zu weiteren aufsichtsrechtlichen Maßnahmen führen, die die Fähigkeit der Emittentin, Zahlungen auf die Schuldverschreibungen zu leisten, wesentlich nachteilig beeinflussen könnte

Im Einklang mit der BRRD / dem BaSAG und dem SRM muss jedes Institut sicherstellen, dass es jederzeit (auf Einzelinstituts- und konsolidierter Ebene) Mindestanforderungen für Eigenmittel und abschreibungsfähige Verbindlichkeiten erfüllt. Diese Mindestanforderungen sind von der Abwicklungsbehörde festzusetzen und aus dem Betrag der Eigenmittel und der abschreibungsfähigen Verbindlichkeiten - ausgedrückt als Prozentanteil der gesamten Verbindlichkeiten und Eigenmittel des Instituts - zu berechnen.

Es besteht das Risiko, dass die Emittentin möglicherweise nicht in der Lage ist, diese Mindestanforderungen für Eigenmittel und abschreibungsfähige Verbindlichkeiten zu erfüllen, was die Möglichkeit der Emittentin, Zahlungen auf die Wertpapiere zu leisten, wesentlich nachteilig beeinflussen könnte.

2.12 Die Emittentin ist verpflichtet, Beiträge an den Einheitlichen Abwicklungsfonds und an *ex-ante* finanzierte Fonds der Einlagensicherungssysteme abzuführen; dies führt zu zusätzlichen finanziellen Belastungen der Emittentin und wirkt sich somit nachteilig auf die Finanzposition der Emittentin und auf ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aus

Der SRM sieht den einheitlichen Abwicklungsfonds (*Single Resolution Fund - SRF*) vor, an den alle Kreditinstitute in den teilnehmenden EU Mitgliedstaaten Beiträge abführen müssen.

Außerdem gibt es erstmals seit der Einführung der Einlagensicherungssysteme (*Deposit Guarantee Schemes - DGS*) im Jahr 1994 Finanzierungsanforderungen für die Einlagensicherungssysteme in der "Richtlinie 2014/49/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Einlagensicherungssysteme" (*Directive on Deposit Guarantee Schemes – "DGSD"*). Grundsätzlich beträgt die Zielgröße der *ex-ante* finanzierten Fonds der Einlagensicherungssysteme 0,8% der gedeckten Einlagen, die von den Kreditinstituten bis zum Endtermin (3.7.2024) eingezogen werden. Gemäß dem Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz (ESAEG), das die DGSD in Österreich umsetzt, ist der Einlagensicherungsfonds daher bis 3.7.2024 (Endtermin) aufzubauen.

Neben diesen *ex-ante* Beiträgen, werden die Kreditinstitute gegebenenfalls zusätzliche (*ex-post*) zu leistende Beiträge in einem bestimmten Ausmaß leisten müssen, welches aber begrenzt sein wird, um die Prozyklizität und die Verschlechterung der finanziellen Situation der gesunden Kreditinstitute zu vermeiden.

In der Vergangenheit erforderten die verpflichtenden Einlagensicherungssysteme in Österreich keine *ex-ante* zu leistenden Beiträge, sondern sie haben die Mitglieder der Einlagensicherungssysteme nur zu *ex-post* zu leistenden Beiträgen verpflichtet, nachdem die Einlage eines Mitglieds nicht mehr gedeckt war (schützendes Ereignis). Daher führt die Umsetzung der DGSD in österreichisches Recht, die *ex-ante* Beiträge vorsieht, zu zusätzlichen finanziellen Belastungen für die Emittentin.

Die Errichtung des SRF sowie die *ex-ante* zu leistenden Beiträge der Einlagensicherungssysteme führen zu zusätzlichen finanziellen Belastungen für die Emittentin und haben daher negative Auswirkungen auf die finanzielle Position der Emittentin und ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

2.13 Die Emittentin ist Risiken ausgesetzt, die sich aus der mangelnden Eignung oder dem Versagen interner Abläufe, von Menschen oder Systemen (insbesondere IT-Systemen) oder aus externen – absichtlich oder versehentlich oder durch natürliche Umstände verursachten – Ereignissen ergeben (operationelles Risiko)

Die Emittentin ist verschiedenen Risiken ausgesetzt, die sich aus potenziellen Unzulänglichkeiten oder dem Versagen interner Kontrollen, Abläufe, Menschen oder Systeme oder externen – absichtlich oder versehentlich oder durch natürliche Umstände verursachten – Ereignissen ergeben und erhebliche Verluste bewirken können. Zu solchen operativen Risiken zählt das Risiko unerwarteter Verluste, die als Folge von Einzelereignissen entstehen, die wiederum Ergebnis fehlerhafter

Informationssysteme, unzulänglicher organisatorischer Strukturen oder nicht funktionierender Kontrollmechanismen sein können. Diese Risiken beinhalten das Risiko höherer Kosten oder entgangener Gewinne auf Grund von ungünstigen gesamtwirtschaftlichen oder branchenspezifischen Trends. Auch eine Rufschädigung der Emittentin auf Grund des Eintritts eines solchen Ereignisses fällt in diese Risikokategorie.

Das operationelle Risiko ist Bestandteil aller Tätigkeiten der Emittentin und kann nicht eliminiert werden. Insbesondere sollten Investoren beachten, dass die Emittentin maßgeblich von Informationssystemen abhängig ist, um ihre Geschäfte zu führen. Ein Ausfall, eine Unterbrechung oder eine Sicherheitsverletzung bei diesen Systemen kann zu Ausfällen oder Unterbrechungen ihres Risikomanagements, ihrer Buchhaltung, ihres Depotgeschäftes oder ihres Kreditbereitstellungssystems führen. Falls die Informationssysteme der Emittentin einschließlich ihrer Sicherungssysteme auch nur für eine kurze Dauer ausfallen würden oder sich ihre Notfallpläne zur Fortführung der Geschäfte für den Ernstfall als unwirksam herausstellen, könnte sie einige der Bedürfnisse der Kunden nicht zeitnah befriedigen und dadurch einen Teil des Geschäfts verlieren. Gleichermaßen könnten durch eine vorübergehende Abschaltung des Informationssystems der Emittentin Kosten für die Wiederbeschaffung und Überprüfung der Informationen entstehen. Es kann nicht zugesichert werden, dass solche Ausfälle oder Unterbrechungen nicht vorkommen werden oder dass die Emittentin diesen Ausfällen oder Unterbrechungen in angemessener Weise begegnen kann. Dementsprechend kann das Auftreten solcher Ausfälle oder Unterbrechungen erhebliche negative Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, die Finanz- und die Ertragslage der Emittentin haben. Weiters kann nicht zugesichert werden, dass die Einführung und Implementierung neuer Systeme und Verfahren die gewünschten Vorteile für das Geschäft der Emittentin bringen und es dabei nicht zu Fehlern oder Betriebsunterbrechungen kommt, die wesentlich nachteilige Auswirkungen auf ihr Geschäft, ihre Finanzlage und ihre Betriebsergebnisse haben könnten

Des Weiteren ist die wirtschaftliche Entwicklung der Emittentin wesentlich von ihrer Fähigkeit abhängig, bestehende Mitarbeiter zu binden und weitere Personen, die die notwendigen Qualifikationen und das notwendige Erfahrungsniveau im Bankwesen verfügen, zu finden und anzuwerben. Der durch andere Finanzinstitutionen steigende Wettbewerb am Arbeitsmarkt in Kernmärkten der Emittentin kann es auch für die Emittentin schwieriger machen, qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen und zu halten und dies kann in Zukunft zu steigenden Lohnkosten führen. Wenn ferner Obergrenzen oder weitere Beschränkungen (zB durch weitere Änderungen der CRD IV) für Gehälter oder Bonuszahlungen, die an Führungskräfte der Emittentin bezahlt werden, eingeführt werden, könnte ihre Fähigkeit zur Anwerbung und Bindung von qualitativ hochwertigem Personal beschränkt werden und dies könnte zum Verlust von qualifiziertem Personal führen. Wenn die Emittentin nicht in der Lage ist, neue Talente in den Kernmärkten zu rekrutieren und zu binden oder wenn der Wettbewerb für qualifizierte Mitarbeiter die Lohnkosten erhöht, könnte dies erhebliche negative Auswirkungen auf die Vermögens-, die Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

Eine mangelnde Beherrschung derartiger Risiken kann die Fähigkeit der Emittentin zur

Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Zusammenhang mit den Wertpapieren, die unter diesem Prospekt begeben werden, beeinträchtigen.

2.14 Die Emittentin ist dem Risiko von Änderungen steuerlicher Rahmenbedingungen, insbesondere betreffend die Stabilitätsabgabe und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, ausgesetzt, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin wesentlich nachteilig beeinflussen können

Die zukünftige Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin ist unter anderem auch abhängig von den steuerlichen Rahmenbedingungen. Jede zukünftige Änderung der Gesetzeslage, der Rechtsprechung oder der steuerlichen Verwaltungspraxis kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin nachteilig beeinflussen.

Die Emittentin unterliegt der Stabilitätsabgabe nach dem Stabilitätsabgabegesetz. Bemessungsgrundlage der Stabilitätsabgabe ist die durchschnittliche unkonsolidierte Bilanzsumme jenes Geschäftsjahres, das im Jahr vor dem Kalenderjahr endet, für das die Stabilitätsabgabe zu entrichten ist. Diese wird allenfalls vermindert um gesicherte Einlagen, gezeichnetes Kapital und Rücklagen, bestimmte Verpflichtungen von sich in Abwicklung oder Restrukturierung befindlichen Kreditinstituten, bestimmte Verbindlichkeiten, für die die Republik Österreich die Haftung übernommen hat sowie Verbindlichkeiten auf Grund bestimmter Treuhandgeschäfte. Die Höhe der Stabilitätsabgabe beträgt 0,09% für jene Teile der Bemessungsgrundlage, die einen Betrag von EUR 1 Mrd. überschreiten und EUR 20 Mrd. nicht überschreiten, und 0,11% für jene Teile, die einen Betrag von EUR 20 Mrd. überschreiten. Hinzu kommt für die Kalenderjahre bis einschließlich 2017 ein Sonderbeitrag zur Stabilitätsabgabe.

Der Vorschlag der Europäischen Kommission für eine "Richtlinie des Rates über die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer" sieht vor, dass elf EU-Mitgliedstaaten, nämlich Österreich, Belgien, Estland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Portugal, die Slowakische Republik, Slowenien und Spanien ("**Teilnehmende Mitgliedstaaten**") eine Finanztransaktionssteuer ("**FTS**") auf bestimmte Finanztransaktionen einheben sollen, sofern zumindest eine an der Transaktion beteiligte Partei im Hoheitsgebiet eines Teilnehmenden Mitgliedstaates ansässig ist und ein im Hoheitsgebiet eines Teilnehmenden Mitgliedstaates ansässiges Finanzinstitut eine Transaktionspartei ist, die entweder für eigene oder fremde Rechnung oder im Namen einer Transaktionspartei handelt (Ansässigkeitsprinzip). Zusätzlich enthält der Vorschlag eine Regelung, wonach ein Finanzinstitut beziehungsweise eine Person, die kein Finanzinstitut ist, dann als in einem Teilnehmenden Mitgliedstaat ansässig gelten, wenn sie Parteien einer Finanztransaktion über bestimmte Finanzinstrumente sind, die im Hoheitsgebiet dieses Teilnehmenden Mitgliedstaates ausgegeben werden (Ausgabeprinzip). Gemäß einer Veröffentlichung des Rates der Europäischen Union vom 8.12.2015 sollen anfänglich Aktien und Derivate besteuert werden. Alle Teilnehmenden

Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Estland sind zu den Kernpunkten der Steuerbemessungsgrundlage, jedoch nicht zu den jeweiligen Steuersätzen übereingekommen. Es ist ungewiss, ob überhaupt eine FTS eingeführt werden wird. Die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene FTS hat einen sehr weiten Anwendungsbereich und könnte, falls eingeführt, unter bestimmten Umständen auf gewisse Transaktionen von Wertpapieren (einschließlich Sekundärmarkttransaktionen) anwendbar sein. Sollte eine FTS eingeführt werden, besteht aufgrund höherer Kosten für die Investoren das Risiko, dass die FTS zu weniger Transaktionen führen könnte und dadurch die Erträge der Emittentin negativ beeinflussen könnte. Künftigen Inhabern der Wertpapiere wird geraten, professionelle Beratung hinsichtlich der FTS einzuholen.

2.15 Interessenkonflikte und Doppelfunktionen (zB von Organen der Emittentin) können zu Entscheidungen führen, die nicht im Interesse der Anleger liegen

Die Mitglieder des Vorstandes sowie des Aufsichtsrats der Emittentin haben innerhalb der Emittentin, der Vorarlberger Landesbank-Holding oder anderen Gesellschaften zahlreiche weitere Funktionen inne. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich aus Doppelfunktionen von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern der Emittentin in anderen Organisationen und Gesellschaften Interessenkonflikte ergeben, die zu Entscheidungen führen, die nicht im Interesse der Emittentin und der Anleger liegen.

2.16 Die Emittentin wird durch eine Mehrheitseigentümerin kontrolliert, deren Beschlüsse nicht im Interesse der Anleger liegen können

Das Land Vorarlberg hält über die Vorarlberger Landesbank-Holding, einem Sondervermögen des Landes Vorarlberg, 76,0308% der Aktien der Emittentin. Mit dieser Mehrheit kann die Mehrheitseigentümerin, unter Umständen im Zusammenwirken mit der Austria Beteiligungsgesellschaft mbH, im Einklang mit dem Aktiengesetz wichtige Beschlussfassungen der Hauptversammlung der Emittentin kontrollieren und Beschlüsse fassen, die nicht im Interesse der Anleger liegen.

2.17 Die Einhaltung von Vorschriften im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung bringt erhebliche Kosten und Aufwendungen mit sich und die Nichteinhaltung dieser Vorschriften hat schwerwiegende rechtliche sowie Reputationsfolgen.

Die Emittentin unterliegt Regeln und Vorschriften hinsichtlich bestimmter Sorgfaltspflichten zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung (*anti-money laundering* – "AML"). Diese AML-Vorschriften wurden in den letzten Jahren verschärft und werden zukünftig weiter verschärft und strenger durchgesetzt (so etwa durch Umsetzung der sog "4. Geldwäsche-Richtlinie"). Die Überwachung der Einhaltung der AML-Regeln kann zu einer erheblichen finanziellen Belastung für Kredit- und Finanzinstitute führen und kann erhebliche technische Probleme aufwerfen. Die Emittentin kann nicht garantieren, dass sie alle maßgeblichen AML-Regeln zu jeder Zeit einhalten kann und dass ihre konzernweiten AML-Standards ständig und in

allen Fällen von ihren Arbeitnehmern angewendet werden. Jede Verletzung und sogar vermeintliche Verletzungen dieser AML-Regeln können schwerwiegende rechtliche, finanzielle und rufschädigende Konsequenzen und damit erhebliche negative Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, die Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

2.18 Falls ein Mitgliedinstitut der Pfandbriefstelle seinen Verpflichtungen gegenüber der Pfandbriefstelle und/oder der Pfandbriefbank (Österreich) AG nicht nachkommen kann oder falls die Pfandbriefbank (Österreich) AG ihren Verpflichtungen nicht nachkommen kann, könnte dies negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

Die Emittentin ist wie die HETA ASSET RESOLUTION AG ("**HETA**"), die Abbaueinheit der ehemaligen HYPO ALPE ADRIA BANK-INTERNATIONAL AG, Mitgliedinstitut der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken ("**Pfandbriefstelle**"). Die Pfandbriefstelle ist die Alleinaktionärin der Pfandbriefbank (Österreich) AG ("**Pfandbriefbank**"). Sämtliche Mitgliedinstitute der Pfandbriefstelle haften gemäß § 2 Abs 1 Pfandbriefstelle-Gesetz ("**PfBrStG**") zur ungeteilten Hand für die Verbindlichkeiten der Pfandbriefstelle (und somit auch jener der Pfandbriefbank). Auch die meisten österreichischen Bundesländer haften (als Gewährträger der Mitgliedinstitute) gemäß § 2 Abs 2 PfBrStG zur ungeteilten Hand für diese Verbindlichkeiten, allerdings nur: (i) für jene, die bis zum 2.4.2003 entstanden sind; sowie (ii) für jene, die nach dem 2.4.2003 bis zum 1.4.2007 entstanden sind, wenn die vereinbarten Laufzeiten nicht über den 30.9.2017 hinausgehen.

Am 1.3.2015 leitete die FMA als Abwicklungsbehörde gemäß dem BaSAG die Abwicklung der HETA ein: Mit Vorstellungsbescheid vom 10.4.2016 verhängte die FMA in Bestätigung des Mandatsbescheids vom 1.3.2015 eine bis 31.5.2016 befristete Stundung von bestimmten Verbindlichkeiten der HETA ("**Moratorium**"). Weiters ordnete die FMA mit Mandatsbescheid vom 10.04.2016 die Anwendung des Instruments der Gläubigerbeteiligung (*bail-in tool*) hinsichtlich bestimmter Verbindlichkeiten der HETA an ("**bail-in**"): Dadurch wurde (i) der zum 01.03.2015 bestehende Nennwert oder ausstehende Restbetrag der Verbindlichkeiten samt der bis zum 28.02.2015 aufgelaufenen Zinsen mit sofortiger Wirkung bei nachrangigen Verbindlichkeiten auf 0% und bei nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten auf 46,02% des Nominales herabgesetzt; (ii) der Zinssatz auf die Verbindlichkeiten auf null gesetzt; und (iii) die Fälligkeit der Verbindlichkeiten dahingehend geändert, dass sie mit dem Auflösungsbeschluss der HETA, jedoch spätestens am 31.12.2023 eintritt.

Vom Moratorium und dem bail-in sind auch nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der HETA gegenüber der Pfandbriefbank in Höhe von rund EUR 1,2 Mrd betroffen, wovon bis zum 31.5.2016 rund EUR 800 Mio fällig werden, die von der HETA aufgrund des Moratoriums nicht bedient werden müssen, und die aufgrund des bail-in auf 46,02% reduziert werden. Zugleich besteht für diese Verbindlichkeiten kein Deckungsanspruch der Pfandbriefbank gegenüber der HETA und somit eine potentielle Deckungslücke von bis zu EUR 1,2 Mrd.

Laut Halbjahresfinanzbericht 2016 der HETA hatte die HETA zum 30.6.2016 insgesamt noch Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 770,8 Mio. gegenüber der Pfandbriefbank.

Da die Pfandbriefbank als Treuhänderin tätig ist, schlossen die Pfandbriefbank, die Mitgliedsinstitute der Pfandbriefstelle und die jeweiligen Bundesländer (als Gewährträger der Mitgliedsinstitute) eine "Vereinbarung über die Erfüllung und Abwicklung der Solidarhaftung gemäß § 2 PfBrStG sowie die Abwicklung von Ausgleichsansprüchen im Innenverhältnis" ("**Stabilisierungsvereinbarung**"). Gemäß dieser Stabilisierungsvereinbarung wurden von den Vertragspartnern anteilig die Rückzahlungen von Zinsen und Tilgungen der vom Moratorium betroffenen HETA-Anteile an Emissionen der Pfandbriefbank vorgeschossen, wodurch die Zahlungsverpflichtungen der Pfandbriefbank gegenüber Anleihegläubigern voll befriedigt wurden. Weiters werden sämtliche künftig fällig werdende Forderungen der Pfandbriefbank gegenüber der HETA Zug um Zug gegen Zahlung des Vorschussbetrages an die Vertragspartner der Stabilisierungsvereinbarung abgetreten. Auf die Emittentin entfallen gemäß der Stabilisierungsvereinbarung rund EUR 77,5 Mio, wovon bis zum Datum dieses Prospekts rund EUR 49,8 Mio geleistet wurden.

Außerdem ist ein von der Emittentin an die HETA vergebenes nicht-nachrangiges Schuldscheindarlehen in Höhe von EUR 30 Mio. vom Moratorium und Bail-in betroffen.

Nach dem Scheitern des ersten Angebots vom 21.1.2016 veröffentlichte der Kärntner Ausgleichszahlungsfonds ("**KAF**") am 6.9.2016 ein neuerliches öffentliches Angebot gemäß § 2a Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG). Das neue Angebot des KAF richtet sich an Inhaber nachrangiger und nicht-nachrangiger HETA-Schuldtitel, die mit einer Haftung des Landes Kärnten versehen sind. Die HETA-Gläubiger können hinsichtlich der Abgeltung für den Erwerb ihrer HETA-Schuldtitel durch den KAF zwischen zwei Angeboten wählen: einerseits einer Barzahlung (*cash offer*), andererseits einem Umtausch in Nullkupon-Anleihen (Zero Coupon Bonds), die vom KAF emittiert werden und mit einer Garantie des Bundes besichert sind (*exchange offer*). Die Fälligkeit der Nullkupon-Anleihen wird zwei Bankarbeitstage vor dem Abwicklungstag anhand der in der Angebotsunterlage beschriebenen Preisformel unter Zugrundelegung des Nullkupon-Anleihen-Spread von -8,0 Basispunkte und einem Ausgabepreis iHv 90% des Nominalwerts der Nullkupon-Anleihen festgelegt. Die Nullkuponanleihen können von jedem HETA-Gläubiger nach Ablauf einer maximal 60-tägigen Haltefrist während einer Rückkaufperiode von mindestens 180 Tagen zu einem Preis, der täglich berechnet wird und etwa 90% des Nominales betragen soll, an den KAF zurückverkauft werden (sog "Stabilisierung").

Zum Datum dieses Prospekts hat die Emittentin für ihre Forderungen gegenüber der HETA entsprechende Vorsorge getroffen und ihre Forderungen aus dem Schuldscheindarlehen um EUR 15 Mio wertberichtigt. Für die Liquiditätsbereitstellung bei der Pfandbriefbank wurde eine Rückstellung/Einzelwertberichtigung in Höhe von EUR 38,75 Mio gebildet. Die Durchsetzbarkeit etwaiger Regressansprüche, insbesondere gegenüber der HETA und dem Land Kärnten sind mit großen (Rechts-) Unsicherheiten behaftet.

Zudem wurden in Folge des bail-in bei der HETA zwar die Verbindlichkeiten der HETA gegenüber ihren Gläubigern reduziert. Allerdings bleiben einerseits die Rechte der HETA-Gläubiger gemäß § 95 Abs 3 BaSAG ua gegenüber Mitschuldern der HETA (wie der Emittentin) davon unberührt, andererseits wird die HETA gegenüber ihren Regressberechtigten in gleicher Weise befreit. Somit hat die Emittentin keinen Regressanspruch gegenüber der HETA.

All dies könnte sich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin auswirken.

2.19 Die Vornahme von Anpassungen der Absicherungsmaßnahmen kann zusätzliche Kosten, Steuern oder nachteilige aufsichtsrechtliche Änderungen verursachen, die Auswirkungen auf die Absicherungsmaßnahmen der Emittentin haben könnten

Die Emittentin verwendet eine Reihe von Maßnahmen, damit ihr die jeweils im Rahmen der Wertpapiere zu zahlenden Barbeträge bei Fälligkeit zur Verfügung stehen. Dazu investiert die Emittentin gegebenenfalls direkt oder indirekt in einen oder mehrere Basiswerte. Eine indirekte Anlage kann über ein verbundenes Unternehmen bzw. einen Vertreter der Emittentin oder sonstige Dritte, die eine Anlage in den Basiswert tätigen, erfolgen. Alternativ dazu ist eine indirekte Anlage durch die Emittentin bzw. ein verbundenes Unternehmen, einen Vertreter oder sonstige Dritte auch über eine Anlage in Derivategeschäfte bezogen auf einen Basiswert möglich. Die Emittentin wählt Absicherungsmaßnahmen, die sie unter Berücksichtigung des steuerlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmens sowie ihres operativen Umfelds als effizient ansieht und kann zudem Anpassungen der Absicherungsmaßnahmen vornehmen. Diese Anpassungen können zusätzliche Kosten, Steuern oder nachteilige aufsichtsrechtliche Änderungen verursachen, die wiederum Auswirkungen auf die Absicherungsmaßnahmen der Emittentin haben könnten.

3. Risiken in Bezug auf die Wertpapiere

Die Entscheidung eines jeden potentiellen Anlegers, Wertpapiere zu erwerben, sollte sich an den Lebens- und Einkommensverhältnissen, den Anlageerwartungen und der langfristigen Bindung des eingezahlten Kapitals orientieren. Die Anleger sollen sich darüber im Klaren sein, ob die Wertpapiere ihre Bedürfnisse abdecken. Wenn Anleger die Wertpapiere, die mit ihnen verbundenen Risiken oder ihre Ausstattung nicht verstehen oder das damit verbundene Risiko nicht abschätzen können, sollten sie fachkundige Beratung einholen und erst dann über das Investment entscheiden.

Jeder potenzielle Anleger, der eine Anlage in Wertpapiere beabsichtigt, muss die Eignung dieser Kapitalanlage unter Berücksichtigung seiner eigenen Umstände bestimmen. Insbesondere sollte jeder potenzielle Anleger:

- (i) über ausreichend Sachkenntnis und Erfahrung verfügen, um eine qualifizierte Bewertung der jeweiligen Wertpapiere, der Vorteile und Risiken einer Anlage

in die jeweiligen Wertpapiere sowie der in diesem Prospekt oder gegebenenfalls einem Nachtrag enthaltenen oder der durch Verweis einbezogenen Angaben vorzunehmen;

- (ii) Zugang zu geeigneten Analyseinstrumenten haben und mit deren Nutzung vertraut sein, um eine Anlage in die jeweiligen Wertpapiere sowie die Auswirkungen einer derartigen Anlage auf das Gesamtanlageportfolio mit Rücksicht auf seine persönliche Vermögenslage prüfen zu können;
- (iii) ausreichend finanzielle Mittel und Liquidität zur Verfügung haben, um sämtliche Risiken einer Anlage in die jeweiligen Wertpapiere tragen zu können, auch in Fällen, in denen allfällige Zahlungen von Kapital oder Zinsen in einer oder mehreren Währungen zahlbar sind oder die Währung für diese Zahlungen von Kapital- oder Zinsbeträgen eine andere als die Währung des potenziellen Anlegers ist;
- (iv) die Emissionsbedingungen der jeweiligen Wertpapiere genau verstehen und mit den Reaktionen etwaiger maßgeblicher Indizes und (Finanz-) Märkte vertraut sein; und
- (v) in der Lage sein, (selbst oder mit Hilfe eines Finanzberaters), mögliche Szenarien für wirtschaftliche Entwicklungen, Zinsniveaus und sonstige Faktoren zu prüfen, die seine Anlage und seine Fähigkeit, die jeweiligen Risiken zu tragen, beeinträchtigen können.

3.1 Wertpapiere können ein ungeeignetes Investment sein – komplexe Finanzinstrumente sind nicht für alle Anleger geeignet, da sie ein im Vergleich zu nicht komplexen Finanzinstrumenten wesentlich höheres Verlustrisiko aufweisen

Bei manchen Wertpapieren handelt es sich um komplexe Finanzinstrumente, die von Anlegern gekauft werden können, um Risiken zu reduzieren oder Renditen bei gleichzeitiger Übernahme eines Risikos in das Gesamtportfolio zu steigern. Ein potenzieller Anleger sollte nur dann in komplexe Finanzinstrumente darstellende Wertpapiere investieren, wenn er die Fachkenntnis besitzt, zu prüfen, wie die Wertpapiere auf veränderte Bedingungen reagieren, welche Auswirkungen sich daraus für den Wert der Wertpapiere ergeben können und welche Auswirkungen diese Anlage auf das Gesamtanlageportfolio des potenziellen Anlegers haben wird. Anleger, die ohne eine solche Prüfung in Wertpapiere, die komplexe Finanzinstrumente darstellen, investieren, laufen Gefahr ihr Investment zum Teil oder ganz (Totalausfall) zu verlieren, da sie die möglichen Auswirkungen verschiedener Einflüsse auf ihre Wertpapiere nicht (richtig) abschätzen können.

3.2 Die Wertpapierinhaber sind dem Kreditrisiko der Emittentin ausgesetzt

Kreditrisiko ist das Risiko des teilweisen oder vollständigen Ausfalls von vereinbarten Zins- und/oder Tilgungszahlungen, die von der Emittentin zu erbringen sind. Je

schlechter die Bonität der Emittentin ist, desto höher ist dieses Ausfallsrisiko. Die Verwirklichung des Kreditrisikos kann dazu führen, dass Zahlungen unter den Wertpapieren ganz (Totalverlust) oder teilweise (Teilverlust) ausfallen. Jeder Wertpapierinhaber trägt das Risiko einer möglichen Verschlechterung der finanziellen Situation der Emittentin bis zur Insolvenz. Die Realisierung des Insolvenzrisikos hätte zur Folge, dass die Emittentin ihren Zahlungs- und/oder Lieferverpflichtungen gegenüber den Wertpapierinhabern nicht oder nur teilweise nachkommen könnte.

3.3 Wertpapierinhaber sind dem Risiko ausgesetzt, dass die Emittentin weiteres Fremdkapital aufnimmt

Die Emittentin ist nicht darin beschränkt, weiteres Fremdkapital außerhalb dieses Programms aufzunehmen oder zu emittieren. Darüber hinaus kann die Emittentin jederzeit Kredite aufnehmen. Die Aufnahme von weiterem Fremdkapital kann den Marktpreis der Wertpapiere und die Möglichkeit der Emittentin, die Verpflichtungen aus diesen Emissionen zu bedienen, negativ beeinflussen und kann auch die finanziellen Mittel reduzieren, die im Falle der Insolvenz der Emittentin für die Befriedigung der Gläubigeransprüche herangezogen werden. Alle diese Faktoren können eine negative Auswirkung auf die Wertpapierinhaber haben. Die Emittentin ist nicht dazu verpflichtet, Wertpapierinhaber über die Aufnahme von weiterem Fremdkapital zu informieren, auch wenn dies den Marktpreis der Emissionen beeinflussen könnte.

Im Fall von nachrangigen Schuldverschreibungen ist die Höhe von im Vergleich dazu vorrangigem oder gleichrangigem Kapital, das die Emittentin aufnehmen darf, gesetzlich nicht begrenzt. Die Aufnahme von weiterem Fremdkapital kann den Betrag, den Anleihegläubiger nachrangiger Schuldverschreibungen im Falle einer Insolvenz der Emittentin oder eines die Insolvenz der Emittentin abwehrenden Verfahrens zurückerhalten, reduzieren und die Wahrscheinlichkeit, dass die Emittentin keine Zahlungen auf nachrangige Schuldverschreibungen leistet, erhöhen. Nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin können auch von Ereignissen stammen, die in der Bilanz der Emittentin keinen Niederschlag finden, wie beispielsweise die Ausstellung von abstrakten Garantieverprechen oder das Schlagendwerden anderer nicht-nachrangiger Eventualverbindlichkeiten. Ansprüche aus solchen Garantieverprechen oder aus anderen nicht-nachrangigen Eventualverbindlichkeiten werden zu nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, die im Falle eines Insolvenzverfahrens der Emittentin oder eines Verfahrens zur Abwendung einer Insolvenz der Emittentin vorrangig zu den Rückzahlungsansprüchen aus nachrangigen Schuldverschreibungen sind.

3.4 Nebenkosten im Zusammenhang mit dem Kauf und/oder Verkauf von Wertpapieren und/oder der Depotführung können zu Kostenbelastungen führen, die die mit den Wertpapieren verbundene Rendite maßgeblich reduzieren können

Kommissionen und andere Transaktionskosten, die im Zusammenhang mit dem Erwerb und/oder der Veräußerung von Wertpapieren und/oder der Führung des zur Verwahrung der Wertpapiere erforderlichen Wertpapierdepots entstehen, können

insbesondere bei einem Investment von geringen Summen in die Wertpapiere zu Kostenbelastungen führen, die die mit diesen Wertpapieren verbundene Rendite maßgeblich reduzieren können.

3.5 Von einem Kauf von Wertpapieren auf Kredit wird aufgrund des Risikos eines deutlich höheren Verlusts abgeraten

Anleger, die den Erwerb von Wertpapieren über Fremdmittel finanzieren, werden darauf hingewiesen, dass die laufenden Ausschüttungen auf die Wertpapiere, insofern solche bei den Wertpapieren überhaupt vorgesehen sind, unter dem Zinssatz des aufgenommenen Kredites liegen können. Auch der Totalverlust des eingesetzten Kapitals ist möglich. Anleger dürfen sich daher nicht darauf verlassen, dass Kreditverbindlichkeiten (samt Zinsen) mit Erträgen aus den Wertpapieren oder aus dem Veräußerungserlös der Wertpapiere rückgeführt werden können. Dadurch erhöht sich die Höhe eines möglichen Verlusts erheblich. Von kreditfinanzierten Ankäufen der Wertpapiere wird abgeraten.

3.6 Keine Gewissheit eines liquiden Sekundärmarktes für die Wertpapiere

Die Emittentin hat sich zwar dazu bereiterklärt, durch das Stellen von An- und Verkaufsangeboten für die Wertpapiere einen Sekundärmarkt bereitzuhalten, sie ist dazu aber nicht verpflichtet und kann ihre diesbezügliche Tätigkeit jederzeit einstellen. Es besteht keine Gewissheit, dass ein liquider Sekundärmarkt für die Wertpapiere entstehen wird, oder sofern er entsteht, dass er fortbestehen wird. Die Emittentin übernimmt keine Verpflichtung, die Liquidität der Wertpapiere zu gewährleisten oder die Zulassung der Wertpapiere an einem geregelten Markt anzustreben. Für den Fall, dass sich ein Sekundärmarkt für die Wertpapiere entwickelt, ist weder die Preisentwicklung der Wertpapiere noch die Liquidität des Sekundärmarktes absehbar.

Wertpapierinhaber müssen daher damit rechnen, dass sie die von ihnen gehaltenen Wertpapiere aufgrund mangelnder Liquidität am entsprechenden Markt, insbesondere bei Veräußerung der Wertpapiere während ihrer Laufzeit, nicht oder nicht zum gewünschten Zeitpunkt bzw. nicht zu einem fairen Marktpreis veräußern können.

3.7 Es besteht ein Risiko, dass der Handel mit den Wertpapieren oder den Basiswerten ausgesetzt, unterbrochen oder beendet wird

Notieren die Wertpapiere auf einem oder mehreren (geregelten oder ungeregelten) Märkten, kann die Notierung der Wertpapiere – abhängig von den an der jeweiligen Börse geltenden Regelungen – von der jeweiligen Börse oder einer zuständigen Regulierungsbehörde aus verschiedenen Gründen, insbesondere auch der Verletzung von Kurslimits, bei Verstößen gegen gesetzliche Bestimmungen, beim Auftreten operativer Probleme der Börse oder, ganz allgemein, wenn dies zur Aufrechterhaltung eines funktionierenden Markts oder zur Wahrung der Anlegerinteressen für erforderlich gehalten wird, ausgesetzt oder unterbrochen werden. Weiters kann der Handel mit den Wertpapieren auf Grund einer Entscheidung der Börse, einer Regulierungsbehörde

oder auf Antrag der Emittentin beendet werden. Wird der Handel mit einem Basiswert der Wertpapiere ausgesetzt, unterbrochen oder eingestellt, wird im Allgemeinen auch der Handel mit den entsprechenden Wertpapieren ausgesetzt, unterbrochen oder eingestellt und bestehende Order für den Verkauf oder Kauf solcher Wertpapiere werden üblicherweise storniert. Die Anleger sollten beachten, dass die Emittentin keinen Einfluss auf Handelsaussetzungen oder -unterbrechungen hat (ausgenommen den Fall, dass der Handel mit den Wertpapieren auf Grund einer Entscheidung der Emittentin eingestellt wird) und dass die Wertpapierinhaber die damit verbundenen Risiken auf jeden Fall tragen müssen. Insbesondere kann der Fall eintreten, dass Wertpapierinhaber bei Aussetzung, Unterbrechung oder Einstellung des Handels ihre Wertpapiere unter Umständen nicht verkaufen können und dass die Börsenkurse der Wertpapiere deren Wert nicht entsprechend widerspiegeln. Weiters kann eine Aussetzung, Unterbrechung oder Einstellung des Handels mit Basiswerten der Wertpapiere eine Aussetzung, Unterbrechung oder Einstellung des Handels mit den Wertpapieren verursachen und außerdem zu einer künstlichen oder falschen Bewertung der Wertpapiere führen. Schließlich sollten Anleger beachten, dass selbst im Falle einer Aussetzung, einer Unterbrechung oder einer Einstellung des Handels mit Wertpapieren oder Basiswerten derartige Maßnahmen unter Umständen weder ausreichend, noch adäquat oder zeitgerecht erfolgen, um Kursstörungen zu verhindern oder die Interessen der Anleger zu wahren; wird der Handel mit Wertpapieren etwa nach der Veröffentlichung von kursrelevanten Informationen, die sich auf solche Wertpapiere beziehen, ausgesetzt, kann der Kurs der Wertpapiere bereits negativ beeinflusst worden sein. Alle diese Risiken hätten, sollten sie schlagend werden, eine wesentliche negative Auswirkung auf die Anleger.

3.8 Wertpapierinhaber unterliegen möglicherweise einem Wechselkursrisiko

Inhaber von Wertpapieren, die auf eine fremde Währung lauten und Wertpapierinhaber, die ihre Erträge in einer anderen Währung benötigen als jene, auf die die Wertpapiere lauten, sind nachteiligen Änderungen von Wechselkursen ausgesetzt, welche ihre Rendite auf die Wertpapiere negativ beeinflussen können.

3.9 Eine Wiederveranlagung von Erträgen der Wertpapiere zu den Bedingungen, die für die Wertpapiere gelten, ist ungewiss

Für die Wertpapierinhaber besteht das Risiko, dass sie mögliche Erträge aus den Wertpapieren nicht zu denselben oder günstigeren Bedingungen wieder veranlagen können, wie das in den Wertpapieren veranlagte Kapital.

3.10 Wertpapierinhaber sind dem Risiko nachteiliger Entwicklungen der Marktpreise ihrer Wertpapiere ausgesetzt

Das Marktpreisrisiko ist eines der zentralen Risiken der Wertpapiere. Der Marktpreis der Wertpapiere, damit auch ihr Wert, ändert sich typischerweise täglich. Er wird durch eine Vielzahl von Faktoren, wie den Wert und die Volatilität des maßgeblichen Basiswerts und die noch verbleibende Zeit bis zum Rückzahlungstag,

gesamtwirtschaftliche Entwicklungen (insbesondere hinsichtlich der Marktzinssätze), der Politik von Zentralbanken, dem Inflationsniveau oder einer nicht vorhandenen oder besonders niedrigen bzw besonders hohen Nachfrage nach den betreffenden Wertpapieren, aber auch von anderen Faktoren, wie etwa der Bonität der Emittentin bestimmt. Die Bedeutung der einzelnen Faktoren ist allerdings nicht direkt quantifizierbar und schwankt im Zeitablauf.

Insbesondere die Erwerber von festverzinslichen Wertpapieren sind einem Zinsänderungsrisiko in Form eines Kursverlustes ausgesetzt, wenn das Marktzinsniveau steigt. Dieses Risiko wirkt sich grundsätzlich umso stärker aus, je deutlicher der Marktzinssatz ansteigt.

Im Falle einer negativen Marktpreisentwicklung sind Wertpapierinhaber bei Veräußerung der Wertpapiere vor Fälligkeit dem Risiko ausgesetzt, dass der Preis, zu dem Wertpapiere vor Fälligkeit verkauft werden können, erheblich unter dem Emissionspreis, dem vom Wertpapierinhaber bezahlten Kaufpreis, dem Rückzahlungsbetrag bzw dem Tilgungsbetrag oder dem erwarteten Preis liegen und sie daher einen Verlust erleiden. Vom Markt verlangte Liquiditätsaufschläge und geringe Liquidität der Wertpapiere können den Marktpreis der Wertpapiere negativ beeinträchtigen. Der historische Marktpreis der Wertpapiere und/oder der Basiswerte kann nicht als Indikator für die zukünftige Entwicklung der Wertpapiere und/oder Basiswerte während der Laufzeit der Wertpapiere angesehen werden.

3.11 Bei einer Rückzahlung der Wertpapiere vor Endfälligkeit sind die Wertpapierinhaber dem Risiko ausgesetzt, dass ihre Kapitalanlage eine geringere Rendite als erwartet aufweist und eine Wiederveranlagung nur zu schlechteren Bedingungen möglich ist (Risiko vorzeitiger Rückzahlung)

Die Laufzeit von Wertpapiere kann in bestimmten Fällen durch eine vorzeitige Kündigung durch die Emittentin nach Maßgabe der Emissionsbedingungen unvorhergesehen verkürzt werden. In diesem Fall trägt der Wertpapierinhaber das Risiko, dass seine Renditeerwartungen aufgrund der kürzeren Laufzeit nicht mehr erfüllt werden können. Der Wertpapierinhaber sollte daher nicht auf die Werthaltigkeit der Wertpapiere im Rückzahlungszeitpunkt vertrauen.

3.12 Bei Wertpapieren, die kein Kündigungsrecht der Anleihegläubiger vorsehen, haben die Anleihegläubiger möglicherweise keine Möglichkeit, ihr Investment vorzeitig zu beenden.

Die Wertpapiere sehen kein Recht der Anleihegläubiger auf vorzeitige Rückzahlung vor, wenn ihnen dieses nicht ausdrücklich in den Emissionsbedingungen eingeräumt wird. Daher trägt ein Anleihegläubiger grundsätzlich das Risiko, bis zum Ende der Laufzeit in den Wertpapieren investiert bleiben zu müssen und keine vorzeitige Rückzahlung verlangen zu können. Weiters sollten Anleger bedenken, dass die Emittentin Wertpapiere, die nicht fix verzinst sind und deren Emissionsbedingungen der Emittentin ein vorzeitiges Kündigungsrecht einräumen, auch im Falle einer für die Emittentin nachteiligen Entwicklung des (der) maßgeblichen Basiswerte(s) und/oder

Referenzzinssatzes(-sätze) kündigen kann, wodurch den Anleihegläubigern die Chance auf eine höhere Rendite genommen werden kann. Umgekehrt steht den Anleihegläubigern im Falle einer für sie nachteiligen Entwicklung des Basis- und/oder Referenzwerts keine Möglichkeit der vorzeitigen Kündigung der Wertpapiere zu und die Emittentin könnte von der für sie vorteilhaften Entwicklung des Basis- und/oder Referenzwerts bis zum Ende der Laufzeit der Wertpapiere profitieren.

3.13 Es ist der Emittentin nicht verboten, weitere Verbindlichkeiten einzugehen, die im Vergleich zu den Verbindlichkeiten aus den Wertpapieren vorrangig oder gleichrangig sind

Die Höhe von im Vergleich zu den Wertpapieren vorrangigem oder gleichrangigem Kapital, das die Emittentin aufnehmen darf, ist gesetzlich nicht begrenzt. Die Aufnahme weiterer Verbindlichkeiten kann den Betrag, den die Wertpapierinhaber im Falle der Insolvenz oder eines die Insolvenz abwehrenden Verfahrens zurückerhalten, reduzieren und die Wahrscheinlichkeit, dass die Emittentin keine Zahlungen auf die Wertpapiere leistet, erhöhen.

Nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin können auch von Ereignissen stammen, die in der Bilanz der Emittentin keinen Niederschlag finden, wie beispielsweise die Ausstellung von abstrakten Garantieverprechen oder das Schlagendwerden anderer nicht-nachrangiger Eventualverbindlichkeiten. Ansprüche aus solchen Garantieverprechen oder aus anderen nicht-nachrangigen Eventualverbindlichkeiten werden zu nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, die im Falle eines Insolvenzverfahrens der Emittentin oder eines Verfahrens zur Abwendung der Insolvenz gleichrangig (oder im Fall von nachrangigen Schuldverschreibungen vorrangig) mit den Rückzahlungsansprüchen aus den Wertpapieren sind.

3.14 Anleger, die in Wertpapiere investieren, gehen das Risiko ein, dass sich der Credit Spread (Zinsaufschlag) der Emittentin verändert (Credit Spread-Risiko)

Unter dem Credit Spread versteht man den Aufschlag, den die Emittentin dem Inhaber eines Wertpapiers zur Abgeltung des übernommenen Kreditrisikos bezahlen muss. Credit Spreads werden als Aufschläge auf die aktuellen risikolosen Zinsen oder als Kursabschläge angeboten und verkauft.

Zu den Faktoren, die Credit Spreads beeinflussen, zählen unter anderem die Bonität und das Rating der Emittentin, die Wahrscheinlichkeit eines Zahlungsausfalls, die Recovery Rate (Wiederbeschaffungsquote), die verbleibende Laufzeit der Wertpapiere sowie Verpflichtungen auf Grund von Besicherungen oder Garantien bzw. Erklärungen hinsichtlich bevorzugter Bedienung oder Nachrangigkeit. Die Liquiditätslage, das allgemeine Zinsniveau, die allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungen und die Währung, auf die die maßgebliche Verbindlichkeit lautet, können ebenfalls einen negativen Einfluss entfalten.

Für Wertpapierinhaber besteht das Risiko, dass der Credit Spread der Emittentin ansteigt, was den Kurs der Wertpapiere sinken lassen würde.

3.15 Die Inhaber von fixverzinsten Wertpapieren und Wertpapieren mit fixverzinsten Perioden sind dem Risiko ausgesetzt, dass der Wert der Wertpapiere als Ergebnis einer Änderung des Marktzinssatzes fällt

Inhaber von fixverzinsten Wertpapieren sind dem Risiko ausgesetzt, dass der Wert dieser Wertpapiere aufgrund einer Änderung des Marktzinssatzes fällt. Während der nominelle Zinssatz fixverzinsten Wertpapiere während der Laufzeit dieser Wertpapiere fix ist, verändert sich der Marktzinssatz für Emissionen mit gleicher Laufzeit typischerweise täglich. Wenn sich der Marktzinssatz ändert, ändert sich typischerweise auch der Wert von fixverzinsten Wertpapieren, aber in die andere Richtung. Wenn der Marktzinssatz steigt, fällt der Kurs fixverzinsten Wertpapiere typischerweise, bis die Rendite dieser Wertpapiere etwa gleich hoch wie der Marktzinssatz ist.

3.16 Die Inhaber variabel verzinsten Wertpapiere sind bedeutenden Zinsschwankungsrisiken ausgesetzt

Variabel verzinsten Wertpapiere neigen zur Volatilität. Inhaber von variabel verzinsten Wertpapieren sind dem Risiko schwankender Zinsniveaus und unsicherer Zinserträge ausgesetzt. Schwankende Zinsniveaus machen es unmöglich, die Ertragskraft von variabel verzinsten Wertpapieren im Vorhinein zu bestimmen. Bei variabel verzinsten Wertpapieren, die Mindestwerte aufweisen, kann der Marktpreis volatiler sein als der Marktpreis von Wertpapieren, die dieses Merkmal nicht aufweisen. Die Auswirkung eines Multiplikators, der kleiner als eins ist, ist, dass der Wertpapierinhaber von einer für ihn vorteilhaften Zinsentwicklung nur anteilig profitieren können wird. Die Rendite könnte daher bedeutend niedriger sein, als jene von ähnlichen variabel verzinsten Wertpapieren ohne einen solchen Multiplikator.

3.17 Steuerrechtliche Veränderungen können sowohl den Wert der Wertpapiere als auch die Höhe der Zahlungen negativ beeinflussen

Die Steuerrechtslage, Verwaltungspraxis der Abgabenbehörden sowie Judikatur kann maßgeblich den Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung der Emittentin beeinflussen und damit auch negativ den Marktpreis der Wertpapiere sowie die von den Wertpapierinhabern erzielten Ausschüttungen auf das mit dem Erwerb der Wertpapiere investierte Kapital negativ beeinflussen. Wertpapierinhaber sind daher dem Risiko einer negativen Beeinflussung des Marktpreises der Wertpapiere und der Höhe der auf sie geleisteten Zahlungen durch steuerrechtliche Veränderungen ausgesetzt.

Die Höhe der vom Wertpapierinhaber aus den Wertpapieren tatsächlich lukrierten Beträge nach Steuern hängt maßgeblich von der individuellen steuerrechtlichen Situation des Wertpapierinhabers ab. Die diesbezüglichen Ausführungen im Prospekt basieren auf der derzeit gültigen Rechtslage und Verwaltungspraxis der Abgabenbehörden. Zukünftige Änderungen durch den Gesetzgeber, die

Abgabenbehörden oder höchstgerichtliche Entscheidungen können die dargestellte steuerliche Behandlung negativ beeinflussen oder verändern. Die grundsätzlichen steuerrechtlichen Ausführungen in diesem Prospekt stellen weder eine allgemeine noch eine individuelle steuerliche Beratung dar und können eine solche auch nicht ersetzen. Es wird empfohlen, vor dem Erwerb der Wertpapiere eine individuelle Steuerberatung in Anspruch zu nehmen.

3.18 Die Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Wertpapieren sind von keiner gesetzlichen Sicherungseinrichtung gedeckt

Die durch die Wertpapiere verbrieften Ansprüche und Forderungen der Wertpapierinhaber sind nicht von einer gesetzlichen Einlagensicherung gemäß dem ESAEG gedeckt. Die Emittentin ist zwar Mitglied bei der gesetzlich vorgesehenen Sicherungseinrichtung des Hypothekenbankensektors, die den Zweck hat, als Einlagensicherung des Sektors auch Forderungen, die von einem Kreditinstitut durch Ausstellung einer Urkunde verbrieft sind, zu gewährleisten, allerdings sind Forderungen aus Wertpapieren von der Sicherung durch die Sicherungseinrichtung ausdrücklich ausgeschlossen. Im Falle einer Insolvenz der Emittentin dürfen die Wertpapierinhaber daher nicht mit einer Rückzahlung des eingesetzten Kapitals (allenfalls samt ausstehender Zinszahlungen) von dritter Seite rechnen.

3.19 Bei Pfandbriefen und Kommunalpfandbriefen besteht keine Sicherheit, dass die Deckungswerte des jeweiligen Deckungsstockes der Pfandbriefe und Kommunalpfandbriefe zu jedem Zeitpunkt ausreichen, um die Verpflichtungen aus den Pfandbriefen und Kommunalpfandbriefen zu decken und/oder dass Ersatzwerte dem jeweiligen Deckungsstock zeitgerecht hinzugefügt werden können

Die Zahlungsansprüche der Anleihegläubiger aus Pfandbriefen und Kommunalpfandbriefen sind durch den jeweiligen zugeordneten Deckungsstock besichert. Der jeweilige Deckungsstock wird im Falle von Insolvenz- und Exekutionsverfahren gegen die Emittentin und/oder ihr Vermögen vom Vermögen der Emittentin getrennt und darf nicht dafür herangezogen werden, Ansprüche anderer Anleihegläubiger der Emittentin als der Anleihegläubiger der durch den jeweiligen Deckungsstock bedeckten Pfandbriefe und Kommunalpfandbriefe zu befriedigen. Es besteht dennoch keine Sicherheit dafür, dass die jeweiligen Deckungsstockwerte zu jedem Zeitpunkt ausreichen, um die Verpflichtungen aus den Pfandbriefen und Kommunalpfandbriefen zu decken und/oder dass Ersatzwerte dem jeweiligen Deckungsstock zeitgerecht hinzugefügt werden können. Die Deckungsstöcke sind voneinander getrennt und haften nicht für alle Pfandbriefe und Kommunalpfandbriefe, sondern nur für jene, die dem jeweiligen Deckungsstock zugeordnet sind. Anleger dürfen daher nicht darauf vertrauen, dass die Werte eines Deckungsstockes, dem die von ihnen gehaltenen Pfandbriefe und Kommunalpfandbriefe nicht zugeordnet sind, zur Befriedigung ihrer Forderungen herangezogen werden können.

3.20 Die Wertpapiere können nach Eintritt eines bestimmten Auslöse-Ereignisses der Abschreibung oder Umwandlung in Eigenkapital unterliegen, wodurch die Wertpapierinhaber einen Teil oder die Gesamtheit ihrer Anlage in die Wertpapiere verlieren können (gesetzliche Verlustbeteiligung)

Am 12.6.2014 wurde die Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (*Bank Recovery and Resolution Directive - BRRD*) veröffentlicht. Ziel der BRRD ist es, den relevanten Abwicklungsbehörden einheitliche und wirksame Instrumente und Befugnisse an die Hand zu geben, um Banken Krisen durch Präventivmaßnahmen abzuwenden, die Finanzstabilität zu erhalten und das Risiko, dass der Steuerzahler für Insolvenzverluste aufkommen muss, so gering wie möglich zu halten. Das BaSAG, welches die BRRD umsetzt, trat am 1.1.2015 in Kraft.

Die Abwicklungsbehörden (in Österreich die FMA) erhalten die Befugnis zur Herabschreibung und Umwandlung, die vor oder bei Eintritt der Abwicklung angewendet werden können, um sicherzustellen, dass unter anderem die relevanten Kapitalinstrumente zum Zeitpunkt der Nicht-Tragfähigkeit (wie unten definiert) des emittierenden Instituts und/oder der Gruppe vollständig Verluste absorbieren. Die relevante Abwicklungsbehörde kann auch das Instrument der Gläubigerbeteiligung (*bail-in tool*) in der Abwicklung mit dem Ziel anwenden, die Eigenmittel des maßgeblichen Instituts wieder herzustellen, um es in die Lage zu versetzen, sein Geschäft auf einer going-concern Basis weiterzuführen. Dementsprechend können die Abwicklungsbehörden verpflichtet werden anzuordnen, solche Kapitalinstrumente dauerhaft abzuschreiben oder sie zur Gänze in Instrumente des harten Kernkapitals (*Common Equity Tier 1 instruments – "CET 1"*) (zB Stammaktien oder andere Beteiligungsinstrumente) umzuwandeln, und zwar zum Zeitpunkt der Nicht-Tragfähigkeit und bevor eine Abwicklungsmaßnahme mit Ausnahme des Instruments der Gläubigerbeteiligung ergriffen wurde (*statutory loss absorption – gesetzliche Verlustbeteiligung*). Die Abwicklungsbehörden sollen die Herabschreibung oder Umwandlung in Bezug auf die gesetzliche Verlustbeteiligung derart ausüben, dass (i) CET 1 zuerst proportional zu den relevanten Verlusten abgeschrieben werden; und (ii) danach, sofern CET 1 nicht ausreichend vorhanden ist, um die Verluste abzudecken, der Nennwert der Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals (*Additional Tier 1 instruments – "AT1"*) zu reduzieren oder umzuwandeln ist, um die relevanten Verluste abzudecken und die Gesellschaft zu rekapitalisieren; und (iii) danach, sofern CET 1 und AT 1 nicht ausreichend vorhanden ist, der Nennwert an Instrumenten des Ergänzungskapitals (*Tier 2 instruments – "Tier 2"*) (wie die nachrangigen Schuldverschreibungen) zu reduzieren oder umzuwandeln ist; und im Falle eines Instruments der Gläubigerbeteiligung ebenfalls (iv) danach, wenn CET 1, AT 1 und Tier 2 nicht ausreichend vorhanden ist, um die Verluste abzudecken und die Gesellschaft zu rekapitalisieren, andere nachrangige Schuldverschreibungen (gemäß der Hierarchie der Forderungen in gewöhnlichen Insolvenzverfahren); und (v) falls immer noch nicht ausreichend, die übrigen Verbindlichkeiten einschließlich bestimmter nicht-nachrangiger Verbindlichkeiten (wie die nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen) (gemäß der Hierarchie der

Forderungen in gewöhnlichen Insolvenzverfahren) dauerhaft auf null reduziert oder umgewandelt werden. Wenn das Instrument der Gläubigerbeteiligung angewendet wird, um das Kapital des Instituts wieder herzustellen, erfolgt die Herabschreibung oder Umwandlung von Schuldtitel in CET 1 in derselben Reihenfolge.

Für die Zwecke der gesetzlichen Verlustbeteiligung ist der "Zeitpunkt der Nicht-Tragfähigkeit" der Zeitpunkt, an dem die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

1. Die zuständige Behörde oder die Abwicklungsbehörde stellt fest, dass die Institution die Voraussetzungen für die Abwicklung nicht erfüllt bzw voraussichtlich nicht erfüllen wird, dh:
 - (a) die Voraussetzungen für eine Konzessionsrücknahme liegen vor oder es liegen objektive Anhaltspunkte dafür vor, dass dies in naher Zukunft der Fall sein wird, beispielsweise (aber nicht abschließend) aufgrund der Tatsache, dass das Institut Verluste erlitten hat oder voraussichtlich erleiden wird, durch die seine gesamten Eigenmittel oder ein wesentlicher Teil seiner Eigenmittel aufgebraucht wird;
 - (b) die Vermögenswerte des Instituts unterschreiten die Höhe seiner Verbindlichkeiten oder es liegen objektive Anhaltspunkte dafür vor, dass dies in naher Zukunft der Fall sein wird;
 - (c) das Institut ist nicht in der Lage, seine Schulden oder sonstigen Verbindlichkeiten bei Fälligkeit zu begleichen oder es liegen objektive Anhaltspunkte dafür vor, dass dies in naher Zukunft der Fall sein wird;
 - (d) eine außerordentliche finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln wird benötigt, es sei denn, die außerordentliche finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erfolgt in bestimmten Formen zur Abwendung einer schweren Störung der Volkswirtschaft und zur Wahrung der Finanzstabilität; und
2. unter Berücksichtigung zeitlicher Zwänge und anderer relevanter Umstände besteht nach vernünftigem Ermessen keine Aussicht, dass der Ausfall des Instituts innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens durch alternative Maßnahmen der Privatwirtschaft, darunter Maßnahmen im Rahmen von institutsbezogenen Sicherungssystemen, oder anderer Aufsichtsmaßnahmen, darunter Frühinterventionsmaßnahmen oder die Herabschreibung oder Umwandlung von relevanten Kapitalinstrumenten, die in Bezug auf das Institut getroffen werden, abgewendet werden kann; und
3. im Fall der Anwendung des Instruments der Gläubigerbeteiligung, Abwicklungsmaßnahmen sind im öffentlichen Interesse erforderlich; oder
4. im Fall der Ausübung der Befugnisse zur Herabschreibung oder Umwandlung von Kapitalinstrumenten, eine Gruppe sollte als ausfallend oder wahrscheinlich ausfallend betrachtet werden, wenn die Gruppe gegen ihre

konsolidierten Aufsichtsanforderungen in einer Weise verstößt bzw wenn objektive Anhaltspunkte vorliegen, die eine Feststellung stützen, dass die Gruppe in naher Zukunft gegen ihre konsolidierten Aufsichtsanforderungen in einer Weise verstoßen wird, die ein Eingreifen durch die zuständige Behörde rechtfertigen würde, einschließlich, aber nicht eingeschränkt auf Grund der Tatsache, dass die Gruppe Verluste erlitten hat oder voraussichtlich erleiden wird, durch die ihre gesamten Eigenmittel oder ein wesentlicher Teil ihrer Eigenmittel aufgebraucht werden.

Die gesamte oder teilweise Herabschreibung oder Umwandlung des Nominalbetrages von Instrumenten, einschließlich etwaiger unter den nachrangigen Schuldverschreibungen angefallener, aber noch nicht ausgezahlter Zinsen, stellen gemäß dem Instrument der Gläubigerbeteiligung oder den Herabschreibungs- und Umwandlungsbefugnissen keinen Ausfall nach den Bestimmungen des relevanten Kapitalinstruments dar. Dementsprechend wären sämtliche so abbeschriebenen Beträge unwiderruflich verloren und die aus solchen Kapitalinstrumenten resultierenden Rechte der Gläubiger wären erloschen, unabhängig davon, ob die finanzielle Lage des Kreditinstituts wiederhergestellt wird oder nicht.

Folglich können die Schuldverschreibungen Gegenstand der Herabschreibungen oder der Umwandlung in CET 1 im Falle des maßgeblichen Auslösungsereignisses sein, wodurch Anleihegläubiger ihr Investment in die Schuldverschreibungen ganz oder teilweise verlieren könnten. Die Anwendung einer solchen Befugnis ist höchst unvorhersehbar und bereits die Erwägung oder der Vorschlag einer solchen Befugnis könnten den Marktpreis der Schuldverschreibungen wesentlich nachteilig beeinflussen.

Neben den oben dargestellten Abwicklungsinstrumenten und -befugnissen könnte die Emittentin auch Gegenstand nationaler Insolvenzverfahren sein.

3.21 Die Wertpapiere können anderen Abwicklungsbefugnissen unterliegen, die zu einer Nicht-Zahlung von Zinsen und/oder einer Nichtrückzahlung führen können

Die Abwicklungsbehörden können die Laufzeit von bestimmten Instrumenten (einschließlich der Wertpapiere) erstrecken oder ändern oder die zahlbaren Zinsbeträge oder die Zinszahlungstage ändern sowie Zinszahlungen für einen bestimmten Zeitraum aussetzen.

3.22 Die Gläubiger der Wertpapiere sind dem Risiko ausgesetzt, dass in einer Insolvenz der Emittentin Einlagen einen höheren Rang als ihre Ansprüche im Zusammenhang mit den Wertpapieren haben

Gemäß § 131 BaSAG, der Artikel 108 BRRD in Österreich umsetzt, ist in Insolvenzverfahren, die in Bezug auf die Emittentin eröffnet wurden, die folgende Insolvenzrangfolge für Einlagen anwendbar:

- (a) Die folgenden Forderungen haben denselben Rang, welcher höher ist als der Rang von Forderungen von gewöhnlichen nicht abgesicherten und nicht

bevorzugten Gläubigern: (i) der Teil erstattungsfähiger Einlagen von natürlichen Personen, Kleinstunternehmen und kleinen und mittleren Unternehmen, der die in Artikel 6 DGSD festgelegte Deckungssumme überschreitet; und (ii) Einlagen, die als erstattungsfähige Einlagen von natürlichen Personen, Kleinstunternehmen und kleinen und mittleren Unternehmen gelten würden, wenn sie nicht auf Zweigstellen von Instituten mit Sitz in der EU zurückgehen würden, die sich außerhalb der EU befinden.

- (b) Die folgenden Forderungen haben denselben Rang, der höher als der Rang in Punkt (a) oben ist: (i) gedeckte Einlagen; und (ii) Einlagensicherungssysteme, die im Fall der Insolvenz in die Rechte und Pflichten der gedeckten Einleger eintreten.

Daher sollten Gläubiger der Wertpapiere (einschließlich, aber nicht beschränkt auf die Vorrangigen Schuldverschreibungen, Nachrangigen Schuldverschreibungen und, falls der Deckungsstock nicht ausreichend ist, auch die gedeckten Schuldverschreibungen) beachten, dass im Fall von Insolvenzverfahren, die in Bezug auf die Emittentin eröffnet würden, und in allen vergleichbaren Verfahren (wie etwa Abwicklungsverfahren gemäß dem BaSAG) ihre Ansprüche nachrangig zu den oben in den Punkten (a) und (b) angegebenen Ansprüchen sein werden, und dass sie daher nur Zahlung auf ihre Ansprüche erhalten werden, wenn und soweit die oben in den Punkten (a) und (b) angegebenen Ansprüche vollständig beglichen wurden.

3.23 Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin sind nachrangige Schuldverschreibungen gegenüber nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten nachrangig zu bedienen

Die nachrangigen Schuldverschreibungen sind direkte, unbesicherte und nachrangige Verpflichtungen. Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin sind derartige Verpflichtungen gegenüber den Forderungen sämtlicher nicht-nachrangiger Gläubiger der Emittentin nachrangig, sodass in einem solchen Fall Beträge auf Grund der Verpflichtungen unter diesen Schuldverschreibungen erst dann zahlbar werden, wenn die Forderungen aller nicht-nachrangigen Gläubiger der Emittentin bereits zur Gänze erfüllt wurden, dh dass die Anleihegläubiger nachrangiger Schuldverschreibungen erst und nur insoweit befriedigt werden, als der Emittentin nach der Befriedigung der Anleihegläubiger nicht-nachrangiger Schuldverschreibungen und allen anderen nicht-nachrangigen Forderungen noch liquide Mittel zur Verfügung stehen, was insbesondere bei Insolvenz der Emittentin wahrscheinlich zu einem Totalausfall für den Anleihegläubiger führt. Anleihegläubiger sind daher dem Risiko ausgesetzt, dass der Emittentin nach Befriedigung ihrer nicht-nachrangigen Gläubiger kein ausreichendes Vermögen mehr für die Rückzahlung der nachrangigen Schuldverschreibungen verbleibt. Forderungen der Emittentin können weder mit auf Grund der nachrangigen Schuldverschreibungen bestehenden Zahlungsverpflichtungen der Emittentin aufgerechnet werden, noch können von der Emittentin oder einem Dritten in Bezug auf die durch die nachrangigen Schuldverschreibungen verbrieften Verbindlichkeiten vertragliche Sicherheiten

gestellt werden. Eine Einschränkung der Nachrangigkeit oder Änderung der Laufzeit der nachrangigen Schuldverschreibungen mittels einer späteren Vereinbarung ist nicht möglich.

Nachrangige Verbindlichkeiten stehen grundsätzlich im gleichen Rang mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten, können aber im Verhältnis zueinander auch mit unterschiedlicher Nachrangigkeit ausgestattet sein, ua können nachrangige Verbindlichkeiten vorrangig gegenüber den Ansprüchen von Aktionären, Inhabern von (anderen) Instrumenten des harten Kernkapitals (*Common Equity Tier 1*) gemäß Artikel 28 CRR sowie Inhabern von Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (*Additional Tier 1*) gemäß Artikel 52 CRR sein.

3.24 Nachrangige Schuldverschreibungen dürfen nicht nach Wahl der Anleihegläubiger gekündigt werden, und jegliche Rechte der Emittentin auf vorzeitige Rückzahlung oder Rückkauf oder Kündigung der nachrangigen Schuldverschreibungen sind von einer vorherigen Erlaubnis der zuständigen Behörde abhängig. Bei nachrangigen Schuldverschreibungen besteht das Risiko, dass ein Rückkauf durch die Emittentin nicht zulässig ist. Anleger, die in nachrangige Schuldverschreibungen investieren, sind dem Risiko ausgesetzt, dass sie während der Laufzeit der Schuldverschreibungen ihr eingesetztes Kapital nicht zurückverlangen können

Die Anleihegläubiger nachrangiger Schuldverschreibungen haben kein Recht, die (vorzeitige) Rückzahlung ihrer nachrangigen Schuldverschreibungen zu verlangen und sollen daher bei ihrer Anlageentscheidung nicht davon ausgehen, dass die Emittentin eines ihrer Rechte auf Kündigung oder vorzeitige Rückzahlung ausüben wird.

Die Emittentin darf nach ihrem Ermessen, bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen (insbesondere der vorherigen Erlaubnis der zuständigen Behörde gemäß Artikel 4 (1) (40) CRR), die nachrangigen Schuldverschreibungen jederzeit entweder aus steuerlichen oder aufsichtsrechtlichen Gründen zum vorzeitigen Rückzahlungsbetrag zuzüglich etwaiger bis zum festgelegten Rückzahlungstag aufgelaufener Zinsen zurückzahlen. Weiters darf die Emittentin, sofern die Emissionsbedingungen dies vorsehen und bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen (insbesondere der vorherigen Erlaubnis der zuständigen Behörde), nach ihrem Ermessen, die nachrangigen Schuldverschreibungen vor dem Endfälligkeitstag, und frühestens aber fünf Jahre nach dem Emissionszeitpunkt, an einem speziellen Wahlrückzahlungstag zum maßgeblichen Wahlrückzahlungsbetrag zuzüglich etwaiger angefallener Zinsen zurückzahlen.

Nachrangige Schuldverschreibungen dürfen nur nach Maßgabe der bestehenden gesetzlichen Vorschriften von der Emittentin vor Ende der Laufzeit gekündigt, vorzeitig zurückgezahlt oder zurückgekauft werden. Ein Rückkauf nachrangiger Schuldverschreibungen durch die Emittentin ist nur mit der Erlaubnis der zuständigen Behörde zulässig. Wenn die zuständige Behörde keine Bewilligung erteilt oder nur einen geringeren Betrag als den Maximalbetrag genehmigt, der

schon ausgeschöpft wurde, ist die Emittentin in der Durchführung ihrer Market Making Funktion beeinträchtigt und kann Teile der nachrangigen Schuldverschreibungen nicht zurückkaufen. Anleihegläubiger dürfen daher nicht davon ausgehen oder sich erwarten, dass die Emittentin nachrangige Schuldverschreibungen zurückkaufen wird oder kann und tragen das Risiko, bis zum Ende der Laufzeit der nachrangigen Schuldverschreibungen in diesen Schuldverschreibungen investiert bleiben zu müssen.

Die Emittentin muss für jede Rückzahlung und jeden Rückkauf der nachrangigen Schuldverschreibungen zuvor die Erlaubnis der zuständigen Behörde einholen. Gemäß der CRR darf die zuständige Behörde Kreditinstituten die Rückzahlung von Instrumenten des Ergänzungskapitals (*Tier 2*), wie etwa der nachrangigen Schuldverschreibungen, vor ihrer vertraglichen Fälligkeit nur dann erlauben, falls bestimmte in der CRR festgelegte Voraussetzungen (ua die Einhaltung bestimmter aufsichtsrechtlicher Kapitalanforderungen durch die Emittentin) vorliegen. Diese Voraussetzungen sowie einige andere technische Bestimmungen und Standards in Bezug auf - auf die Emittentin anwendbare - aufsichtsrechtliche Kapitalanforderungen sind von der zuständigen Behörde bei ihrer Beurteilung hinsichtlich einer Erlaubnis einer Rückzahlung oder eines Rückkaufs zu berücksichtigen. Allerdings ist ungewiss, wie die zuständige Behörde diese Kriterien in der Praxis anwendet und wie sich diese Bestimmungen und Standards während der Laufzeit der nachrangigen Schuldverschreibungen ändern. Daher ist es schwer vorherzusagen, ob und falls ja, zu welchen Konditionen die zuständige Behörde ihre vorherige Erlaubnis für eine Kündigung oder vorzeitige Rückzahlung oder einen Rückkauf der nachrangigen Schuldverschreibungen erteilt.

Selbst wenn die Emittentin die vorherige Erlaubnis der zuständigen Behörde erhalten würde, wird jede Entscheidung der Emittentin auf eine Kündigung oder vorzeitige Rückzahlung der nachrangigen Schuldverschreibungen nach ihrem absoluten Ermessen unter Berücksichtigung der Auswirkungen externer (wie etwa wirtschaftliche und Markt-) Faktoren, auf die Ausübung eines vorzeitigen Rückzahlungsrechts, aufsichtsrechtlicher Kapitalanforderungen und vorherrschender Marktbedingungen, erfolgen. Investoren dürfen nicht davon ausgehen, dass die Emittentin ein ihr in Bezug auf die nachrangigen Schuldverschreibungen zustehendes vorzeitiges Rückzahlungsrecht ausüben wird.

Die Anleihegläubiger der nachrangigen Schuldverschreibungen sollten sich daher bewusst sein, dass sie gezwungen sein könnten, die finanziellen Risiken eines Investments in die nachrangigen Schuldverschreibungen bis zu ihrer Endfälligkeit zu tragen.

3.25 Die Anrechenbarkeit nachrangiger Schuldverschreibungen als Eigenmittel kann sich verringern oder wegfallen

Die nachrangigen Schuldverschreibungen zählen nach Ansicht der Emittentin zu den Instrumenten des Ergänzungskapitals (*Tier 2*) iSd Artikel 63 CRR. Es ist aber nicht auszuschließen, dass sich die aufsichtsrechtliche Einstufung der nachrangigen Schuldverschreibungen als Ergänzungskapital ändert und dies zu

ihrem (gänzlichen oder teilweisen) Ausschluss aus den Eigenmitteln oder ihrer Neueinstufung als Eigenmittel geringerer Qualität führt. Sollte dies der Fall sein, kann dies negative Auswirkungen auf die Kapitalausstattung der Emittentin haben und die Emittentin hat das Recht, die vom Ausschluss oder der Neueinstufung betroffenen Emissionen im Einklang mit den maßgeblichen Emissionsbedingungen vorzeitig zurückzuzahlen.

3.26 Bei einer zukünftigen Geldentwertung (Inflation) könnte sich die reale Rendite einer Anlage verringern (Inflationsrisiko)

Das Inflationsrisiko bezeichnet die Möglichkeit, dass der Wert von Vermögenswerten wie den Wertpapieren oder den Einnahmen daraus sinkt, wenn die Kaufkraft einer Währung auf Grund von Inflation schrumpft. Durch Inflation verringert sich der Wert eines möglichen Ertrags. Übersteigt die Inflationsrate die auf die Wertpapiere geleisteten Zahlungen, wird die Rendite der Wertpapiere negativ und Wertpapierinhaber erleiden Verluste. Wertpapierinhaber sind dem Risiko einer Wertminderung möglicher Erträge aus Wertpapieren durch Inflation ausgesetzt.

3.27 Die Wertpapiere unterliegen österreichischem Recht, und Änderungen in den geltenden Gesetzen, Verordnungen oder regulatorischen Vorschriften können negative Auswirkungen auf die Emittentin, die Wertpapiere und die Wertpapierinhaber haben

Die Emissionsbedingungen der Wertpapiere unterliegen österreichischem Recht. Anleger sollten daher beachten, dass das geltende österreichische Recht unter Umständen nicht einen ähnlichen oder adäquaten Schutz bietet wie das Recht anderer Rechtsordnungen. Des Weiteren kann hinsichtlich der Auswirkungen einer etwaigen gerichtlichen Entscheidung oder einer Änderung österreichischen Rechts (oder des in Österreich anwendbaren Rechts) bzw. der nach dem Datum dieses Prospekts üblichen Verwaltungspraxis keine Zusicherung gegeben oder Aussage getroffen werden. Wertpapierinhaber sind daher dem Risiko für sie nachteiliger Bestimmungen des österreichischen Rechts und/oder einer für sie nachteiligen Rechtsänderung ausgesetzt.

3.28 Die für die Verjährung von Ansprüchen auf Zahlung von Zinsen gesetzlich vorgesehene Frist von 3 Jahren bzw die für die Verjährung von Ansprüchen auf Zahlung von Kapital gesetzlich vorgesehene Frist von 30 Jahren ab Fälligkeit kann in den auf die Wertpapiere anwendbaren Emissionsbedingungen gekürzt werden. In diesem Fall haben die Wertpapierinhaber weniger Zeit, ihre Ansprüche aus den Wertpapieren geltend zu machen

Gemäß den Emissionsbedingungen der Wertpapiere kann die gesetzmäßige Verjährungsfrist von 3 Jahren (im Fall von Zinsen) und von 30 Jahren (im Fall von Kapital) gekürzt werden. Diesfalls ist es wahrscheinlicher, dass der Wertpapierinhaber die gegenüber ihm fälligen Beträge nicht erhält, weil der Wertpapierinhaber im Gegensatz zu Wertpapierinhabern von Schuldinstrumenten, deren

Emissionsbedingungen die gesetzliche Verjährungsfrist überhaupt nicht oder in einem geringeren Maß als die Emissionsbedingungen der Wertpapiere kürzen, weniger Zeit hat, seine Ansprüche aus den Wertpapieren geltend zu machen.

3.29 Ein österreichisches Gericht kann einen Treuhänder (Kurator) für die Wertpapiere ernennen, der die Rechte und Interessen der Wertpapierinhaber in deren Namen ausübt und wahrnimmt, wodurch die Möglichkeit der Wertpapierinhaber zur individuellen Geltendmachung ihrer Rechte aus den Wertpapieren eingeschränkt werden kann

Gemäß dem österreichischen Kuratorenengesetz kann auf Verlangen eines Beteiligten (zB eines Wertpapierinhabers) oder auf Veranlassung des zuständigen Gerichts von einem österreichischen Gericht ein Treuhänder (Kurator) ernannt werden, der die gemeinsamen Interessen der Wertpapierinhaber in Bezug auf alle Angelegenheiten, die ihre gemeinsamen Rechte berühren, vertritt. Dies ist insbesondere möglich, wenn ein Insolvenzverfahren gegen die Emittentin eingeleitet wird, in Zusammenhang mit Änderungen der Emissionsbedingungen der Wertpapiere oder Änderungen in Bezug auf die Emittentin oder in ähnlichen Fällen. Wenn ein Kurator bestellt wird, dann übt er die gemeinsamen Rechte aller Wertpapierinhaber aus und vertritt die Interessen aller Wertpapierinhaber und kann in ihrem Namen Erklärungen abgeben, die für alle Wertpapierinhaber bindend sind. In Fällen, in denen ein Kurator die Interessen der Wertpapierinhaber vertritt und die Rechte der Wertpapierinhaber ausübt, kann dies zu einer Benachteiligung bzw zu einer Kollision mit den Interessen einzelner oder aller Wertpapierinhaber führen.

4. Risiken in Zusammenhang mit den Basiswerten derivativer Wertpapiere

4.1 Inhaber von Wertpapieren mit indexabhängiger Verzinsung und/oder Rückzahlung bzw Tilgung sind dem Risiko der Entwicklung des Marktpreises des zugrundeliegenden Index ausgesetzt

Indexabhängige Wertpapiere sind Wertpapiere, bei denen weder der Rückzahlungs- bzw Tilgungsbetrag noch die Zinszahlungen (sofern solche gemäß den Emissionsbedingungen erfolgen sollen) im Vorhinein feststehen, sondern von der Entwicklung eines Indexes (oder eines Indexkorbes) abhängen, der selbst wiederum erhebliche Kredit-, Zinssatz- oder andere Risiken beinhaltet. Der Inhaber von Wertpapieren mit indexabhängiger Verzinsung und/oder Rückzahlung ist Unsicherheiten in Bezug auf die Verzinsung und/oder den Rückzahlungs- bzw Tilgungsbetrag ausgesetzt. Die Rendite eines in Bezug auf die Verzinsung und/oder den Tilgungsbetrag indexierten Wertpapiers kann negativ sein und ein Wertpapierinhaber kann den Wert seiner Anlage ganz oder teilweise verlieren. Je volatil der betreffende Index ist, desto größer ist die Ungewissheit in Bezug auf den Zinsertrag und/oder den Rückzahlungs- bzw Tilgungsbetrag. Die Höhe des Rückzahlungs- bzw Tilgungsbetrags und/oder der Zinszahlungen (sofern solche gemäß den Emissionsbedingungen erfolgen sollen), die von der Emittentin zu zahlen

sind, kann erheblich unter dem Emissionspreis oder dem vom Wertpapierinhaber bezahlten Kaufpreis liegen und sogar null betragen, mit der Folge, dass der Wertpapierinhaber sein gesamtes eingesetztes Kapital verliert.

Indexabhängige Wertpapiere werden von der maßgeblichen Indexberechnungsstelle (bzw bei Indexkörben von den maßgeblichen Indexberechnungsstellen) weder gesponsert noch anderweitig unterstützt. Indexberechnungsstellen geben weder ausdrücklich noch konkludent irgendeine Zusicherung oder Garantie hinsichtlich der Folgen ab, die sich aus der Verwendung des maßgeblichen Index und/oder dem Wert des maßgeblichen Index zu einem bestimmten Zeitpunkt ergeben. Die Zusammensetzung und Berechnung eines jeden Index geschieht durch die maßgebliche Indexberechnungsstelle ohne Rücksichtnahme auf die Emittentin oder die Wertpapierinhaber. Indexberechnungsstellen übernehmen auch keine Verpflichtung oder Haftung im Zusammenhang mit der Verwaltung, dem Vertrieb oder dem Handel der Wertpapiere.

4.2 Inhaber von Wertpapieren mit rohstoffabhängiger Verzinsung und/oder Rückzahlung bzw Tilgung sind dem Risiko der Entwicklung des Marktpreises des zugrundeliegenden Rohstoffes (oder des Rohstoffkorbes) ausgesetzt

Rohstoffabhängige Wertpapiere sind Wertpapiere, bei denen weder der Rückzahlungs- bzw Tilgungsbetrag noch die Zinszahlungen (sofern solche gemäß den Emissionsbedingungen erfolgen sollen) im Vorhinein feststehen. Rohstoffabhängige Wertpapiere können sich auf einen oder mehrere Rohstoffe (Rohstoffkörbe) beziehen und sie werden zu einem rohstoffabhängigen Zinssatz verzinst und/oder zu einem rohstoffabhängigen Tilgungsbetrag zurückgezahlt. Dieser Zins- und/oder Rückzahlungs- bzw Tilgungsbetrag wird unter Bezugnahme auf den oder die entsprechenden Rohstoffe berechnet. Veränderungen des Wertes der maßgeblichen Rohstoffe, dh des maßgeblichen Rohstoffpreises am maßgeblichen Markt (wie in den maßgeblichen Emissionsbedingungen beschrieben) wirken sich auf den Wert der rohstoffabhängigen Wertpapiere aus. Die Höhe des Rückzahlungs- bzw Tilgungsbetrags und/oder der Zinszahlungen (sofern solche gemäß den Emissionsbedingungen erfolgen sollen), die von der Emittentin zu zahlen ist, kann erheblich unter dem Emissionspreis oder dem vom Wertpapierinhaber bezahlten Kaufpreis liegen und sogar null betragen mit der Folge, dass der Wertpapierinhaber sein gesamtes eingesetztes Kapital verliert.

4.3 Zahlungen auf Wertpapiere, bei denen die Verzinsung und/oder die Rückzahlung bzw Tilgung an den Wert von Aktien (oder Aktienkörben) gebunden ist, sind abhängig von der Entwicklung des Marktpreises der zugrundeliegenden Aktien (oder Aktienkörbe)

Ein Investment in Wertpapiere mit aktienabhängiger Verzinsung und/oder Rückzahlung bzw Tilgung kann ähnliche Risiken aufweisen, wie jene, die mit einer direkten Anlage in den (die) dem Wertpapier unterliegenden Basiswert(e) verbunden sind und Investoren sollten, insbesondere im Hinblick auf die Volatilität an den internationalen Aktienmärkten, dementsprechende Beratung einholen.

Aktienabhängige Wertpapiere sind Wertpapiere, bei denen weder der Rückzahlungs- bzw Tilgungsbetrag noch die Zinszahlungen (sofern solche gemäß den Emissionsbedingungen erfolgen sollen) im Vorhinein feststehen und die von der Entwicklung des Marktpreises eines Aktienwertes oder eines Aktienkorbes an den maßgeblichen Märkten abhängen. Der Rückzahlungs- bzw Tilgungsbetrag hängt vom Marktpreis der Basiswerte ab, der unter Umständen erheblich geringer sein kann als der Emissionspreis oder der vom Wertpapierinhaber bezahlte Kaufpreis und sogar null betragen kann, in welchem Fall die Wertpapierinhaber ihr gesamtes Investment verlieren können.

Aktienabhängige Wertpapiere werden von den Emittenten der Basiswerte in keiner Art und Weise gefördert, unterstützt oder verkauft. Die Emittenten der maßgeblichen Basiswerte geben keine ausdrückliche oder konkludente Zusicherung oder Garantie hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der Basiswerte. Die Emittenten der Basiswerte sind nicht verpflichtet, die Interessen der Emittentin oder diejenigen der Wertpapierinhaber in irgendeiner Form zu berücksichtigen. Die Emittenten der Basiswerte sind nicht an dem aus den Wertpapieren resultierenden Erlösen beteiligt. Sie sind auch nicht für die Ermittlung des Preises, die Wahl des Zeitpunktes und den Umfang einer Emission von Wertpapieren verantwortlich und haben daran auch nicht mitgewirkt. Der Erwerb der Wertpapiere berechtigt weder zum Erhalt von Informationen von Emittenten der Basiswerte, die Ausübung von Stimmrechten oder den Erhalt von Dividenden aus Aktien.

4.4 Inhaber von Wertpapieren, die von Währungen abhängig sind, sind dem Risiko der Entwicklung des Marktpreises der zugrundeliegenden Währungen ausgesetzt

Wertpapiere, deren Verzinsung und/oder Rückzahlung bzw Tilgung von der Entwicklung einer Währung oder eines Währungskorbes abhängt, können dieselben komplexen Risiken aufweisen, wie ein direktes Investment in die maßgeblichen Basiswerte, und jeder Anleger sollte sich dementsprechend beraten lassen. Weiters sollten Anleger beachten, dass ein Investment in solche Wertpapiere nicht identisch mit einem direkten Investment in die maßgeblichen Basiswerte oder ein Instrument, welches direkt an die maßgeblichen Basiswerte gebunden ist, ist. Preisbewegungen der maßgeblichen Basiswerte beeinflussen den Marktpreis der maßgeblichen Wertpapiere. Hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der Marktpreise der maßgeblichen Basiswerte gibt es keine Sicherheit. Der Rückzahlungs- bzw Tilgungsbetrag, den die Emittentin am Ende der Laufzeit an den Investor zu zahlen hat, kann den Emissionspreis substantiell unterschreiten oder sogar Null betragen, in welchem Fall der Investor sein gesamtes Investment verliert.

4.5 Inhaber von Wertpapieren, die von hybriden Basiswertkörben abhängig sind, können einem wesentlich höheren Risiko als Inhaber von Wertpapieren, die nur von einem Basiswert (oder einer Art von Basiswerten) abhängig sind, ausgesetzt sein

Wertpapiere, deren Verzinsung und/oder Rückzahlung- bzw Tilgung von der

Entwicklung eines Basiswertkorbes, der sich aus Basiswerten unterschiedlicher Art (zB ein Index und zwei Aktienwerte) zusammensetzt ("**hybride Basiswertkörbe**") abhängt, weisen komplexe Risiken auf, die die Risiken eines direkten Investments in die Bestandteile des hybriden Basiswertkorbes oder eines Investments in mehrere Wertpapieren, deren Rückzahlung bzw Tilgung von der Entwicklung von Bestandteilen dieses hybriden Basiswertkorbes abhängen deutlich übersteigen kann und jeder Anleger sollte sich dementsprechend beraten lassen. Die Höhe des Rückzahlungs- bzw Tilgungsbetrags (sofern solche gemäß den Emissionsbedingungen erfolgen sollen), der von der Emittentin zu zahlen ist, kann erheblich unter dem Emissionspreis oder dem vom Wertpapierinhaber bezahlten Kaufpreis liegen und sogar null betragen, mit der Folge, dass der Wertpapierinhaber sein gesamtes eingesetztes Kapital verliert.

4.6 Interessenskonflikte können die den Wertpapieren zu Grunde liegenden Basiswerte negativ beeinflussen

Im normalen Verlauf ihrer Geschäftstätigkeit stehen die Emittentin und/oder ihre verbundenen Unternehmen möglicherweise mit Emittenten der Basiswerte, deren jeweiligen verbundenen Unternehmen oder Garanten oder Dritten, die Verpflichtungen gegenüber den Emittenten der Basiswerte oder deren jeweiligen verbundenen Unternehmen oder Garanten haben, nicht nur in Geschäftsbeziehungen, sondern wickeln mit diesen Transaktionen ab, gehen Bankgeschäfte jeder Art und Investmentbankgeschäfte ein oder stehen anderweitig in Geschäftskontakt, so als ob die Wertpapiere nicht existent wären, und zwar unabhängig davon, ob sich die vorgenannten Handlungen nachteilig auf den Emittenten der Basiswerte, deren verbundene Unternehmen oder Garanten auswirken.

Die Emittentin kann von Zeit zu Zeit an Transaktionen im Zusammenhang mit den Basiswerten beteiligt sein, die den Marktpreis oder die Liquidität der Wertpapiere beeinflussen und sich gegebenenfalls nachteilig auf die Interessen der Wertpapierinhaber auswirken können.

Interessenskonflikte können sich auch zwischen der Berechnungsstelle und den Wertpapierinhabern ergeben, insbesondere hinsichtlich bestimmter im Ermessen der Berechnungsstelle liegender Bestimmungen und Entscheidungen, die diese nach Maßgabe der Emissionsbedingungen zu treffen hat und die den Rückzahlungs- bzw Tilgungsbetrag der Wertpapiere beeinflussen können.

5. Zusätzliche Risiken derivativer Wertpapiere

Bei den Wertpapieren handelt es sich teilweise um derivative Wertpapiere. Eine Anlage in derivative Wertpapiere ist für Anleger mit nicht ausreichenden Kenntnissen im Finanzbereich nicht geeignet. Anleger sollten daher abwägen, ob eine Anlage in derivative Wertpapiere vor dem Hintergrund ihrer persönlichen Umstände für sie geeignet ist. Eine Investition in derivative Wertpapiere erfordert die genaue Kenntnis der Funktionsweise der jeweiligen Wertpapiere und der für die Basiswerte relevanten Märkte. Anleger sollten Erfahrung mit der Anlage in die den derivativen Wertpapiere zu

Grunde liegenden Basiswerte haben und die damit verbundenen Risiken kennen. Eine Anlage in derivative Wertpapiere ist mit erheblichen Risiken verbunden, die bei einer vergleichbaren Anlage in konventionelle fest- oder variabel verzinsten Wertpapieren nicht auftreten.

Die Risiken einer Anlage in derivative Wertpapiere umfassen sowohl Risiken der zu Grunde liegenden Basiswerte als auch Risiken, die nur für die Wertpapiere selbst gelten. Anleger sind möglicherweise nicht in der Lage, sich gegen die verschiedenen Risiken in Bezug auf derivative Wertpapiere abzusichern.

Darüber hinaus ist der Wert der derivativen Wertpapiere am Sekundärmarkt einem höheren Risikoniveau ausgesetzt als der Wert nicht derivativer Wertpapiere. Eine Reihe von Faktoren wirken sich unabhängig von der Bonität der Emittentin auf einen etwaigen Sekundärmarkt für die derivativen Wertpapiere aus, das sind beispielsweise die Wertentwicklung der jeweils zu Grunde liegenden Basiswerte, die von einer Reihe zusammenhängender Faktoren abhängt, darunter volkswirtschaftliche, finanzwirtschaftliche und politische Ereignisse, über die die Emittentin keine Kontrolle hat, die historische und erwartete Schwankungsbreite der Kurse des jeweiligen zu Grunde liegenden Basiswerts ("**Volatilität**"), die Restlaufzeit der Wertpapiere, der ausstehende Betrag der Wertpapiere und das Marktzinsniveau.

6. Produktspezifische Risiken

6.1 Allgemeine Risiken von Zertifikaten

Zertifikate verbrieften oft weder einen Anspruch auf periodische Zinszahlungen noch auf sonstige Ausschüttungen (zB Dividenden) und werfen daher typischerweise keinen laufenden Ertrag ab. Mögliche Wertverluste der Zertifikate können somit nicht durch andere Erträge aus den Zertifikaten kompensiert werden. Vielmehr besteht die einzige Ertragschance in einer für den Anleger positiven Entwicklung des Basiswerts und somit des Marktpreises der Zertifikate. Wenn sich dies nicht realisiert und das entsprechende Zertifikat über keinen Kapitalschutz verfügt, kann die Höhe der Kapitalrückzahlung, die von der Emittentin zu zahlen ist, erheblich unter dem Emissionspreis oder dem vom Wertpapierinhaber bezahlten Kaufpreis liegen und sogar null betragen, mit der Folge, dass der Wertpapierinhaber sein gesamtes eingesetztes Kapital verliert.

6.2 Spezielle Risiken von Partizipations-Zertifikaten ohne Schutzmechanismus

Inhaber von Partizipations-Zertifikaten ohne Schutzmechanismus nehmen an einer negativen Entwicklung der Marktpreise der Basiswerte zumindest wie bei einem direkten Investment in diese Basiswerte teil. Solche Partizipations-Zertifikate unterliegen zur Gänze dem Marktrisiko. Anleger, die ein Investment in Partizipations-Zertifikate ohne Schutzmechanismus erwägen, sollten sich darüber im Klaren sein, dass Sie beim Erwerb eines solchen Partizipations-Zertifikats dasselbe Risiko wie bei einem direkten Investment in die maßgeblichen Basiswerte eingehen und sie bei einer negativen Entwicklung eines oder mehrerer der Basiswerte ihr gesamtes eingesetztes

Kapital verlieren können. Falls die Partizipations-Zertifikate einen Cap aufweisen, wird der Tilgungsbetrag, unabhängig von der Wertentwicklung der Basiswerte niemals höher als der Cap sein, weshalb Anleger nicht von einer darüber hinausgehenden positiven Entwicklung der Marktpreise der Basiswerte profitieren können.

6.3 Spezielle Risiken von Bonus-Zertifikaten

Bonus-Zertifikate sind sehr riskante Investments. Wenn sich der Marktpreis des Basiswerts oder des Basiswertkorbes nachteilig entwickelt, kann dies den Verlust des ganzen oder eines substantiellen Teiles des investierten Kapitals bedeuten. Die Bonus-Zahlung ist ungewiss, weil sie von der Entwicklung des Marktpreises des(der) Basiswerts(e) und der festgelegten Höhe der Barriere(n) abhängig ist. Wenn die Barriere während der Laufzeit auch nur ein Mal (von einem Basiswert) berührt oder unterschritten wird, erfolgt keine Bonus-Zahlung, der Wertpapierinhaber kommt auch bei einer nachträglichen Erholung des Kurses nicht mehr in den Genuss der Bonuszahlung. Ein Bonus-Zertifikat birgt im Vergleich zu einer Direktinvestition in den(die) Basiswert(e) ein größeres Verlustrisiko. Eine Kursänderung oder das Ausbleiben einer vom Anleger erwarteten Kursänderung des(der) zugrunde liegenden Basiswerts(e) kann den Wert des Bonus-Zertifikats überproportional mindern ("**Hebeleffekt**"), im Extremfall bis hin zur Wertlosigkeit. Beim Kauf von Bonus-Zertifikaten ist deshalb zu berücksichtigen, dass mit der Größe des Hebeleffekts des Bonus-Zertifikats auch das mit ihm verbundene Verlustrisiko wächst.

6.4 Spezielle Risiken von Express-Zertifikaten

Anleger, die ein Investment in Express-Zertifikate erwägen, sollten beachten, dass die Laufzeit von Express-Zertifikaten im Vorhinein ungewiss ist. Wenn der Basiswert(-korb) an einem der Beobachtungstage mindestens auf Höhe des vorab definierten Auszahlungs- bzw. Tilgungslevels schließt, erfolgt automatisch eine vorzeitige Tilgung der Express-Zertifikate und Wertpapierinhaber haben keinen Anspruch auf ein Investment der durch die Rückzahlung erhaltenen Mittel zu denselben oder besseren Konditionen. Nur die maximale Laufzeit der Express-Zertifikate ist mit ihrer Gesamtlaufzeit beschränkt. Wird das Tilgungslevel des Basiswerts(-korbes) an den definierten Bewertungstagen während der gesamten Laufzeit nicht erreicht, erfolgt die Tilgung zum finalen Bewertungstag zu 100% des Nennbetrags zuzüglich bis zum Fälligkeitstag (ausschließlich) aufgelaufener aber noch nicht bezahlter Zinsen vorausgesetzt, dass der(die) Basiswert(e) am finalen Bewertungstag über einer bestimmten Barriere notiert. Erreicht der Kurs dieses Niveau nicht, so erfolgt die Rückzahlung 1:1 entsprechend der Basiswertentwicklung. In diesem Fall können Wertpapierinhaber erhebliche Verluste erleiden.

6.5 Wertpapiere, die Optionen enthalten, unterliegen Risiken in Zusammenhang mit einer möglichen Änderung des Optionspreises

Bestimmte Wertpapiere können eine Option enthalten (wie zum Beispiel ein Kündigungsrecht der Emittentin) oder mit einer solchen kombiniert sein. Solche

Optionen haben selbst einen Marktpreis (dh es stellt an sich einen Wert dar, eine solche Option ausüben zu können, der "**Optionspreis**"). Der Optionspreis kann sich ändern und diese Änderung kann auch den Marktpreis der Wertpapiere beeinflussen. Der Wert der Option verringert sich typischerweise gegen den Verfalltag hin, danach ist die Option völlig wertlos. Anleihegläubiger solcher Wertpapiere tragen das Risiko einer ungünstigen Entwicklung des Optionspreises allfälliger mit den Wertpapiere verbundenen Optionen.

7. Risiken in Zusammenhang mit besonderen Ausstattungsmerkmalen

7.1 Digitale Optionen

Die Höhe des Zinssatzes für eine Zinsperiode hängt bei Wertpapieren, die mit digitalen Optionen ("**Digitale Optionen-Produkte**") ausgestaltet sind, davon ab, ob der Schlusskurs des Basiswerts am maßgeblichen Beobachtungstag auf oder über einem bestimmten, von der Emittentin am Ausgabetag festgelegten Kursniveau ("**Barriere**") liegt. Liegt der Schlusskurs des Basiswerts auf oder über der im Vorhinein fixierten Barriere, so erhält der Wertpapierinhaber für die maßgebliche Zinsperiode einen vorher festgelegten Kupon. Liegt der Kurs des Basiswerts unter der Barriere, wird für die maßgebliche Zinsperiode entweder kein oder nur ein geringerer Kupon ausbezahlt.

Investoren, die ein Investment in Wertpapiere, die mit einer digitalen Option ausgestattet sind, erwägen, sind dem Risiko ausgesetzt, dass sie für Zinsperioden, bei denen der Schlusskurs des Basiswerts am maßgeblichen Beobachtungstag unter der maßgeblichen Barriere liegt, keine Verzinsung erhalten.

7.2 Range Accrual

Wertpapiere, die als Range Accrual Wertpapiere ausgestaltet sind ("**Range Accrual-Wertpapiere**"), sind sehr riskante Investments. Bei Range Accrual- Wertpapieren fallen Zinsen nur für Zeiträume an, in denen der maßgebliche Zinssatz in einer von der Emittentin am Ausgabetag festgelegten und in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Bandbreite liegt. Potentielle Anleger sollten die Emissionsbedingungen der Range Accrual-Wertpapiere genau studieren und sich über die Funktionsweise des Range Accrual Mechanismus informieren; besonderen Wert sollten Anleger dabei auf die für die Beobachtung des Zinssatzes maßgeblichen Zeitpunkte/-spannen und die Auswirkungen einer Änderung des Zinssatzes über die Bandbreite hinaus legen. Inhaber von Range Accrual-Wertpapieren haben für jede Zinsberechnungsperiode das Risiko zu tragen, dass der Zinssatz in dieser Periode einmal, am Beobachtungstag, oder wie sonst in den Endgültigen Bedingungen angegeben, außerhalb der von der Emittentin angegebenen Bandbreite liegt und sie daher für diese Zinsberechnungsperiode keine Verzinsung erhalten.

7.3 Wertpapiere mit Kapitalgarantie

Anleger sollten sich darüber im Klaren sein, dass auch bei Wertpapieren, die mit einer

Kapitalgarantie in Höhe des Nennbetrages oder in geringerer Höhe ("**Teilschutzprodukte**") ausgestattet sind, das Risiko eines Verlusts nicht ausgeschlossen ist, da (i) die Kapitalgarantie nur bei Tilgung zum Laufzeitende zur Anwendung gelangt (nicht aber bei Kündigung, denn in diesem Fall gelangt ein Kündigungsbetrag zur Auszahlung, der von der Emittentin nach billigem Ermessen als angemessener Marktpreis der Wertpapiere bestimmt wird) und (ii) die Wertpapierinhaber in jedem Fall das Insolvenzrisiko der Emittentin, dh dass die Emittentin aufgrund von Zahlungsunfähigkeit keine Zahlungen auf die Wertpapiere leisten kann, zu tragen haben.

ALLGEMEINE BESCHREIBUNG DES PROGRAMMES

Die folgende Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wörter und Ausdrücke, die in den Emissionsbedingungen definiert sind, haben in diesem Abschnitt dieselbe Bedeutung, wenn sich aus dem Zusammenhang nicht etwas anderes ergibt.

Emittentin	Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft
Beschreibung	Angebotsprogramm für Schuldverschreibungen und Zertifikate
Emissionsvolumen	Die Gesamtsumme der Emissionen von Wertpapieren unter dem Programm ist betragsmäßig nicht beschränkt. Die Gesamtnennbeträge der einzelnen Emissionen von Wertpapieren ergeben sich aus den Emissionsbedingungen.
Arten von Wertpapieren	Unter dem Programm kann die Emittentin nachrangige und nicht-nachrangige Wertpapiere jedweder Art emittieren, einschließlich Schuldverschreibungen mit fixer Verzinsung, variabler Verzinsung, Stufenzins Schuldverschreibungen, Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung, Steepener-Schuldverschreibungen, Nullkupon-Schuldverschreibungen, Pfandbriefe und Kommunalpfandbriefe (die " Schuldverschreibungen ") sowie fix verzinste und variabel verzinste Zertifikate, Partizipations-Zertifikate mit Kapitalgarantie, Partizipations-Zertifikate mit Kapitalgarantie und Cap, Partizipations-Zertifikate ohne Kapitalgarantie, Partizipations-Zertifikate ohne Kapitalgarantie mit Cap, Partizipations-Zertifikate mit Teilschutz, Bonus-Zertifikate mit Kapitalgarantie, Bonus-Zertifikate ohne Kapitalgarantie und Express-Zertifikate (die " Zertifikate " und zusammen mit den Schuldverschreibungen, die " Wertpapiere "). Die Basiswerte der Wertpapiere können Aktien, Indizes, Rohstoffe, Währungen oder Körbe der vorstehenden Basiswerte und daraus gebildete hybride Basiswertkörbe sein. Die Wertpapiere sehen ausnahmslos Erfüllung durch Zahlung

eines Barbetrages vor und können als Produkte mit einem Garantie-Tilgungsbetrag in Höhe des Nenn- oder eines anderen Betrages ausgestaltet sein.

Emissionspreis

Wertpapiere können zu einem Emissionspreis oder zuzüglich eines Ausgabeaufschlags begeben werden. Im Falle von Daueremissionen wird der Emissionspreis in den Endgültigen Bedingungen angegeben und, allenfalls in Übereinstimmung mit den in den Emissionsbedingungen festgelegten Regeln laufend von der Emittentin angepasst.

Ein allfälliger Ausgabeaufschlag ist in den Endgültigen Bedingungen angegeben.

Form der Wertpapiere

Jedes Wertpapier lautet auf den Inhaber und jede Serie von Wertpapieren ist durch eine auf den Inhaber lautende Sammelurkunde ohne Zinsscheine verbrieft, welche die Unterschriften der erforderlichen Anzahl zeichnungsberechtigter Vertreter der Emittentin tragen. Ein Anspruch auf Einzelverbriefung oder Ausfolgung einzelner Wertpapiere oder Zinsscheine ist ausgeschlossen.

Hinterlegung der Wertpapiere

Am oder vor dem (Erst-)Begebungstag jeder Tranche von Wertpapieren wird die die auf den Inhaber lautenden Wertpapiere verbriefende Sammelurkunde nach Maßgabe der Endgültigen Bedingungen bei der Emittentin oder von einem oder im Namen eines Clearing-Systems verwahrt bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Wertpapieren erfüllt sind. Den Wertpapierinhabern stehen Miteigentumsanteile an der jeweiligen Sammelurkunde zu, die gemäß den Regelungen und Bestimmungen der Verwahrstelle und anwendbarem Recht übertragen werden können.

Währungen

Die Wertpapiere lauten auf Euro oder eine andere Währung, wie in den Endgültigen Bedingungen bezeichnet.

Laufzeiten

Die Laufzeit der Wertpapiere ist in den

Endgültigen Bedingungen bezeichnet.

Stückelung

Die Wertpapiere werden in Nennbeträgen, wie in den Endgültigen Bedingungen beschrieben, begeben.

Verzinsung

Die Verzinsung der Wertpapiere erfolgt, wenn es eine solche gibt, in Übereinstimmung mit den Emissionsbedingungen.

Vorzeitige Rückzahlung

Eine vorzeitige Rückzahlung der Wertpapiere durch die Emittentin ist dann möglich, wenn dies in den Endgültigen Bedingungen ausdrücklich angeführt ist. Eine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Wertpapierinhaber ist möglich, wenn dies in den Endgültigen Bedingungen ausdrücklich vorgesehen ist.

Anleger sollten beachten, dass Wertpapierinhaber dort, wo die Emissionsbedingungen nur der Emittentin ein vorzeitiges Tilgungsrecht einräumen, gewöhnlich eine höhere Rendite für ihre Wertpapiere erhalten als sie bekämen, wenn auch sie berechtigt wären, die Wertpapiere vorzeitig zu kündigen. Der Ausschluss des Rechts der Wertpapierinhaber, die Wertpapiere vor ihrer Fälligkeit zu kündigen (ordentliches Kündigungsrecht), ist oftmals eine Voraussetzung dafür, dass die Emittentin das ihr aus den Wertpapieren entstehende Risiko absichern kann. Wäre die ordentliche Kündigung der Wertpapiere durch die Wertpapierinhaber nicht ausgeschlossen, wäre die Emittentin gar nicht in der Lage, die Wertpapiere zu begeben, oder die Emittentin würde die Kosten einer eventuell möglichen Kündigung der Absicherung in den Rückzahlungsbetrag der Wertpapiere einberechnen (müssen), womit die Rendite, die die Anleger auf diese Wertpapiere erhalten, sinken würde. In den Emissionsbedingungen von Wertpapieren, die unter Ausschluss des ordentlichen Kündigungsrechts der Wertpapierinhaber begeben werden, wird die Emittentin (so ihr dies möglich ist) die Differenz zwischen den Absicherungskosten der gegenständlichen Emission und jenen einer hypothetischen Emission ohne Kündigungsausschluss auf Basis von

Quotierungen von im Bereich der Absicherungsgeschäfte (Hedging) tätigen Kreditinstituten angeben ("Zinsaufschlag für den Verzicht auf das ordentliche Kündigungsrecht"). Dies soll es potentiellen Anlegern erleichtern, das jeweilige Wertpapier mit anderen Wertpapieren oder Anlageprodukten, bei denen die ordentliche Kündigung nicht ausgeschlossen ist, zu vergleichen, um eine Entscheidung darüber zu treffen, ob die von der Emittentin versprochene höhere Vergütung den Verzicht auf das ordentliche Kündigungsrecht der Anleger aufwiegt. Jeder Anleger sollte daher sorgfältig überlegen, wie schwer der Nachteil eines ausschließlich der Emittentin zustehenden vorzeitigen Kündigungsrechts für ihn wiegt und ob dieser Nachteil durch die vergleichsweise höhere Vergütung für ihn aufgewogen wird. Falls ein Anleger zu der Auffassung gelangt, dass dies nicht der Fall ist, sollte er nicht in die Wertpapiere investieren.

Anleger, die ein Investment in variabel verzinsliche Wertpapiere, bei denen das ordentliche Kündigungsrecht der Anleger ausgeschlossen ist, in Erwägung ziehen, sollten das Risiko einer Kündigung der Wertpapiere durch die Emittentin im Falle einer für die Emittentin nachteiligen Zinsentwicklung bedenken. Diese Möglichkeit steht den Inhabern solcher Wertpapiere nicht zu.

Rang von nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen

Die nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen begründen direkte, unbesicherte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nicht-nachrangigen gegenwärtigen und zukünftigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, soweit diesen Verbindlichkeiten nicht durch zwingende gesetzliche Bestimmungen ein Vorrang eingeräumt wird.

Rang von nachrangigen Schuldverschreibungen

Die nachrangigen Schuldverschreibungen begründen direkte, unbesicherte und nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander gleichrangig sind, und zumindest den gleichen Rang mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin haben, ausgenommen nachrangige

Verbindlichkeiten, welche gemäß ihren Bedingungen als nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen bezeichnet werden.

Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz oder der Liquidation der Emittentin sind die Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen:

- (i) nachrangig gegenüber allen gegenwärtigen oder zukünftigen nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten oder Instrumenten der Emittentin;
- (ii) gleichrangig untereinander sowie gegenüber allen gegenwärtigen oder zukünftigen nachrangigen Verbindlichkeiten oder Instrumenten der Emittentin, die nicht gemäß deren Bedingungen nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen sind; und
- (iii) vorrangig gegenüber den Ansprüchen von Aktionären, Inhabern von (anderen) Instrumenten des harten Kernkapitals (*Common Equity Tier 1*) gemäß Artikel 28 CRR sowie Inhabern von Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (*Additional Tier 1*) gemäß Artikel 52 CRR der Emittentin und allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, welche gemäß ihren Bedingungen nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen sind.

Rang von Pfandbriefen und Kommunalpfandbriefen

Die Pfandbriefe und die Kommunalpfandbriefe begründen direkte, unbedingte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander gleichrangig sind. Die Pfandbriefe und die Kommunalpfandbriefe sind nach Maßgabe des Gesetzes über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten (PfandbriefG) jeweils durch einen gesonderten Deckungsstock gedeckt und stehen im gleichen Rang mit allen anderen nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, gegenwärtig und zukünftig, aus Pfandbriefen bzw Kommunalpfandbriefen.

Rang von Zertifikaten

Die Zertifikate begründen direkte, unbesicherte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nicht-nachrangigen gegenwärtigen und zukünftigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, soweit diesen Verbindlichkeiten nicht durch zwingende gesetzliche Bestimmungen ein Vorrang eingeräumt wird.

Anwendbares Recht

Die Wertpapiere unterliegen österreichischem Recht.

Gerichtsstand

Ausschließlicher Gerichtsstand ist, soweit rechtlich zulässig, das in den Endgültigen Bedingungen angegebene für Handelssachen zuständige Gericht, wobei sich die Emittentin jedoch vorbehält, eine Klage bei einem ansonsten zuständigen Gericht einzubringen. Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes können ihre Ansprüche auch bei allen anderen zuständigen Gerichten geltend machen.

Börsennotiz und Zulassung zum Handel

Die Zulassung des Programms zum Regierten Freiverkehr der Wiener Börse wird beantragt.

In den maßgeblichen Emissionsbedingungen wird angegeben, ob die Zulassung von Wertpapieren zum Handel im Regierten Freiverkehr der Wiener Börse oder in die Einbeziehung in den von der Wiener Börse als Multilaterales Handelssystem (*Multilateral Trading Facility*, "MTF") geführten Dritten Markt beantragt wird. Die Emittentin kann ferner Wertpapiere ausgeben, für die keine Börseneinführung und/oder Einbeziehung in ein MTF vorgesehen ist.

Verwendung des Emissionserlöses

Die Nettoerlöse aus der Ausgabe der Wertpapiere werden von der Emittentin zur Gewinnerzielung und für ihre allgemeinen Refinanzierungsbedürfnisse verwendet.

Koordinatoren / Platzeure

Derzeit sind keine Koordinatoren und/oder Platzeure für die Emittentin bei der Emission der

Wertpapiere tätig. Allenfalls künftig bestellte Koordinatoren und/oder Platzeure werden in den Endgültigen Bedingungen offen gelegt.

Verkaufsbeschränkungen

Die Wertpapiere wurden und werden weder gemäß dem U.S. Securities Act of 1933 registriert und noch von irgendeiner Behörde eines U.S. Bundesstaates oder gemäß den anwendbaren wertpapierrechtlichen Bestimmungen von Australien, Kanada, Japan oder dem Vereinigten Königreich registriert und dürfen weder in den Vereinigten Staaten noch für oder auf Rechnung von U.S. Personen oder andere Personen, die in Australien, Kanada, Japan oder den Vereinigten Staaten ansässig sind angeboten oder verkauft werden.

ANGABEN ZUR EMITTENTIN

1. Verantwortliche Personen

1.1 Für die im Basisprospekt gemachten Angaben verantwortliche Personen

Für die inhaltliche Richtigkeit der Angaben zur Emittentin in diesem Prospekt ist die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Hypo-Passage 1, A-6900 Bregenz, Österreich, eingetragen im Firmenbuch des Landesgerichtes Feldkirch zu FN 145586 y (die "**Emittentin**") verantwortlich.

1.2 Erklärung der für den Basisprospekt verantwortlichen Personen

Die Emittentin hat die erforderliche Sorgfalt walten lassen, um sicherzustellen, dass die in diesem Prospekt gemachten Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine Tatsachen weggelassen wurden, die die Aussagen des Prospekts wahrscheinlich verändern können.

2. Abschlussprüfer

2.1 Name und Anschrift der Abschlussprüfer

Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m.b.H, Wagramer Straße 19, IZD Tower, A-1220 Wien, hat durch Mag. Andrea Stippl und Mag. Wolfgang Tobisch als Wirtschaftsprüfer in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards und den nach § 59a Bankwesengesetz (BWG) anzuwendenden bank- und unternehmensrechtlichen Vorschriften den Konzernabschluss 2015 und durch Mag. Ernst Schönhuber und Mag. Wolfgang Tobisch als Wirtschaftsprüfer in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards und den nach § 59a BWG anzuwendenden bank- und unternehmensrechtlichen Vorschriften den Konzernabschluss 2014 geprüft und uneingeschränkte Bestätigungsvermerke erteilt. Der Bestätigungsvermerk für den Konzernabschluss der Hypo Landesbank Vorarlberg für das am 31.12.2014 endende Geschäftsjahr enthält jedoch folgenden Zusatz: "Ohne den Bestätigungsvermerk einzuschränken, weisen wir bezüglich der Entwicklungen im Zusammenhang mit der Pfandbriefbank (Österreich) AG bzw. der HETA ASSET RESOLUTION AG auf die Ausführungen des Vorstandes in den Notes hin. Weiters enthält der Bestätigungsvermerk für den Konzernabschluss der Hypo Landesbank Vorarlberg für das am 31.12.2015 endende Geschäftsjahr folgenden Zusatz: "Ohne den Bestätigungsvermerk einzuschränken, verweisen wir auf die Ausführung des Vorstandes der Gesellschaft unter Punkt 55 der Notes des Konzernabschlusses "Wichtige Ergebnisse und Ereignisse nach dem Bilanzstichtag", wo die möglichen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Pfandbriefbank (Österreich) AG bzw. der HETA ASSET RESOLUTION AG dargestellt werden." Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m.b.H. ist Mitglied der Kammer der Wirtschaftstreuhänder und beim Institut der Wirtschaftsprüfer.

2.2 Wechsel Abschlussprüfer

Während des von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraums gab es keinen Wechsel des Abschlussprüfers.

3. Risikofaktoren

Siehe Kapitel "Risikofaktoren" auf den Seiten 54 ff dieses Prospekts.

4. Angaben über die Emittentin

4.1 Geschäftsgeschichte und Geschäftsentwicklung der Emittentin

Die Emittentin wurde 1897 vom Vorarlberger Landtag gegründet und nahm mit 1.1.1899 ihre Geschäftstätigkeit unter der Firma Hypothekenbank des Landes Vorarlberg auf. 1996 wurde die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Im Jahr 1998 wurde ein deutsches, international tätiges Bankenconsortium aus Baden-Württemberg Minderheitsaktionär und ist seitdem ein strategischer Partner der Emittentin: Aktuell hält die Austria Beteiligungsgesellschaft mbH (Landesbank Baden-Württemberg und Landeskreditbank Baden-Württemberg Förderbank) 23,9692% der Anteile an der Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft. Das Land Vorarlberg hält über die Vorarlberger Landesbank-Holding 76,0308% der Stimmrechte an der Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft.

Die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft versteht sich als regionale Universalbank. Die Bilanzsumme per 31.12.2015 beläuft sich auf EUR 13.902,411 Mio, die Cost-Income-Ratio beträgt 45,34% per 31.12.2015¹⁵ sowie

¹⁵ Berechnung Cost-Income-Ratio (CIR): Summe aus Verwaltungsaufwand und sonstigen Aufwendungen abzüglich der sonstigen Steueraufwendungen (aufgrund der vom operativen Ergebnis unabhängigen Stabilitätsabgabe) geteilt durch die Summe der betrieblichen Erträge, bestehend aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, sonstige Erträge, sowie dem Ergebnis aus dem Handel und dem Ergebnis aus der Bewertung von Finanzinstrumenten des Handelsbestandes (HFT).

2015:

$$\frac{92.462+37.981-13.551}{183.461+36.566+17.509+20.316+(-16)} = 45,3\%$$

2014:

$$\frac{92.101+33.591-12.924}{177.414+35.624+16.604+(-1.552)+77} = 49,4\%$$

49,42% per 31.12.2014 und der Return on Equity beträgt 11,67% per 31.12.2015 sowie 6,45% per 31.12.2014¹⁶. Die Emittentin betreibt 17 Filialen in Vorarlberg sowie weitere Standorte in Wien, Graz, Wels und St. Gallen (Schweiz). Die Leasing-Tochtergesellschaft mit Hauptsitz in Bozen (Italien) verfügt über weitere Standorte in Treviso und Como (beide Italien). Im Konzern wurden 2015 im Durchschnitt 729 Mitarbeiter beschäftigt.

4.2 Juristischer und kommerzieller Name der Emittentin

Der juristische Name der Emittentin lautet "Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft". Die Emittentin verwendet die kommerziellen Namen "Hypo Vorarlberg" und "Hypo Landesbank Vorarlberg".

4.3 Ort der Registrierung der Emittentin und ihre Registrierungsnummer

Die Emittentin ist beim Landesgericht Feldkirch als zuständiges Handelsgericht unter der FN 145586 y im Firmenbuch eingetragen.

Die oben angegebenen Zahlenwerte sind gerundet und aus den Geschäftsberichten 2015 und 2014 der Emittentin entnommen. Aufgrund der Rundung weicht das oben berechnete Ergebnis vom in der Tabelle angegebenen Zahlenwert ab.

Die Cost-Income-Ratio ist eine zentrale betriebswirtschaftliche Kennzahl, die die Kosteneffizienz des Kreditinstituts darstellt. Je niedriger die Cost-Income-Ratio ist, desto höher ist die Kosteneffizienz des Kreditinstituts.

¹⁶ Berechnung Return on Equity (ROE): Operatives Ergebnis vor der Veränderung des eigenen Bonitätsrisikos geteilt durch Anfangsbestand des Eigenkapitals abzüglich der erwarteten Ausschüttung für das vorangegangene Wirtschaftsjahr.

2015:

$$\frac{102.910}{886.856-4.099} = 11,7\%$$

2014:

$$\frac{54.278}{847.099-4.219} = 6,4\%$$

Die oben angegebenen Zahlenwerte sind gerundet und aus den Geschäftsberichten 2015 und 2014 der Emittentin entnommen. Aufgrund der Rundung weicht das oben berechnete Ergebnis vom in der Tabelle angegebenen Zahlenwert ab.

Der Return on Equity ist eine Kennzahl für die Rentabilität eines Kreditinstituts, welche den Ertrag, den ein Kreditinstitut im Verhältnis zu dem Betrag verdient, den Aktionäre investiert haben, beschreibt. Der Return on Equity zeigt die Rendite des eingesetzten Kapitals (Eigenkapitalrendite).

4.4 Datum der Gründung

Die Emittentin wurde am 24.8.1996 auf unbestimmte Zeit gegründet.

4.5 Sitz und Rechtsform der Emittentin

Die Emittentin wurde nach dem Recht der Republik Österreich in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft gegründet und hat ihren Sitz in Bregenz. Ihre Geschäftsanschrift lautet Hypo-Passage 1, A-6900 Bregenz, Österreich. Die Telefonnummer der Emittentin lautet: +43 (0) 50 414-1000. Die Emittentin ist in und entsprechend der Rechtsordnung der Republik Österreich tätig.

4.6 Wichtige Ereignisse aus jüngster Zeit in der Geschäftstätigkeit der Emittentin

HETA ASSET RESOLUTION AG:

Die Emittentin ist wie die HETA ASSET RESOLUTION AG ("**HETA**"), die Abbaueinheit der ehemaligen HYPO ALPE ADRIA BANK-INTERNATIONAL AG, Mitgliedinstitut der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes- Hypothekenbanken ("**Pfandbriefstelle**"). Die Pfandbriefstelle ist die Alleinaktionärin der Pfandbriefbank (Österreich) AG ("**Pfandbriefbank**"). Sämtliche Mitglied institute der Pfandbriefstelle haften gemäß § 2 Abs 1 Pfandbriefstelle-Gesetz ("**PfBrStG**") zur ungeteilten Hand für die Verbindlichkeiten der Pfandbriefstelle (und somit auch jener der Pfandbriefbank). Auch die meisten österreichischen Bundesländer haften (als Gewährträger der Mitglied institute) gemäß § 2 Abs 2 PfBrStG zur ungeteilten Hand für diese Verbindlichkeiten, allerdings nur: (i) für jene, die bis zum 2.4.2003 entstanden sind; sowie (ii) für jene, die nach dem 2.4.2003 bis zum 1.4.2007 entstanden sind, wenn die vereinbarten Laufzeiten nicht über den 30.9.2017 hinausgehen.

Am 1.3.2015 leitete die österreichische Finanzmarktaufsichtsbehörde ("**FMA**") als Abwicklungsbehörde gemäß dem BaSAG die Abwicklung der HETA ein: Mit Vorstellungsbescheid vom 10.4.2016 verhängte die FMA in Bestätigung des Mandatsbescheids vom 1.3.2015 eine bis 31.5.2016 befristete Stundung von bestimmten Verbindlichkeiten der HETA ("**Moratorium**"). Zudem ordnete die FMA mit Mandatsbescheid vom 10.4.2016 die Anwendung des Instruments der Gläubigerbeteiligung (*bail-in tool*) hinsichtlich bestimmter Verbindlichkeiten der HETA an ("**Bail-in**"): Dadurch wurde (i) der zum 1.3.2015 bestehende Nennwert oder ausstehende Restbetrag der Verbindlichkeiten samt der bis zum 28.2.2015 aufgelaufenen Zinsen mit sofortiger Wirkung bei nachrangigen Verbindlichkeiten auf 0% und bei nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten auf 46,02% des Nominales herabgesetzt; (ii) der Zinssatz auf die Verbindlichkeiten auf null gesetzt; und (iii) die Fälligkeit der Verbindlichkeiten dahingehend geändert, dass sie mit dem Auflösungsbeschluss der HETA, jedoch spätestens am 31.12.2023 eintritt.

Vom Moratorium und dem Bail-in sind auch nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der HETA gegenüber der Pfandbriefbank in Höhe von rund EUR 1,2 Mrd. betroffen, wovon bis zum 31.5.2016 rund EUR 800 Mio. fällig wurden, die von der HETA aufgrund des Moratoriums nicht bedient werden müssen, und die aufgrund des Bail-in auf 46,02%

reduziert werden. Zugleich besteht für diese Verbindlichkeiten kein Deckungsanspruch der Pfandbriefbank gegenüber der HETA und somit eine potentielle Deckungslücke von bis zu EUR 1,2 Mrd.

Laut Halbjahresfinanzbericht 2016 der HETA hatte die HETA zum 30.6.2016 insgesamt noch Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 770,8 Mio. gegenüber der Pfandbriefbank.

Da die Pfandbriefbank als Treuhänderin tätig ist, schlossen die Pfandbriefbank, die Mitgliedsinstitute der Pfandbriefstelle und die jeweiligen Bundesländer (als Gewährträger der Mitgliedsinstitute) eine *"Vereinbarung über die Erfüllung und Abwicklung der Solidarhaftung gemäß § 2 PfBrStG sowie die Abwicklung von Ausgleichsansprüchen im Innenverhältnis"* ("**Stabilisierungsvereinbarung**"). Gemäß dieser Stabilisierungsvereinbarung wurden von den Vertragspartnern anteilig die Rückzahlungen von Zinsen und Tilgungen der vom Moratorium betroffenen HETA-Anteile an Emissionen der Pfandbriefbank vorgeschossen, wodurch die Zahlungsverpflichtungen der Pfandbriefbank gegenüber Anleihegläubigern voll befriedigt wurden. Außerdem werden sämtliche künftig fällig werdende Forderungen der Pfandbriefbank gegenüber der HETA Zug um Zug gegen Zahlung des Vorschussbetrages an die Vertragspartner der Stabilisierungsvereinbarung abgetreten. Diese Forderungen können aber auch wertlos sein, sollte das Land Kärnten nicht fähig sein sie auszugleichen. Auf die Emittentin entfallen gemäß der Stabilisierungsvereinbarung rund EUR 77,5 Mio., wovon bis zum Datum dieses Prospekts rund EUR 49,8 Mio. geleistet wurden. Diesbezüglich besteht das Risiko, dass die anderen Mitgliedsinstitute der Pfandbriefstelle (oder die Gewährträger der Mitgliedsinstitute) ihren zugeteilten Betrag nicht zurückzahlen (oder nicht dazu fähig sind). Folglich müsste die Emittentin mehr zurückzahlen, als derzeit in der Stabilisierungsvereinbarung vorgesehen wäre.

Außerdem ist ein von der Emittentin an die HETA vergebenes nicht-nachrangiges Schuldscheindarlehen in Höhe von EUR 30 Mio. vom Moratorium und Bail-in betroffen.

Nach dem Scheitern des ersten Angebots vom 21.1.2016 veröffentlichte der Kärntner Ausgleichszahlungsfonds ("**KAF**") am 6.9.2016 ein neuerliches öffentliches Angebot gemäß § 2a Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG). Das neue Angebot des KAF richtet sich an Inhaber nachrangiger und nicht-nachrangiger HETA-Schuldtitel, die mit einer Haftung des Landes Kärnten versehen sind. Die HETA-Gläubiger können hinsichtlich der Abgeltung für den Erwerb ihrer HETA-Schuldtitel durch den KAF zwischen zwei Angeboten wählen: einerseits einer Barzahlung (*cash offer*), andererseits einem Umtausch in Nullkupon-Anleihen (Zero Coupon Bonds), die vom KAF emittiert werden und mit einer Garantie des Bundes besichert sind (*exchange offer*). Die Fälligkeit der Nullkupon-Anleihen wird zwei Bankarbeitstage vor dem Abwicklungstag anhand der in der Angebotsunterlage beschriebenen Preisformel unter Zugrundelegung des Nullkupon-Anleihen-Spread von -8,0 Basispunkte und einem Ausgabepreis iHv 90% des Nominalwerts der Nullkupon-Anleihen festgelegt. Die Nullkuponanleihen können von jedem HETA-Gläubiger nach Ablauf einer maximal 60-tägigen Haltefrist während einer Rückkaufperiode von mindestens 180 Tagen zu einem Preis, der täglich berechnet wird und etwa 90% des Nominales betragen soll, an den KAF zurückverkauft werden (sog "Stabilisierung").

Zum Datum dieses Prospekts hat die Emittentin für ihre Forderungen gegenüber der HETA entsprechende Vorsorge getroffen und ihre Forderungen aus dem Schuldscheindarlehen um EUR 15 Mio. wertberichtigt. Für die Liquiditätsbereitstellung bei der Pfandbriefbank wurde eine Rückstellung / Einzelwertberichtigung in Höhe von EUR 38,75 Mio. gebildet. Die Durchsetzbarkeit etwaiger Regressansprüche, insbesondere gegenüber der HETA und dem Land Kärnten sind mit großen (Rechts-) Unsicherheiten behaftet.

Zudem wurden in Folge des Bail-in bei der HETA zwar die Verbindlichkeiten der HETA gegenüber ihren Gläubigern reduziert. Allerdings bleiben einerseits die Rechte der HETA-Gläubiger gemäß § 95 (3) BaSAG u.a. gegenüber Mitschuldern der HETA (wie der Emittentin) davon unberührt, andererseits wird die HETA gegenüber ihren Regressberechtigten in gleicher Weise befreit. Somit hat die Emittentin keinen Regressanspruch gegenüber der HETA.

HYPO EQUITY Unternehmensbeteiligung AG ("**HUBAG**"):

Die Unterstellung des Private Equity Geschäfts unter das Regime des Alternativen Investmentfonds Manager-Gesetzes (AIFMG) ist für die Investoren mit deutlich höheren Kosten und – je nach Rechtsform – zudem möglicherweise auch noch mit steuerlichen Nachteilen verbunden. Die Attraktivität dieses Geschäftsfeldes hat sich daher stark verringert und dies hat dazu geführt, dass sich die Gesellschafter entschlossen haben, den als Evergreen konzipierten Fonds in einen geschlossenen closed end fund Fonds umzuwandeln, die bestehenden Beteiligungen zu verkaufen und den Fonds anschließend zu liquidieren. Für die zwei größten Beteiligungsunternehmen wurde eine Exit-Strategie erarbeitet. Es ist von einem abschließenden Verkauf innerhalb der nächsten zwei Jahre auszugehen.

Untersuchungsausschuss:

In Folge der Anfang April 2016 veröffentlichten "Panama-Papers", mit denen auch die Emittentin in Verbindung gebracht wurde, wird derzeit das Offshore-Geschäft der Emittentin von der FMA geprüft. Die Prüfungsergebnisse liegen noch nicht vor. Die mediale Vorverurteilung der Emittentin und seiner Person hat dazu geführt, dass der Vorstandsvorsitzende Dr. Michael Grammer seinen Rücktritt erklärt hat. Er wird der Emittentin auf Ersuchen des Aufsichtsrates noch bis Ende des Jahres zur Verfügung stehen.

Der Vorstand nimmt den Ende April 2016 vom Vorarlberger Landtagsklub SPÖ beantragten Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung der Offshore-Strategie der Emittentin zur Kenntnis.

Am 25.4.2016 hat Moody's die Ratings der Emittentin bestätigt und den Ratingausblick der Hypo Landesbank Vorarlberg von negativ auf stabil geändert.

Darüber hinaus liegen keine Ereignisse aus der jüngsten Zeit der Geschäftstätigkeit der Emittentin vor, die für die Bewertung ihrer Zahlungsfähigkeit in hohem Maße relevant sind.

5. Geschäftsüberblick

5.1 Haupttätigkeitsbereiche

5.1.1 Haupttätigkeit der Emittentin

Die Emittentin ist eine regionale Universalbank, die ihren Kernmarkt in Vorarlberg und der angrenzenden Bodenseeregion hat. Darüber hinaus ist das Marktgebiet in Österreich und in den Regionen um Vorarlberg breit gestreut. Mit Wien, Graz und Wels ist die Emittentin als Universalbank auch in wichtigen Wirtschaftszentren Österreichs vertreten und hat sich zudem in der Ostschweiz als Alternative zu den Groß- und Kantonalbanken etabliert.

Seit 2012 besteht mit hypodirekt.at ein eigener Online-Kanal.

Die Kerngeschäftsfelder der Emittentin sind neben Basis-Bankdienstleistungen, das Firmenkundengeschäft, die Immobilienfinanzierung und das Veranlagungsgeschäft.

Als Universalbank stellt die Emittentin ihren Kunden neben den klassischen Bankprodukten über ihre Tochtergesellschaften banknahe Leistungen wie Leasing, Immobilienservice und Versicherungen, Beteiligungsfinanzierungen und Betreuung bezüglich Förderprogrammen zur Verfügung.

Die Emittentin ist gemäß ihrer Konzession zum Betrieb der folgenden Bankgeschäfte berechtigt:

- Entgegennahme fremder Gelder zur Verwaltung oder als Einlage (Einlagengeschäft gemäß § 1 Abs 1 Z 1 BWG);
- Durchführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und des Abrechnungsverkehrs in laufender Rechnung für andere (Girogeschäft gemäß § 1 Abs 1 Z 2 BWG);
- Abschluss von Geldkreditverträgen und die Gewährung von Gelddarlehen (Kreditgeschäft gemäß § 1 Abs 1 Z 3 BWG);
- Kauf von Schecks und Wechseln, insbesondere die Diskontierung von Wechseln (Diskontgeschäft gemäß § 1 Abs 1 Z 4 BWG);
- Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren für andere (Depotgeschäft gemäß § 1 Abs 1 Z 5 BWG);
- Ausgabe und Verwaltung von Zahlungsmitteln wie Kreditkarten und Reiseschecks (§ 1 Abs 1 Z 6 BWG);
- Handel auf eigene oder fremde Rechnung mit (a) ausländischen Zahlungsmitteln (Devisen- und Valutengeschäft); (b) Geldmarktinstrumenten; (c) Finanzterminkontrakten (Futures) einschließlich gleichwertigen Instrumenten mit Barzahlung und Kauf- und Verkaufsoptionen auf die in lit a und d bis f genannten

Instrumente einschließlich gleichwertigen Instrumenten mit Barzahlung (Termin - und Optionsgeschäft); (d) Zinsterminkontrakten, Zinsausgleichsvereinbarungen (Forward Rate Agreements, FRA), Zins- und Devisenswaps sowie Swaps auf Substanzwerte oder auf Aktienindizes ("equity swaps"); (e) Wertpapieren (Effektengeschäft); und (f) von lit b bis e abgeleiteten Instrumenten (§ 1 Abs 1 Z 7 BWG);

- Handel auf eigene oder fremde Rechnung mit Finanzinstrumenten gemäß § 1 Abs 1 Z 6 lit e bis g und j WAG 2007, ausgenommen der Handel durch Personen gemäß § 2 Abs 1 Z 11 und 13 WAG 2007 (§ 1 Abs 1 Z 7a BWG);
- Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Haftungen für andere, sofern die übernommene Verpflichtung auf Geldleistungen lautet (Garantiegeschäft gemäß § 1 Abs 1 Z 8 BWG);
- Ausgabe von Pfandbriefen, Kommunalpfandbriefen und fundierten Bankschuldverschreibungen und die Veranlagung des Erlöses nach den hierfür geltenden besonderen Rechtsvorschriften (Wertpapieremissionsgeschäft gemäß § 1 Abs 1 Z 9 BWG) - ausgenommen die Ausgabe von fundierten Bankschuldverschreibungen;
- Ausgabe anderer festverzinslicher Wertpapiere zur Veranlagung des Erlöses in anderen Bankgeschäften (sonstiges Wertpapieremissionsgeschäft gemäß § 1 Abs 1 Z 10 BWG);
- Teilnahme an der Emission Dritter eines oder mehrerer der in § 1 Abs 1 Z 7 lit b bis f BWG genannten Instrumente und die diesbezüglichen Dienstleistungen (Loroemissionsgeschäft gemäß § 1 Abs 1 Z 11 BWG);
- Finanzierungsgeschäft durch Erwerb von Anteilsrechten und deren Weiterveräußerung (Kapitalfinanzierungsgeschäft gemäß § 1 Abs 1 Z 15 BWG);
- Ankauf von Forderungen aus Warenlieferungen oder Dienstleistungen, die Übernahme des Risikos der Einbringlichkeit solcher Forderungen - ausgenommen die Kreditversicherung - und im Zusammenhang damit der Einzug solcher Forderungen (Factoringgeschäft gemäß § 1 Abs 1 Z 16 BWG);
- Betrieb von Geldmaklergeschäften im Interbankenmarkt (§ 1 Abs 1 Z 17 BWG);
- Vermittlung von Geschäften nach: (a) § 1 Abs 1 Z 1 BWG, ausgenommen durch Unternehmen der Vertragsversicherung; (b) § 1 Abs 1 Z 3 BWG, ausgenommen die im Rahmen der Gewerbe der Immobilienmakler und der Vermittlung von Personalkrediten, Hypothekarkrediten und Vermögensberatung vorgenommene Vermittlung von Hypothekar- und Personalkrediten; (c) § 1 Abs 1 Z 7 lit a, soweit diese das Devisengeschäft betrifft; und (d) § 1 Abs 1 Z 8 BWG (§ 1 Abs 1 Z 18 BWG); und
- die Ausgabe von elektronischem Geld (E-Geldgeschäft).

5.1.2 Wichtige neue Produkte und/oder Dienstleistungen

Bedingt durch neue Liquiditäts- und Refinanzierungsvorschriften wird der Kapitalmarkt nach Ansicht der Emittentin als Finanzierungsquelle für Unternehmen immer wichtiger. Seit 2014 hat die Emittentin daher ihr Dienstleistungsangebot erweitert und den Geschäftsbereich "Debt Capital Markets" (DCM) eingerichtet. Damit unterstützt die Emittentin österreichweit und im süddeutschen Raum Unternehmen, Städte und Bundesländer bei der Platzierung und Abwicklung von Anleiheemissionen bzw. Schuldscheindarlehen. Im Rahmen einer Kooperation mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) wurde der Emittentin eine Kreditlinie eingeräumt, deren Mittel in Form von Krediten mit attraktiven Finanzierungsbedingungen insbesondere an förderwürdige Klein- und Mittelbetriebe weitergegeben werden können.

Im Private Banking und in der Vermögensverwaltung hat sich die Emittentin in den letzten Jahren umfassend etabliert. Darauf aufbauend wurde der Bereich Wealth Management, in dem vermögende Privatpersonen, Unternehmen und institutionelle Kunden betreut werden, in Bregenz und Wien personell verstärkt. Um die Präsenz im Großraum Wien zu stärken, wurde Ende 2015 ein neuer, größerer Standort in der Wiener Innenstadt bezogen. Auch die Produktpalette wird mit neuen und auf die aktuell Marktbedingungen angepassten Vermögensverwaltungsstrategien erweitert.

Aufgrund der hohen Nachfrage nach individueller Optimierung der Kundenportfolios hat das Asset Management der Emittentin ein computergestütztes Optimierungstool entwickelt. Dabei werden auf Basis der Risikobereitschaft des Kunden und den Renditeerwartungen in den einzelnen Anlageklassen Kombinationen der hauseigenen Vermögensverwaltungsstrategien berechnet.

5.1.3 Wichtige Märkte

Die wichtigsten Märkte der Emittentin sind

- Kernmarkt Vorarlberg: In ihrem Kernmarkt – dem Bundesland Vorarlberg – verfügt die Emittentin mit 17 Standorten über ein gut ausgebautes Filialnetz.
- Auch in Ostösterreich, in der Ostschweiz, Süddeutschland und Norditalien hat sich die Emittentin als Anbieter umfangreicher Finanzdienstleistungen etabliert.

Österreich: Mit Wien, Graz und Wels ist die Emittentin in wesentlichen Wirtschaftsregionen Österreichs vertreten.

Deutschland: Der deutsche Markt wird von Bregenz und dem Kleinwalsertal aus betreut.

Schweiz: Die Emittentin ist mit einer Niederlassung in St. Gallen vertreten und umfasst das Gebiet der deutschsprachigen Schweiz, insbesondere der Ostschweiz.

Italien: Die Tochtergesellschaft der Emittentin in Bozen (Hypo Vorarlberg Leasing AG)

mit Niederlassungen in Como und Treviso entwickelt Lösungen im Bereich Leasing und bietet ihre Produkte und Leistungen am norditalienischen Markt an.

Berichterstattung nach Regionen:

in Tsd EUR		Österreich	Drittland	Gesamt
Zinsüberschuss	2015	155.284	28.177	183.461
	2014	148.968	28.446	177.414
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2015	-24.942	2.127	-22.815
	2014	-60.941	-20.754	-81.695
Provisionsüberschuss	2015	35.902	664	36.566
	2014	34.900	724	35.624
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	2015	869	0	869
	2014	646	0	646
Handelsergebnis	2015	179	841	1.020
	2014	30.171	473	30.644
Ergebnis aus sonstigen Finanzinstrumenten	2015	20.485	-4.914	15.571
	2014	4.261	-3.200	1.061
Verwaltungsaufwand	2015	-82.503	-9.959	-92.462
	2014	-82.743	-9.358	-92.101
Sonstige Erträge	2015	9.954	7.555	17.509
	2014	7.762	8.842	16.604
Sonstige Aufwendungen	2015	-23.887	-14.094	-37.981
	2014	-22.593	-10.998	-33.591
Ergebnis aus der Equity-Konsolidierung	2015	1.172	0	1.172
	2014	-328	0	-328
Operatives Ergebnis vor Veränderung des eigenen Bonitätsrisikos	2015	92.513	10.397	102.910
	2014	60.103	-5.825	54.278
Ergebnis aus Veränderung des eigenen Bonitätsrisikos	2015	18.236	0	18.236
	2014	-299	0	-299
Ergebnis vor Steuern	2015	110.749	10.397	121.146
	2014	59.804	-5.825	53.979
Vermögenswerte	2015	12.274.078	1.628.333	13.902.411
	2014	12.678.515	1.506.977	14.185.492
Eigenkapital und Verbindlichkeiten	2015	13.734.011	168.400	13.902.411
	2014	14.045.938	139.554	14.185.492
Verbindlichkeiten (inkl. Eigene Emissionen)	2015	12.832.938	100.332	12.933.270
	2014	13.195.663	102.973	13.298.636

(Quelle: Konzernabschluss 2015)

Berichterstattung nach Geschäftsfeldern:

in Tsd EUR		Firmenkunden	Privatkunden	Financial Markets	Corporate Center	Gesamt
Zinsüberschuss	2015	87.541	35.498	22.704	37.718	183.461
	2014	80.136	31.293	28.113	37.872	177.414
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2015	-7.895	-256	4.380	-19.044	-22.815
	2014	-15.992	336	-11.837	-54.202	-81.695
Provisionsüberschuss	2015	12.638	19.725	1.885	2.318	36.566
	2014	12.170	17.717	3.184	2.553	35.624
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	2015	0	0	869	0	869
	2014	0	0	646	0	646
Handelsergebnis	2015	-10.545	2.048	9.407	110	1.020
	2014	1.991	1.388	27.317	-52	30.644
Ergebnis aus sonstigen Finanzinstrumenten	2015	235	0	15.225	111	15.571
	2014	875	0	162	24	1.061
Verwaltungsaufwand	2015	-32.747	-39.488	-8.828	-11.399	-92.462
	2014	-30.448	-41.291	-9.651	-10.711	-92.101
Sonstige Erträge	2015	1.282	1.863	0	14.364	17.509
	2014	1.222	451	12	14.919	16.604
Sonstige Aufwendungen	2015	-8.371	-3.070	-6.916	-19.624	-37.981
	2014	-5.965	-3.783	-6.891	-16.952	-33.591
Ergebnis aus der Equity-Konsolidierung	2015	0	0	0	1.172	1.172
	2014	0	0	0	-328	-328
Operatives Ergebnis vor Veränderung des eigenen Bonitätsrisikos	2015	42.138	16.320	38.726	5.726	102.910
	2014	43.989	6.111	31.055	-26.877	54.278
Ergebnis aus Veränderung des eigenen Bonitätsrisikos	2015	0	0	18.236	0	18.236
	2014	0	0	-299	0	-299
Ergebnis vor Steuern	2015	42.138	16.320	56.962	5.726	121.146
	2014	43.989	6.111	30.756	-26.877	53.979
Vermögenswerte	2015	5.698.538	1.957.612	4.503.012	1.743.249	13.902.411
	2014	5.567.835	1.847.883	5.039.457	1.730.317	14.185.492
Eigenkapital und Verbindlichkeiten	2015	2.339.442	2.917.967	7.904.646	740.356	13.902.411
	2014	2.262.352	2.876.163	8.381.049	665.928	14.185.492
Verbindlichkeiten (inkl. Eigene Emissionen)	2015	1.942.172	2.831.054	7.672.730	487.314	12.933.270
	2014	1.863.592	2.782.240	8.168.590	484.214	13.298.636

(Quelle: Konzernabschluss 2015)

5.1.4 Grundlage für Angaben zur Wettbewerbsposition

Trifft nicht zu.

6. Organisationsstruktur

6.1. Gruppe, Stellung der Emittentin innerhalb dieser Gruppe

Die Emittentin ist eine Aktiengesellschaft und mehrheitlich im Besitz der Vorarlberger Landesbank-Holding.

Eigentümer / Aktionäre	Anteile gesamt	Stimmrecht
Vorarlberger Landesbank-Holding	76,0308%	76,0308%
Austria Beteiligungsgesellschaft mbH	23,9692%	23,9692%
- Landesbank Baden-Württemberg	15,9795%	
- Landeskreditbank Baden-Württemberg Förderbank	7,9897%	
Grundkapital	100,0000%	100,0000%

(Quelle: Eigene Darstellung der Emittentin)

Die Vorarlberger Landesbank Holding und ihre (direkten und indirekten) Tochtergesellschaften (einschließlich der Emittentin und ihren Tochtergesellschaften, die nach IFRS voll konsolidiert sind und eine Gruppe bilden) bilden zusammen eine Gruppe (die "**Hypo Vorarlberg-Gruppe**"). Die Anteile an assoziierten Unternehmen der Emittentin werden mittels "*at equity*"-Bewertung in den Konzernabschluss der Emittentin einbezogen.

Voll konsolidierte Unternehmen, Stand zum Datum dieses Prospekts:

Gesellschaftsname, Ort	Anteil am Kapital in %
"Hypo-Rent" Leasing- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Bregenz	100,00%
LD-Leasing GmbH, Dornbirn	100,00%
Hypo Vorarlberg Leasing AG, IT-Bozen	100,00%
Hypo Vorarlberg Holding (Italien) - GmbH, IT-Bozen	100,00%
Hypo Vorarlberg Immo Italia srl, IT-Bozen	100,00%
IMMOLEAS Grundstücksverwaltungsgesellschaft m.b.H., Dornbirn	100,00%
Hypo Immobilien Besitz GmbH, Dornbirn	100,00%
"ImmoLeas IV" Leasinggesellschaft m.b.H., Dornbirn	100,00%
Hypo Immobilienleasing Gesellschaft m.b.H., Dornbirn	100,00%
"HERA" Grundstücksverwaltungsgesellschaft m.b.H., Dornbirn	100,00%
Hypo Informatikgesellschaft m.b.H., Bregenz	100,00%
Hypo Immobilien Bankgebäudemanagement GmbH, Dornbirn	100,00%
Hypo Versicherungsmakler GmbH, Dornbirn	100,00%
Hypo Immobilien Investment GmbH, Dornbirn	100,00%
Hypo Immobilien & Leasing GmbH, Dornbirn	100,00%
HIL Mobilienleasing GmbH & Co KG, Dornbirn	100,00%
HIL Immobilien GmbH, Dornbirn	100,00%
HIL BETA Mobilienverwaltung GmbH, Dornbirn	100,00%
HIL EPSILON Mobilienleasing GmbH, Dornbirn	100,00%
HIL Baumarkt Triester Straße Immobilienleasing GmbH, Dornbirn	100,00%
HIL Real Estate alpha GmbH, Dornbirn	100,00%
HIL Real Estate International Holding GmbH, Dornbirn	100,00%
"Mongala" Beteiligungsverwaltung GmbH, Dornbirn	100,00%
Inprox Praha Michle - HIL s.r.o., CZ-Prag	100,00%
Inprox Praha Letnany - HIL s.r.o., CZ-Prag	100,00%
Inprox GY - HIL Kft., HU-Budapest	100,00%
HSL Logisztika Hungary Kft., HU-Budapest	100,00%
"HO-IMMOTREU" Grundstücksverwaltungsgesellschaft m.b.H., Dornbirn	100,00%
"POSEIDON" Grundstücksverwaltungsgesellschaft m.b.H., Dornbirn	100,00%
Hypo Immobilien Cinemabetriebs GmbH, Dornbirn	100,00%
Edeltraut Lampe GmbH & Co KG, Dornbirn	100,00%
D. TSCHERNE Gesellschaft m.b.H., Wien	100,00%
HSL-Lindner Traktorenleasing GmbH, Dornbirn	76,00%

(Quelle: Eigene Darstellung der Emittentin)

Unternehmen, die nach der EQUITY-METHODE im Konzernabschluss konsolidiert werden, Stand zum Datum dieses Prospekts:

Gesellschaftsname, Ort	Anteil am Kapital in %
HTV KAPPA Immobilienleasing GmbH, Dornbirn	50,00%
Silvretta-Center Leasing GmbH, Bregenz	50,00%
HYPO EQUITY Unternehmensbeteiligungen AG, Bregenz	43,29%
MASTERINVEST Kapitalanlage GmbH, Wien	37,50%
Vorarlberger Kommunalgebäudeleasing Gesellschaft m.b.H., Dornbirn	33,33%
VKL II Grundverwertungsgesellschaft m.b.H., Dornbirn	33,33%
VKL III Gebäudeleasing-Gesellschaft m.b.H., Dornbirn	33,33%
VKL IV Leasinggesellschaft mbH, Dornbirn	33,33%
VKL V Immobilien Leasinggesellschaft m.b.H., Dornbirn	33,33%
'Seestadt Bregenz' Besitz- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Dornbirn	20,00%

(Quelle: Eigene Darstellung der Emittentin)

6.2 Abhängigkeit innerhalb dieser Gruppe

Die Emittentin ist von anderen Einheiten innerhalb der Hypo Vorarlberg-Gruppe nicht abhängig.

7. Trend Informationen

7.1 Erklärung betreffend negative Veränderungen seit dem letzten Konzernabschluss

In Bezug auf negative Veränderungen seit dem letzten Konzernabschluss siehe die Ausführungen in Punkt 4.6 "Wichtige Ereignisse aus jüngster Zeit in der Geschäftstätigkeit der Emittentin".

Darüber hinaus gab es seit dem 31.12.2015 keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Emittentin.

7.2 Informationen über die Beeinflussung der Aussichten der Emittentin im laufenden Geschäftsjahr

Die jüngste weltweite Finanzkrise führte sowohl national wie international zu zunehmenden Bestrebungen seitens der Aufsichtsbehörden, neue Regelungen für die Finanzbranche (der die Emittentin angehört) einzuführen und bestehende restriktiver zu handhaben. Aufsichtsrechtliche Änderungen oder Initiativen zur Durchsetzung aufsichtsrechtlicher Bestimmungen könnten die Finanzbranche weiter negativ beeinträchtigen. Neue gesetzliche oder aufsichtsrechtliche Erfordernisse und eine Änderung des als angemessen angenommenen Niveaus für Eigenmittel, Liquidität und Leverage könnten zu höheren Anforderungen und Standards für Eigenmittel und Liquidität führen. Von der Finanzkrise ausgelöste Handlungen von Regierungen und

Zentralbanken könnten die Wettbewerbssituation maßgeblich beeinträchtigen und die Anleger, die in Finanzinstituten veranlagt sind, beeinflussen.

Zudem könnten neue und strengere Vorschriften bezüglich der Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten in Kraft treten, die zB die Null-Gewichtung bestimmter Vermögensgegenstände abschaffen, wodurch diese in Zukunft mit Eigenkapital unterlegt werden müssten. Diese Maßnahmen würden zu höheren Refinanzierungskosten bei Kreditinstituten führen und hätten Auswirkungen auf deren Geschäftsergebnisse.

Darüber hinaus werden steuerliche Aufwendungen und die Belastungen im Zusammenhang mit der Errichtung des Einheitlichen Abwicklungsfonds sowie mit den *ex-ante* zu leistenden Beiträgen der Einlagensicherungssysteme zumindest mittelfristig hoch bleiben und können zu zusätzlichen finanziellen Belastungen führen und negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von Kreditinstituten haben. Weiters werden Verbraucherschutzthemen (Negativzinsen, MIFID II etc) die Kreditwirtschaft mittel- bis langfristig stark beeinflussen.

Die aktuellen Verwerfungen im Zusammenhang mit dem Zinsniveau bzw der Geldpolitik stellen Kreditinstitute weiterhin vor Herausforderungen.

Hypothekenbanken mit einem hohen Anteil an Wohnbaufinanzierungen bzw. hypothekarisch besicherten Finanzierungen werden von der Entwicklung der Immobilienmärkte stark beeinflusst. In einigen Marktgebieten sind die Immobilienpreise in den letzten Jahren stark gestiegen. Im langfristigen internationalen Vergleich ist der Anstieg in den Immobilienpreisen allerdings vergleichbar mit anderen Märkten.

Darüber hinaus sind der Emittentin seit dem Ende des letzten Geschäftsjahres keine neuen Trends, Unsicherheiten, Nachfrage, Verpflichtungen oder Vorfälle bekannt, die voraussichtlich die Aussichten der Emittentin zumindest im laufenden Geschäftsjahr wesentlich beeinflussen dürften.

8. Gewinnprognosen oder -schätzungen

Die Emittentin stellt keine Gewinnprognosen oder -schätzungen zur Verfügung.

9. Verwaltungs-, Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane

9.1 Mitglieder der Verwaltungs-, Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane

Die nachfolgenden Tabellen enthalten auch die Angaben zu allen Unternehmen und Gesellschaften, bei denen Mitglieder des Aufsichtsrates oder des Vorstandes während der letzten fünf Jahre Mitglieder der Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgane oder Partner waren.

Alle derzeit im Amt befindlichen Organmitglieder sind unter der Adresse der Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Hypo-Passage 1, A-

6900 Bregenz, Österreich erreichbar.

Es bestehen keine verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den in den nachfolgenden Tabellen angeführten Personen. Kein Mitglied des Vorstandes oder des Aufsichtsrats der Emittentin

- ist oder war während der letzten fünf Jahre neben den unten offen gelegten Tätigkeiten Mitglied des Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans oder Partner einer Gesellschaft oder eines Unternehmens außerhalb der Tochtergesellschaften der Emittentin;
- wurde während der letzten fünf Jahre in Bezug auf betrügerische Straftaten schuldig gesprochen;
- war während der letzten fünf Jahre als Mitglied des Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans oder als Mitglied des oberen Managements einer Gesellschaft in die Insolvenz, oder die Insolvenzverwaltung oder Liquidation einer solchen Gesellschaft involviert, mit Ausnahme von Herrn Ing. Friedrich Amann, der Gesellschafter folgender Vermögensberatung in Liquidation ist: SUPERGAU NETWORK Vermögensberatung GmbH in Liqu. und Herrn Mag. Nicolas Stieger, der Gesellschafter folgender Grundstücksverwaltung in Liquidation ist: "GANYMED" Grundstücksverwaltungs GmbH in Liqui.;
- war von öffentlichen Anschuldigungen und/oder Sanktionen von Seiten der gesetzlichen Behörden oder der Regulierungsbehörden (einschließlich Berufsverbände) betroffen; ausgenommen davon sind Mag. Dr. Michael Grahammer und Mag. Dr. Johannes Hefel, über die im Jahr 2010 Verwaltungsstrafen wegen Verletzung des § 95 Abs 2 Z 1 iVm § 41 Abs 1 und 2 WAG sowie der §§ 48 Abs 1 Z 7, Abs 18 Z 1 BörseG unter Heranziehung von § 9 Abs. 1 VStG verhängt wurden. Weiters wurde 2010 über den Verwaltungsrat der Hypo Vorarlberg Leasing AG (Bozen), deren Präsident Mag. Dr. Michael Grahammer zum damaligen Zeitpunkt war, von der Banca d'Italia eine Verwaltungsstrafe gemäß Legislativdekret 385/93, Art. 107 verhängt;
- wurde jemals von einem Gericht für die Mitgliedschaft in einem Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgan eines Emittenten als untauglich angesehen; sowie
- wurde während der letzten fünf Jahre von einem Gericht für die Tätigkeit im Management oder für die Führung der Geschäfte eines Emittenten als untauglich angesehen.

Sämtliche Vorstände haben einschlägige Erfahrung im Banken- und Finanzierungsbereich.

9.1.1. Vorstand

Name und Funktion innerhalb der Vorarlberger Landes- und Hypothekbank Aktiengesellschaft	Wesentliche Funktionen außerhalb der Vorarlberger Landes- und Hypothekbank Aktiengesellschaft
<p>Mag. Dr. Michael Grahammer, geboren 1964, Vorstandsvorsitzender</p>	<p>Vorstandsvorsitzender der Vorarlberger Landesbank-Holding</p> <p>Aufsichtsratsvorsitzender der Hypo Immobilien & Leasing GmbH</p> <p>Aufsichtsratsmitglied der Hypo-Banken-Holding Gesellschaft m.b.H.</p> <p>Aufsichtsratsvorsitzender der Hypo-Haftungs-Gesellschaft m.b.H.</p> <p>Geschäftsführer der "Hypo-Rent" Leasing- und Beteiligungsgesellschaft mbH</p> <p>Aufsichtsratsmitglied der Hypo-Wohnbaubank Aktiengesellschaft</p> <p>Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden der Pfandbriefbank (Österreich) AG</p> <p>Vorstandsmitglied der Bregenzer Festspiele Privatstiftung</p>
<p>Mag. Dr. Johannes Hefel, geboren 1957, Mitglied des Vorstandes</p>	<p>Vorstandsmitglied der Vorarlberger Landesbank-Holding</p> <p>Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden der "Wirtschafts-Standort Vorarlberg" Betriebsansiedlungs GmbH</p> <p>Aufsichtsratsmitglied und Gesellschafter der Hefel Realvermögen AG</p> <p>Gesellschafter der Hefel Textil GmbH</p> <p>Geschäftsführer der "Hypo-Rent" Leasing- und Beteiligungsgesellschaft mbH</p> <p>Gesellschafter und Aufsichtsratsvorsitzender der Tourismusbetriebe Warth Holding GmbH</p> <p>Aufsichtsratsmitglied der HYPO EQUITY Unternehmensbeteiligungen AG</p> <p>Aufsichtsratsmitglied der HYPO EQUITY Beteiligungs AG</p>
<p>Mag. Michel Haller geboren 1971,</p>	<p>Vorstandsmitglied der Vorarlberger Landesbank-Holding</p>

Name und Funktion innerhalb der Vorarlberger Landes- und Hypothekbank Aktiengesellschaft	Wesentliche Funktionen außerhalb der Vorarlberger Landes- und Hypothekbank Aktiengesellschaft
Mitglied des Vorstandes	Aufsichtsratsmitglied der "Wirtschafts-Standort Vorarlberg" Betriebsansiedlungs GmbH Aufsichtsratsmitglied der Hypo Immobilien & Leasing GmbH Geschäftsführer der "Hypo-Rent" Leasing- und Beteiligungsgesellschaft mbH Ausländische Mandate: Verwaltungsratspräsident der Hypo-Vorarlberg Immo Italia GmbH, Bozen Verwaltungsratspräsident der Hypo Vorarlberg Holding (Italien) GmbH, Bozen Verwaltungsratspräsident der Hypo-Vorarlberg Leasing A.G., Bozen Mitglied des Aufsichtsrates und des Kreditausschusses der Internationales Bankhaus Bodensee AG, Friedrichshafen

(Quelle: Eigene Darstellung der Emittentin basierend auf aktuellen Firmenbuchdaten und eigenen Erhebungen der Emittentin unter den Vorstandsmitgliedern)

Gemäß § 16 der Satzung der Emittentin besteht der Vorstand aus zwei bis drei Mitgliedern. Die Emittentin wird gemäß § 25 ihrer Satzung durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinsam oder durch eines von ihnen gemeinsam mit einem Gesamtprokuristen vertreten.

Am 6.4.2016 gab der Vorstandsvorsitzende der Emittentin, Dr. Michael Grahammer, bekannt, spätestens Ende des Jahres 2016 seinen Vorstandsvertrag vorzeitig zu beenden und seine Funktion als Vorstandsvorsitzender der Emittentin zurückzulegen.

Mit 1.1.2017 wird Mag. Michel Haller die Funktion als Vorstandsvorsitzender der Emittentin übernehmen und Dr. Wilfried Amann zum neuen Vorstandsmitglied der Emittentin ernannt.

9.1.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Emittentin besteht aus folgenden 15 Mitgliedern. Die wesentlichen Funktionen der Mitglieder des Aufsichtsrates außerhalb der Emittentin sind:

Name und Funktion innerhalb der Vorarlberger Landes- und Hypothekbank Aktiengesellschaft	Wesentliche Funktionen außerhalb der Vorarlberger Landes- und Hypothekbank Aktiengesellschaft
Dr. Jodok Simma, geboren 1946, Vorsitzender des Aufsichtsrats	<p>Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden der Fohrenburg Beteiligungs-Aktiengesellschaft</p> <p>Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden der Hypo Immobilien & Leasing GmbH</p> <p>Aufsichtsratsmitglied der Management Trust Holding Aktiengesellschaft</p> <p>Vorstandsvorsitzender der BGU Privatstiftung</p> <p>Vorstandsvorsitzender der JHD Privatstiftung</p> <p>Vorstandsvorsitzender der LD Privatstiftung</p> <p>Vorstandsvorsitzender R & R Privatstiftung</p> <p>Vorstandsvorsitzender der Rätikon Privatstiftung</p>
MMag. Dr. Alfred Geismayr, geboren 1965, Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats	<p>Vorstandsmitglied der Achim Doppelmayr Privatstiftung</p> <p>Geschäftsführer der RTG Dr. Fritz Steuerberatung GmbH</p> <p>Geschäftsführer der PricewaterhouseCoopers Vorarlberg Wirtschaftsprüfungs GmbH</p> <p>Geschäftsführer und Gesellschafter der RTG Dr. Rümmele Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft</p> <p>Geschäftsführer der RTG Riezler Steuerberatung GmbH</p> <p>Unbeschränkt haftender Gesellschafter der Kögl & Co OEG</p> <p>Stiftungsrat Österreichischer Rundfunk</p>
Mag. Karlheinz Rüdissler, geboren 1955, Aufsichtsratsmitglied	<p>Aufsichtsratsvorsitzender der "Wirtschafts-Standort Vorarlberg" Betriebsansiedlungs GmbH</p> <p>Aufsichtsratsmitglied der Messe Dornbirn GmbH</p> <p>Aufsichtsratsmitglied des Europäischen Olympisches Jugendfestival Vorarlberg-Liechtenstein 2015 GmbH</p>

	<p>Aufsichtsratsvorsitzender der Vorarlberg Tourismus GmbH</p> <p>Aufsichtsratsmitglied der Vorarlberger Energienetze GmbH</p> <p>Aufsichtsratsvorsitzender der Vorarlberger Informatik- und Telekommunikationsdienstleistungsgesellschaft mbH</p>
<p>Michael Horn, geboren 1955, Aufsichtsratsmitglied</p>	<p>Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Landesbank Baden-Württemberg</p> <p>Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden der Siedlungswerk gemeinnützige Gesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Stuttgart</p> <p>Aufsichtsratsmitglied der Grieshaber Logistik AG, Weingarten</p> <p>Präsident des Verwaltungsrates der LBBW (Schweiz) AG, Zürich</p>
<p>Mag. Nicolas Stieger, geboren 1968, Aufsichtsratsmitglied</p>	<p>Gesellschafter der "GANYMED" Grundstücksverwaltungs GmbH in Liqu.</p> <p>Gesellschafter und Geschäftsführer der Stieger Rechtsanwalt GmbH</p>
<p>Mag. Karl Fenkart, geboren 1966, Aufsichtsratsmitglied</p>	<p>Aufsichtsratsmitglied der Messe Dornbirn GmbH</p> <p>Aufsichtsratsmitglied des Medizinisches Zentrallaboratorium Gesellschaft m.b.H.</p> <p>Aufsichtsratsmitglied der Vorarlberg Tourismus GmbH</p> <p>Aufsichtsratsmitglied der Vorarlberger Krankenhaus-Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung</p> <p>Aufsichtsratsmitglied der Vorarlberger Kulturhäuser-Betriebsgesellschaft mbH</p> <p>Aufsichtsratsmitglied der Vorarlberger gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft mbH</p> <p>Geschäftsführer der Landesvermögen-Verwaltungsgesellschaft m.b.H</p>
<p>Ing. Friedrich Amann, geboren 1950, Aufsichtsratsmitglied</p>	<p>Gesellschafter der „PROTEC“ Steuerungen + Prozesstechnik GmbH</p> <p>Gesellschafter der SUPERGAU NETWORK Vermögensberatung GmbH in Liqu.</p>
<p>Dr. Ulrich Theileis, geboren 1969, Aufsichtsratsmitglied</p>	<p>Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der L-Bank</p> <p>Mitglied des Verwaltungsrates der Sächsischen Aufbaubank (SAB)</p>

	Aufsichtsratsmitglied der Baden-Württemberg International – Gesellschaft für internationale wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit mbH
Astrid Bischof, geboren 1968, Aufsichtsratsmitglied	Gesellschafterin und Geschäftsführerin der BISCHOF HOLDING GMBH Geschäftsführerin der Otto Bischof Transport-Gesellschaft m.b.H.
Albert Büchele, geboren 1966, Aufsichtsratsmitglied	-
MMag. Dr. Gerhard Köhle, geboren 1975, Aufsichtsratsmitglied	-
Bernhard Köb, geboren 1956, Aufsichtsratsmitglied	-
Elmar Köck, geboren 1963, Aufsichtsratsmitglied	Gesellschafter der Dornbirner Seilbahn GmbH
Veronika Moosbrugger, geboren 1965, Aufsichtsratsmitglied	-
Peter Niksic, geboren 1967, Aufsichtsratsmitglied	-

(Quelle: Eigene Darstellung der Emittentin basierend auf aktuellen Firmenbuchdaten und eigenen Erhebungen der Emittentin unter den Aufsichtsratsmitgliedern)

9.1.3 Treuhänder

Der Bundesminister für Finanzen hat einen Treuhänder und einen Treuhänder Stellvertreter für die Beaufsichtigung des Pfandbriefgeschäfts der Emittentin bestellt. Der Treuhänder und sein Stellvertreter sind für die Beaufsichtigung der Emittentin im Hinblick auf die Einhaltung der rechtlichen Erfordernisse für Pfandbriefe gemäß dem PfandbriefG verantwortlich.

Gegenwärtig wurden vom Bundesminister für Finanzen folgende Personen als Treuhänder in die Emittentin entsandt:

Name	Funktionsbeginn	Stellung
Dr. Heinz Bildstein	1.1.2011	Treuhänder
MR Mag. Helmut Schamp	1.4.2014	Treuhänder Stellvertreter

(Quelle: Eigene Darstellung der Emittentin)

9.1.4 Staatskommissäre

Der Bundesminister für Finanzen hat bei Kreditinstituten deren Bilanzsumme eine

Milliarde Euro übersteigt einen Staatskommissär und dessen Stellvertreter für eine Funktionsperiode von längstens fünf Jahren (diese kann verlängert werden) zu bestellen. Die Staatskommissäre und deren Stellvertreter handeln als Organe der Finanzmarktaufsicht und sind in dieser Funktion ausschließlich deren Weisungen unterworfen.

Gegenwärtig wurden vom Bundesminister für Finanzen folgende Personen als Staatskommissäre in die Emittentin entsandt:

Name	Funktionsbeginn	Stellung
Ministerialrätin Mag. Gabriele Petschinger	01.07.1999	Staatskommissärin
Ministerialrat Mag. Dr. Josef Nickerl	01.05.1993	Stellvertreter

(Quelle: Eigene Darstellung der Emittentin)

Die Bestellung von Ministerialrätin Mag. Gabriele Petschinger sowie Ministerialrat Dr. Josef Nickerl wurde seit Funktionsbeginn regelmäßig verlängert.

Ihnen kommen im Hinblick auf die Emittentin folgende Rechte und Pflichten zu:

Teilnahmerecht. Der Staatskommissär und dessen Stellvertreter sind von der Emittentin zu den Hauptversammlungen, zu den Sitzungen des Aufsichtsrates, der Prüfungsausschüsse sowie zu entscheidungsbefugten Ausschüssen des Aufsichtsrates rechtzeitig einzuladen. Auf ihren Antrag ist ihnen jederzeit das Wort zu erteilen. Alle Niederschriften über diese Sitzungen sind dem Staatskommissär und seinem Stellvertreter zu übersenden.

Einspruchsrecht. Der Staatskommissär oder im Falle von dessen Verhinderung dessen Stellvertreter haben gegen Beschlüsse der Hauptversammlung sowie gegen Beschlüsse des Aufsichtsrates, der Prüfungsausschüsse und entscheidungsbefugten Ausschüssen des Aufsichtsrates, durch die sie gesetzliche oder sonstige Vorschriften oder Bescheide des Bundesministers für Finanzen oder der FMA für verletzt erachten, unverzüglich Einspruch zu erheben und hiervon der FMA zu berichten. Im Einspruch haben sie anzugeben, gegen welche Vorschriften nach ihrer Ansicht der Beschluss verstößt.

Wirkung des Einspruchs. Durch den Einspruch wird die Wirksamkeit des Beschlusses bis zur aufsichtsbehördlichen Entscheidung aufgeschoben. Die Emittentin kann binnen einer Woche, gerechnet vom Zeitpunkt des Einspruches, die Entscheidung der FMA beantragen. Wird nicht binnen einer Woche nach Einlangen des Antrages entschieden, tritt der Einspruch außer Kraft. Wird der Einspruch bestätigt, so ist die Vollziehung des Beschlusses unzulässig.

Einsichtsrecht. Dem Staatskommissär und dessen Stellvertreter steht das Recht zu, in die Schriftstücke und Datenträger der Emittentin Einsicht zu nehmen, soweit es für die Erfüllung ihrer Aufgaben, insbesondere der Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen oder sonstigen Vorschriften und Bescheide des Bundesministers für Finanzen und der FMA erforderlich ist.

Berichtspflicht. Der Staatskommissär und dessen Stellvertreter haben ihnen bekannt gewordene Tatsachen, auf Grund derer die Erfüllung der Verpflichtungen der Emittentin gegenüber ihren Gläubigern und insbesondere die Sicherheit der ihm anvertrauten Vermögenswerte nicht mehr gewährleistet ist, unverzüglich der Finanzmarktaufsicht mitzuteilen und jährlich einen schriftlichen Bericht über ihre Tätigkeit zu übermitteln;

9.2 Potentielle Interessenkonflikte

Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrats der Emittentin üben wesentliche Organfunktionen und sonstige leitende Funktionen (zB als Vorstand, Aufsichtsrat, Geschäftsführer, Geschäftsleiter, Prokurist) in anderen Gesellschaften in- und außerhalb des österreichischen Hypothekenbankensektors aus. Aus dieser Tätigkeit können sich potentielle Interessenkonflikte mit ihrer Organfunktion bei der Emittentin ergeben. Derartige Interessenkonflikte bei den Organmitgliedern können insbesondere dann auftreten, wenn diese über Maßnahmen zu entscheiden haben, bei welchen die Interessen der Emittentin von jenen anderer Kreditinstitute und/oder Gesellschaften des österreichischen Hypothekenbankensektors abweichen (zB bei Veräußerung wichtiger Vermögensgegenstände, gesellschaftsrechtlichen Maßnahmen, wie Spaltungen, Verschmelzungen oder Kapitalerhöhungen, Übernahmen, der Genehmigung des Konzernabschlusses, Gewinnausschüttung, Beteiligungen, etc.). Die Emittentin erklärt, dass ihr derzeit keine Interessenkonflikte bekannt sind.

Es bestehen keine Vereinbarungen oder Abmachungen mit den Hauptaktionären, Kunden, Lieferanten oder sonstigen Personen, aufgrund deren eine in Punkt 9.1 genannte Person zum Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans bzw. zum Mitglied des oberen Managements bestellt wurde.

Keine der in Punkt 9.1 genannten Personen hält Wertpapiere der Emittentin, die sie zur Ausübung des Stimmrechtes in der Hauptversammlung der Emittentin berechtigen bzw. die in solche Wertpapiere umgewandelt werden können. Entsprechend bestehen auch keine Verkaufsbeschränkungen.

10. Hauptaktionäre

10.1 Hauptaktionäre

Das Grundkapital der Emittentin beträgt EUR 156.453.129,75 und ist in 305.605 Stückaktien geteilt, wobei jede Stückaktie in gleichem Umfang beteiligt ist. Der auf jede Stückaktie entfallende rechnerische Betrag am Grundkapital beträgt rund EUR 511,9456.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Beteiligungsverhältnisse an der Emittentin.

Eigentümer / Aktionäre	Anteile gesamt	Stimmrecht
Vorarlberger Landesbank-Holding	76,0308%	76,0308%
Austria Beteiligungsgesellschaft mbH	23,9692%	23,9692%
Grundkapital	100,0000%	100,0000%

(Quelle: Eigene Darstellung der Emittentin)

Die Vorarlberger Landesbank-Holding Vorarlberg und die Austria Beteiligungsgesellschaft mbH sind direkt an der Emittentin beteiligt. Die Austria Beteiligungsgesellschaft mbH befindet sich zu 66,67% in Besitz der Landesbank Baden-Württemberg und zu 33,33% in Besitz der Landeskreditbank Baden-Württemberg Förderbank. Die Landesbank Baden-Württemberg und die Landeskreditbank Baden-Württemberg Förderbank sind somit indirekt über die Austria Beteiligungsgesellschaft mbH an der Emittentin beteiligt und haben daher kein Stimmrecht.

Als Mehrheitseigentümerin der Emittentin ist die Vorarlberger Landesbank-Holding in der Lage Mehrheitsbeschlüsse zu fassen und die Emittentin zu kontrollieren.

10.2 Vereinbarung betreffend die Kontrolle der Emittentin

Der Emittentin sind keine Vereinbarungen bekannt, deren Ausübung zu einem späteren Zeitpunkt zu einer Veränderung bei der Kontrolle der Emittentin führen könnte.

11. Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin

11.1 Historische Finanzinformationen

Die in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 59a BWG anzuwendenden bank- und unternehmensrechtlichen Vorschriften erstellten Konzernabschlüsse 2015 und 2014 sind durch Verweis in diesen Prospekt aufgenommen und können auf der Homepage der Emittentin (www.hypovbg.at) unter dem Punkt mit der derzeitigen Bezeichnung "IHRE LANDESBANK – Investor Relations – Jahresabschlüsse, Geschäftsberichte, Finanzberichte und Quartalsberichte" eingesehen werden.

Die Konzernabschlüsse 2015 und 2014 sind bei der Finanzmarktaufsichtsbehörde hinterlegt.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurde gemäß den Bestimmungen des BWG (insbesondere Anlage 2 zu § 43 BWG) sowie den International Financial Reporting Standards erstellt.

11.2 Konzernabschluss

Siehe Punkt 11.1 oben.

11.3 Prüfung der historischen jährlichen Finanzinformationen

11.3.1 Erklärung über die Prüfung der historischen Finanzinformationen

Die historischen Finanzinformationen wurden von den jeweils darin angeführten Abschlussprüfern geprüft.

Die Abschlussprüfer haben im Konzernabschluss 2015 folgenden Zusatz aufgenommen: "Ohne den Bestätigungsvermerk einzuschränken, verweisen wir auf die Ausführung des Vorstands der Gesellschaft unter Punkt 55 der Notes des Konzernabschlusses "Wichtige Ergebnisse und Ereignisse nach dem Bilanzstichtag", wo die möglichen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Pfandbriefbank (Österreich) AG bzw. der HETA ASSET RESOLUTION AG dargestellt werden."

11.3.2 Angabe sonstiger Informationen

Abgesehen von den im Kapitel 11.1. "Historische Finanzinformationen" angeführten Informationen wurden in diesen Prospekt keine sonstigen von den Abschlussprüfern geprüften Informationen aufgenommen.

11.3.3 Andere Quellen von Finanzdaten

Das Registrierungsformular enthält keine Finanzdaten, die nicht dem Konzernabschluss 2015, dem Konzernabschluss 2014 oder dem Halbjahresfinanzbericht 2016 entnommen wurden.

11.4 Alter der jüngsten Finanzinformationen

Die letzten geprüften Finanzinformationen datieren vom 31.12.2015 und sind damit jünger als 18 Monate.

11.5 Zwischenfinanzinformationen- und sonstige Finanzinformationen

11.5.1 Veröffentlichte Interims-Finanzinformationen

Der Halbjahresfinanzbericht 2016 ist durch Verweis in diesen Prospekt aufgenommen und kann auf der Homepage der Emittentin unter www.hypovbg.at unter dem Punkt mit der derzeitigen Bezeichnung "IHRE LANDESBANK – Investor Relations – Jahresabschlüsse, Geschäftsberichte, Finanzberichte und Quartalsberichte" eingesehen werden. Der Halbjahresfinanzbericht 2016 wurde weder von einem Wirtschaftsprüfer geprüft noch prüferisch durchgesehen.

11.5.2 Zwischenabschluss

Siehe den in diesen Prospekt durch Verweis aufgenommenen ungeprüften

konsolidierten Halbjahresfinanzbericht der Emittentin zum 30.6.2016.

11.6 Gerichts- und Schiedsgerichtsverfahren

Soweit in diesem Prospekt nichts anderes angegeben ist, gab es gegen die Emittentin keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren, die im Zeitraum der letzten 12 Monate bestanden bzw. abgeschlossen wurden, die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Emittentin und/oder die Hypo Vorarlberg-Gruppe auswirken bzw. ausgewirkt haben. Nach Kenntnis der Emittentin sind solche Verfahren auch nicht anhängig, eingeleitet oder droht deren Einleitung.

11.7 Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage der Emittentin

Soweit in diesem Prospekt nichts anderes angegeben ist, gab es seit dem 30.6.2016 keine wesentlichen Veränderung in der Finanzlage der Emittentin.

12. Wesentliche Verträge

Die Emittentin hat außerhalb ihrer normalen Geschäftstätigkeit keine wesentlichen Verträge abgeschlossen, die dazu führen könnten, dass jedwedes Mitglied der Hypo Vorarlberg-Gruppe eine Verpflichtung oder ein Recht erlangt, die bzw. das für die Fähigkeit der Emittentin, ihren Verpflichtungen gegenüber den Wertpapierinhabern in Bezug auf die Wertpapiere nachzukommen, von wesentlicher Bedeutung ist.

13. Angaben von Seiten Dritter, Erklärungen von Seiten Sachverständiger und Interessenerklärungen

13.1 Sachverständigen-Berichte

In diesen Prospekt wurden keine Erklärungen oder Berichte von Personen aufgenommen, die als Sachverständige handeln.

13.2 Angaben von Seiten Dritter

In diesen Prospekt wurden mit Ausnahme der Informationen zu Ratings von Moody's Deutschland GmbH ("**Moody's**") und Standard & Poor's ("**S&P**") keine Erklärungen oder Berichte von Seiten Dritter aufgenommen. Die Emittentin bestätigt, dass diese Informationen korrekt wiedergegeben wurden und dass - soweit es der Emittentin bekannt ist und sie aus den von dieser dritten Partei übermittelten Informationen ableiten konnte - keine Fakten unterschlagen wurden, die die reproduzierten Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

14. Einsehbare Dokumente

Während der Gültigkeitsdauer des Prospekts können die Kopien der folgenden

Dokumente am Sitz der Emittentin, Hypo-Passage 1, A-6900 Bregenz, Österreich, kostenlos eingesehen werden:

- dieser Prospekt;
- die Satzung der Emittentin;
- die Konzernabschlüsse 2015 und 2014; und
- der ungeprüfte konsolidierte Halbjahresfinanzbericht der Emittentin zum 30.6.2016.

15. Ratings

Die Emittentin ist von Moody's und S&P geratet¹⁷. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Prospekts stellen sich die Ratings für die Emittentin wie folgt dar:

	Rating durch Moody's¹⁸
--	--

¹⁷ Hinweis: Moody's und S&P sind in der Europäischen Union niedergelassen und gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen in der jeweils geltenden Fassung registriert. Auf der Website der European Securities and Markets Authority (www.esma.europa.eu/page/List-registered-and-certified-CRAs) findet sich eine aktuelle Liste aller gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen in der jeweils geltenden Fassung registrierter Ratingagenturen, in der Moody's und S&P angeführt sind.

¹⁸ Gemäß den von Moody's veröffentlichten Ratingsymbolen und Definitionen (www.moody.com) haben die angegebenen Ratings die folgende Bedeutung:

'Aa' — Verpflichtungen der Rating Kategorie Aa werden als Verpflichtungen von hoher Qualität eingestuft und unterliegen sehr geringem Kreditrisiko.

'Baa' — Verpflichtungen der Rating Kategorie Baa werden als Verpflichtung mittlerer Qualität eingestuft und unterliegen mittelgradigem Kreditrisiko und können als solches bestimmte spekulative Charakteristika beinhalten.

'Ba' — Verpflichtungen der Rating Kategorie Ba werden als spekulativ eingestuft und unterliegen einem wesentlichen Kreditrisiko.

'P-2' — Emittenten, die ein P-2 (Prime-2) Rating haben, verfügen über starke Fähigkeiten, ihre kurzfristigen Schuldverschreibungen zurückzuzahlen.

Hinweis: Moody's fügt jeder Rating Kategorie von Aa bis Caa die numerischen Modifikatoren 1, 2 und 3 an. Der Modifikator 1 zeigt an, dass die Emittentin am höheren Ende der Buchstaben-Ratingkategorie anzusiedeln ist; der Modifikator 2 indiziert einen mittleren Rang; und der Modifikator 3 meint, dass sich die Emittentin am unteren Ende der Buchstaben-Ratingkategorie befindet.

'Ausblick' — Ein Moody's Ratingausblick ist mittelfristig eine Beurteilung der voraussichtlichen Ratingrichtung. Ratingausblicke werden in vier Kategorien eingeteilt: Positiv (POS), Negativ (NEG), Stabil (STA), und Entwickelnd (DEV). Ausblicke können auf Emittenten- oder Ratingebene zugewiesen werden. Falls ein Ausblick auf Emittentenebene zugewiesen wurde und der Emittent mehrere Ratings mit unterschiedlichen Ausblicken hat, wird ein "(m)" Modifikator (für mehrere) angegeben: Der schriftliche Bericht von Moody's wird die Gründe für diese Unterschiede vorsehen und beschreiben. Die Bezeichnung RUR (Rating(s) Under Review) bedeutet, dass ein oder mehrere Ratings eines Emittenten überprüft werden, wodurch die Bezeichnung des Ausblicks aufgehoben wird. Die Bezeichnung RWR (Rating(s) Rücknahme) bedeutet, dass ein Emittent kein aktives Rating hat, auf welches ein Ausblick anzuwenden wäre. Rating Ausblicke werden nicht allen Körperschaften mit Ratings zugewiesen. In manchen Fällen wird dies durch NOO (Kein Ausblick) angegeben.

Ausblick ¹⁹	Stabil
Bankeinlagen (langfristig)	Baa1
Bankeinlagen (kurzfristig)	P-2
Baseline Credit Assessment	Baa3
Nachrangige Fremdmittel	Ba1
Öffentliche Pfandbriefe	Aa1
Hypothekarische Pfandbriefe	Aa1

Quelle: Moody's Deutschland GmbH

	Rating durch S&P ²⁰
Ausblick	Stabil
Langfristiges Emittentenrating	A- ²¹
Kurzfristiges Emittentenrating	A-2 ²²

Quelle: Standard & Poor's

Ein stabiler Ausblick weist mittelfristig auf eine geringe Wahrscheinlichkeit einer Ratingänderung hin. Ein negativer, positiver oder entwickelnder Ausblick weist mittelfristig auf eine höhere Wahrscheinlichkeit einer Ratingänderung hin. Ein Ratingausschuss, der einem Rating eines Emittenten einen stabilen, negativen, positiven oder entwickelnden Ausblick zuweist, beinhaltet auch dessen Ansicht, dass das Kreditprofil des Emittenten der relevanten Ratingstufe zu diesem Zeitpunkt entspricht.

¹⁹ Am 25.4.2016 hat Moody's die Ratings der Emittentin bestätigt und den Ratingausblick der Hypo Landesbank Vorarlberg von negativ auf stabil geändert. Diese Änderung reflektiert Moody's Einschätzung einer Stabilisierung im Kreditprofil der Emittentin basierend auf einem reduzierten Verlustrisiko der Emittentin im Zusammenhang mit der Solidarhaftung für die Pfandbriefbank (Österreich) AG.

²⁰ Hinweis: Die Rating Kategorien von 'AA' bis 'CCC' können durch Plus- (+) oder Minus- (-) Zeichen ergänzt werden, um eine Abstufung innerhalb der größeren Rating Kategorien vorzunehmen.

²¹ 'A' — Ein Schuldner der Rating Kategorie 'A' hat hohe Fähigkeiten seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, aber er ist etwas anfälliger auf nachteilige Auswirkungen bei veränderten Umständen und veränderten wirtschaftlichen Bedingungen als Schuldner in höheren Rating Kategorien.

²² 'A-2' — Ein Schuldner der Rating Kategorie 'A-2' hat zufriedenstellende Fähigkeiten seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, aber er ist etwas anfälliger auf nachteilige Auswirkungen bei veränderten Umständen und veränderten wirtschaftlichen Bedingungen als Schuldner in der höchsten Rating Kategorie.

WERTPAPIERBESCHREIBUNG

Die Wertpapiere werden gemäß den jeweils maßgeblichen Endgültigen Bedingungen begeben.

1. Verantwortliche Personen

1.1 Für die im Prospekt gemachten Angaben verantwortliche Personen

Für die inhaltliche Richtigkeit der Angaben der Wertpapierbeschreibung ist die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Hypo-Passage 1, A-6900 Bregenz, Österreich, eingetragen im Firmenbuch des Landesgerichtes Feldkirch zu FN 145586 y, verantwortlich.

1.2 Erklärung der für den Prospekt verantwortlichen Personen

Die Emittentin hat die erforderliche Sorgfalt walten lassen, um sicherzustellen, dass die in diesem Prospekt gemachten Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine Tatsachen weggelassen wurden, die die Aussagen des Prospekts wahrscheinlich verändern können.

2. Risikofaktoren

Siehe Kapitel "Risikofaktoren" auf Seiten 54 ff dieses Prospekts.

3. Zentrale Angaben

3.1 Interessen von an der Emission und/oder Angebot beteiligten Personen

Im normalen Verlauf ihrer Geschäftstätigkeit stehen die Emittentin und/oder ihre Gruppengesellschaften möglicherweise mit Emittenten der Basiswerte oder Referenzschuldern, deren jeweiligen verbundenen Unternehmen oder Garanten oder Dritten, die Verpflichtungen gegenüber den Emittenten der Basiswerte oder den Referenzschuldern oder deren jeweiligen verbundenen Unternehmen oder Garanten haben, nicht nur in Geschäftsbeziehungen, sondern wickeln mit diesen Transaktionen ab, gehen Bankgeschäfte jeder Art und Investmentbankgeschäfte ein oder stehen anderweitig in Geschäftskontakt, so als ob die Wertpapiere nicht existent wären, und zwar unabhängig davon, ob sich die vorgenannten Handlungen nachteilig auf den Emittenten der Basiswerte oder die Referenzschuldner, deren verbundene Unternehmen oder Garanten auswirken.

Die Emittentin ist möglicherweise von Zeit zu Zeit an Transaktionen im Zusammenhang mit den Basiswerten oder Referenzschuldern beteiligt, die den Marktpreis oder die Liquidität der Wertpapiere beeinflussen und sich gegebenenfalls nachteilig auf die Interessen der Wertpapierinhaber auswirken können.

Mögliche Interessenkonflikte können sich auch zwischen der Berechnungsstelle und den Wertpapierinhabern ergeben, insbesondere hinsichtlich bestimmter im Ermessen der Berechnungsstelle liegender Bestimmungen und Entscheidungen, die diese nach Maßgabe der Emissionsbedingungen der Wertpapiere zu treffen hat und die den Rückzahlungs- bzw Tilgungsbetrag der Wertpapiere beeinflussen können.

Im Falle einer Übernahme oder des Vertriebs von Wertpapieren durch einen oder mehrere Finanzintermediäre erhalten diese Finanzintermediäre für die Übernahme bzw den Vertrieb und die Platzierung der Wertpapiere gegebenenfalls eine Provision, über die die Endgültigen Bedingungen informieren. Etwaige weitere Interessen der Emittentin oder anderer an der Emission von Wertpapieren beteiligter Personen werden gegebenenfalls in den Endgültigen Bedingungen dargestellt.

Die Emittentin und/oder ihre Gruppengesellschaften können am Tag der Emission von Wertpapieren und danach über Informationen verfügen, welche die Wertpapiere oder die Basiswerte betreffen, deren Marktpreis maßgeblich beeinflussen und nicht öffentlich verfügbar sind.

3.2 Gründe für das Angebot und Verwendung der Erlöse

Die Nettoerlöse aus der Ausgabe der Wertpapiere werden von der Emittentin zur Gewinnerzielung und für ihre allgemeinen Refinanzierungsbedürfnisse verwendet.

4. Angaben über die anzubietenden bzw zum Handel zuzulassenden Wertpapiere

4.1 Angaben über die Wertpapiere

4.1.1 (i) Art und Gattung der Wertpapiere

Die Wertpapiere sind entweder Schuldtitel iSv Artikel 8 oder 16 der Prospektverordnung oder derivative Schuldverschreibungen iSv Artikel 15 der Prospektverordnung.

Die Emittentin beabsichtigt, unter diesem Programm nachrangige und nicht-nachrangige Wertpapiere jedweder Art zu emittieren, einschließlich fix verzinste, variabel verzinste, Stufenzins-, oder basiswertabhängige Schuldverschreibungen, Steepener-Schuldverschreibungen, Nullkupon-Schuldverschreibungen, Pfandbriefe und Kommunalpfandbriefe (die "**Schuldverschreibungen**") sowie fix verzinste, variabel verzinste Zertifikate, Partizipations-Zertifikate mit Kapitalgarantie, Partizipations-Zertifikate mit Kapitalgarantie und Cap, Partizipations-Zertifikate ohne Kapitalgarantie, Partizipations-Zertifikate ohne Kapitalgarantie mit Cap, Partizipations-Zertifikate mit Teilschutz, Bonus-Zertifikate ohne Kapitalgarantie, Bonus-Zertifikate mit Kapitalgarantie und Express-Zertifikate jeweils bezogen auf

einen oder mehrere Basiswerte (die "**Zertifikate**" und zusammen mit den Schuldverschreibungen, die "**Wertpapiere**") und diese Wertpapiere privat oder öffentlich anzubieten. Die Wertpapiere können als Kapitalschutzprodukte und Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung ausgestaltet sein. Die Basiswerte der Wertpapiere können Aktien, Indizes, Rohstoffe, Währungen, oder Körbe der vorstehenden Basiswerte oder daraus gebildete hybride Basiswertkörbe sein. Die Wertpapiere sehen ausschließlich Erfüllung durch Zahlung eines Barbetrages vor.

Die ISIN (*International Securities Identification Number*) oder eine andere Kennziffer der Wertpapiere ist in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen (auf dem Deckblatt und in der Zeile "ISIN, WKN") enthalten.

Im Folgenden werden die Wertpapierarten, die unter dem Programm begeben werden können, kurz dargestellt:

Schuldverschreibungen

Fix verzinste Schuldverschreibungen oder Schuldverschreibungen mit anfänglicher Fixzinsperiode werden zumindest für einen Teil der Laufzeit mit einem festen Zinssatz verzinst.

Variabel verzinste Schuldverschreibungen werden mit einem Zinssatz verzinst, der auf Basis eines Referenzzinssatzes oder eines Referenzswapsatzes bestimmt wird, der auf der vereinbarten Bildschirmseite eines Informationsanbieters angezeigt wird.

Stufenzinsschuldverschreibungen werden jährlich mit den für die jeweilige Zinsperiode in den Endgültigen Bedingungen angegebenen maßgeblichen Zinssätzen verzinst.

Basiswertabhängige Schuldverschreibungen werden abhängig von der Entwicklung eines in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Basiswertes verzinst.

Steepener-Schuldverschreibungen werden mit einem Zinssatz begeben, der sich aus dem Produkt eines in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Zinspartizipationsfaktor und der Differenz zwischen zwei Swapsätzen errechnet, die auf der vereinbarten Bildschirmseite eines Informationsanbieters angezeigt werden.

Nullkupon-Schuldverschreibungen umfassen keine laufenden Zinszahlungen.

Pfandbriefe

Pfandbriefe sind Schuldverschreibungen mit fixer oder variabler Verzinsung oder Nullkupon-Schuldverschreibungen, die nach Maßgabe des PfandbriefG durch eine gesonderte Deckungsmasse besichert sind, die hauptsächlich aus erstrangigen Hypotheken auf bestimmte Liegenschaften besteht. Im Falle einer Insolvenz der Emittentin haben die Inhaber der Pfandbriefe ein unmittelbares Vorzugsrecht, aus

der Deckungsmasse befriedigt zu werden.

Kommunalpfandbriefe

Kommunalpfandbriefe sind Schuldverschreibungen mit fixer oder variabler Verzinsung oder Nullkupon-Schuldverschreibungen, die nach Maßgabe des PfandbriefG durch ein Sondervermögen (Deckungsstock) besichert sind, das hauptsächlich aus Kreditforderungen gegen Gebietskörperschaften und staatliche Behörden des Europäischen Wirtschaftsraums und der Schweiz oder Forderungen, die von einer dieser Gebietskörperschaften oder staatliche Behörden garantiert sind, bestehen. Im Falle der Insolvenz der Emittentin haben die Inhaber von Kommunalpfandbriefen ein direktes Recht auf Befriedigung aus dem Deckungsstock.

Zertifikate

Allgemein

Die unter dem Programm begebenen Zertifikate sind an bestimmte Basiswerte gekoppelt. Die Höhe des Tilgungsbetrags, den Anleger erhalten, ist von der Entwicklung des Wertes eines oder mehrerer Basiswerte abhängig.

Partizipations-Zertifikate

Anleger, die in Partizipations-Zertifikate investieren, nehmen im maßgeblichen Partizipationsverhältnis und unbegrenzt an der Wertentwicklung eines Basiswerts teil, soweit die Partizipations-Zertifikate nicht über einen Cap verfügen; in diesem Fall ist die Teilnahme an der Wertentwicklung mit dem Cap nach oben hin begrenzt. Der Basiswert entspricht dabei beispielsweise einem Korb verschiedener Aktien, die einen Markt und dessen Entwicklung repräsentativ abbilden. Entscheidet sich der Anleger zum Beispiel für ein ATX-Zertifikat, das den ATX 1:1 abbildet, fällt und steigt der Kurs des Zertifikates im gleichen Ausmaß, in dem sich auch der Wiener-Börse-Index ATX auf und ab bewegt.

Partizipations-Zertifikate sollen es Anlegern ermöglichen, ihre Markterwartung direkt umsetzen. Je nach Zusammensetzung des betreffenden Basiswertkorbes können Anleger ihr Risiko streuen. Im Vergleich zu einer Investition in einzelne Basiswerte können bei einem Partizipations-Zertifikat Verluste bei einem Basiswert möglicherweise innerhalb des Basiswertkorbes durch Gewinne bei einem anderen Basiswert ausgeglichen werden. Umgekehrt können aber auch Kursgewinne eines Basiswerts von Verlusten anderer Basiswerte aufgezehrt werden.

Die Kursentwicklung von Partizipations-Zertifikaten korreliert typischerweise 1:1 mit jener des Basiswertkorbes, soweit die Partizipations-Zertifikate nicht über einen Cap verfügen; diesfalls sinkt der Marktpreis der Partizipations-Zertifikate, wenn der Cap erreicht wird.

Bei Partizipations-Zertifikaten mit Kapitalgarantie oder Teilschutz entspricht der

Tilgungsbetrag einem Mindestbetrag des eingesetzten Kapitals.

Bonus-Zertifikate

Am Fälligkeitstag sind Inhaber von Bonus-Zertifikaten berechtigt, von der Emittentin die Rückzahlung durch Zahlung eines Tilgungsbetrags zu verlangen, der zumindest dem Bonusbetrag entspricht, wenn der Kurs des Basiswerts während der Laufzeit des Bonus-Zertifikates ein von der Emittentin am Ausgabetag festgelegtes Kursniveau nie erreicht und/ oder unterschritten hat.

Falls der Kurs des Basiswerts (auch nur ein Mal) während der Laufzeit des Bonus-Zertifikats die Barriere erreicht oder unterschritten hat, erhalten die Inhaber der Bonus-Zertifikate einen Tilgungsbetrag, dessen Höhe von der Entwicklung des Basiswerts abhängt und der gemäß den maßgeblichen Emissionsbedingungen berechnet wird.

Während ihrer Laufzeit entwickelt sich der Marktpreis von Bonus-Zertifikaten typischerweise in Übereinstimmung mit dem Marktpreis des Basiswerts, allerdings nicht linear. Bonus-Zertifikate können aufgrund der Einwirkung bestimmter Faktoren (zB Volatilität, Restlaufzeit, Entfernung von der Barriere etc) stärker oder schwächer auf Veränderungen des Basiswerts reagieren. Wenn sich der Kurs des Basiswerts für den Wertpapierinhaber nachteilig entwickelt, kann es bei Bonus-Zertifikaten ohne Kapitalgarantie zum Verlust eines wesentlichen Teil oder des gesamten angelegten Kapitals kommen (Totalverlust).

Bei Bonus-Zertifikaten mit Kapitalgarantie entspricht der Tilgungsbetrag zumindest dem Nennbetrag.

Express Zertifikate

Express-Zertifikate sollen es Anlegern ermöglichen, an der Wertentwicklung eines Basiswerts (typischerweise Indizes oder Aktien) oder eines Korbes von Basiswerten mit der Möglichkeit einer vorzeitigen Rückzahlung teilzunehmen. Wenn der Kurs des Basiswerts an einem der Beobachtungstage die von der Emittentin festgelegte Schwelle überschreitet, erfolgt automatisch eine vorzeitige Tilgung zu dem an diesem Beobachtungstag maßgeblichen Tilgungsbetrag. Wenn der Kurs des Basiswerts die festgelegte Schwelle auch am letzten Beobachtungstag nicht erreicht, entspricht die Tilgung der prozentualen Entwicklung des maßgeblichen Schlusskurses des Basiswertes am Endbeobachtungstag gegenüber dem maßgeblichen Schlusskurses des Basiswertes zum Anfangsbeobachtungstag. Wenn die Emittentin in diesem Fall am Ausgabetag zusätzlich eine Barriere festgelegt hat und der Kurs des Basiswerts diese Barriere während des Beobachtungszeitraums weder erreicht noch überschritten hat, erfolgt die Rückzahlung zumindest zum Nennbetrag.

Der Marktpreis von Express-Zertifikaten entwickelt sich während ihrer Laufzeit in Übereinstimmung mit dem Marktpreis des Basiswerts, allerdings nicht linear. Express-Zertifikate können aufgrund der Einwirkung bestimmter Faktoren (zB

Volatilität, Restlaufzeit, Entfernung von der Barriere etc) stärker oder schwächer auf Veränderungen des Basiswerts reagieren.

(ii) ISIN

Die ISIN der Wertpapiere wird in den Endgültigen Bedingungen angegeben.

4.1.2 Erklärung zur Wertentwicklung für derivative Wertpapiere

Bei Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung ist die Höhe des Zinssatzes von der Entwicklung des Marktpreises eines oder mehrerer Basiswerte abhängig. Der Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen hingegen steht bereits am Begebungstag fest und ändert sich nicht. Der Marktpreis der Schuldverschreibungen neigt typischerweise weniger zu Schwankungen (Volatilität) als der Marktpreis von Zertifikaten, bei denen die Höhe des Tilgungsbetrags von der Entwicklung des Marktpreises eines oder mehrerer Basiswerte abhängt. Der Marktpreis der Schuldverschreibungen hängt unter anderem von der Einschätzung des Marktes über die Rendite der Schuldverschreibungen ab. Geht der Markt beispielsweise aufgrund einer positiven Entwicklung des Marktpreises eines oder mehrerer Basiswerte von einer Erhöhung der Rendite der Schuldverschreibungen aus, erhöht sich in der Regel auch der Marktpreis der Schuldverschreibungen. Die Rendite der Schuldverschreibungen ist von der Differenz zwischen dem Preis, zu dem die Schuldverschreibungen erworben werden, und dem Preis, zu dem sie verkauft werden bzw dem Rückzahlungsbetrag sowie dem Zinssatz der Schuldverschreibungen abhängig. Da die Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung einen festen Rückzahlungsbetrag aufweisen, kommt der Veränderung des Basiswerts eine maßgebliche Bedeutung für die Veränderung des Marktpreises der Schuldverschreibungen zu. Je nach der Zuordnung zwischen Basiswert und Zinssatz, ist bei einer Änderung des Marktpreises des Basiswertes grundsätzlich von einer Änderung des Marktpreises der Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung auszugehen. Bei Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung bemisst sich die Höhe des auf eine Zinsperiode anwendbaren Zinssatzes nach der Entwicklung des Marktpreises eines oder mehrerer Basiswerte in einem bestimmten Zeitraum.

Bei Zertifikaten ist die Höhe des Tilgungsbetrags von der Entwicklung des Marktpreises eines oder mehrerer Basiswerte abhängig. Zertifikate können zudem eine fixe oder variable Verzinsung aufweisen. Die Rendite der Zertifikate bemisst sich daher maßgeblich vom Tilgungsbetrag und der allfälligen Verzinsung. Der Marktpreis von Zertifikaten ist typischerweise sehr volatil, wenn sie keine laufende Verzinsung aufweisen, da der Tilgungsbetrag (meist) ungewiss ist. Für die Zuordnung zwischen Basiswert und Tilgungsbetrag gilt dasselbe wie oben. Darüber hinaus können die Zertifikate je nach Zertifikate-Art auch noch weitere Merkmale bzw Strukturen aufweisen. Der Marktpreis der Zertifikate wird maßgeblich von ihrem Tilgungsbetrag bzw der Einschätzung des Marktes über die voraussichtliche Höhe des Tilgungsbetrags der Zertifikate bei Laufzeitende beeinflusst.

4.1.3 Rechtsvorschriften, auf deren Grundlage die Wertpapiere geschaffen wurden

Der vorliegende Prospekt wurde nach dem derzeit in Österreich geltenden Recht und dem in Österreich direkt anwendbaren EU-Recht erstellt.

Die Wertpapiere sowie alle damit verbundenen Rechte und Pflichten unterliegen österreichischem Recht unter Ausschluss der Regelungen des internationalen Privatrechts, soweit dies die Anwendung fremden Rechts zur Folge hätte. Der Erfüllungsort wird in den Endgültigen Bedingungen bekannt gegeben.

Ausschließlicher Gerichtsstand ist, soweit rechtlich zulässig, das in den Endgültigen Bedingungen angegebene für Handelssachen zuständige Gericht, wobei sich die Emittentin jedoch vorbehält, eine Klage bei einem ansonsten zuständigen Gericht einzubringen. Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes können ihre Ansprüche auch bei allen anderen zuständigen Gerichten geltend machen.

4.1.4(i) Angabe, ob es sich bei den Wertpapieren um Namens- oder Inhaberpapiere handelt und ob sie in Stückeform oder stückelos vorliegen

Die Wertpapiere lauten auf den Inhaber.

Jede Serie der Wertpapiere lautet auf Inhaber und wird zur Gänze durch eine veränderbare Sammelurkunde gemäß § 24 lit b Depotgesetz (DepG) idGF ohne Zinsscheine verbrieft, welche die Unterschriften der erforderlichen Anzahl zeichnungsberechtigter Vertreter der Emittentin trägt.

Ein Anspruch auf Einzelverbriefung oder Ausfolgung einzelner Wertpapiere (effektiver Stücke) oder Zinsscheine ist ausgeschlossen.

(ii) Name und Anschrift des die Buchungsunterlagen führenden Instituts

Jede Sammelurkunde wird nach Maßgabe der Endgültigen Bedingungen entweder von der Emittentin (Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Hypo-Passage 1, A-6900 Bregenz) oder von einem oder im Namen des Clearing-Systems verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Wertpapieren erfüllt sind.

4.1.5 Währung der Wertpapiere

Die Wertpapiere lauten auf Euro oder eine andere Währung, wie in den Endgültigen Bedingungen bezeichnet.

4.1.6 Rang der Wertpapiere

Im Hinblick auf die Rangfolge der Wertpapiere, die die Emittentin unter diesem Programm begeben kann, ist zwischen den folgenden zwei möglichen Rängen zu unterscheiden.

Nicht-nachrangige Schuldverschreibungen und Zertifikate. Die nicht-nachrangige Schuldverschreibungen und die Zertifikate begründen direkte, unbesicherte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nicht-nachrangigen gegenwärtigen und zukünftigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, soweit diesen Verbindlichkeiten nicht durch zwingende gesetzliche Bestimmungen ein Vorrang eingeräumt wird.

Nachrangige Schuldverschreibungen. Die Schuldverschreibungen begründen direkte, unbesicherte und nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander gleichrangig sind, und zumindest den gleichen Rang mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, ausgenommen nachrangige Verbindlichkeiten, welche gemäß ihren Bedingungen als nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen bezeichnet werden.

Im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Emittentin sind die Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen:

- (i) nachrangig gegenüber allen gegenwärtigen oder zukünftigen nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten oder Instrumenten der Emittentin;
- (ii) gleichrangig untereinander sowie gegenüber allen gegenwärtigen oder zukünftigen nachrangigen Verbindlichkeiten oder Instrumenten der Emittentin, die nicht gemäß deren Bedingungen nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen sind; und
- (iii) vorrangig gegenüber den Ansprüchen von Aktionären, Inhabern von (anderen) Instrumenten des harten Kernkapitals (*Common Equity Tier 1*) gemäß Artikel 28 CRR sowie Inhabern von Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (*Additional Tier 1*) gemäß Artikel 52 CRR der Emittentin und allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, welche gemäß ihren Bedingungen nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen sind.

Pfandbriefe und Kommunalpfandbriefe. Die Pfandbriefe und die Kommunalpfandbriefe begründen direkte, unbedingte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander gleichrangig sind. Die Pfandbriefe und die Kommunalpfandbriefe sind nach Maßgabe des Gesetzes über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten (PfandbriefG) jeweils durch einen gesonderten Deckungsstock gedeckt und stehen im gleichen Rang mit allen anderen nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, gegenwärtig und zukünftig, aus Pfandbriefen bzw. Kommunalpfandbriefen.

4.1.7 Mit den Wertpapieren verbundene Rechte einschließlich Beschränkungen dieser Rechte und des Verfahrens zur Wahrnehmung dieser Rechte

Die mit den Wertpapieren verbundenen Rechte ergeben sich aus den Emissionsbedingungen der jeweiligen Emission von Wertpapieren, insbesondere:

- im Fall von Schuldverschreibungen (mit Ausnahme von Nullkupon-Schuldverschreibungen) das Recht, Zinszahlungen gemäß den Emissionsbedingungen zu erhalten, sofern solche anfallen;
- im Fall von Schuldverschreibungen das Recht, Tilgungszahlungen oder Teiltilgungszahlungen gemäß den Emissionsbedingungen zu erhalten;
- im Fall von Zertifikaten erfolgt in der Regel keine laufende Verzinsung, soweit in den Emissionsbedingungen nicht anders vorgesehen;
- im Fall von Zertifikaten das Recht, Tilgungszahlungen zu erhalten, sofern solche anfallen, wobei diese von einem in den Emissionsbedingungen beschriebenen Basiswert (oder einem Korb von Basiswerten) abhängen und/oder eine Bonuszahlung vorsehen können, wenn der Marktpreis des Basiswerts eine festgelegte Barriere nicht erreicht und nicht unterschreitet;
- eine vorzeitige Rückzahlung der Wertpapiere ist nur zulässig, wenn dies in den Endgültigen Bedingungen ausdrücklich vorgesehen ist;
- die Wertpapiere unterliegen keiner Negativverpflichtung;
- die Wertpapiere sehen keine ausdrücklichen Verzugsfälle vor, aber eine vorzeitige Rückzahlung kann in bestimmten außergewöhnlichen Fällen (zB beharrlicher Zahlungsverzug auf Seiten der Emittentin) erlaubt sein; und
- Ansprüche gegen die Emittentin auf Zahlungen hinsichtlich der Wertpapiere verjähren, sofern sie nicht innerhalb von der jeweils in den Emissionsbedingungen angegebenen Frist (im Falle des Kapitals) und innerhalb von der jeweils in den Emissionsbedingungen angegebenen Frist (im Falle von Zinsen) ab dem Tag der Fälligkeit geltend gemacht werden.

4.1.8 Angaben zur Verzinsung bei nicht-derivativen Wertpapieren

Die Verzinsung von Schuldverschreibungen erfolgt in Übereinstimmung mit den Emissionsbedingungen. Zu allfälligen Bestimmungen zum Basiswert bzw Basiswerten verweist die Emittentin auf die Endgültigen Bedingungen.

(i) *Beschreibung aller etwaigen Ereignisse, die eine Störung des Markts oder der Abrechnung bewirken und den Basiswert beeinflussen*

Ereignisse und/oder Situationen, die eine Marktstörung begründen, sind in § 3c der ergänzenden Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung dargestellt.

(ii) *Anpassungsregeln in Bezug auf Ereignisse, die den Basiswert betreffen*

Die rechtsverbindlichen Regeln zu Anpassungsereignissen und Anpassungs-/Beendigungsereignissen finden sich in §§ 3a und 3b der ergänzenden

Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung und in § 8 der Emissionsbedingungen für Zertifikate.

(iii) Name der Berechnungsstelle

Die Berechnungsstelle wird im Fall von Schuldverschreibungen in § 8 der Emissionsbedingungen angeführt.

(iv) wenn das Wertpapier bei der Zinszahlung eine derivative Komponente aufweist, klare und umfassende Erläuterung, die den Anlegern verständlich macht, wie der Wert ihrer Anlage durch den Wert des Basisinstruments/der Basisinstrumente beeinflusst wird, insbesondere in Fällen, in denen die Risiken am offensichtlichsten sind

Siehe Punkt 4.1.2

4.1.9 (i) Fälligkeitstermin

Wertpapiere werden zu ihrem in den Emissionsbedingungen definierten Rückzahlungsbetrag am Fälligkeitstag zurückgezahlt und Zertifikate am Fälligkeitstag zum Tilgungsbetrag getilgt.

(ii) Tilgungsmodalitäten

Eine vorzeitige Rückzahlung durch die Emittentin ist möglich, wenn dies in den Endgültigen Bedingungen ausdrücklich angeführt ist. Eine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Wertpapierinhaber ist möglich, wenn dies in den Endgültigen Bedingungen ausdrücklich vorgesehen ist.

4.1.10 (i) Rendite von derivativen/nicht-derivativen Schuldverschreibungen

Die Rendite (bestimmt durch Ausgabekurs, Zinssatz, Laufzeit und Tilgungszahlung; siehe die folgenden Ausführungen) wird bei fix verzinsten nicht-derivativen und Nullkupon-Schuldverschreibungen im Vorhinein in den Endgültigen Bedingungen angegeben, wobei davon ausgegangen wird, dass die Wertpapiere bis zum Laufzeitende gehalten werden und die Verzinsung sowie der Rückzahlungsbetrag im Vorhinein feststehen. Allfällige zusätzlich zum Ausgabepreis/-kurs anfallende Nebenkosten (beispielsweise Zeichnungsspesen) sowie laufende Nebenkosten (beispielsweise Depotgebühren) finden in die Berechnung der Emissionsrendite keinen Eingang.

Für variabel verzinsten nicht-derivativen Schuldverschreibungen und für Wertpapiere mit basiswertabhängiger Verzinsung und/oder Rückzahlungsbetrag mit derivativer Komponente kann keine Rendite berechnet werden, daher entfällt in diesen Fällen die Angabe einer Rendite in den Endgültigen Bedingungen.

(ii) Beschreibung der Methode zur Berechnung der Rendite in Kurzform

Eine allenfalls in den Endgültigen Bedingungen angegebene Rendite wird am Begebungstag auf Basis des Emissionspreises berechnet und stellt keine Indikation für eine Rendite in der Zukunft dar. Die Rendite wird mit Hilfe der ICMA Methode berechnet, so in den Endgültigen Bedingungen nichts anderes angegeben ist. Die ICMA Methode ermittelt die Effektivverzinsung von Wertpapieren unter Berücksichtigung der täglichen Stückzinsen.

4.1.11 Vertretung von Wertpapierinhabern

Grundsätzlich sind alle Rechte aus Emissionen durch den einzelnen Inhaber der Wertpapiere selbst oder den von ihm bestellten Rechtsvertreter gegenüber der Emittentin direkt, an deren Sitz zu den üblichen Geschäftsstunden, sowie in schriftlicher Form (eingeschriebene Postsendung) oder im ordentlichen Rechtsweg geltend zu machen.

Seitens der Emittentin ist keine organisierte Vertretung der Wertpapierinhaber vorgesehen.

Generell gilt jedoch, dass zur Wahrung der Ausübung der Rechte von Gläubigern von auf Inhaber lautenden oder durch Indossament übertragbaren (Teil-) Schuldverschreibungen (wie den Wertpapieren) inländischer Emittenten und bestimmter anderer Wertpapiere, wenn deren Rechte wegen Mangels einer gemeinsamen Vertretung gefährdet oder die Rechte der Emittentin in ihrem Gange gehemmt würden, insbesondere im Konkursfall der Emittentin, nach den Regelungen des Kuratorengesetzes 1874 und des Kuratorenergänzungsgesetzes 1877 vom zuständigen Gericht ein Kurator für die jeweiligen Wertpapierinhaber zu bestellen ist. Die Regelungen des Kuratorengesetzes 1874 und des Kuratorenergänzungsgesetzes 1877 können durch Vereinbarung oder Emissionsbedingungen nicht aufgehoben oder verändert werden, es sei denn, es ist eine für die Wertpapierinhaber gleichwertige gemeinsame Interessensvertretung vorgesehen.

4.1.12 Beschlüsse, die die Grundlage für die Schaffung der Wertpapiere bilden

Emissionen von Wertpapieren werden von der Emittentin auf Grundlage der jeweils geltenden Pouvoirregelung begeben.

4.1.13 Angabe des erwarteten Emissionstermins der Wertpapiere

Der erwartete Emissionstermin und Tilgungstermin der Wertpapiere wird in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen angegeben.

4.1.14 Übertragbarkeit der Wertpapiere

Die Wertpapiere lauten auf den Inhaber und sind frei übertragbar.

4.1.15 (i) Verfalltermin derivativer Wertpapiere

Der Fälligkeitstag der Wertpapiere ist, ebenso wie die Fälligkeitstage aller anderen Zahlungen, in den Endgültigen Bedingungen angeführt.

4.1.15 (ii) Ausübungstermin oder letzter Referenztermin derivativer Wertpapiere

Im Fall der vorzeitigen Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger muss der Anleihegläubiger innerhalb der Kündigungsfrist (Put) eine schriftliche Ausübungserklärung bei der Zahlstelle abgeben. Ein Widerruf einer erfolgten Ausübung dieses Rechts ist nicht möglich.

Außer im Fall der vorzeitigen Rückzahlung ist keine Ausübungserklärung vorgesehen. Die Zertifikate werden innerhalb der in den Emissionsbedingungen angegebenen Anzahl an Bankarbeitstagen nach Ende der Laufzeit automatisch durch die Emittentin rückgelöst und der Tilgungsbetrag am Fälligkeitstag an die Investoren ausbezahlt.

4.1.16 Abrechnungsverfahren derivativer Wertpapiere

Sämtliche Zahlungen gemäß den Wertpapieren erfolgen, vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Vorschriften, über die Zahlstelle zur Weiterleitung an die Clearing-Systeme oder nach deren Anweisung durch Gutschrift auf die jeweilige für den Wertpapierinhaber depotführende Stelle.

Als Zahlstelle fungiert die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Hypo-Passage 1, A-6900 Bregenz, oder eine (oder mehrere) andere in den Endgültigen Bedingungen bezeichnete Zahlstelle(n).

4.1.17 (i) Beschreibung der Ertragsmodalitäten bei derivativen Wertpapieren

Die Wertpapiere werden zu ihrem Rückzahlungs- bzw. Tilgungsbetrag (wie in den Emissionsbedingungen festgelegt) am Fälligkeitstag (wie in den Endgültigen Bedingungen festgelegt) zurückgezahlt.

Weitere oder andere Modalitäten zur Abwicklung können in den Endgültigen Bedingungen enthalten sein.

4.1.17 (ii) Zahlungs- und Liefertermin

Die Zahlungs- und Liefertermine ergeben sich aus den Emissionsbedingungen.

4.1.17 (iii) Berechnungsweise

Der Rückzahlungsbetrag/Tilgungsbetrag wird wie in den Emissionsbedingungen angegeben errechnet.

4.1.18 Besteuerung in Österreich

Dieser Abschnitt zur Besteuerung enthält eine kurze Zusammenfassung des Verständnisses der Emittentin betreffend einige wichtige Grundsätze, die im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Halten und der Veräußerung der Wertpapiere in Österreich bedeutsam sind. Die Zusammenfassung erhebt nicht den Anspruch, sämtliche steuerlichen Überlegungen vollständig wiederzugeben und geht auch nicht auf besondere Sachverhaltsgestaltungen ein, die für einzelne potenzielle Anleger von Bedeutung sein können. Die folgenden Ausführungen sind genereller Natur und hierin nur zu Informationszwecken enthalten. Sie sollen keine rechtliche oder steuerliche Beratung darstellen und auch nicht als solche ausgelegt werden. Diese Zusammenfassung basiert auf den derzeit gültigen österreichischen Steuergesetzen, der höchstgerichtlichen Rechtsprechung sowie den Richtlinien der Finanzverwaltung und deren jeweiliger Auslegung, die alle Änderungen unterliegen können. Solche Änderungen können auch rückwirkend eingeführt werden und die beschriebenen steuerlichen Folgen nachteilig beeinflussen. Potenziellen Anlegern wird empfohlen, wegen der steuerlichen Folgen des Kaufs, des Haltens sowie der Veräußerung der Wertpapiere ihre rechtlichen und steuerlichen Berater zu konsultieren. Das steuerliche Risiko aus den Wertpapieren trägt der Anleger. Im Folgenden wird angenommen, dass die Wertpapiere an einen in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht unbestimmten Personenkreis angeboten werden.

Die Emittentin übernimmt keine Verantwortung für die Einbehaltung von Steuern an der Quelle.

Allgemeine Hinweise

Natürliche Personen, die in Österreich einen Wohnsitz und/oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt gemäß § 26 Bundesabgabenordnung (BAO) haben, unterliegen mit ihrem Welteinkommen der Einkommensteuer in Österreich (unbeschränkte Einkommensteuerpflicht). Natürliche Personen, die weder Wohnsitz noch gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich haben, unterliegen nur mit bestimmten Inlandseinkünften der Steuerpflicht in Österreich (beschränkte Einkommensteuerpflicht).

Körperschaften, die in Österreich ihre Geschäftsleitung und/oder ihren Sitz gemäß § 27 BAO haben, unterliegen mit ihrem Welteinkommen der Körperschaftsteuer in Österreich (unbeschränkte Körperschaftsteuerpflicht). Körperschaften, die weder Geschäftsleitung noch Sitz in Österreich haben, unterliegen nur mit bestimmten Inlandseinkünften der Steuerpflicht in Österreich (beschränkte Körperschaftsteuerpflicht).

Sowohl in Fällen der unbeschränkten als auch der beschränkten Einkommen- oder Körperschaftsteuerpflicht in Österreich kann Österreichs Besteuerungsrecht durch Doppelbesteuerungsabkommen eingeschränkt werden.

Einkommensbesteuerung der Wertpapiere

Gemäß § 27 Abs 1 Einkommensteuergesetz (EStG) gelten als Einkünfte aus Kapitalvermögen:

- Einkünfte aus der Überlassung von Kapital gemäß § 27 Abs 2 EStG, dazu gehören Dividenden und Zinsen; die Steuerbemessungsgrundlage entspricht dem Betrag der bezogenen Kapitalerträge (§ 27a Abs 3 Z 1 EStG);
- Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen gemäß § 27 Abs 3 EStG, dazu gehören Einkünfte aus der Veräußerung, Einlösung und sonstigen Abschichtung von Wirtschaftsgütern, deren Erträge Einkünfte aus der Überlassung von Kapital sind (einschließlich Nullkuponanleihen); die Steuerbemessungsgrundlage entspricht dem Veräußerungserlös bzw dem Einlösungs- oder Abschichtungsbetrag abzüglich der Anschaffungskosten, jeweils inklusive anteiliger Stückzinsen (§ 27a Abs 3 Z 2 lit a EStG); und
- Einkünfte aus Derivaten gemäß § 27 Abs 4 EStG, dazu gehören Differenzausgleiche, Stillhalterprämien und Einkünfte aus der Veräußerung oder sonstigen Abwicklung von Termingeschäften wie Optionen, Futures und Swaps sowie sonstigen derivativen Finanzinstrumenten wie Indexzertifikaten (die Ausübung einer Option führt für sich noch nicht zur Steuerpflicht); die Steuerbemessungsgrundlage entspricht zB im Fall von Indexzertifikaten dem Veräußerungserlös bzw dem Einlösungs- oder Abschichtungsbetrag abzüglich der Anschaffungskosten (§ 27a Abs 3 Z 3 lit c EStG).
- Auch die Entnahme und das sonstige Ausscheiden der Wertpapiere aus einem Depot sowie Umstände, die zu einer Einschränkung des Besteuerungsrechtes Österreichs im Verhältnis zu anderen Staaten führen, wie zB der Wegzug aus Österreich, gelten im Allgemeinen als Veräußerung (§ 27 Abs 6 EStG). Die Steuerbemessungsgrundlage entspricht dem gemeinen Wert abzüglich der Anschaffungskosten (§ 27a Abs 3 Z 2 lit b EStG).

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen, die die Wertpapiere in ihrem Privatvermögen halten, unterliegen gemäß § 27 Abs 1 EStG mit Einkünften aus Kapitalvermögen daraus der Einkommensteuer. Inländische Einkünfte aus Kapitalvermögen aus den Wertpapieren – das sind im Allgemeinen Einkünfte, die über eine inländische auszahlende oder depotführende Stelle ausbezahlt werden – unterliegen der Kapitalertragsteuer (KESt) zum besonderen Steuersatz von 27,5%. Über den Abzug von KESt hinaus besteht keine Einkommensteuerpflicht (Endbesteuerung nach § 97 Abs 1 EStG). Ausländische Einkünfte aus Kapitalvermögen aus den Wertpapieren müssen in der Einkommensteuererklärung des Anlegers angegeben werden und unterliegen der Besteuerung zum besonderen Steuersatz von 27,5%. In beiden Fällen besteht auf Antrag die Möglichkeit, dass sämtliche einem besonderen Steuersatz gemäß § 27a Abs 1 EStG unterliegenden Einkünfte zum niedrigeren progressiven Einkommensteuertarif veranlagt werden (Regelbesteuerungsoption gemäß § 27a Abs 5 EStG). Die Anschaffungskosten sind ohne Anschaffungsnebenkosten anzusetzen (§ 27a Abs 4 Z 2 EStG). Aufwendungen und Ausgaben wie zB

Bankspesen oder Depotgebühren dürfen nicht abgezogen werden (§ 20 Abs 2 EStG); dies gilt auch bei Ausübung der Regelbesteuerungsoption. § 27 Abs 8 EStG sieht unter anderem folgende Beschränkungen betreffend den Verlustausgleich vor: negative Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen bzw Derivaten dürfen weder mit Zinserträgen aus Geldeinlagen und nicht verbrieften sonstigen Forderungen bei Kreditinstituten (ausgenommen Ausgleichszahlungen und Leihegebühren) noch mit Zuwendungen von Privatstiftungen, ausländischen Stiftungen oder sonstigen Vermögensmassen, die mit einer Privatstiftung vergleichbar sind, ausgeglichen werden; Einkünfte, die einem besonderen Steuersatz gemäß § 27a Abs 1 EStG unterliegen, dürfen nicht mit Einkünften ausgeglichen werden, die dem progressiven Einkommensteuersatz unterliegen (dies gilt auch bei Inanspruchnahme der Regelbesteuerungsoption); nicht ausgeglichene Verluste aus Kapitalvermögen dürfen nicht mit Einkünften aus anderen Einkunftsarten ausgeglichen werden. Die österreichische depotführende Stelle hat nach Maßgabe des § 93 Abs 6 EStG, unter Einbeziehung aller bei ihr geführten Depots den Verlustausgleich durchzuführen und dem Steuerpflichtigen eine Bescheinigung darüber zu erteilen.

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen, die die Wertpapiere in ihrem Betriebsvermögen halten, unterliegen gemäß § 27 Abs 1 EStG mit Einkünften aus Kapitalvermögen daraus der Einkommensteuer. Inländische Einkünfte aus Kapitalvermögen aus den Wertpapieren unterliegen der KESt zum besonderen Steuersatz von 27,5%. Während die KESt Endbesteuerungswirkung bezüglich Einkünften aus der Überlassung von Kapital entfaltet, müssen Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen und Einkünfte aus Derivaten in der Einkommensteuererklärung des Anlegers angegeben werden (nichtsdestotrotz ist der besondere Steuersatz von 27,5% anwendbar). Ausländische Einkünfte aus Kapitalvermögen aus den Wertpapieren müssen immer in der Einkommensteuererklärung des Anlegers angegeben werden und unterliegen der Besteuerung zum besonderen Steuersatz anwendbar von 27,5%. In beiden Fällen besteht auf Antrag die Möglichkeit, dass sämtliche einem besonderen Steuersatz gemäß § 27a Abs 1 EStG unterliegenden Einkünfte zum niedrigeren progressiven Einkommensteuertarif veranlagt werden (Regelbesteuerungsoption gemäß § 27a Abs 5 EStG). Aufwendungen und Ausgaben wie zB Bankspesen oder Depotgebühren dürfen nicht abgezogen werden (§ 20 Abs 2 EStG); dies gilt auch bei Ausübung der Regelbesteuerungsoption. Gemäß § 6 Z 2 lit c EStG sind Abschreibungen auf den niedrigeren Teilwert und Verluste aus der Veräußerung, Einlösung und sonstigen Abschichtung von Wirtschaftsgütern und Derivaten iSd § 27 Abs 3 und 4 EStG, die dem besonderen Steuersatz von 27,5% unterliegen, vorrangig mit positiven Einkünften aus realisierten Wertsteigerungen von solchen Wirtschaftsgütern und Derivaten sowie mit Zuschreibungen solcher Wirtschaftsgüter desselben Betriebes zu verrechnen. Ein verbleibender negativer Überhang darf nur zu 55% ausgeglichen werden.

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige Kapitalgesellschaften unterliegen gemäß § 7 Abs 2 Körperschaftsteuergesetz (KStG) mit Einkünften iSd § 27 Abs 1 EStG aus den Wertpapieren der Körperschaftsteuer von 25%. Inländische Einkünfte

iSd § 27 Abs 1 EStG aus den Wertpapieren unterliegen der KEST zum besonderen Steuersatz von 27,5%. Ein Steuersatz von 25% kann jedoch gemäß § 93 Abs 1a EStG vom Abzugsverpflichteten angewendet werden, wenn der Schuldner der KEST eine Körperschaft ist. Die KEST kann auf die Körperschaftsteuer angerechnet werden. Unter den Voraussetzungen des § 94 Z 5 EStG kommt es von vornherein nicht zum Abzug von KEST. Verluste aus der Veräußerung der Wertpapiere sind grundsätzlich mit anderen Einkünften ausgleichsfähig.

Privatstiftungen nach dem Privatstiftungsgesetz, welche die Voraussetzungen des § 13 Abs 3 und 6 KStG erfüllen und die Wertpapiere nicht in einem Betriebsvermögen halten, unterliegen gemäß § 13 Abs 3 Z 1 iVm § 22 Abs 2 KStG mit Zinsen, Einkünften aus realisierten Wertsteigerungen und Einkünften aus (unter anderem, verbrieften) Derivaten der Zwischenbesteuerung von 25%. Die Anschaffungskosten sind nach Ansicht der Finanzverwaltung ohne Anschaffungsnebenkosten anzusetzen. Aufwendungen und Ausgaben wie zB Bankspesen oder Depotgebühren dürfen nicht abgezogen werden (§ 12 Abs 2 KStG). Zwischensteuer entfällt im Allgemeinen in jenem Umfang, in dem im Veranlagungszeitraum KEST-pflichtige Zuwendungen an Begünstigte getätigt werden. Inländische Einkünfte aus Kapitalvermögen aus den Wertpapieren unterliegen grundsätzlich der KEST zum besonderen Steuersatz von 27,5%. Ein Steuersatz von 25% kann jedoch gemäß § 93 Abs 1a EStG vom Abzugsverpflichteten angewendet werden, wenn der Schuldner der KEST eine Körperschaft ist. Die KEST kann auf die anfallende Steuer angerechnet werden. Unter den Voraussetzungen des § 94 Z 12 EStG kommt es nicht zum Abzug von KEST.

In Österreich beschränkt steuerpflichtige natürliche Personen und Kapitalgesellschaften unterliegen mit Einkünften aus Kapitalvermögen aus den Wertpapieren dann der Einkommen- bzw Körperschaftsteuer, wenn sie eine Betriebsstätte in Österreich haben und die Wertpapiere dieser Betriebsstätte zurechenbar sind (§ 98 Abs 1 Z 3 EStG (iVm § 21 Abs 1 Z 1 KStG)). Darüber hinaus sind in Österreich beschränkt steuerpflichtige natürliche Personen gemäß § 98 Abs 1 Z 5 lit b EStG in folgenden Fällen steuerpflichtig: Vor dem 1.1.2017 unterliegen solche natürlichen Personen mit Zinsen im Sinne des EU-Quellensteuergesetzes (EU-QuStG, siehe unten) aus den Wertpapieren der Einkommensteuer, wenn KEST einzubehalten war; dies gilt, unter anderem, nicht für natürliche Personen, die in den Anwendungsbereich des EU-QuStG fallen. Nach dem 31.12.2016 unterliegen solche natürlichen Personen mit inländischen Zinsen gemäß § 27 Abs 2 Z 2 EStG und inländischen Stückzinsen gemäß § 27 6 Z 5 EStG (einschließlich aus Nullkuponanleihen) der Einkommensteuer, wenn KEST einzubehalten war; dies gilt nicht, wenn die natürliche Person in einem Staat ansässig ist, mit dem ein automatischer Informationsaustausch besteht, wobei die Begründung der Ansässigkeit in einem solchen Staat durch Vorlage einer Ansässigkeitsbescheinigung nachzuweisen ist. Inländische Zinsen sind Zinsen, deren Schuldner Geschäftsleitung und/oder Sitz im Inland hat oder eine inländische Zweigstelle eines ausländischen Kreditinstitutes ist; inländische Stückzinsen sind Stückzinsen aus einem Wertpapier, das von einer inländischen Emittentin begeben

worden ist. Aufgrund anwendbarer Doppelbesteuerungsabkommen kann eine Entlastung von der Einkommensteuer möglich sein. Österreichische Kreditinstitute sind jedoch nicht zur Steuerentlastung an der Quelle berechtigt; stattdessen kann der Investor einen Steuerrückerstattungsantrag beim zuständigen österreichischen Finanzamt stellen.

EU-Quellensteuer

Das EU-QuStG sieht – in Umsetzung der Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen – vor, dass Zinsen, die eine inländische Zahlstelle an einen wirtschaftlichen Eigentümer, der eine natürliche Person ist, zahlt oder zu dessen Gunsten einzieht, der EU-Quellensteuer in Höhe von 35% unterliegen, sofern er seinen Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat der EU (oder in bestimmten abhängigen und assoziierten Gebieten, zu denen derzeit Anguilla, Aruba, die British Virgin Islands, Curaçao, Guernsey, die Isle of Man, Jersey, Montserrat, Sint Maarten sowie die Turks and Caicos Islands gehören) hat. Gemäß § 10 EU-QuStG ist die EU-Quellensteuer nicht zu erheben, wenn der wirtschaftliche Eigentümer der Zahlstelle eine vom Wohnsitzfinanzamt des Mitgliedstaats seines steuerlichen Wohnsitzes auf seinen Namen ausgestellte Bescheinigung vorlegt, die Name, Anschrift, Steuer- oder sonstige Identifizierungsnummer oder in Ermangelung einer solchen Geburtsdatum und -ort des wirtschaftlichen Eigentümers, Name und Anschrift der Zahlstelle, die Kontonummer des wirtschaftlichen Eigentümers oder in Ermangelung einer solchen das Kennzeichen des Wertpapiers enthält. Eine solche Bescheinigung gilt für einen Zeitraum von maximal drei Jahren.

Betreffend die Frage, ob auch Indexzertifikate der EU-Quellensteuer unterliegen, unterscheidet die österreichische Finanzverwaltung zwischen Indexzertifikaten mit und ohne Kapitalgarantie, wobei eine Kapitalgarantie bei Zusicherung der Rückzahlung eines Mindestbetrages des eingesetzten Kapitals oder auch bei der Zusicherung von Zinsen besteht. Die genaue steuerliche Behandlung von Indexzertifikaten hängt in weiterer Folge vom jeweiligen Basiswert des Indexzertifikats ab.

Gemäß der Richtlinie (EU) 2015/2016 des Rates vom 10. November 2015 zur Aufhebung der Richtlinie 2003/48/EG wurde letztere im Allgemeinen mit Wirkung ab 1.1.2016 aufgehoben. Aufgrund detaillierter Übergangsbestimmungen soll Österreich die Richtlinie 2003/48/EG jedoch im Allgemeinen bis zum 31.12.2016 anwenden.

Das EU-QuStG tritt mit Wirkung zum 1.1.2017 außer Kraft. Betreffend Neukonten iSd § 82 Gemeinsamer-Meldestandard-Gesetz (GMSG) – das sind im Wesentlichen Konten und Wertpapierdepots, die nach dem 30.9.2016 eröffnet werden – ist es bereits ab 1.10.2016 nicht mehr anzuwenden.

Steuerabkommen Österreich/Schweiz und Österreich/Liechtenstein

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen

Eidgenossenschaft über die Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt und das Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein über die Zusammenarbeit im Bereich der Steuern sehen vor, dass schweizerische bzw liechtensteinische Zahlstellen im Fall von in Österreich ansässigen betroffenen Personen (das sind im Wesentlichen natürliche Personen im eigenen Namen und als nutzungsberechtigte Personen von Vermögenswerten, die von einer Sitzgesellschaft gehalten werden) auf, unter anderem, Zinserträge, Dividendenerträge und Veräußerungsgewinne aus Vermögenswerten, die auf einem Konto oder Depot bei der schweizerischen bzw liechtensteinischen Zahlstelle verbucht sind, eine der österreichischen Einkommensteuer entsprechende Steuer in Höhe von 25% bzw 27,5% zu erheben haben. Dasselbe gilt für solche Einkünfte aus von einer liechtensteinischen Zahlstelle verwalteten Vermögenswerten im Fall von in Österreich ansässigen betroffenen Personen (das sind im Wesentlichen natürliche Personen als nutzungsberechtigte Personen von Vermögenswerten einer transparenten Vermögensstruktur). Diese Steuer hat Abgeltungswirkung, soweit das EStG für die der Steuer unterliegenden Erträge Abgeltungswirkung vorsieht. Die Steuerabkommen finden jedoch keine Anwendung auf Zinserträge, die erfasst sind von den Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft bzw dem Fürstentum Liechtenstein betreffend die Richtlinie 2003/48/EG des Rates im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen. Der Steuerpflichtige hat die Möglichkeit, anstatt der Erhebung der Abgeltungssteuer zur freiwilligen Meldung zu optieren, indem er die schweizerische bzw liechtensteinische Zahlstelle ermächtigt, der zuständigen österreichischen Behörde die Erträge eines Kontos oder Depots zu melden, wodurch diese in die Veranlagung einbezogen werden müssen.

Erbschafts- und Schenkungssteuer

Österreich erhebt keine Erbschafts- oder Schenkungssteuer.

Bestimmte unentgeltliche Zuwendungen an privatrechtliche Stiftungen und damit vergleichbare Vermögensmassen unterliegen jedoch der Stiftungseingangssteuer nach dem Stiftungseingangssteuergesetz (StiftEG), wenn der Zuwendende und/oder der Erwerber im Zeitpunkt der Zuwendung einen Wohnsitz, den gewöhnlichen Aufenthalt, den Sitz oder den Ort der Geschäftsleitung in Österreich haben. Ausnahmen von der Steuerpflicht bestehen bezüglich Zuwendungen von Todes wegen von Kapitalvermögen im Sinn des § 27 Abs 3 und 4 EStG (ausgenommen Anteile an Kapitalgesellschaften), wenn auf die daraus bezogenen Einkünfte ein besonderer Einkommensteuersatz gemäß § 27a Abs 1 EStG anwendbar ist. Die Steuerbemessungsgrundlage ist der gemeine Wert des zugewendeten Vermögens abzüglich Schulden und Lasten zum Zeitpunkt der Vermögensübertragung. Der Steuersatz beträgt generell 2,5%, in speziellen Fällen jedoch 25%. Sonderregelungen gelten für Vermögensübertragungen an Vermögensstrukturen im Anwendungsbereich des Steuerabkommens Österreich/Liechtenstein.

Zusätzlich besteht eine Anzeigepflicht für Schenkungen von Bargeld, Kapitalforderungen, Anteilen an Kapitalgesellschaften und Personenvereinigungen, Betrieben, beweglichem körperlichen Vermögen und immateriellen Vermögensgegenständen, wenn der Geschenkgeber und/oder der Geschenknehmer einen Wohnsitz, den gewöhnlichen Aufenthalt, den Sitz oder die Geschäftsleitung im Inland haben. Nicht alle Schenkungen sind davon umfasst: Im Fall von Schenkungen unter Angehörigen besteht ein Schwellenwert von EUR 50.000 pro Jahr; in allen anderen Fällen ist eine Anzeige verpflichtend, wenn der gemeine Wert des geschenkten Vermögens innerhalb von fünf Jahren EUR 15.000 übersteigt. Darüber hinaus sind unentgeltliche Zuwendungen an Stiftungen iSd StiftEG wie oben beschrieben von der Anzeigepflicht ausgenommen. Eine vorsätzliche Verletzung der Anzeigepflicht kann zur Einhebung einer Strafe von bis zu 10% des gemeinen Werts des geschenkten Vermögens führen.

Außerdem kann die unentgeltliche Übertragung der Wertpapiere gemäß § 27 Abs 6 EStG den Anfall von Einkommensteuer auf Ebene des Übertragenden auslösen (siehe oben zu § 27 Abs 6 EStG).

4.1.19 Besteuerung in Deutschland

Dieser Abschnitt enthält eine kurze Beschreibung einiger wichtiger deutscher Besteuerungsgrundsätze, die im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Halten und der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung von Schuldverschreibungen (wie den Wertpapieren im Sinne dieses Prospekts) bedeutsam sind oder werden können. Es handelt sich dabei nicht um eine umfassende und vollständige Darstellung sämtlicher möglicherweise relevanter steuerlicher Aspekte. Da dieser Prospekt die Ausgabe einer Vielzahl verschiedener Arten von Schuldverschreibungen ermöglicht, kann die steuerliche Behandlung der Schuldverschreibungen im Einzelfall von den folgenden Ausführungen abweichen. Ferner berücksichtigt die nachfolgende Darstellung – sofern nicht ausdrücklich erwähnt – nicht die steuerliche Behandlung von Basiswertpapieren. Die insoweit anwendbaren steuerlichen Vorschriften können (in einigen Fällen erheblich) von denen abweichen, die in der folgenden Darstellung beschrieben sind.

Grundlage dieser Beschreibung ist das zur Zeit der Erstellung dieses Prospekts geltende nationale deutsche Steuerrecht. Es wird darauf hingewiesen, dass sich steuerrechtliche Bestimmungen – unter Umständen und in gewissen Grenzen auch rückwirkend – ändern können. Soweit auf Stellungnahmen der Finanzverwaltung verwiesen wird, ist zu beachten, dass Änderungen in der Sichtweise der Finanzverwaltung möglich und zudem die Gerichte nicht an entsprechende Vorgaben gebunden sind. Selbst für den Fall, dass gerichtliche Entscheidungen zu bestimmten Arten von Schuldverschreibungen bestehen, müssen die entwickelten Grundsätze nicht auf solche Schuldverschreibungen Anwendung finden, die in ihrer Ausgestaltung von spezifischen Eigenheiten geprägt sind.

Diese Beschreibung kann die individuelle Situation potenzieller Käufer nicht berücksichtigen. Diesen wird daher empfohlen, wegen der Steuerfolgen des

Erwerbs, des Haltens und der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung bzw. der unentgeltlichen Übertragung von Schuldverschreibungen sowie von Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen ihre steuerlichen Berater zu konsultieren. Nur diese sind in der Lage, die besonderen steuerlichen Verhältnisse des einzelnen Inhabers angemessen zu berücksichtigen.

Die Emittentin übernimmt keine Verantwortung für die Einbehaltung von Steuern an der Quelle.

Steuerinländer

Schuldverschreibungen im Privatvermögen

Zinsen und Veräußerungsgewinne

Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen an Personen, die die Schuldverschreibungen in ihrem Privatvermögen halten ("**Privatanleger**") und bei denen es sich für steuerliche Zwecke um in Deutschland Ansässige handelt, (dh, Personen, deren Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt sich in Deutschland befindet), stellen Einkünfte aus Kapitalvermögen dar und unterliegen gemäß §§ 20 Abs. 1, 32d Abs. 1 Einkommensteuergesetz grundsätzlich einem besonderen Steuersatz in Höhe von 25% (sog. Abgeltungsteuer, nachfolgend auch als "**Abgeltungsteuer**" bezeichnet) zzgl. darauf anfallenden Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5% gemäß §§ 1 und 4 Solidaritätszuschlaggesetz und ggf. Kirchensteuer.

Gewinne aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung der Schuldverschreibungen, einschließlich etwaiger bis zur Veräußerung oder Abtretung der Schuldverschreibungen aufgelaufener und getrennt verrechneter Zinsen ("**Stückzinsen**"), stellen – unabhängig von einer Haltedauer – Einkünfte aus Kapitalvermögen gemäß § 20 Abs. 2 Einkommensteuergesetz dar und unterliegen ebenfalls der Abgeltungsteuer zzgl. darauf anfallenden Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5% und ggf. Kirchensteuer. Die Einlösung, Rückzahlung, Abtretung oder verdeckte Einlage von Schuldverschreibungen in eine Kapitalgesellschaft gilt ebenfalls als Veräußerung.

Veräußerungsgewinne werden ermittelt aus der Differenz zwischen den Erlösen aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung (nach Abzug der Kosten, die im unmittelbaren sachlichen Zusammenhang mit der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung stehen) und dem Ausgabe- oder Kaufpreis der Schuldverschreibungen. Werden Schuldverschreibungen in einer anderen Währung als Euro begeben, sind die Erlöse aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung und die Ausgabe- oder Kaufpreise in Euro auf Basis der maßgeblichen Umrechnungskurse am Tag der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung bzw. der Anschaffung umzurechnen.

Werbungskosten (andere als solche, die im unmittelbaren sachlichen Zusammenhang mit der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung stehen), die im Zusammenhang mit Zinszahlungen oder Gewinnen aus der Veräußerung,

Abtretung oder Einlösung der Schuldverschreibungen stehen, sind – abgesehen von dem Sparer-Pauschbetrag in Höhe von EUR 801 (EUR 1.602 bei zusammen veranlagten Ehepaaren) – nicht abzugsfähig.

Nach den Regelungen zur Abgeltungsteuer sind Verluste aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung der Schuldverschreibungen nur mit anderen positiven Kapitaleinkünften einschließlich Veräußerungsgewinnen verrechenbar. Sofern eine Verrechnung in dem Veranlagungszeitraum, in dem die Verluste realisiert werden, nicht möglich ist, können diese Verluste nur in zukünftige Veranlagungszeiträume vorgetragen und dort mit positiven Kapitaleinkünften einschließlich Veräußerungsgewinnen, die in diesen zukünftigen Veranlagungszeiträumen erzielt werden, verrechnet werden.

Für den Fall, dass der Inhaber der Schuldverschreibung von der Emittentin am Fälligkeitstag eine Lieferung der zugrunde liegenden Wertpapiere statt einer Zahlung in Geld erhält, ist die Einlösung der Schuldverschreibung in Abweichung von den vorstehenden Ausführungen steuerneutral. Dies gilt unabhängig davon, ob der Verkehrswert der Wertpapiere die Anschaffungskosten der Schuldverschreibung im Zeitpunkt der Lieferung über- oder unterschreitet, da in diesem Fall die Anschaffungskosten der Schuldverschreibung gemäß § 20 Abs. 4a Satz 3 Einkommensteuergesetz als Veräußerungspreis der Schuldverschreibung und als Anschaffungskosten der gelieferten Wertpapiere gelten. Gewinne aus einer späteren Veräußerung der gelieferten Wertpapiere unterliegen gemäß § 20 Abs. 2 Einkommensteuergesetz der Abgeltungsteuer in Höhe von 25% (zzgl. darauf anfallenden Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5% und ggf. Kirchensteuer). Verluste aus einer späteren Veräußerung der gelieferten Wertpapiere können mit anderen positiven Kapitaleinkünften einschließlich Veräußerungsgewinnen verrechnet werden, ausgenommen Verluste aus der Veräußerung von Aktien, welche nur mit Gewinnen aus anderen Aktienverkäufen verrechenbar sind. § 20 Abs. 4a Satz 3 Einkommensteuergesetz findet auch in Bezug auf sog. Vollrisikozertifikate (dh index- oder Aktienkorb-bezogene Schuldverschreibungen, bei denen sowohl die Höhe der Rückzahlung als auch das Entgelt ungewiss sind) mit Andienungsrecht Anwendung.

Weitere Besonderheiten gelten für Vollrisikozertifikate mit mehreren Zahlungszeitpunkten. Gemäß dem Schreiben des Bundesfinanzministeriums vom 18. Januar 2016 (IV C 1 - S 2252/08/10004 :017) sollen bei diesen Zertifikaten sämtliche Zahlungen, die der Anleger vor Ende der Laufzeit erhält, bei ihm als Erträge aus einer sonstigen Kapitalforderung nach § 20 Abs. 1 Nr. 7 Einkommensteuergesetz zu versteuern sein. Etwas anderes soll nur dann gelten, wenn die Muster-Emissionsbedingungen von vornherein eindeutige Angaben zur Tilgung oder zur Teiltilgung während der Laufzeit enthalten und die Vertragspartner entsprechend verfahren. Fehlen Tilgungsvereinbarungen und erfolgt bei diesen Zertifikaten zum Zeitpunkt der Endfälligkeit keine Zahlung mehr, so soll im Zeitpunkt der Endfälligkeit kein veräußerungsgleicher Vorgang iSd § 20 Abs. 2 Einkommensteuergesetz vorliegen. Entstehende Verluste sollen daher steuerlich nicht geltend gemacht werden können. Gleichfalls soll kein veräußerungsgleicher

Vorgang vorliegen, wenn bei Zertifikaten im Zeitpunkt der Endfälligkeit keine Zahlung vorgesehen ist, weil der Basiswert eine nach den Muster-Emissionsbedingungen vorgesehene Bandbreite verlassen hat oder es durch das Verlassen der Bandbreite zu einer (vorzeitigen) Beendigung des Zertifikats (zB bei einem Zertifikat mit "Knock-out-Struktur") ohne weitere Kapitalrückzahlungen kommt. Auch wenn sich das Schreiben des Bundesfinanzministeriums nur auf Vollrisikozertifikate bezieht, kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Finanzverwaltung die oben dargestellten Grundsätze auch auf andere Arten von Zertifikaten bzw. Schuldverschreibungen anwendet.

Darüber hinaus vertritt das Bundesfinanzministerium in seinem Schreiben vom 18. Januar 2016 (IV C 1 – S 2252/08/10004 :017) die Auffassung, dass auch ein Forderungsausfall oder ein Forderungsverzicht nicht als Veräußerung anzusehen ist, so dass entsprechende Verluste steuerlich nicht abziehbar wären. In diesem Zusammenhang ist nicht geklärt, ob die Auffassung der Finanzverwaltung auch Wertpapiere betrifft, die sich auf einen Referenzwert beziehen, sofern bei einem solchen ein Wertverlust eintritt. Zudem liegt nach Ansicht des Bundesfinanzministeriums eine Veräußerung nicht vor (und folglich wäre ein Veräußerungsverlust steuerlich nicht abziehbar), wenn (i) der Veräußerungspreis die tatsächlichen Transaktionskosten nicht übersteigt oder (ii) die Höhe der in Rechnung gestellten Transaktionskosten nach Vereinbarung mit dem depotführenden Institut dergestalt begrenzt wird, dass sich die Transaktionskosten aus dem Veräußerungserlös unter Berücksichtigung eines Abzugsbetrages errechnen. Schließlich könnte die Geltendmachung von Verlusten auch eingeschränkt sein, soweit bestimmte Arten von Schuldverschreibungen als Finanzderivate zu qualifizieren wären und bei Wertlosigkeit verfallen.

Steuereinbehalt

Werden die Schuldverschreibungen in einem Wertpapierdepot verwahrt oder verwaltet, das der Gläubiger bei einem inländischen Kreditinstitut, Finanzdienstleistungsinstitut (einschließlich einer inländischen Zweigniederlassung eines solchen ausländischen Instituts), einem inländischen Wertpapierhandelsunternehmen oder einer inländischen Wertpapierhandelsbank (die "**Auszahlende Stelle**") unterhält, wird die Abgeltungsteuer in Höhe von 25% (zzgl. darauf anfallenden Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5% und ggf. Kirchensteuer) auf Zinsen sowie auf den positiven Unterschiedsbetrag zwischen den Erlösen aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung (nach Abzug der Kosten, die im unmittelbaren sachlichen Zusammenhang mit der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung stehen) und dem Ausgabe- oder Kaufpreis der Schuldverschreibungen (ggf. umgerechnet in Euro auf Basis der maßgeblichen Umrechnungskurse am Tag der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung bzw. der Anschaffung) von der Auszahlenden Stelle einbehalten (Kapitalertragsteuerabzug). Bei nach dem 31. Dezember 2014 zufließenden Einkünften aus Kapitalvermögen wird von der Auszahlenden Stelle grundsätzlich auch Kirchensteuer einbehalten, sofern nicht der Privatanleger beim Bundeszentralamt für Steuern einen Sperrvermerk eintragen lässt.

Die Auszahlende Stelle wird eine Verrechnung von Verlusten mit laufenden Kapitalerträgen und Veräußerungsgewinnen aus anderen Kapitalanlagen vornehmen. Für den Fall, dass eine Verlustverrechnung mangels entsprechender positiver Kapitalerträge bei der Auszahlenden Stelle nicht möglich ist, hat die Auszahlende Stelle auf Verlangen des Gläubigers eine Bescheinigung über die Höhe des nicht ausgeglichenen Verlusts nach amtlich vorgeschriebenem Muster zu erteilen; der Verlustübertrag durch die Auszahlende Stelle ins nächste Jahr entfällt in diesem Fall zugunsten einer Verlustverrechnung mit Kapitalerträgen im Rahmen des Veranlagungsverfahrens. Der Antrag auf Erteilung der Bescheinigung muss der Auszahlenden Stelle bis zum 15. Dezember des laufenden Jahres zugehen.

Hat das verwahrende Institut seit der Anschaffung gewechselt und können die Anschaffungskosten nicht nachgewiesen werden oder sind sie nicht relevant, wird der Steuersatz in Höhe von 25% (zzgl. 5,5% Solidaritätszuschlag darauf und ggf. Kirchensteuer) auf 30% der Erlöse aus Veräußerung, Abtretung oder Einlösung der Schuldverschreibungen erhoben.

Im Zuge des Steuereinbehalts durch die Auszahlende Stelle können ausländische Steuern im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften angerechnet werden.

Werden die Schuldverschreibungen nicht in einem Depot bei einer Auszahlenden Stelle verwahrt, fällt Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge an, die bei Vorlage eines Kupons oder der Schuldverschreibung an den Inhaber eines solchen Kupons oder einer Schuldverschreibung (außer einem ausländischen Kreditinstitut oder Finanzdienstleistungsinstitut) gezahlt werden ("**Tafelgeschäft**").

Die Abgeltungsteuer wird grundsätzlich nicht erhoben, sofern der Inhaber der Schuldverschreibungen der Auszahlenden Stelle einen Freistellungsauftrag vorlegt (maximal in Höhe des Sparer-Pauschbetrages von EUR 801 (EUR 1.602 bei zusammen veranlagten Ehepaaren)), jedoch nur in dem Umfang, in dem die Kapitaleinkünfte den im Freistellungsauftrag ausgewiesenen Betrag nicht übersteigen. Entsprechend wird keine Abgeltungsteuer einbehalten, wenn der Inhaber der Schuldverschreibungen der Auszahlenden Stelle eine vom zuständigen Finanzamt ausgestellte Nichtveranlagungsbescheinigung übergeben hat.

Für Privatanleger ist die einbehaltene Abgeltungsteuer grundsätzlich definitiv. Eine Ausnahme vom Grundsatz der abgeltenden Besteuerung ist zB gegeben, wenn die beim Kapitalertragsteuerabzug angesetzte Bemessungsgrundlage kleiner ist als die tatsächlich erzielten Erträge. In diesem Fall tritt die Abgeltungswirkung nur insoweit ein, als die Erträge der Höhe nach dem Steuerabzug unterlegen haben. Der darüber hinausgehende Betrag, den der Anleger in seiner Einkommensteuererklärung anzugeben hat, unterliegt der Abgeltungsteuer im Rahmen des Veranlagungsverfahrens. Nach dem Schreiben des Bundesfinanzministeriums vom 18. Januar 2016 (IV C 1 - S 2252/08/10004 :017) kann aus Billigkeitsgründen hiervon abgesehen werden, wenn die Differenz je Veranlagungszeitraum nicht mehr als EUR 500 beträgt und keine anderen Gründe für eine Veranlagungspflicht nach § 32d Abs. 3 Einkommensteuergesetz bestehen.

Weiterhin können Privatanleger, deren persönlicher Steuersatz unter dem Abgeltungsteuersatz liegt, die Kapitaleinkünfte in ihrer persönlichen Einkommensteuererklärung angeben, um auf Antrag eine niedrigere Besteuerung zum persönlichen Einkommensteuersatz zu erreichen. Gemäß § 32d Abs. 2 Nr. 1 Einkommensteuergesetz ist die Abgeltungsteuer auch nicht in Situationen anwendbar, in denen ein Missbrauch des Abgeltungsteuersatzes vermutet wird (z. B. bei sog "Back-to-Back" Finanzierungen). Zum Nachweis der Kapitaleinkünfte und der einbehaltenen Kapitalertragsteuer kann der Anleger von der Auszahlenden Stelle eine entsprechende Bescheinigung gemäß dem amtlich vorgeschriebenen Vordruck verlangen.

Kapitaleinkünfte, die nicht dem Steuereinbehalt unterliegen haben (zB mangels Auszahlender Stelle) müssen im Rahmen der persönlichen Einkommensteuererklärung angegeben werden und unterliegen im Veranlagungsverfahren der Abgeltungsteuer in Höhe von 25% (zzgl. 5,5% Solidaritätszuschlag darauf und ggf. Kirchensteuer), sofern der persönliche Steuersatz des Anlegers nicht niedriger ist und er eine Besteuerung zu diesem niedrigeren Steuersatz beantragt oder die Kapitalerträge gemäß § 32d Abs. 2 Nr. 1 Einkommensteuergesetz nicht der Abgeltungsteuer unterliegen. Im Zuge des Veranlagungsverfahrens können ausländische Steuern auf Kapitaleinkünfte sowie Quellensteuern, die aufgrund der EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie einbehalten werden, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften angerechnet bzw. gutgeschrieben werden.

Anwendbarkeit der steuerlichen Bestimmungen des deutschen Investmentsteuergesetzes

Andere als die vorstehend beschriebenen steuerlichen Folgen können sich ergeben, wenn die Schuldverschreibungen oder die diesen Schuldverschreibungen zugrunde liegenden und an den Inhaber bei Rückzahlung der Schuldverschreibung physisch übergebenen Wertpapiere (Referenzwerte) als Anteil an einem ausländischen Investmentvermögen bzw. Investmentfonds qualifizieren (Investmentanteile).

Nach bisherigem Verständnis galten index- oder fondsbezogene Schuldverschreibungen grundsätzlich nicht als Anteile an einem ausländischen Investmentvermögen. Ob dies auch nach dem geänderten Investmentsteuergesetz gilt, ist bisher noch nicht abschließend geklärt. Allerdings sprechen gute Gründe dafür, dass solche Schuldverschreibungen auch in Zukunft nicht vom Investmentsteuergesetz erfasst werden sollen.

Schuldverschreibungen im Betriebsvermögen

Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen und Gewinne aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung der Schuldverschreibungen, einschließlich etwaiger Stückzinsen, unterliegen bei Anlegern, die die Schuldverschreibungen im Betriebsvermögen halten ("**betriebliche Anleger**") und bei denen es sich für steuerliche Zwecke um in Deutschland Ansässige handelt (dh, Anleger, deren

Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt, Sitz oder Ort der Geschäftsleitung sich in Deutschland befindet), der Körperschaftsteuer beziehungsweise der Einkommensteuer in Höhe des für den betrieblichen Anleger geltenden Steuersatzes (jeweils zzgl. Solidaritätszuschlag darauf sowie im Falle der Einkommensteuer ggf. noch zzgl. Kirchensteuer). Sie müssen auch für Zwecke der Gewerbesteuer berücksichtigt werden, sofern die Schuldverschreibungen zu einem inländischen Betriebsvermögen gehören.

Werden bei Fälligkeit einer Schuldverschreibung anstelle der Rückzahlung des Nominalbetrags in Geld Wertpapiere geliefert, wird diese Lieferung als steuerbare Veräußerung behandelt und ein entsprechender Veräußerungsgewinn ist zu versteuern. Verluste aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung der Schuldverschreibungen werden steuerlich grundsätzlich berücksichtigt; etwas anderes kann gelten, wenn bestimmte (z.B. indexbezogene) Schuldverschreibungen als Finanzderivate zu qualifizieren wären.

Etwaige einbehaltene Kapitalertragsteuern, einschließlich des Solidaritätszuschlags hierauf, werden als Vorauszahlung auf die deutsche Körperschaft- oder persönliche Einkommensteuerschuld und den Solidaritätszuschlag im Rahmen der Steuerveranlagung angerechnet, dh ein Steuereinbehalt ist nicht definitiv. Übersteigt der Steuereinbehalt die jeweilige Steuerschuld, wird der Unterschiedsbetrag erstattet. Ein Steuereinbehalt erfolgt jedoch grundsätzlich und vorbehaltlich weiterer Voraussetzungen nicht auf Gewinne aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung von Schuldverschreibungen, wenn (i) die Schuldverschreibungen von einer unbeschränkt steuerpflichtigen Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse gehalten werden (§ 43 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 Einkommensteuergesetz) oder (ii) die Kapitalerträge aus den Schuldverschreibungen Betriebseinnahmen eines inländischen Betriebs sind und der Gläubiger der Kapitalerträge dies gegenüber der Auszahlenden Stelle nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck erklärt (Erklärung zur Freistellung vom Kapitalertragsteuerabzug, § 43 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 Einkommensteuergesetz).

Ausländische Steuern und aufgrund der EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie einbehaltene Quellensteuern können im Rahmen der gesetzlichen Regelungen angerechnet bzw. für Quellensteuern, die aufgrund der EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie einbehalten wurden, auch gutgeschrieben werden. Ausländische Steuern können alternativ auch von der für deutsche Steuerzwecke maßgeblichen Bemessungsgrundlage abgezogen werden.

Steuerausländer

Zinszahlungen und Veräußerungsgewinne, einschließlich etwaiger Stückzinsen, in Bezug auf die Schuldverschreibungen unterliegen nicht der deutschen Besteuerung, es sei denn, (i) die Schuldverschreibungen gehören zum Betriebsvermögen einer Betriebsstätte (einschließlich eines ständigen Vertreters) oder festen Einrichtung, die der Gläubiger der Schuldverschreibungen in Deutschland unterhält, (ii) die Zinseinkünfte stellen in sonstiger Weise Einkünfte

aus deutschen Quellen dar oder (iii) es handelt sich um Tafelgeschäfte. In den Fällen (i), (ii) und (iii) gelten ähnliche Regeln wie oben unter "Steuerinländer" erläutert.

Steuerausländer sind grundsätzlich von der deutschen Abgeltungsteuer und dem Solidaritätszuschlag darauf befreit. Sofern Zinsen oder Veräußerungsgewinne jedoch nach Maßgabe des vorstehenden Absatzes in Deutschland steuerpflichtig sind und Schuldverschreibungen in einem Depot bei einer Auszahlenden Stelle verwahrt werden oder im Falle von Tafelgeschäften, wird ein Steuereinbehalt – wie oben unter "Steuerinländer" erläutert – vorgenommen.

Es kann jedoch eine Erstattung der Abgeltungsteuer im Rahmen der Veranlagung oder aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens in Betracht kommen.

Erbschaft- und Schenkungsteuer

Erbschaft- und Schenkungsteuer fällt nicht an, wenn – im Erbfall – weder der Erwerber noch der Erblasser oder – im Falle einer Schenkung – weder der Schenker noch der Beschenkte in Deutschland ansässig sind und die Schuldverschreibung nicht Teil des Betriebsvermögens einer Betriebsstätte einschließlich eines ständigen Vertreters des Gläubigers in Deutschland sind. Unter gewissen Voraussetzungen kann Erbschaft- und Schenkungsteuer jedoch für Personen entstehen, die ehemals in der Bundesrepublik Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig waren (Auswanderer).

Sonstige Steuern

Im Zusammenhang mit der Emission, Ausgabe oder Ausfertigung der Schuldverschreibungen fällt in Deutschland keine Stempel-, Emissions-, Registrierungs- oder ähnliche Steuer oder Abgabe an. Vermögensteuer wird in Deutschland gegenwärtig nicht erhoben. Deutschland und andere EU-Mitgliedstaaten beabsichtigen die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Es ist jedoch noch unklar, ob und in welcher Form eine solche Steuer tatsächlich eingeführt werden wird (zu weiteren Einzelheiten vgl. oben unter 2.14).

Aufhebung der EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie

Der Rat der Europäischen Union hat am 10. November 2015 – vorbehaltlich gewisser Übergangsregelungen – die Aufhebung der Richtlinie 2003/48/EG im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen (EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie) mit Wirkung zum 1. Januar 2016 (bzw. 1. Januar 2017 für Österreich) beschlossen.

Die EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie wurde im Wesentlichen durch Richtlinie 2014/107/EU ersetzt, welche eine Erweiterung zur Richtlinie 2011/16/EU über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung (EU-Amtshilferichtlinie) darstellt. Diese Richtlinie ist ab dem 1. Januar 2016 (bzw. 1. Januar 2017 für Österreich) anzuwenden und sieht einen automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten zwischen den Mitgliedstaaten

gemäß einem OECD-Standard vor.

4.2 Angaben über die derivativen Schuldverschreibungen zugrunde liegenden Basiswerte

Unter "**Basiswert**" werden jene Referenzgrößen verstanden, auf welche die Berechnung einer Zahlung auf derivative Wertpapiere (insbesondere Rückzahlungsbetrag, Tilgungsbetrag und Bonuszahlung bei Bonus-Zertifikaten) Bezug nimmt. Diese Basiswerte können Aktien, Indizes, Rohstoffe, Währungen, Körbe der vorstehenden Basiswerte oder daraus gebildete hybride Basiswertkörbe sein. Eine detaillierte Nennung und Beschreibung des/der jeweiligen Basiswerte(s) erfolgt in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen.

4.2.1 Ausübungspreis oder endgültiger Referenzpreis des Basiswerts

Die Wertpapiere werden zu ihrem Rückzahlungs- oder Tilgungsbetrag (wie in den Emissionsbedingungen definiert und weiter ausgeführt) am Fälligkeitstag zurückgezahlt. Bei Bonus-Zertifikaten erfolgt die Zahlung eines Bonus, wenn der Kurs des Basiswerts während der Laufzeit eine in den Emissionsbedingungen genannte Barriere weder erreicht noch unterschreitet. Weitere Regelungen zur Berechnung des Rückzahlungs- oder Tilgungsbetrages (insbesondere wenn die Tilgung basiswertabhängig ist), zum Beobachtungszeitraum, Startwert und allenfalls zum Verfahren zu dessen Feststellung, Barriere, Feststellungstag, Bonus, Schlusskurs, Marktstörungs- und Anpassungsereignisse und/oder sonstige Details zur Rückzahlung sind in den Emissionsbedingungen enthalten.

4.2.2 Erklärung zur Art des Basiswerts derivativer Wertpapiere

Die Basiswerte der Wertpapiere können Aktien, Indizes, Rohstoffe, Währungen oder Körbe der vorstehenden Basiswerte und daraus gebildete hybride Basiswertkörbe sein. Einzelheiten darüber, wo Angaben über den Basiswert eingeholt werden können, sind in den Endgültigen Bedingungen enthalten. Die mit den Basiswerten verbundenen Risiken sind im Kapitel "Risikofaktoren" beschrieben.

Informationen über die vergangene und künftige Wertentwicklung des Basiswerts und seiner Volatilität können auf der Homepage der jeweils maßgeblichen Börse (siehe Endgültige Bedingungen), soweit der Basiswert dort börsennotiert ist, gegebenenfalls auf der Homepage der Emittentin, auf freien Börseinformationsseiten und bei kostenpflichtigen Informationssystemen (wie zB Reuters oder Bloomberg) bezogen werden, sofern derartige Informationen dort zur Verfügung stehen.

Handelt es sich bei dem Basiswert um ein Wertpapier, können der Name des Wertpapieremittenten und die ISIN (*International Security Identification Number*) oder ein ähnlicher Sicherheitsidentifikationscode den Endgültigen Bedingungen entnommen werden. Handelt es sich bei dem Basiswert um einen Index, wird die Bezeichnung des Index (oder Indexkorbes) und eine Angabe des Ortes, wo Informationen zu diesem Index (oder Indexkorb) zu finden sind, in den Endgültigen Bedingungen festgelegt.

Handelt es sich bei dem Basiswert um einen Zinssatz, wird eine Beschreibung des Zinssatzes in die Endgültigen Bedingungen aufgenommen. Fällt der Basiswert nicht unter eine der vorgenannten Kategorien, werden gleichwertige Informationen in den Endgültigen Bedingungen enthalten sein. Im Falle eines Korbes von Basiswerten werden die entsprechenden Gewichtungen jedes einzelnen Basiswerts im Korb in den Endgültigen Bedingungen beschrieben.

4.2.3 *Beschreibung aller etwaigen Ereignisse, die eine Störung des Marktes oder der Abrechnung bewirken und den Basiswert beeinflussen*

Die Emissionsbedingungen enthalten Bestimmungen zu etwaigen Störungen des Marktes und/oder der Abrechnung, und Bestimmungen über die daran allenfalls geknüpften Konsequenzen.

4.2.4 *Anpassungsregelungen in Bezug auf Ereignisse, die den Basiswert betreffen*

Die Emissionsbedingungen enthalten Bestimmungen zur Vorgangsweise bei etwaigen Vorfällen, welche den Marktpreis des Basiswerts beeinflussen können und zu einer Anpassung des Basiswerts führen können.

5. Konditionen des Angebots

5.1 Bedingungen, Angebotsstatistiken, erwarteter Zeitplan und erforderliche Maßnahmen für die Antragstellung

5.1.1 *Angebotskonditionen*

Das Angebot der Wertpapiere unter diesem Programm unterliegt keinen Bedingungen. Die Emissionsbedingungen sind zusammen mit diesem Prospekt zu lesen und enthalten, gemeinsam mit dem Prospekt, vollständige und umfassende Angaben über das Programm und die einzelnen Emissionen von Wertpapieren.

5.1.2 *Gesamtvolumen*

Die Gesamtsumme der Emissionen von Wertpapieren unter diesem Prospekt ist betragsmäßig nicht beschränkt. Die Volumina der einzelnen Emissionen von Wertpapieren ergeben sich aus den Endgültigen Bedingungen.

Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit ohne Zustimmung der Wertpapierinhaber weitere Wertpapiere mit gleicher Ausstattung (mit Ausnahme des Kalendertags der Begebung, des Emissionspreises und, soweit anwendbar, des ersten Zinszahlungstags) in der Weise zu begeben, dass sie mit den bestehenden Wertpapieren eine einheitliche Serie bilden.

5.1.3 (i) Angebotsfrist, Antragsverfahren, Angebotsform

Das Programm sieht dauernde und/oder wiederholte Emissionen von Wertpapieren vor. Bei Daueremissionen (als solche in der Zeile "Daueremission/Angebotsfrist" in den Endgültigen Bedingungen bestimmt) kann der Emissionspreis laufend angepasst werden. Weiters wird bei Daueremissionen auch eine Angebotsfrist (in der Zeile "Daueremission/Angebotsfrist") angegeben, die je Emission in den Endgültigen Bedingungen enthalten ist.

5.1.3 (ii) Zeichnungsverfahren

Die Einladung zur Angebotsstellung gegenüber Ersterwerbern erfolgt durch die Emittentin sowie etwaige Vertriebspartner. Die Angebotsstellung zur Zeichnung der Wertpapiere hat durch die Anleger zu erfolgen. Die Emittentin behält sich die (gänzliche oder teilweise) Annahme der Zeichnungsangebote vor.

5.1.4 Zuteilungen, Erstattung von Beträgen

Eine Reduzierung der Zeichnungen ist grundsätzlich nicht vorgesehen. Der Emittentin steht aber das Recht zur Verkürzung der Zeichnungen in ihrem freien Ermessen zu; falls die Emittentin von diesem Recht Gebrauch macht, werden von den Anlegern zu viel bezahlte Beträge diesen rückerstattet werden.

5.1.5 Mindest-/Höchstzeichnungsbeträge

Die Stückelung der Wertpapiere und/oder allfällige Mindest- oder Höchstzeichnungsbeträge ergeben sich aus den Endgültigen Bedingungen.

5.1.6 Bedienung und Lieferung

Sofern in den Endgültigen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist, erfolgt die Zahlung des Emissionspreises auf Basis des zwischen dem Anleger und der Emittentin abzuschließenden Zeichnungsvertrages über den Erwerb der Wertpapiere. Die Lieferung erfolgt gegen oder, wenn in den Endgültigen Bedingungen angegeben, frei von Zahlung zu den marktüblichen Fristen.

5.1.7 Bekanntgabe der Ergebnisse des Angebotes

Die Ergebnisse eines Angebotes von Wertpapieren werden nach Ablauf der jeweils anwendbaren Zeichnungsfrist durch die Emittentin der Verwahrstelle und der Börse, an der die Wertpapiere allenfalls notiert sind, offen gelegt.

5.1.8 Vorzugsrechte, Übertragbarkeit der Zeichnungsrechte und nicht ausgeübte Zeichnungsrechte

Nicht anwendbar.

5.2 Verteilungs- und Zuteilungsplan

5.2.1 (i) **Angabe der verschiedenen Anlegerkategorien, denen die Wertpapiere angeboten werden**

Grundsätzlich erfolgt die Einladung zur Angebotsstellung an keine bestimmte oder begrenzte Zielgruppe. Es gibt daher keine verschiedenen Kategorien von Investoren.

(ii) werden die Papiere gleichzeitig an den Märkten zweier oder mehrerer Staaten angeboten und ist eine bestimmte Tranche einigen dieser Märkte vorbehalten, so ist diese Tranche anzugeben

Entfällt. Ein Angebot an den Märkten zweier oder mehrerer Staaten und der Vorbehalt einer bestimmten Tranche an Wertpapieren für bestimmte Märkte ist nicht vorgesehen.

5.2.2 **Zuteilung**

Die Emittentin hat das Recht nach ihrem freien Ermessen eine Kürzung der Zeichnungsanträge vorzunehmen (siehe oben Punkt 5.1.4). Die Anleger werden über ihr depotführendes Kreditinstitut über die ihnen zugeteilten Wertpapiere verständigt.

Es kommt kein Verfahren zur Meldung des den Zeichnern zugeteilten Betrags zur Anwendung. Eine Angabe, ob eine Aufnahme des Handels vor dem Meldeverfahren möglich ist, entfällt dementsprechend.

5.3 Preisfestsetzung

5.3.1 (i) **Preis, zu dem die Wertpapiere voraussichtlich angeboten werden**

Siehe Endgültige Bedingungen.

5.3.1 (ii) **Methode, nach der der Preis festgesetzt wird, und Verfahren für seine Bekanntgabe**

Der Emissionspreis der Wertpapiere wird von der Emittentin unter Berücksichtigung verschiedener preisrelevanter Faktoren wie zB Kurs des zugrunde liegenden Basiswerts, des aktuellen Zinsniveaus, künftig erwarteter Dividenden sowie sonstiger produktspezifischer Kriterien festgesetzt. Zusätzlich kann der Emissionspreis auch einen Ausgabeaufschlag beinhalten, welcher Provisionen für die Emittentin oder sonstige im Zusammenhang mit der Ausgabe und Absicherung der Wertpapiere entstehende Nebenkosten abdecken soll.

Der anfängliche Emissionspreis wird bei Daueremissionen in oder gemäß den Emissionsbedingungen festgelegt, die weiteren Emissionspreise werden nach billigem Ermessen der jeweiligen Marktlage angepasst.

5.3.1 (iii) Kosten und Steuern, die speziell dem Zeichner oder Käufer in Rechnung gestellt werden

Seitens der Emittentin werden den Zeichnern und/oder Käufern keine speziellen Kosten und Steuern in Rechnung gestellt werden. Es können jedoch marktübliche Provisionen, die die Emittentin an Vertriebspartner leistet, bereits im Emissionspreis der Wertpapiere enthalten sein. Kosten und Spesen, die im mittelbaren Erwerb anfallen, unterliegen nicht dem Einfluss der Emittentin.

5.4 Platzierung und Übernahme

5.4.1 Koordinatoren / Platzeure

Es sind derzeit keine Koordinatoren und/oder Platzeure für die Emittentin bei der Emission der Wertpapiere tätig. Allenfalls künftig bestellte Koordinatoren und/oder Platzeure werden in den Endgültigen Bedingungen offen gelegt.

5.4.2 Zahl-, und Verwahrstellen

Die Zahlstelle wird im Fall von Schuldverschreibungen in § 8 der Emissionsbedingungen und im Fall von Zertifikaten in § 10 der Emissionsbedingungen angeführt.

Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit die Bestellung einer beauftragten Stelle zu ändern oder zu beenden und/oder zusätzliche oder andere beauftragten Stellen zu bestellen, wobei diese im EWR sein werden.

Jede beauftragte Stelle handelt ausschließlich als Beauftragte der Emittentin und übernimmt keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern und es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihr und den Wertpapierinhabern begründet.

Soweit gesetzlich zulässig, übernehmen die beauftragten Stellen keine Haftung für irgendeinen Irrtum oder eine Unterlassung oder irgendeine darauf beruhende nachträgliche Korrektur in der Berechnung oder Veröffentlichung irgendeines Betrags oder einer Festlegung in Bezug auf die Wertpapiere, sei es auf Grund von Fahrlässigkeit oder aus sonstigen Gründen.

Jede Sammelurkunde wird nach Maßgabe der Emissionsbedingungen von einer Verwahrstelle für ein Clearing-System verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Wertpapieren erfüllt sind.

5.4.3 Übernahme

Die Wertpapiere werden nicht fest übernommen oder auf Basis einer Vereinbarung "zu den bestmöglichen Bedingungen" vertrieben, ausgenommen die Endgültigen Bedingungen sehen anderes vor.

5.4.4 Datum des Übernahmevertrages

Wenn ein Übernahmevertrag geschlossen wird, wird das Datum desselben in den Endgültigen Bedingungen offen gelegt.

5.4.5 Berechnungsstelle

Die Berechnungsstelle wird im Fall von Schuldverschreibungen in § 8 der Emissionsbedingungen und im Fall von Zertifikaten in § 10 der Emissionsbedingungen angeführt.

6. Zulassung zum Handel und Handelsregeln

6.1 (i) Antrag auf Zulassung zum Handel

Die Zulassung des Programms zum Geregelten Freiverkehr der Wiener Börse wird beantragt. In den maßgeblichen Emissionsbedingungen wird angegeben, ob die Zulassung von Wertpapieren zum Handel im Geregelten Freiverkehr der Wiener Börse oder in die Einbeziehung in den von der Wiener Börse als Multilaterales Handelssystem (Multilateral Trading Facility, "MTF") geführten Dritten Markt beantragt wird. Die Emittentin kann ferner Wertpapiere ausgeben, für die keine Börseneinführung und/oder Einbeziehung in ein MTF vorgesehen ist. Die Wertpapiere können börsetaglich börslich (soweit sie zum Handel an einer Börse zugelassen sind) und außerbörslich fortlaufend gehandelt werden.

(ii) Termin, zu denen die Wertpapiere zum Handel zugelassen sind

Die Emittentin strebt die Zulassung von Wertpapieren für die ein entsprechender Antrag gestellt wird grundsätzlich für den Ausgabetag an.

6.2 Bereits zugelassene vergleichbare Wertpapiere

Vergleichbare Wertpapiere notieren derzeit an den regulierten Märkten und dem nicht regulierten Markt der Wiener Börse.

6.3 Intermediäre im Sekundärhandel

Es sind derzeit keine Intermediäre für die Emittentin im Sekundärhandel tätig. Allfällige künftige Intermediäre werden in den Endgültigen Bedingungen bestimmt.

7. Zusätzliche Angaben

7.1 Funktionen von an der Emission beteiligten Beratern

Es sind derzeit keine Berater für die Emittentin bei der Emission der Wertpapiere tätig.

7.2 Prüfungsbericht der Abschlussprüfer zu Informationen in der Wertpapierbeschreibung

Nicht anwendbar.

7.3 Sachverständigen-Erklärung/-Bericht

Es sind keine Sachverständigen für die Emittentin bei der Emission der Wertpapiere tätig.

7.4 Angaben von Seiten Dritter

Nicht anwendbar.

7.5 Kreditrating

(i) Rating der Emittentin

Angaben zu den Ratings der Emittentin finden sich in Punkt 15. "Ratings" auf den Seiten 134 ff.

(ii) Rating der Wertpapiere

Angaben zu einem allfälligen Rating der Wertpapiere finden sich in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen.

7.6 Veröffentlichung nach erfolgter Emission

Die Emittentin beabsichtigt keine Veröffentlichung nach erfolgter Begebung (ausgenommen Veröffentlichungen gemäß den Emissionsbedingungen oder aufgrund anwendbarer Gesetze oder Verordnungen).

GLOSSAR UND ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Zur leichteren Lesbarkeit finden sich nachstehend bestimmte Abkürzungen und Definitionen, die in diesem Prospekt verwendet werden. Die Leser dieses Prospekts sollten immer die vollständige Beschreibung eines in diesem Prospekt enthaltenen Ausdrucks verwenden.

" ABGB "	meint das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch idgF
" Abwicklungsbehörden "	meint jene Behörden, denen das BaSAG einheitliche und wirksame Instrumente und Befugnisse zur Verfügung stellt, um Bankenrisiken durch Präventivmaßnahmen abzuwenden, die Finanzstabilität zu erhalten und das Risiko, dass der Steuerzahler für Insolvenzverluste aufkommen muss, so gering wie möglich zu halten
" Anleihegläubiger "	meint Inhaber von Schuldverschreibungen
" AT 1 "	meint zusätzliches Kernkapital (<i>Additional Tier 1</i>) gemäß Artikel 51 CRR
" Barriere "	meint ein bestimmtes Wertniveau, dessen Erreichen oder Nichterreichen durch den Basiswert Auswirkungen auf die Verzinsung oder die Höhe des Tilgungsbetrags bestimmter Wertpapiere hat
" BaSAG "	meint das Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken (<i>Sanierungs- und Abwicklungsgesetz</i>) idgF
" Basiswerte "	sind jene Referenzgrößen, auf welche die Berechnung einer Zahlung auf derivative Wertpapiere (insbesondere Verzinsung bei basiswertabhängig verzinsten Schuldverschreibungen sowie Tilgungsbetrag bei Zertifikaten und Bonuszahlung bei Bonus-Zertifikaten) Bezug nimmt
" BCBS "	meint den Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (<i>Basel Committee on Banking Supervision</i>)
" BRRD "	meint die Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinie 82/891/EWG des Rates, der Richtlinien 2001/24/EG, 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2005/56/EG, 2007/36/EG, 2011/35/EU, 2012/30/EU und 2013/36/EU sowie der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (<i>Bank Recovery and Resolution Directive</i>) idgF

"BWG"		meint das Bankwesengesetz idgF
"CET 1"		meint hartes Kernkapital (<i>Common Equity Tier 1</i>) gemäß Artikel 26 CRR
"CHF"		meint Schweizer Franken
"CRD IV"		meint die Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG (<i>Capital Requirements Directive IV</i>) idgF
"CRR"		meint die Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (<i>Capital Requirements Regulation</i>) idgF
"DepG"		meint das Depotgesetz idgF
"Digitale Produkte"	Optionen-	meint Wertpapiere, bei denen die Höhe der Verzinsung davon abhängt, ob der Schlusskurs des Basiswerts am Fälligkeitstag auf oder über einem bestimmten, von der Emittentin am Ausgabetag festgelegten Kursniveau (Barriere) liegt. Liegt der Schlusskurs des Basiswerts auf oder über der im Vorhinein fixierten Barriere, so erhält der Investor einen vorher festgelegten Kupon. Liegt der Kurs des Basiswerts unter der Barriere, wird kein oder nur ein geringerer Kupon ausbezahlt.
"EB" oder "Endgültige Bedingungen"	"Endgültige Bedingungen"	meint die für eine bestimmte Emission von unter diesem Prospekt begebenen Schuldverschreibungen maßgeblichen Endgültigen Bedingungen, die sich als Muster ab Seite 243 dieses Prospekts befinden
"Emittentin"		meint die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Hypo-Passage 1, A-6900 Bregenz, Österreich, eingetragen im Firmenbuch des Landesgerichtes Feldkirch zu FN 145586 y
"Ernst & Young"		meint die Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m.b.H., Wagramer Straße 19, IZD Tower, A-1220 Wien, Österreich
"ESAEG"		meint das Einlagensicherungs- und

	Anlegerentschädigungsgesetz idgF
"EStG"	meint das Einkommensteuergesetz 1988 idgF
"EU-QuStG"	meint das EU-Quellensteuergesetz idgF
"EWR"	meint den Europäischen Wirtschaftsraum
"Finanzintermediäre"	meint Kreditinstitute, die iSd CRD IV in einem EWR-Mitgliedstaat zugelassen sind, ihren Sitz in dem betreffenden Mitgliedstaat haben und die zum Emissionsgeschäft oder zum Vertrieb von Wertpapieren in Österreich und/oder Deutschland berechtigt sind
"FMA"	meint die österreichische Finanzmarktaufsichtsbehörde
"FTS"	meint die Finanztransaktionssteuer
"Hebeleffekt"	meint einen Effekt, durch den bei einem Wert, dessen Entwicklung von einem anderen Wert abhängig ist, die Entwicklung des beeinflussten Wertes im Vergleich zu der des beeinflussenden Wertes überproportional ist (zB aufgrund einer Verdoppelung des Wertes A vervierfacht sich der Wert B)
"Hybrider Basiswertkorb"	meint einen Basiswertkorb, der sich aus Basiswerten unterschiedlicher Art zusammensetzt (zB ein Index und zwei Aktien)
"Hypo Vorarlberg-Gruppe"	meint die Vorarlberger Landesbank Holding und ihre (direkten und indirekten) Tochtergesellschaften (einschließlich der Emittentin und ihren Tochtergesellschaften, die nach IFRS voll konsolidiert sind und eine Gruppe bilden)
"IFRS"	meint International Financial Reporting Standards
"ISDA"	meint International Swaps and Derivatives Association
"ISIN"	meint International Securities Identification Number
"IT-Systeme"	meint Informationstechnologiesysteme
"KESt"	meint die Kapitalertragsteuer
"KMG"	meint das Kapitalmarktgesetz idgF
"KStG"	meint das Körperschaftsteuergesetz 1988 idgF

"LAC"	meint <i>liabilities at cost</i>
"L&R"	meint <i>loans and receivable</i>
"Moody's"	meint die Moody's Deutschland GmbH
"Muster-Emissionsbedingungen"	meint die in zwei unterschiedlichen Varianten (Optionen 1 und 2) ausgestalteten Muster-Emissionsbedingungen, von denen jeweils eine, wie in den Endgültigen Bedingungen (durch Wiederholung oder Verweis) angegeben, für jede Emission von Schuldverschreibungen oder Zertifikaten unter diesem Prospekt anwendbar ist
"MTF"	meint ein Multilaterales Handelssystem (<i>Multilateral Trading Facility</i>)
"Negativverpflichtung"	meint eine Verpflichtung der Emittentin, nur unter bestimmten Voraussetzungen weitere Verbindlichkeiten einzugehen und anderen Gläubigern keine oder nur unter bestimmten Bedingungen Sicherheiten zu gewähren
"Notifizierung"	Übermittlung von Bescheinigungen durch die FMA an eine zuständige Behörde eines EWR Staates über die Billigung des Prospekts, aus denen hervorgeht, dass der Prospekt gemäß dem KMG erstellt wurde
"PfandbriefG"	Pfandbriefgesetz idgF
"Programm"	meint das Angebotsprogramm für Schuldverschreibungen und Zertifikate der Emittentin gemäß diesem Prospekt
"Prospekt"	meint diesen Prospekt
"Prospektrichtlinie"	meint die Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4.11.2003 idgF
"Prospektverordnung"	meint die Verordnung (EG) 809/2004 der Kommission vom 29.4.2004 idgF
"Range Accrual-Schuldverschreibungen"	meint Schuldverschreibungen, bei denen Zinsen nur für jene Zeiträume anfallen, in denen der maßgebliche Zinssatz in einer von der Emittentin am Ausgabetag festgelegten und in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Bandbreite liegt
"RWA"	meint risikogewichtete Vermögenswerte (<i>risk-weighted assets</i>)
"Sammelurkunde"	meint eine auf Inhaber lautende Dauersammelurkunde, durch die jede Serie von Wertpapieren verbrieft wird

"Schuldverschreibungen"	meint die von der Emittentin unter diesem Programm begebenen nachrangigen fix verzinsten und variabel verzinsten Schuldverschreibungen und nicht-nachrangigen fix verzinsten, variabel verzinsten Schuldverschreibungen, Stufenzins-, sowie basiswertabhängig verzinsten Schuldverschreibungen, Steepener-Schuldverschreibungen, Nullkupon-Schuldverschreibungen, Pfandbriefe und Kommunalpfandbriefe
"Serie"	meint eine Serie von Wertpapieren
"S&P"	meint Standard & Poor's
"SRF"	meint den einheitlichen Abwicklungsfonds (<i>Single Resolution Fund</i>)
"SRM"	meint den einheitlichen Abwicklungsmechanismus (<i>Single Resolution Mechanism</i>)
"SSM"	meint den einheitlichen Aufsichtsmechanismus (<i>Single Supervisory Mechanism</i>)
"Wertpapierinhaber"	meint die Inhaber von unter diesem Prospekt emittierten Wertpapiere der Emittentin
"WKN"	meint die Wertpapierkennnummer
"Securities Act"	meint den U.S. Securities Act of 1933
"Volatilität"	meint die Schwankungsbreite von Werten (zB Aktienkursen)
"WAG"	meint das Wertpapieraufsichtsgesetz 2007 idgF
"Wertpapiere"	meint die Schuldverschreibungen und die Zertifikate
"Zertifikate"	meint die von der Emittentin unter diesem Programm begebenen fix verzinsten und variabel verzinsten Zertifikate, Partizipations-Zertifikate ohne Kapitalgarantie, Partizipations-Zertifikate ohne Kapitalgarantie mit Cap, Partizipations-Zertifikate mit Kapitalgarantie, Partizipations-Zertifikate mit Kapitalgarantie und Cap, Partizipations-Zertifikate mit Teilschutz, Bonus-Zertifikate mit Kapitalgarantie, Bonus-Zertifikate ohne Kapitalgarantie und Express-Zertifikate jeweils bezogen auf einen oder mehrere Basiswerte
"Zertifikatinhaber"	meint Inhaber von Zertifikaten

UNTERFERTIGUNG DES PROSPEKTS

Die Emittentin mit Sitz in Bregenz und der Geschäftsanschrift Hypo-Passage 1, A-6900 Bregenz, eingetragen im Firmenbuch unter der FN 145586 y, übernimmt die Haftung für die in diesem Prospekt enthaltenen Informationen und erklärt, die erforderliche Sorgfalt angewendet zu haben, um sicherzustellen, dass die in diesem Prospekt genannten Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine Tatsachen ausgelassen worden sind, die die Aussage des Prospekts wahrscheinlich verändern können.

Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft
als Emittentin gemäß § 8 KMG

Bregenz, am 21.9.2016

DR. MICHAEL GRAHAMMER
als kollektiv zeichnungsberechtigter Vorsitzender des Vorstandes

DR. JOHANNES HEFEL
als kollektiv zeichnungsberechtigtes Mitglied des Vorstandes

EMISSIONSBEDINGUNGEN

Die nachfolgenden Muster-Emissionsbedingungen der Wertpapiere (die "**Muster-Emissionsbedingungen**") sind in zwei Ausgestaltungsvarianten (Optionen) aufgeführt:

- **Option 1** umfasst die Muster-Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen und ergänzende Muster-Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung
- **Option 2** umfasst die Muster-Emissionsbedingungen für Zertifikate

Die Muster-Emissionsbedingungen für jede Option enthalten bestimmte weitere Optionen, die durch Instruktionen und Erklärungen in eckigen Klammern innerhalb der Muster-Emissionsbedingungen gekennzeichnet sind.

In den Endgültigen Bedingungen wird die Emittentin festlegen, welche der Optionen 1 oder 2 der Muster-Emissionsbedingungen (einschließlich der jeweils enthaltenen bestimmten weiteren Optionen) für die einzelne Serie von Wertpapieren zur Anwendung kommt, indem die betreffenden Angaben wiederholt oder die entsprechende Option ausgewählt wird.

Soweit die Emittentin zum Zeitpunkt der Billigung des Prospektes keine Kenntnis von bestimmten Angaben hatte, die auf eine Serie von Wertpapieren anwendbar sind, enthält dieser Prospekt Leerstellen in eckigen Klammern, die durch die Endgültigen Bedingungen vervollständigt werden.

Die nachfolgenden Muster-Emissionsbedingungen sind gemeinsam mit dem Teil 1 der "**Endgültigen Bedingungen**", die die Muster-Emissionsbedingungen jeder Serie von Wertpapieren ergänzen und konkretisieren, zu lesen. Die [Muster-Emissionsbedingungen und die] Endgültigen Bedingungen bilden [zusammen] die "**Emissionsbedingungen**" der jeweiligen Serie von Wertpapieren. [Die Leerstellen in den auf die Wertpapiere anwendbaren Bestimmungen dieser Muster-Emissionsbedingungen gelten als durch die in den Endgültigen Bedingungen enthaltenen Angaben ausgefüllt, als ob die Leerstellen in den betreffenden Bestimmungen durch diese Angabe ausgefüllt wären, alternative oder wählbare Bestimmungen dieser Muster-Emissionsbedingungen, die in den Endgültigen Bedingungen nicht ausgefüllt oder gestrichen sind, gelten als aus diesen Muster-Emissionsbedingungen gestrichen; sämtliche auf die Wertpapiere nicht anwendbare Bestimmungen dieser Muster-Emissionsbedingungen (einschließlich der Anweisungen, Anmerkungen und der Texte in eckigen Klammern) gelten als aus diesen Muster-Emissionsbedingungen gestrichen.]

Kopien der Emissionsbedingungen sind auf der Website der Emittentin unter www.hypovbg.at oder kostenlos am Sitz der Emittentin, Hypo-Passage 1, A-6900 Bregenz, Österreich, während der üblichen Geschäftszeiten verfügbar.

ANHÄNGE

- Anhang 1** Muster-Emissionsbedingungen der **Schuldverschreibungen** und ergänzende Emissionsbedingungen der **Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung**
- Anhang 2** Muster-Emissionsbedingungen der **Zertifikate**
- Anhang 3** Muster der **Endgültigen Bedingungen** für "[Schuldverschreibungen][Zertifikate]" oder "Wertpapiere"

**Muster-Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen und ergänzende
Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger
Verzinsung**

Emissionsbedingungen

**der fix verzinsten, variabel verzinsten, Stufenzins-, oder basiswertabhängigen
Schuldverschreibungen, Steepener-Schuldverschreibungen, Pfandbriefe,
Kommunalpfandbriefe und Nullkupon Schuldverschreibungen**

der

Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft

**emittiert unter dem
Programm zur Begebung von
Schuldverschreibungen und Zertifikaten**

§ 1

Währung. Stückelung. Form. Zeichnung. Sammelurkunde. Verwahrung

- (1) **Währung. Stückelung. Form.** Diese Serie von Schuldverschreibungen (die "**Schuldverschreibungen**") wird von der Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft (die "**Emittentin**") gemäß diesen Emissionsbedingungen (die "**Emissionsbedingungen**") in [**Festgelegte Währung (EB Ziffer 4) einfügen**] (die "**Festgelegte Währung**") [am] [als Daueremission ab dem] [**Begebungstag (EB Ziffer 8) einfügen**] (der "**Begebungstag**") begeben. Die Serie von Schuldverschreibungen ist eingeteilt in Stückelungen mit einem Nennbetrag von [**Nennbetrag (EB Ziffer 2) einfügen**] (jeweils ein "**Nennbetrag**") und weist einen Gesamtnennbetrag von [**Gesamtnennbetrag (EB Ziffer 3) einfügen**] auf. Die Schuldverschreibungen lauten auf den Inhaber (jeweils ein "**Anleihegläubiger**").
- (2) **Zeichnung.** Die Zeichnung erfolgt zum Emissionspreis von [**Emissionspreis (EB Ziffer 5) einfügen**] [zuzüglich eines Ausgabeaufschlags von [**Ausgabeaufschlag (EB Ziffer 5) einfügen**]] im Ausmaß von zumindest einem Stück [zum Mindestzeichnungsbetrag von [**Mindestzeichnungsbetrag (EB Ziffer 6) einfügen**]] [und/oder] [zum Höchstzeichnungsbetrag von [**Höchstzeichnungsbetrag (EB Ziffer 7) einfügen**]]. [Im Falle einer Daueremission wird der Emissionspreis, allenfalls in Übereinstimmung mit den folgenden Regeln, laufend von der Emittentin angepasst: [**Anpassungsregeln (EB Ziffer 5) einfügen**].]
- (3) **Sammelurkunde.** Jede Serie der Schuldverschreibungen wird zur Gänze durch eine

veränderbare Sammelurkunde (die "**Sammelurkunde**") gemäß § 24 lit b Depotgesetz (DepG) idgF ohne Zinsscheine verbrieft, welche die Unterschriften der erforderlichen Anzahl zeichnungsberechtigter Vertreter der Emittentin trägt. Ein Anspruch auf Einzelverbriefung oder Ausfolgung einzelner Schuldverschreibungen oder Zinsscheine ist ausgeschlossen.

- (4) **Verwahrung.** Die Sammelurkunde wird bei [**Verwahrstelle (EB Ziffer 31 (i)) einfügen**] für [**Clearing-System (EB Ziffer 31 (ii)) einfügen**] hinterlegt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind.
- (5) **Börsehandel.** Die Schuldverschreibungen können im Nennbetrag oder einem Vielfachen davon börsennotiert börslich (soweit die Schuldverschreibungen zum Handel an einer Börse zugelassen werden; siehe dazu § 11) und außerbörslich fortlaufend gehandelt werden. Die Emittentin beabsichtigt, unter gewöhnlichen Marktbedingungen aktuelle Ankaufs- und Verkaufskurse zu stellen. Die Emittentin übernimmt jedoch gegenüber dem Inhaber der Schuldverschreibungen keinerlei Rechtspflicht zur Stellung derartiger Kurse oder hinsichtlich der Höhe oder des Zustandekommens derartiger Kurse.
- [(6) **Endgültige Bedingungen.** Verweise auf "**Endgültige Bedingungen**" oder "**EB**" bezeichnen die Endgültigen Bedingungen, die auf diese Emissionsbedingungen anwendbar sind und diese ergänzen und ändern.]

§ 2 Status

[Im Fall von nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen (anwendbar, wenn in EB Ziffer 1 als anwendbar erklärt) einfügen:

Die Schuldverschreibungen begründen direkte, unbesicherte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nicht-nachrangigen gegenwärtigen und zukünftigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, soweit diesen Verbindlichkeiten nicht durch zwingende gesetzliche Bestimmungen ein Vorrang eingeräumt wird.]

[Im Fall von nachrangigen Schuldverschreibungen (anwendbar, wenn in EB Ziffer 1 als anwendbar erklärt) einfügen:

Die Schuldverschreibungen begründen direkte, unbesicherte und nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin und haben den gleichen Rang untereinander und zumindest den gleichen Rang mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, ausgenommen nachrangige Verbindlichkeiten, welche gemäß ihren Bedingungen als nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen bezeichnet werden.

Die Schuldverschreibungen zählen zu den Instrumenten des Ergänzungskapitals (*Tier 2*) gemäß Artikel 63 CRR und haben eine Mindestlaufzeit von fünf Jahren.

Im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Emittentin sind die Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen:

- (i) nachrangig gegenüber allen gegenwärtigen oder zukünftigen nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten oder Instrumenten der Emittentin;
- (ii) gleichrangig untereinander sowie gegenüber allen gegenwärtigen oder zukünftigen nachrangigen Verbindlichkeiten oder Instrumenten der Emittentin, die nicht gemäß deren Bedingungen nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen sind; und
- (iii) vorrangig gegenüber den Ansprüchen von Aktionären, Inhabern von (anderen) Instrumenten des harten Kernkapitals (*Common Equity Tier 1*) gemäß Artikel 28 CRR sowie Inhabern von Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (*Additional Tier 1*) gemäß Artikel 52 CRR der Emittentin und allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, welche gemäß ihren Bedingungen nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen sind.

Forderungen der Emittentin dürfen nicht gegen Rückzahlungspflichten der Emittentin gemäß diesen Schuldverschreibungen aufgerechnet werden und für die Schuldverschreibungen dürfen keine vertraglichen Sicherheiten durch die Emittentin oder einen Dritten bestellt werden. Durch nachträgliche Vereinbarung darf weder die Nachrangigkeit gemäß diesem § 2 eingeschränkt werden, noch darf die Fälligkeit der Schuldverschreibungen, geändert werden.

"CRR" bezeichnet die Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (*Capital Requirements Regulation*) in der jeweils geltenden Fassung.]

[Im Fall von Pfandbriefen (anwendbar, wenn in EB Ziffer 1 als anwendbar erklärt) einfügen:

Die Schuldverschreibungen sind Pfandbriefe. Die Pfandbriefe begründen direkte, unbedingte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander gleichrangig sind.

Die Pfandbriefe sind nach Maßgabe des Gesetzes über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten (PfandbriefG) gedeckt und stehen im gleichen Rang mit allen anderen nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, gegenwärtig und zukünftig, aus Pfandbriefen.

Pfandbriefe sind geeignete Anlagen für Müdelgeld gemäß § 217 Z 3 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches (ABGB).]

[Im Fall von Kommunalpfandbriefen (anwendbar, wenn in EB Ziffer 1 als anwendbar erklärt) einfügen:

Die Schuldverschreibungen sind Kommunalpfandbriefe. Die Kommunalpfandbriefe (Öffentliche Pfandbriefe) begründen direkte, unbedingte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander gleichrangig sind.

Die Kommunalpfandbriefe sind nach Maßgabe des Gesetzes über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten (PfandbriefG) gedeckt und stehen im gleichen Rang mit allen anderen nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, gegenwärtig und zukünftig, aus Kommunalpfandbriefen.

Kommunalpfandbriefe (Öffentliche Pfandbriefe) sind geeignete Anlagen für Mündelgeld gemäß § 217 Z 3 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches (ABGB).]

§ 3 Verzinsung

[Im Fall von Fixverzinslichen Schuldverschreibungen oder bei anfänglicher Fixzinsperiode (anwendbar, wenn in EB Ziffer 12 als anwendbar erklärt) einfügen:

(1) **Fixe Verzinsung.** Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag **[Verzinsungszeitraum (EB Ziffer 15) einfügen]** mit dem Zinssatz von **[Zinssatz (EB Ziffer 15) einfügen]** (der "Zinssatz") ab dem **[Verzinsungsbeginn (EB Ziffer 10) einfügen]** (einschließlich) (der "Verzinsungsbeginn") **[bis zum Fälligkeitstag (wie in § 4 (1) definiert)] [bis zum letzten fixen Zinszahlungstag am [letzten fixen Zinszahlungstag (EB Ziffer 15) einfügen]]** (ausschließlich) verzinst.

[(2) Zinszahlungen. Der Zinsbetrag (wie in [●] definiert) ist **[an jedem Zinszahlungstag (wie in [●] definiert) zahlbar.] [an den folgenden Festgelegten Zinszahlungstagen zahlbar: [Festgelegte Zinszahlungstage (EB Ziffer 21) einfügen].]**

[Im Fall von Stufenzins-Schuldverschreibungen (anwendbar, wenn in EB Ziffer 12 als anwendbar erklärt) einfügen:

(1/2) **Stufenzins.** Die Schuldverschreibungen werden ab dem **[Verzinsungsbeginn (EB Ziffer 10) bzw letzten Fixzinszahlungstag (EB Ziffer 15) einfügen]** (einschließlich) **[(der "Verzinsungsbeginn")]** bis zum Fälligkeitstag (wie in § 4 (1) definiert) (ausschließlich) bezogen auf ihren Nennbetrag jährlich mit den folgenden für die jeweilige Zinsperiode maßgeblichen Zinssätzen (jeweils ein "Zinssatz") verzinst: **[Zinssätze für Zinsperioden wie in EB Ziffer 15 angegeben, einfügen].**

(2/3) Zinszahlungen. Der Zinsbetrag (wie in [●] definiert) ist **[an jedem Zinszahlungstag (wie in [●] definiert) zahlbar.] [an den folgenden Festgelegten Zinszahlungstagen zahlbar: [Festgelegte Zinszahlungstage (EB Ziffer 21) einfügen].]**

[Im Fall von Variabel verzinslichen Schuldverschreibungen (Leitzinssatz) (anwendbar, wenn in EB Ziffer 12 als anwendbar erklärt) einfügen:

(1/2) **Variable Verzinsung (Leitzinssatz).** Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag ab dem **[Verzinsungsbeginn (EB Ziffer 10) bzw letzten Fixzinszahlungstag (EB Ziffer 15) einfügen]** **[(der "Verzinsungsbeginn")]** (einschließlich) bis zum unmittelbar folgenden Zinszahlungstag (ausschließlich) und anschließend von jedem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum unmittelbar folgenden Zinszahlungstag (ausschließlich), längstens jedoch bis zum Fälligkeitstag (ausschließlich) mit dem Zinssatz (wie in [●] definiert) verzinst.

(2/3) Zinszahlungen. Der Zinsbetrag (wie in [●] definiert) ist **[an jedem Zinszahlungstag (wie in [●] definiert) zahlbar.] [an den folgenden Festgelegten Zinszahlungstagen zahlbar: [Festgelegte Zinszahlungstage (EB Ziffer 21) einfügen].]**

- (3/4) **Zinssatz.** Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") für jede Zinsperiode (wie in [●] definiert) entspricht der Summe aus (i) dem Produkt aus (a) [**Zinsberechnungsbasispartizipationsfaktor (EB Ziffer 17) einfügen**] (der "**Zinsberechnungsbasispartizipationsfaktor**") und (b) der Zinsberechnungsbasis (wie nachstehend definiert) für den [**Referenzzinssatz (EB Ziffer 17) einfügen**] (der "**Referenzzinssatz**") und (ii) der folgenden für die jeweilige Zinsperiode maßgeblichen Marge: [**für Zinsperioden maßgebliche Margen (EB Ziffer 17) einfügen**].
- (4/5) **Zinsberechnungsbasis.** Die "**Zinsberechnungsbasis**" entspricht dem Angebotssatz oder dem arithmetischen Mittel der Angebotssätze (ausgedrückt als Prozentsatz *per annum*) für Einlagen in der Festgelegten Währung wie auf der Bildschirmseite (wie unten definiert) gegen 11:00 Uhr (Londoner Ortszeit im Falle von LIBOR, oder Brüsseler Ortszeit im Falle EURIBOR) (die "**Festgelegte Zeit**") am [**Zinsfeststellungstag (EB Ziffer 17) einfügen**] für den Referenzzinssatz angezeigt. Wenn fünf oder mehr solcher Angebotssätze auf der Bildschirmseite verfügbar sind, werden der höchste Angebotssatz (oder wenn mehrere höchste Angebotssätze vorhanden sind, nur einer dieser Angebotssätze) und der niedrigste Angebotssatz (oder, wenn mehrere niedrigste Angebotssätze vorhanden sind, nur einer dieser Angebotssätze) von der Berechnungsstelle zum Zwecke der Bestimmung des arithmetischen Mittels der Angebotssätze außer Betracht gelassen.

Bildschirmseite meint [**maßgebliche Bildschirmseite (EB Ziffer 17) einfügen**] (die "**Bildschirmseite**").

Sollte zur Festgelegten Zeit kein Angebotssatz auf der Bildschirmseite erscheinen, wird die Berechnungsstelle von je einer Geschäftsstelle von [**Referenzbanken (EB Ziffer 17) einfügen**], deren Angebotssätze zur Bestimmung des zuletzt auf der Bildschirmseite erschienenen Angebotssatzes verwendet wurden (die "**Referenzbanken**") deren Angebotssätze (ausgedrückt als Prozentsatz *per annum*) für Einlagen in der in der Festgelegten Währung für die jeweilige Zinsperiode (wie in [●] definiert) gegenüber führenden Banken in [**relevanten Markt (EB Ziffer 17) einfügen**] (der "**Relevante Markt**") etwa zur Festgelegten Zeit am Zinsfeststellungstag anfordern.

Falls zwei oder mehr Referenzbanken der Berechnungsstelle solche Angebotssätze nennen, ist die Zinsberechnungsbasis für die betreffende Zinsperiode das arithmetische Mittel (falls erforderlich, auf- oder abgerundet auf das nächste tausendstel Prozent, falls EURIBOR der Referenzzinssatz ist, wobei ab 0,0005 aufzurunden ist, oder in allen anderen Fällen auf- oder abgerundet auf das nächste einhunderttausendstel Prozent, wobei ab 0,00005 aufgerundet wird) der Angebotssätze, jeweils wie durch die Berechnungsstelle festgelegt.

Falls an irgendeinem Zinsfeststellungstag nur eine oder keine der Referenzbanken der Berechnungsstelle solche Angebotssätze nennt, ist die Zinsberechnungsbasis für die betreffende Zinsperiode derjenige Zinssatz, den die Berechnungsstelle als das arithmetische Mittel (gegebenenfalls gerundet wie oben beschrieben) der Sätze feststellt, zu denen zwei oder mehr Referenzbanken nach deren Angaben gegenüber der Berechnungsstelle am betreffenden Zinsfeststellungstag etwa zur Festgelegten

Zeit Einlagen in der Festgelegten Währung für die betreffende Zinsperiode von führenden Banken im Relevanten Markt angeboten bekommen haben; falls weniger als zwei der Referenzbanken der Berechnungsstelle solche Angebotssätze nennen, soll die Zinsberechnungsbasis für die betreffende Zinsperiode der Angebotssatz für Einlagen in der Festgelegten Währung für die betreffende Zinsperiode oder das arithmetische Mittel (gerundet wie oben beschrieben) der Angebotssätze für Einlagen in der Festgelegten Währung für die betreffende Zinsperiode sein, den bzw. die Bank(en) (die nach Ansicht der Berechnungsstelle und der Emittentin für diesen Zweck geeignet ist/sind) der Berechnungsstelle als Sätze bekannt geben, die sie an den betreffenden Zinsfestlegungstag gegenüber führenden Banken am Relevanten Markt nennen (bzw. den diesen Banken gegenüber der Berechnungsstelle nennen).

Für den Fall, dass die Zinsberechnungsbasis nicht gemäß den vorstehenden Bestimmungen dieses Absatzes ermittelt werden kann, ist die Zinsberechnungsbasis der Angebotssatz, bzw. das arithmetische Mittel der Angebotssätze, an dem letzten Tag vor dem Zinsfeststellungstag, an dem diese Angebotssätze angezeigt wurden.]

[Im Fall von Variabel verzinslichen Schuldverschreibungen (Swapsatz) (anwendbar, wenn in EB Ziffer 12 als anwendbar erklärt) einfügen:

- (1/2) **Variable Verzinsung (Swapsatz).** Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag ab dem **[Verzinsungsbeginn (EB Ziffer 10) bzw letzten Fixzinszahlungstag (EB Ziffer 15) einfügen]** [(der "Verzinsungsbeginn")] (einschließlich) bis zum unmittelbar folgenden Zinszahlungstag (ausschließlich) und anschließend von jedem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum unmittelbar folgenden Zinszahlungstag (ausschließlich), längstens jedoch bis zum Fälligkeitstag (ausschließlich) mit dem Zinssatz (wie in [●] definiert) verzinst.
- (2/3) **Zinszahlungen.** Der Zinsbetrag (wie in [●] definiert) ist [an jedem Zinszahlungstag (wie in [●] definiert) zahlbar] [an folgenden Festgelegten Zinszahlungstagen zahlbar: **[Festgelegte Zinszahlungstage EB (EB Ziffer 21) einfügen]**].
- (3/4) **Zinssatz.** Der Zinssatz (der "Zinssatz") für jede Zinsperiode (wie in [●] definiert) entspricht der Summe aus (i) dem Produkt aus (a) **[Zinsberechnungsbasispartizipationsfaktor (EB Ziffer 18) einfügen]** (der "Zinsberechnungsbasispartizipationsfaktor") und (b) der Zinsberechnungsbasis (wie nachstehend definiert) für den **[Referenzswapsatz (EB Ziffer 18) einfügen]** (der "Referenzswapsatz") und (ii) der folgenden für die jeweilige Zinsperiode maßgeblichen Marge: **[für Zinsperioden maßgebliche Margen (EB Ziffer 18) einfügen]**.
- (4/5) **Zinsberechnungsbasis.** Die "Zinsberechnungsbasis" entspricht dem maßgeblichen Referenzswapsatz, wie er am **[Zinsfeststellungstag (EB Ziffer 18) einfügen]** auf **[maßgebliche Bildschirmseite (EB Ziffer 18) einfügen]** (die "Bildschirmseite") (oder eine andere Seite desselben oder eines anderen Anbieters, auf die diese Veröffentlichung übertragen wurde) angezeigt wird, wobei die Festlegung durch die Berechnungsstelle vorgenommen wird.

Sollte die Zinsberechnungsbasis zur Festgelegten Zeit nicht auf der Bildschirmseite erscheinen oder die Bildschirmseite nicht zur Verfügung stehen, wird die Berechnungsstelle ungefähr um 11:00 Uhr (Frankfurter Zeit) von je einer Geschäftsstelle der fünf Referenzbanken (wie nachstehend definiert), Swapsatz-Quotierungen für den Referenzswapsatz einholen. Wenn mindestens drei Quotierungen genannt werden, wird die Zinsberechnungsbasis das rechnerische Mittel der Quotierungen unter Ausschluss der höchsten Quotierung (bzw., für den Fall von gleich hohen Quotierungen, einer der höchsten Quotierungen) und der niedrigsten Quotierung (bzw., für den Fall von gleich hohen Quotierungen, einer der niedrigsten Quotierungen) sein.

"**Swapsatz-Quotierungen**" bedeutet das rechnerische Mittel der nachgefragten und angebotenen Sätze für den jährlichen Fixzinszahlungsstrom (berechnet auf einer 30/360 Tagesberechnungsbasis) einer fixed-for-floating Euro Zinsswap-Transaktion, (x) die eine dem Referenzswapsatz entsprechende Laufzeit hat und am Beginn der Zinsperiode, für die der Referenzswapsatz maßgeblich ist beginnt, (y) die auf einen Betrag lautet, der dem einer repräsentativen einzelnen Transaktion in dem Relevanten Markt zur relevanten Zeit eines anerkannten Händlers mit guter Bonität im Swap-Markt entspricht, und (z) deren variabler Zahlungsstrom auf dem für Swapsatz-Quotierungen maßgeblichen Zinssatz (**[für Swapsatz-Quotierungen maßgeblichen Zinssatz (EB Ziffer 18) einfügen]**) beruht (berechnet auf einer Actual/360 Tage-Berechnungsbasis).

"**Referenzbanken**" bedeutet diejenigen Banken, deren Angebotssätze vom Informationsanbieter der Bildschirmseite zur Ermittlung des maßgeblichen Referenzswapsatzes zu dem Zeitpunkt benutzt wurden, als solch ein Angebot letztmals auf der Bildschirmseite angezeigt wurde.

Für den Fall, dass die Zinsberechnungsbasis nicht gemäß den vorstehenden Bestimmungen ermittelt werden kann, ist die Zinsberechnungsbasis der Angebotssatz, bzw. das arithmetische Mittel der Angebotssätze, am letzten Tag vor dem Zinsfeststellungstag, an dem diese Angebotssätze angezeigt wurden.]

[Im Fall von Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung (anwendbar, wenn in EB Ziffer 12 als anwendbar erklärt) einfügen:

- (1) **Basiswertabhängige Verzinsung.** Für diese Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung gelten ergänzend die "Ergänzenden Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung", welche als Anhang einen integrativen Bestandteil dieser Emissionsbedingungen bilden.]

[Im Fall von Nullkupon Schuldverschreibungen (anwendbar, wenn in EB Ziffer 12 als anwendbar erklärt) einfügen:

- (1) **Keine laufende Verzinsung.** Es erfolgen keine laufenden Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen.]

[Im Fall von Steepener-Schuldverschreibungen (anwendbar, wenn in EB Ziffer 12 als anwendbar erklärt) einfügen:

- (1) **Steepener Verzinsung.** Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag ab dem **[Verzinsungsbeginn (EB Ziffer 10) einfügen]** (der "Verzinsungsbeginn") (einschließlich) bis zum ersten Zinszahlungstag (ausschließlich) und anschließend von jedem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum unmittelbar folgenden Zinszahlungstag (ausschließlich) längstens jedoch bis zum Fälligkeitstag (ausschließlich) mit dem Zinssatz (wie in [●] definiert) verzinst.
- (2) **Zinszahlungen.** Der Zinsbetrag (wie in [●] definiert) ist [an jedem Zinszahlungstag (wie in [●] definiert) zahlbar] [an den folgenden Tagen zahlbar: **[gemäß EB Ziffer 21 maßgebliche Zinszahlungstage einfügen].**]
- (3) **Zinssatz.** Der Zinssatz (der "Zinssatz") für jede Zinsperiode (wie in [●] definiert) entspricht dem Produkt von **[Zins-Partizipationsfaktor (EB Ziffer 20) einfügen]** und der Differenz zwischen **[Swapsatz 1 (EB Ziffer 20) einfügen]** ("Swapsatz 1") und **[Swapsatz 2 (EB Ziffer 20) einfügen]** ("Swapsatz 2").
- (4) **Swapsätze.** Die Swapsätze (1 und 2) entsprechen den jeweils maßgeblichen Swapsätzen, wie sie auf **[maßgebliche Bildschirmseiten (EB Ziffer 20) einfügen]**, die "Bildschirmseite") (oder eine andere Seite desselben oder eines anderen Anbieters, auf die diese Veröffentlichung übertragen wurde) angezeigt werden, wobei die Festlegung durch die Berechnungsstelle vorgenommen wird.

Sollte einer der Swapsätze zur Festgelegten Zeit nicht auf der Bildschirmseite erscheinen oder die Bildschirmseite nicht zur Verfügung stehen, wird die Berechnungsstelle ungefähr um 11:00 Uhr (Frankfurter Zeit) von je einer Geschäftsstelle der fünf Referenzbanken (wie nachstehend definiert), Swapsatz-Quotierungen einholen. Wenn mindestens drei Quotierungen genannt werden, wird der maßgebliche Swapsatz das rechnerische Mittel der Quotierungen unter Ausschluss der höchsten Quotierung (bzw., für den Fall von gleich hohen Quotierungen, einer der höchsten Quotierungen) und der niedrigsten Quotierung (bzw., für den Fall von gleich hohen Quotierungen, einer der niedrigsten Quotierungen) sein.

"**Swapsatz-Quotierungen**" bedeutet das rechnerische Mittel der nachgefragten und angebotenen Sätze für den jährlichen Fixzinsszahlungsstrom (berechnet auf einer 30/360 Tagesberechnungsbasis) einer fixed-for-floating Euro Zinsswap-Transaktion, (x) die eine dem maßgeblichen Swapsatz entsprechende Laufzeit hat und am Beginn der Zinsperiode, für die der Swapsatz maßgeblich ist beginnt, (y) die auf einen Betrag lautet, der dem einer repräsentativen einzelnen Transaktion in dem Relevanten Markt zur relevanten Zeit eines anerkannten Händlers mit guter Bonität im Swap-Markt entspricht, und (z) auf **[Zahlungsstrom auf dem für Swapsatz-Quotierungen maßgeblichen Zinssatz (EB Ziffer 20) einfügen]** beruht (berechnet auf einer Actual/360 Tage-Berechnungsbasis).

"**Referenzbanken**" bedeutet diejenigen Banken, deren Angebotssätze vom Informationsanbieter der Bildschirmseite zur Ermittlung des maßgeblichen

Angebotssatzes zu dem Zeitpunkt benutzt wurden, als solch ein Angebot letztmals auf der Bildschirmseite angezeigt wurde.

Für den Fall, dass der Swapsatz nicht gemäß den vorstehenden Bestimmungen ermittelt werden kann, ist der Swapsatz der Angebotssatz, bzw. das arithmetische Mittel der Angebotssätze, am letzten Tag vor dem Zinsfeststellungstag, an dem diese Angebotssätze angezeigt wurden.]

[Für alle Schuldverschreibungen mit Ausnahme der Nullkupon-Schuldverschreibungen einfügen:

Allgemeine Regelungen betreffend die Verzinsung und Definitionen

- ([2]) **Zinsberechnung.** Die Berechnungsstelle wird (ausgenommen bei fixverzinslichen Schuldverschreibungen und Stufenzins) zu oder baldmöglichst nach jedem Zeitpunkt, an dem der Zinssatz zu bestimmen ist, den auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Zinsbetrag (der "**Zinsbetrag**") für die entsprechende Zinsperiode berechnen. Der Zinsbetrag wird ermittelt, indem der Zinssatz und der Zinstagequotient (wie in [●] definiert) auf die einzelnen Nennbeträge der Schuldverschreibungen angewendet werden, wobei der resultierende Betrag auf die kleinste Einheit der Festgelegten Währung auf- oder abgerundet wird, wobei ab 0,5 solcher Einheiten aufgerundet wird.
- ([3]) **Mitteilungen zur Verzinsung.** Ausgenommen bei fixverzinslichen Schuldverschreibungen und Schuldverschreibungen mit Stufenzins wird die Berechnungsstelle veranlassen, dass der Zinssatz, die jeweilige Zinsperiode und der betreffende Zinszahlungstag der Emittentin und den Anleihegläubigern gemäß § 10 baldmöglichst nach deren Bestimmung mitgeteilt werden; die Berechnungsstelle wird diese Mitteilung ferner auch gegenüber jeder Börse vornehmen, an der die betreffenden Schuldverschreibungen zu diesem Zeitpunkt notiert sind und deren Regeln eine Mitteilung an die Börse verlangen, wobei die Mitteilung baldmöglichst nach der Bestimmung zu erfolgen hat. Im Fall einer Verlängerung oder Verkürzung der Zinsperiode können der mitgeteilte Zinsbetrag und Zinszahlungstag ohne Vorankündigung nachträglich angepasst (oder andere geeignete Anpassungsmaßnahmen getroffen) werden. Jede solche Anpassung wird umgehend allen Börsen, an denen die Schuldverschreibungen zu diesem Zeitpunkt notiert sind und deren Regeln eine Mitteilung an die Börse verlangen, sowie den Anleihegläubigern mitgeteilt.
- [[4] **[Mindest] [- und/oder] [Maximalzinssatz].** Der Zinssatz ist durch [den Maximalzinssatz von [**Maximalzinssatz (EB Ziffer 21) einfügen**]] [und] [den Mindestzinssatz von [**Mindestzinssatz (EB Ziffer 21) einfügen**]] begrenzt.]
- ([5]) **Verzugszinsen.** Wenn die Emittentin eine fällige Zahlung auf die Schuldverschreibungen aus irgendeinem Grund nicht leistet, wird der ausstehende Betrag ab dem Fälligkeitstag (einschließlich) bis zum Tag der vollständigen Zahlung an die Gläubiger (ausschließlich) mit 4% *per annum* verzinst.

([6]) **Zinszahlungstage.** "Zinszahlungstag" bedeutet [jeden **[Festgelegte Zinszahlungstage (EB Ziffer 21) einfügen].**] **[im Fall von Festgelegten Zinsperioden einfügen:** jeweils den Tag, der auf den Ablauf der Festgelegten Zinsperiode (wie nachstehend definiert) nach dem vorhergehenden Zinszahlungstag, oder im Fall des ersten Zinszahlungstags, nach dem Verzinsungsbeginn, folgt. Festgelegte Zinsperiode meint **[Festgelegte Zinsperioden (EB Ziffer 21) einfügen]** (die "Festgelegten Zinsperioden").] Fällt ein Zinszahlungstag auf einen Tag, der kein Geschäftstag (wie in § 5 (2) definiert) ist, wird der Zahlungstermin:

[Im Falle der Anwendung der Modifizierte-Folgender-Geschäftstag-Konvention (EB Ziffer 21) einfügen: auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben, es sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird der Zinszahlungstag auf den unmittelbar vorausgehenden Geschäftstag vorgezogen.]

[Im Falle der Anwendung der Floating Rate Note Konvention (EB Ziffer 21) einfügen: auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben, es sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall (i) wird der Zinszahlungstag auf den unmittelbar vorausgehenden Geschäftstag vorgezogen und (ii) ist jeder nachfolgende Zinszahlungstag der jeweils letzte Geschäftstag des Monats, in der die Festgelegte Zinsperiode nach dem vorhergehenden anwendbaren Zinszahlungstag liegt.]

[Im Falle der Anwendung der Folgender-Geschäftstag-Konvention (EB Ziffer 21) einfügen: auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben.]

[Im Falle der Anwendung der Vorangegangener-Geschäftstag-Konvention (EB Ziffer 21) einfügen: auf den unmittelbar vorausgehenden Geschäftstag vorgezogen.]

[Falls die Zinsperiode (EB Ziffer 21) angepasst wird, einfügen:

Falls ein Zinszahlungstag (wie oben beschrieben) verschoben wird, wird die Zinsperiode entsprechend angepasst.]

[Falls die Zinsperiode (EB Ziffer 21) nicht angepasst wird, einfügen:

Falls ein Zinszahlungstag (wie oben beschrieben) verschoben wird, wird die Zinsperiode nicht entsprechend angepasst. Die Anleihegläubiger sind nicht berechtigt, zusätzliche Zinsen oder sonstige Zahlungen auf Grund dieser Verschiebung zu verlangen.]

([7]) **Zinsperiode.** Die "Zinsperiode" meint [die Festgelegte(n) Zinsperiode(n)] [den Zeitraum ab dem Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zum ersten Zinszahlungstag (ausschließlich) und jeden weiteren Zeitraum von einem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum folgenden Zinszahlungstag (ausschließlich)].

([8]) **Zinstagequotient.** Der "Zinstagequotient" bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung eines Betrages für einen beliebigen Zeitraum (der "Zinsberechnungszeitraum"):

[Im Falle der Anwendung von Actual/Actual (ICMA) (EB Ziffer 13) einfügen:

- (i) Falls der Zinsberechnungszeitraum gleich oder kürzer als die Zinsperiode ist, innerhalb welcher er fällt, die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum, dividiert durch das Produkt (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in der jeweiligen Zinsperiode und (B) der Anzahl der Zinsperioden in einem Jahr.
- (ii) Falls der Zinsberechnungszeitraum länger als eine Zinsperiode ist, die Summe: (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in demjenigen Zinsberechnungszeitraum, der in die Zinsperiode fällt, in der er beginnt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser Zinsperiode und (y) die Anzahl von Zinsperioden in einem Jahr, und (B) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in demjenigen Zinsberechnungszeitraum, der in die nächste Zinsperiode fällt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser Zinsperiode und (y) die Anzahl von Zinsperioden in einem Jahr.]

[Im Falle der Anwendung von 30/360 (EB Ziffer 13) einfügen:

Die Anzahl von Tagen im jeweiligen Berechnungszeitraum, dividiert durch 360 (wobei die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 mit zwölf Monaten zu 30 Tagen zu ermitteln ist (es sei denn, (A) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraumes fällt auf den 31. Tag eines Monats, während der erste Tag des Zinsberechnungszeitraumes weder auf den 30. noch auf den 31. Tag eines Monats fällt, wobei in diesem Fall der diesen Tag enthaltende Monat nicht als ein auf 30 Tage gekürzter Monat zu behandeln ist, oder (B) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraumes fällt auf den letzten Tag des Monats Februar, wobei in diesem Fall der Monat Februar nicht als ein auf 30 Tage verlängerter Monat zu behandeln ist)).]

[Im Falle der Anwendung von 30E/360 oder Eurobond Basis (EB Ziffer 13) einfügen:

Die Anzahl der Tage im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 360 (wobei die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 mit zwölf Monaten zu 30 Tagen zu ermitteln ist, es sei denn, im Fall des letzten Zinsberechnungszeitraumes fällt der Fälligkeitstag auf den letzten Tag des Monats Februar, in welchem Fall der Monat Februar als nicht auf einen Monat zu 30 Tagen verlängert gilt).]

[Im Falle der Anwendung von Actual/365 oder Actual/Actual (ISDA) (EB Ziffer 13) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum, dividiert durch 365 (oder, falls ein Teil dieses Zinsberechnungszeitraumes in ein Schaltjahr fällt, die Summe aus (i) der tatsächlichen Anzahl der in das Schaltjahr fallenden Tage des Zinsberechnungszeitraumes dividiert durch 366 und (ii) die tatsächliche

Anzahl der nicht in das Schaltjahr fallenden Tage des Zinsberechnungszeitraumes dividiert durch 365.)]

[Im Falle der Anwendung von Actual/365 (Fixed) (EB Ziffer 13) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 365.]

[Im Falle der Anwendung von Actual/360 (EB Ziffer 13) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum, dividiert durch 360.]

[Gegebenenfalls § 3a, 3b und 3c einfügen]

**§ 4
Rückzahlung**

- (1) **Rückzahlung bei Endfälligkeit.** Die Schuldverschreibungen werden zu ihrem Rückzahlungsbetrag von **[Rückzahlungsbetrag (EB Ziffer 22) einfügen]** am **[Fälligkeitstag (EB Ziffer 11) einfügen]** (der "Fälligkeitstag") zurückgezahlt.

[Falls in den EB (EB Ziffer 23) Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin vorgesehen ist, einfügen:

- (2) **Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin.** Die Emittentin kann zu jedem **[Wahrückzahlungstage (Call) (EB Ziffer 23) einfügen]** (jeweils ein "Wahrückzahlungstag (Call)") die Schuldverschreibungen vollständig oder teilweise kündigen und **[im Falle von allen Schuldverschreibungen außer Nullkupon-Schuldverschreibungen einfügen:** zu ihrem Wahrückzahlungsbetrag (Call) (wie in [●] definiert) zuzüglich bis zum Wahrückzahlungstag (Call) aufgelaufener Zinsen] **[im Falle von Nullkupon-Schuldverschreibungen einfügen:** zu ihrem Amortisationsbetrag (wie in [●] definiert)] zurückzahlen, nachdem sie die Anleihegläubiger mindestens **[Kündigungsfrist (Call) (EB Ziffer 23) einfügen]** vor dem Wahrückzahlungstag (Call) gemäß § 10 benachrichtigt hat (wobei diese Erklärung den für die Rückzahlung der Schuldverschreibungen maßgeblichen Wahrückzahlungstag (Call) angeben muss). [Jede solche Rückzahlung muss sich auf Schuldverschreibungen im Nominalbetrag von **[Mindest-Rückzahlungsbetrag (EB Ziffer 23) einfügen]** [oder eines höheren Rückzahlungsbetrages von **[höheren Rückzahlungsbetrag (EB Ziffer 23) einfügen]** beziehen.]] Im Falle einer Teilrückzahlung von Schuldverschreibungen werden die zurückzuzahlenden Schuldverschreibungen von der Emittentin spätestens 10 Geschäftstage vor dem zur Rückzahlung festgelegten Datum ausgewählt. Die Rückzahlung erfolgt innerhalb der in festgelegten Zahlungsfrist (Call) von **[festgelegte Zahlungsfrist (Call) (EB Ziffer 23) einfügen]**.

[Im Fall von nachrangigen Schuldverschreibungen (anwendbar, wenn in EB

Ziffer 1 als anwendbar erklärt) einfügen:

Eine solche vorzeitige Rückzahlung der Schuldverschreibungen nach Wahl der Emittentin vor dem Ende der Laufzeit der Schuldverschreibungen ist nur zulässig, sofern der Zeitpunkt der Emission mindestens fünf Jahre zurückliegt und die Voraussetzungen für eine vorzeitige Rückzahlung nach § 4 (6) erfüllt sind.]]

[Falls in den EB (EB Ziffer 23) keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin vorgesehen ist, einfügen:

- (2) **Keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin.** Die Emittentin ist **[im Fall von nachrangigen Schuldverschreibungen (anwendbar, wenn in EB Ziffer 1 als anwendbar erklärt) einfügen:** mit Ausnahme des § 4 (4) und (5)] nicht berechtigt, die Schuldverschreibungen zu kündigen und vorzeitig zurückzuzahlen.]

[Falls in den EB (EB Ziffer 24) Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger vorgesehen ist, einfügen:

- ([3]) **Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger.** Sofern ein Anleihegläubiger der Emittentin die entsprechende Absicht **[Kündigungsfrist (Put) (EB Ziffer 24) einfügen]** im Voraus mitteilt, hat die Emittentin, die entsprechenden Schuldverschreibungen am **[Wahrückzahlungstag (Put) (EB Ziffer 24) einfügen]** (jeweils ein "Wahrückzahlungstag (Put)") zu ihrem **[im Falle von allen Schuldverschreibungen außer Nullkupon-Schuldverschreibungen einfügen:** Wahrückzahlungsbetrag (Put) (wie in [●] definiert) zuzüglich bis zum Wahrückzahlungstag (Put) aufgelaufener Zinsen] **[im Falle von Nullkupon-Schuldverschreibungen einfügen:** zu ihrem Amortisationsbetrag (wie in [●] definiert)] zurückzuzahlen. Die Rückzahlung erfolgt innerhalb der festgelegten Zahlungsfrist (Put) von **[festgelegte Zahlungsfrist (Put) (EB Ziffer 24) einfügen]**. Um dieses Recht auszuüben, muss der Anleihegläubiger innerhalb der Kündigungsfrist (Put) eine schriftliche Ausübungserklärung abgeben (entsprechende Formulare sind bei der Zahlstelle oder der Emittentin erhältlich). Ein Widerruf einer erfolgten Ausübung dieses Rechts ist nicht möglich.]

[Falls bei nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen, Pfandbriefen oder Kommunalpfandbriefen in den EB (EB Ziffer 24) keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger vorgesehen ist sowie im Fall von nachrangigen Schuldverschreibungen (anwendbar, wenn in EB Ziffer 1 als anwendbar erklärt), einfügen:

- ([3]) **Keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger.** Die Anleihegläubiger sind nicht berechtigt, die Schuldverschreibungen zu kündigen und die vorzeitige Rückzahlung zu verlangen.]

[Falls in den EB (EB Ziffer 25) vorzeitige Rückzahlung bei Vorliegen einer Rechtsänderung vorgesehen ist, einfügen:

- ([4]) **Vorzeitige Rückzahlung bei Vorliegen einer Rechtsänderung.** Die Emittentin kann

die Schuldverschreibungen jederzeit vor dem Fälligkeitstag bei Vorliegen einer Rechtsänderung zu ihrem vorzeitigen Rückzahlungsbetrag (wie in [●] definiert) vorzeitig zurückzahlen. Die Emittentin wird die Schuldverschreibungen einer solchen Serie vollständig (aber nicht nur teilweise) am zweiten Geschäftstag zurückzahlen, nachdem die Benachrichtigung der vorzeitigen Rückzahlung gemäß § 10 zugegangen ist, vorausgesetzt, dass dieser Tag nicht später als zwei Geschäftstage vor dem Fälligkeitstag liegt (der "**vorzeitige Rückzahlungstag**") und wird den [vorzeitigen Rückzahlungsbetrag] [Amortisationsbetrag] (wie in [●] definiert) im Hinblick auf die Schuldverschreibungen an die entsprechenden Anleihegläubiger zahlen oder eine entsprechende Zahlung veranlassen, im Einklang mit den maßgeblichen Steuergesetzen oder sonstigen gesetzlichen oder behördlichen Vorschriften und in Einklang mit und gemäß den Emissionsbedingungen. Die Rückzahlung erfolgt innerhalb der festgelegten Zahlungsfrist von [**festgelegte Zahlungsfrist (EB Ziffer 25) einfügen**]. Zahlungen von Steuern oder vorzeitigen Rückzahlungsgebühren sind von den entsprechenden Gläubigern zu tragen und die Emittentin übernimmt keine Haftung hierfür.

Wobei:

"**Rechtsänderung**" bedeutet, dass aufgrund (A) des Inkrafttretens von Änderungen der Gesetze oder Verordnungen (einschließlich aber nicht beschränkt auf Steuergesetze) oder (B) der Änderungen der Auslegung von gerichtlichen oder behördlichen Entscheidungen, die für die entsprechenden Gesetze oder Verordnungen relevant sind (einschließlich der Aussagen der Steuerbehörden) (X) das Halten, der Erwerb oder die Veräußerung der auf die Schuldverschreibungen bezogenen Basiswerte rechtswidrig geworden ist, oder (Y) die Kosten, die mit den Verpflichtungen unter den Schuldverschreibungen verbunden sind, wesentlich gestiegen sind (einschließlich aber nicht beschränkt auf Erhöhungen der Steuerverpflichtungen, der Senkung von steuerlichen Vorteilen oder anderen negativen Auswirkungen auf die steuerrechtliche Behandlung), falls solche Änderungen an oder nach dem Begebungstag wirksam werden.]]

[Im Fall von nachrangigen Schuldverschreibungen (anwendbar, wenn in EB Ziffer 1 als anwendbar erklärt) einfügen:

(4) Vorzeitige Rückzahlung aus steuerlichen Gründen.

Die Schuldverschreibungen können insgesamt, jedoch nicht teilweise, nach Wahl der Emittentin jederzeit mit einer Kündigungsfrist von nicht weniger als dreißig und nicht mehr als sechzig Tagen vor der beabsichtigten Rückzahlung der Schuldverschreibungen durch Verständigung der Anleihegläubiger von der Kündigung gekündigt (wobei diese Kündigung unwiderruflich ist) und jederzeit zu ihrem Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag samt bis zum für die Rückzahlung festgesetzten Tag (ausschließlich) aufgelaufener Zinsen an die Anleihegläubiger zurückgezahlt werden, wenn sich die geltende steuerliche Behandlung der Schuldverschreibungen ändert, und die Voraussetzungen für eine vorzeitige Rückzahlung nach § 4 (6) erfüllt sind.

(5) **Vorzeitige Rückzahlung aus aufsichtsrechtlichen Gründen.**

Die Schuldverschreibungen können insgesamt, jedoch nicht teilweise, nach Wahl der Emittentin jederzeit mit einer Kündigungsfrist von nicht weniger als dreißig und nicht mehr als sechzig Tagen vor der beabsichtigten Rückzahlung der Schuldverschreibungen durch Verständigung der Anleihegläubiger von der Kündigung gekündigt (wobei eine solche Kündigung unwiderruflich ist) und jederzeit zu ihrem Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag samt bis zum für die Rückzahlung festgesetzten Tag (ausschließlich) aufgelaufener Zinsen an die Anleihegläubiger zurückgezahlt werden, wenn sich die aufsichtsrechtliche Einstufung der Schuldverschreibungen ändert, was wahrscheinlich zu ihrem gänzlichen oder teilweisen Ausschluss aus den Eigenmitteln oder ihrer Neueinstufung als Eigenmittel geringerer Qualität führen würde, und die Voraussetzungen für eine vorzeitige Rückzahlung nach § 4 (6) erfüllt sind.

(6) **Voraussetzungen für eine vorzeitige Rückzahlung.**

Eine vorzeitige Rückzahlung nach **[falls in den EB (EB Ziffer 23) vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin vorgesehen ist, einfügen: § 4 (2) oder] § 4 (4) und (5) und ein Rückkauf nach § 9 (2) setzt voraus, dass die Zuständige Behörde der Emittentin zuvor die Erlaubnis zur vorzeitigen Rückzahlung oder dem Rückkauf der Schuldverschreibungen in Übereinstimmung mit Artikel 78 CRR erteilt hat, wobei diese Erlaubnis unter anderem voraussetzen kann, dass:**

- (i) entweder (A) die Emittentin vor oder gleichzeitig mit der vorzeitigen Rückzahlung die Schuldverschreibungen durch Eigenmittelinstrumente zumindest gleicher Qualität zu Bedingungen ersetzt, die im Hinblick auf die Ertragsmöglichkeiten der Emittentin nachhaltig sind; oder (B) die Emittentin der Zuständigen Behörde hinreichend nachgewiesen hat, dass die Eigenmittel der Emittentin nach der vorzeitigen Rückzahlung die Anforderungen nach Artikel 92 Absatz 1 CRR und die kombinierte Kapitalpufferanforderung iSv Artikel 128 Nr. 6 CRD IV um eine Spanne übertreffen, die die Zuständige Behörde auf der Grundlage des Artikels 104 Absatz 3 CRD IV gegebenenfalls für erforderlich hält; und
- (ii) im Fall einer vorzeitigen Rückzahlung vor fünf Jahren nach dem Zeitpunkt der Emission:
 - (A) aus steuerlichen Gründen nach § 4 (4), die Emittentin der Zuständigen Behörde hinreichend nachweist, dass diese Änderung wesentlich ist und zum Zeitpunkt der Emission der Schuldverschreibungen nicht vorherzusehen war, und
 - (B) aus aufsichtsrechtlichen Gründen nach § 4 (5), die Zuständige Behörde hält es für ausreichend sicher, dass eine solche Änderung stattfindet; und die Emittentin weist der Zuständigen Behörde hinreichend nach, dass zum Zeitpunkt der Emission der Schuldverschreibungen die aufsichtsrechtliche Neueinstufung für die Emittentin nicht vorherzusehen

war.

Zur Klarstellung wird angemerkt, dass die Verweigerung der Erlaubnis gemäß Artikel 78 CRR durch die Zuständige Behörde keinen Verzug für irgendeinen Zweck darstellt.]

[(7)] Definitionen:

[Im Fall von nachrangigen Schuldverschreibungen (anwendbar, wenn in EB Ziffer 1 als anwendbar erklärt) einfügen:

"Zuständige Behörde" bezeichnet die zuständige Behörde gemäß Artikel 4 (1)(40) CRR, die für die Beaufsichtigung der Emittentin auf Einzelbasis und/oder konsolidierter Basis verantwortlich ist.

"CRD IV" bezeichnet die Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (*Capital Requirements Directive IV*), wie in Österreich umgesetzt und in der jeweils geltenden Fassung.]

["Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag" meint **[falls in den EB (EB Ziffer 22) "standard" angegeben ist, einfügen:** [den von der Emittentin nach billigem Ermessen als angemessener Marktpreis der Schuldverschreibungen festgelegten Betrag] **[●]].]**

["Wahrrückzahlungsbetrag (Call)" meint **[Wahrrückzahlungsbetrag (Call) wie in EB Ziffer 23 angegeben, einfügen].]**

["Wahrrückzahlungsbetrag (Put)" meint **[Wahrrückzahlungsbetrag (Put) wie in EB Ziffer 24 angegeben, einfügen].]**

["Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag" meint **[Vorzeitige Rückzahlungsbetrag gemäß EB Ziffer 25 einfügen]**, allenfalls auf zwei Nachkommastellen kaufmännisch gerundet.]

["Amortisationsbetrag" meint den vorgesehenen Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibung am Fälligkeitstag, abgezinst mit einem jährlichen Satz (als Prozentsatz ausgedrückt) in Höhe eines Satzes, der einem Amortisationsbetrag in Höhe des Ausgabepreises der Schuldverschreibungen entspräche, würden diese am Begebungstag auf ihren Emissionspreis abgezinst, auf Basis einer jährlichen Verzinsung bereits aufgelaufener Zinsen. Ist eine solche Rechnung für einen Zeitraum von weniger als einem Jahr aufzustellen, so liegt ihr der Zinstagequotient zugrunde.]]

§ 5 Zahlungen

- (1) **Zahlungen.** Zahlungen auf Kapital und ggf. Zinsen auf die Schuldverschreibungen erfolgen bei Fälligkeit in der Festgelegten Währung. Die Zahlung von Kapital und ggf.

Zinsen erfolgt, vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Vorschriften, über die Zahlstelle zur Weiterleitung an die Clearing-Systeme oder nach deren Anweisung durch Gutschrift auf die jeweilige für den Inhaber der Schuldverschreibungen depotführende Stelle.

- (2) **Geschäftstag.** Fällt der Fälligkeitstag einer Zahlung in Bezug auf eine Schuldverschreibung auf einen Tag, der kein Geschäftstag ist, hat der Anleihegläubiger keinen Anspruch auf Zahlung vor dem nächsten Geschäftstag am jeweiligen Ort und ist nicht berechtigt, zusätzliche Zinsen oder sonstige Zahlungen auf Grund dieser Verspätung zu verlangen.

"**Geschäftstag**" ist jeder Tag (außer einem Samstag und einem Sonntag) an dem **[[a)]** die Banken in **[maßgebliche Finanzzentren (EB Ziffer 21) einfügen]** für Geschäfte (einschließlich Devisenhandelsgeschäfte und Fremdwährungseinlagengeschäfte) geöffnet sind] **[und] [falls die Festgelegte Währung Euro ist, einfügen: [(b)]** alle für die Abwicklung von Zahlungen in Euro wesentlichen Teile des Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer Systems ("TARGET2") in Betrieb sind].

- (3) **Bezugnahmen auf Kapital.** Bezugnahmen in diesen Emissionsbedingungen auf "Kapital" schließen, soweit anwendbar, den Rückzahlungsbetrag, den Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag, den Wahrrückzahlungsbetrag sowie jeden Aufschlag sowie sonstige auf oder in Bezug auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Beträge mit ein.

§ 6 **Besteuerung**

Sämtliche Zahlungen von Kapital und ggf. Zinsen in Bezug auf die Schuldverschreibungen werden ohne Einbehalt oder Abzug von Steuern, Abgaben, Festsetzungen oder behördlichen Gebühren jedweder Art (die "**Steuern**") geleistet, die von der Republik Österreich oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder Behörden mit der Befugnis zur Erhebung von Steuern auferlegt, erhoben, eingezogen, einbehalten oder festgesetzt werden, es sei denn, ein solcher Einbehalt oder Abzug ist oder wird in Zukunft gesetzlich vorgeschrieben. In diesem Fall wird die Emittentin die betreffenden Steuern einbehalten oder abziehen, und die einbehaltenen oder abgezogenen Beträge an die zuständigen Behörden zahlen. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, wegen eines solchen Einhalts oder Abzugs zusätzliche Beträge an Kapital und/oder Zinsen zu zahlen.

§ 7 **Verjährung**

Ansprüche gegen die Emittentin auf Zahlungen hinsichtlich der Schuldverschreibungen verjähren, sofern sie nicht innerhalb von **[Frist (EB Ziffer 27) einfügen]** Jahren (im Falle des Kapitals) **[und innerhalb von [Frist (EB Ziffer 27) einfügen] Jahren (im Falle von Zinsen)]** ab dem Tag der Fälligkeit geltend gemacht werden.

§ 8 Beauftragte Stellen

- (1) **Bestellung.** Die Zahlstelle und die Berechnungsstelle (zusammen die "**beauftragten Stellen**") und ihre Geschäftsstellen sind nachstehend angegeben:

Zahlstelle: [**Zahlstelle (EB Ziffer 28) einfügen**]

Berechnungsstelle: [**Berechnungsstelle (EB Ziffer 29) einfügen**]

- (2) **Änderung der Bestellung oder Abberufung.** Die Emittentin wird zu jedem Zeitpunkt eine Zahlstelle unterhalten, behält sich aber das Recht vor, jederzeit die Bestellung einer beauftragten Stelle zu ändern oder zu beenden und/oder zusätzliche oder andere Zahlstellen und/oder Berechnungsstelle im EWR zu bestellen. Änderungen in Bezug auf die Zahlstelle und die Berechnungsstelle werden den Anleihegläubigern gemäß § 10 mitgeteilt.
- (3) **Beauftragte der Emittentin.** Jede beauftragte Stelle handelt ausschließlich als Beauftragte der Emittentin und übernimmt keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Anleihegläubigern und es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihr und den Anleihegläubigern begründet.
- (4) **Verbindlichkeit der Festsetzungen.** Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Festsetzungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der Emittentin, Zahlstelle(n) und Berechnungsstelle für die Zwecke dieser Emissionsbedingungen gemacht, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die Emittentin, die Zahlstelle(n) und die Anleihegläubiger bindend.
- (5) **Haftungsausschluss.** Soweit gesetzlich zulässig, übernehmen weder die Berechnungsstelle noch die Zahlstelle(n) eine Haftung für irgendeinen Irrtum oder eine Unterlassung oder irgendeine darauf beruhende nachträgliche Korrektur in der Berechnung oder Veröffentlichung irgendeines Betrags oder einer Festlegung in Bezug auf die Schuldverschreibungen, sei es auf Grund von Fahrlässigkeit oder aus sonstigen Gründen.

§ 9

Begebung weiterer Schuldverschreibungen. Rückkauf, Einziehung und Entwertung

- [(1)] **Begebung weiterer Schuldverschreibungen.** Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit ohne Zustimmung der Anleihegläubiger weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung (mit Ausnahme des Emissionspreises und des ersten Zinszahlungstags) in der Weise zu begeben, dass sie mit diesen Schuldverschreibungen eine einheitliche Serie bilden, wobei in diesem Fall der Begriff "Schuldverschreibungen" entsprechend auszulegen ist.

[Im Fall von Rückkaufmöglichkeit, einfügen:

- (2) **Rückkauf.** Die Emittentin und jedes ihrer Tochterunternehmen sind berechtigt, Schuldverschreibungen im Markt oder anderweitig (zB durch Privatkauf) zu jedem beliebigen Preis zu kaufen. Die von der Emittentin erworbenen Schuldverschreibungen können nach Wahl der Emittentin von ihr gehalten, weiterverkauft oder eingezogen und entwertet werden. **[Im Fall von nachrangigen Schuldverschreibungen (anwendbar, wenn in EB Ziffer 1 als anwendbar erklärt) einfügen:** Ein solcher Rückkauf ist nur unter Beachtung aller anwendbaren aufsichtsrechtlichen und sonstigen gesetzlichen Beschränkungen und sofern die Voraussetzungen für eine vorzeitige Rückzahlung nach § 4 (6) erfüllt sind, möglich.]]

§ 10

Bekanntmachungen

Alle Bekanntmachungen, welche die Schuldverschreibungen betreffen, erfolgen nach Wahl der Emittentin rechtsgültig [über **[maßgebliche Mitteilungsart (EB Ziffer 33) einfügen]**, oder, soweit zulässig,] auf der Homepage der Emittentin (**[Homepage gemäß EB Ziffer 33 einfügen]**) oder durch schriftliche Benachrichtigung der Wertpapierinhaber.

Sofern in diesen Emissionsbedingungen nichts anderes vorgesehen ist, dienen diese Bekanntmachungen nur zur Information und stellen keine Wirksamkeitsvoraussetzungen dar.

§ 11

Börsennotierung

[Die Emittentin beabsichtigt, die Notierung der Schuldverschreibungen **[zum Geregeltten Freiverkehr/Dritten Markt der Wiener Börse (EB Ziffer 32) einfügen]** zu beantragen.]

[Die Emittentin kann die Zulassung der Schuldverschreibungen **[zum Handel im Geregeltten Freiverkehr der Wiener Börse (EB Ziffer 32) einfügen]** jederzeit beantragen.]

[Die Emittentin hat die Notierung der Schuldverschreibungen **[zum Geregeltten Freiverkehr/Dritten Markt der Wiener Börse (EB Ziffer 32) einfügen]** beantragt.]

[Erster Handelstag ist der **[gemäß EB (EB Ziffer 32) einfügen]**]

[Die Emittentin beabsichtigt nicht, die Notierung der Schuldverschreibungen zu beantragen.]

§ 12

Anwendbares Recht; Erfüllungsort; Gerichtsstand; Salvatorische Klausel

- (1) **Anwendbares Recht.** Die Schuldverschreibungen sowie alle damit verbundenen Rechte und Pflichten unterliegen österreichischem Recht unter Ausschluss der Regelungen des internationalen Privatrechtes, soweit dies die Anwendung fremden Rechts zur Folge hätte.

- (2) **Erfüllungsort.** Erfüllungsort ist [**Erfüllungsort (EB Ziffer 34) einfügen**].
- (3) **Gerichtsstand.** Ausschließlicher Gerichtsstand ist, soweit rechtlich zulässig, das für Handelssachen in [**Gerichtsstand (EB Ziffer 35) einfügen**] zuständige Gericht, wobei sich die Emittentin jedoch vorbehält, eine Klage bei einem ansonsten zuständigen Gericht einzubringen. Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes können ihre Ansprüche auch bei allen anderen zuständigen Gerichten geltend machen.
- (4) **Salvatorische Klausel.** Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieser Emissionsbedingungen ganz oder teilweise rechtsunwirksam sein oder werden, bleiben die übrigen Bestimmungen dieser Emissionsbedingungen in Kraft.

Ergänzende Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung

Die "Muster-Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen" werden, wenn die Modalitäten bei basiswertabhängiger Verzinsung anwendbar sind, durch Einfügung der unten abgedruckten Bestimmungen vervollständigt und ergänzt. Soweit die unten abgedruckten ergänzenden Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung von den "Muster-Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen" abweichen sollten, gehen die nachstehenden ergänzenden Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung vor.

§ 3a Definitionen

"Anpassungsereignis" ist jedes Ereignis in Bezug auf den betreffenden Basiswert, bei dessen Eintritt die Maßgebliche Terminbörse eine Anpassung des Preises, des Wertes, der Kontraktgröße oder der Anzahl oder sonstigen Ausstattung der auf den betreffenden Basiswert gehandelten Optionskontrakte vornimmt oder vornehmen würde, wenn Optionskontrakte auf den betreffenden Basiswert an der Maßgeblichen Terminbörse gehandelt würden.

"Börsegeschäftstage" sind solche Tage, an denen a) planmäßig der Beobachtungs- bzw Schlusskurs des betreffenden Basiswertes berechnet und veröffentlicht wird, und b) planmäßig ein Handel an der Maßgeblichen Terminbörse vorgesehen ist.

"Feststellungsstelle" ist [***Feststellungsstelle (EB Ziffer 26) einfügen***].

"Handels- oder Notierungssystem" meint ein System, bei dem Preise eines Basiswerts aufgrund von Handelsaktivitäten oder Quotierungen von Marktteilnehmern zustande kommen.

"Marktstörung" bedeutet jedes der folgenden Ereignisse oder Situationen, sofern diese(s) nach Feststellung [der Emittentin] [von [***Sachverständigen Dritten (EB Ziffer 30) einfügen***] (der "**Sachverständige Dritte**") [***Falls in den (EB Ziffer 30) ein Sachverständiger Dritter ausgewählt wurde, ist in weiterer Folge bei Auswahlmöglichkeiten zwischen der Emittentin und dem Sachverständigen Dritten jeweils der Sachverständige Dritte auszuwählen.***] wesentlich für die Bewertung eines Basiswerts oder von Absicherungsmaßnahmen der Emittentin in Bezug auf die Schuldverschreibungen ist:

- (a) Sofern die Feststellungsstelle für einen Basiswert nach Bestimmung [der Emittentin] [des Sachverständigen Dritten] eine Börse oder ein Handels- oder Notierungssystem ist:
 - (i) die Feststellungsstelle oder Maßgebliche Terminbörse nicht für den Handel zu regulären Handelszeiten an einem Börsegeschäftstag geöffnet ist; oder
 - (ii) falls es sich bei dem (einem) Basiswert um einen Index handelt: (A) die jeweilige

Indexberechnungsstelle den Stand eines Basiswerts, bei dem es sich um einen Index handelt, an einem Börsegeschäftstag nicht veröffentlicht oder (B) die jeweils Maßgebliche Terminbörse nicht für den Handel zu regulären Handelszeiten geöffnet ist; oder

- (iii) an einem Börsegeschäftstag zum Zeitpunkt der Notierung für einen Basiswert bzw. zu einem Zeitpunkt innerhalb der Stunde, die mit dem Zeitpunkt der Notierung für diesen Basiswert endet, eines der folgenden Ereignisse eintritt oder vorliegt:
 - (A) eine Aussetzung oder Beschränkung des Handels durch die Feststellungsstelle oder Maßgebliche Terminbörse oder anderweitig (wegen Preisbewegungen, die die von der Feststellungsstelle oder Maßgebliche Terminbörse zugelassenen Grenzen überschreiten, oder aus anderen Gründen) (I) für einen Basiswert an der Feststellungsstelle; oder (II) an der Feststellungsstelle insgesamt, sofern es sich bei dem Basiswert nicht um einen Multi-Exchange Index handelt; oder (III) für Options- oder Futures-Kontrakte auf oder in Bezug auf einen Basiswert an Maßgeblichen Terminbörse; oder an einer anderen Börse oder einem anderen Handels- oder Notierungssystem, an dem der Basiswert zugelassen ist oder notiert wird, oder
 - (B) ein Ereignis, das (nach Bestimmung [der Emittentin] [des Sachverständigen Dritten]) allgemein die Möglichkeit der Marktteilnehmer stört oder beeinträchtigt, (i) an der Feststellungsstelle Transaktionen in Bezug auf einen Basiswert durchzuführen bzw. Marktpreise für einen Basiswert zu ermitteln oder (ii) an der Maßgeblichen Terminbörse Transaktionen in Bezug auf Options- oder Futures-Kontrakte auf einen Basiswert durchzuführen bzw. Marktpreise für solche Options- oder Futures-Kontrakte zu ermitteln; oder
 - (iv) der Handel an einem Börsegeschäftstag an der Feststellungsstelle oder der Maßgeblichen Terminbörse vor dem Üblichen Börsenschluss geschlossen wird, es sei denn, die frühere Schließung des Handels wird von der Feststellungsstelle oder Maßgeblichen Terminbörse mindestens eine Stunde vor (je nachdem, welches Ereignis früher eintritt) (A) dem tatsächlichen Börsenschluss für den regulären Handel an dieser Feststellungsstelle oder Maßgeblichen Terminbörse an dem betreffenden Börsengeschäftstag oder (B) dem Orderschluss (sofern gegeben) der Feststellungsstelle oder Maßgeblichen Terminbörse für die Ausführung von Aufträgen zum Zeitpunkt der Notierung an diesem Börsengeschäftstag angekündigt.
- (b) Sofern die Feststellungsstelle für einen Basiswert nach Bestimmung [der Emittentin] [des Sachverständigen Dritten] keine Börse und kein Handels- oder Notierungssystem ist:

Wenn aus Gründen, auf welche [die Emittentin] [der Sachverständige Dritte] keinen Einfluss hat, die Bestimmung des Preises oder Werts (oder eines Preis- oder

Wertbestandteils) des betreffenden Basiswerts unter Bezugnahme auf die jeweilige Feststellungsstelle gemäß den Vorschriften oder dem üblichen oder akzeptierten Verfahren zur Bestimmung dieses Preises oder Werts, nicht möglich ist (unabhängig davon, ob dies dadurch bedingt ist, dass der entsprechende Preis oder Wert nicht veröffentlicht wurde, oder eine andere Ursache hat).

"Maßgebliche Terminbörse" ist [die Terminbörse mit dem größten Handelsvolumen von Optionskontrakten, die auf den Basiswert gehandelt werden] [*in den Endgültigen Bedingungen bezeichnete Börse (EB Ziffer 19) einfügen*].

"Üblicher Börsenschluss" ist, in Bezug auf eine Feststellungsstelle oder Maßgebliche Terminbörse und einen Börsegeschäftstag, der zu Werktagen übliche Börsenschluss der Feststellungsstelle oder Maßgeblichen Terminbörse an diesem Börsegeschäftstag, ohne Berücksichtigung eines nachbörslichen Handels oder anderer Handelsaktivitäten außerhalb der regulären Handelszeiten.

"Zeitpunkt der Notierung" ist in Bezug auf einen Basiswert:

- (i) sofern der Basiswert kein Multi-Exchange Index ist, der Zeitpunkt der Notierung, zu dem [die Emittentin] [der Sachverständigen Dritten] den Stand oder Wert dieses Basiswerts bestimmt, und
- (ii) sofern der jeweilige Basiswert ein Index sowie ein Multi-Exchange Index ist,
 - (A) zur Feststellung, ob eine Marktstörung vorliegt,
 - (I) in Bezug auf einen Basiswert, der Übliche Börsenschluss an der jeweiligen Feststellungsstelle für diesen Basiswert und
 - (II) in Bezug auf Options- oder Futures-Kontrakte auf oder in Bezug auf diesen Basiswert, der übliche Börsenschluss an der Maßgeblichen Terminbörse;
 - (B) in allen anderen Fällen, der Zeitpunkt, an dem der amtliche Schlusstand dieses Index von der jeweiligen Indexberechnungsstelle berechnet und veröffentlicht wird.

§ 3b

Basiswertabhängige Verzinsung

- (1/2) **Basiswertabhängige Verzinsung.** Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag ab [*Verzinsungsbeginn (EB Ziffer 10) bzw letzten Fixzinszahlungstag (EB Ziffer 15) einfügen einfügen*] [(der "*Verzinsungsbeginn*") (einschließlich) bis zum unmittelbar folgenden Zinszahlungstag (ausschließlich) und anschließend von jedem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum unmittelbar folgenden Zinszahlungstag (ausschließlich) längstens aber bis zum [*Verzinsungsende (EB Ziffer 19) einfügen*] (ausschließlich) wie folgt verzinst. Der Zinsbetrag (wie in [●] definiert) ist [an jedem Zinszahlungstag (wie in [●] definiert) zahlbar] [an dem folgenden Festgelegten Zinszahlungstag zahlbar: [*Festgelegten Zinszahlungstag*]

(EB Ziffer 21) einfügen].

- (2/3) **Basiswert.** Die Verzinsung ist abhängig von der Entwicklung von [**Basiswert bzw Basiswertkorb (EB Ziffer 19) einfügen**] (der "**Basiswert**"), allenfalls angepasst wie folgt:

[Im Fall von nicht-indexabhängiger Verzinsung (EB Ziffer 19) einfügen:

Nicht-indexabhängige Verzinsung. Bei Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung, die nicht von der Entwicklung eines Index abhängt, gilt folgende Regelung: Während der Laufzeit der Schuldverschreibungen kann es zu Änderungen bei der Bestimmung oder Berechnung der Basiswerte kommen, die weder von der Emittentin noch von den Anleihegläubigern zu vertreten sind oder beeinflusst werden können. Diese Ereignisse würden, wenn keine Anpassung der zugrundeliegenden Basiswerte erfolgen würde, zu einer Änderung der ursprünglich in den Schuldverschreibungen vorgesehenen wirtschaftlichen Leistungsbeziehung führen. Je nachdem, wie und wann diese Ereignisse eintreten, könnte dies zum Vorteil oder Nachteil der Emittentin oder der Anleihegläubiger sein. Um von externen Faktoren und Handlungen unabhängig zu sein, und um die ursprünglich vereinbarte Leistungsbeziehung auch nach Eintritt eines solchen Ereignisses zu gewährleisten, stellen die nachfolgenden Regelungen sicher, dass bei Eintritt eines solchen externen Ereignisses eine Anpassung des Basiswertes nach sachlichen Kriterien erfolgt. Für Basiswerte, die nicht aus einem Index (oder einem Korb von Indices) bestehen, gilt:

Falls mit Wirkung für die Zeit vor oder zum Laufzeitende ein Anpassungsereignis (wie oben definiert) hinsichtlich des Basiswertes oder eines oder mehrerer im Korb enthaltener Basiswerte eintritt, wird die Emittentin dies unverzüglich gemäß § 10 bekanntmachen. Die Schuldverschreibungen werden durch die Emittentin angepasst, um die Anleihegläubiger der Schuldverschreibungen wirtschaftlich so zu stellen, wie sie ohne dieses Anpassungsereignis stehen würden. Bei börsennotierten Basiswerten wird die Emittentin in der Regel Anpassungsmaßnahmen treffen, die den an der jeweiligen Börse, an der die Basiswerte notieren, im Zusammenhang mit diesem Anpassungsereignis getroffenen Maßnahmen entsprechen. Wenn an der Maßgeblichen Terminbörse Options- oder Futures-Kontrakte auf die Basiswerte notieren, kommt der Emittentin dabei kein Ermessen zu, vielmehr wird sie Anpassungsmaßnahmen treffen, die den an der Maßgeblichen Terminbörse (wie oben definiert) im Zusammenhang mit diesem Anpassungsereignis getroffenen Maßnahmen entsprechen.]

[Im Fall von indexabhängiger Verzinsung (EB Ziffer 19) einfügen:

Indexabhängige Verzinsung. Bei Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung, die von der Entwicklung eines Index (oder eines Korbes von Indices) abhängt, gilt folgende Regelung: Während der Laufzeit der Schuldverschreibungen kann es zu Änderungen bei der Bestimmung oder Berechnung der Basiswerte kommen, die weder von der Emittentin noch von den Anleihegläubigern zu vertreten sind oder beeinflusst werden können. Diese Ereignisse würden, wenn keine

Anpassung der zugrundeliegenden Basiswerte erfolgen würde, zu einer Änderung der ursprünglich in den Schuldverschreibungen vorgesehenen wirtschaftlichen Leistungsbeziehung führen. Je nachdem, wie und wann diese Ereignisse eintreten, könnte dies zum Vorteil oder Nachteil der Emittentin oder der Anleihegläubiger sein. Um von externen Faktoren und Handlungen unabhängig zu sein, und um die ursprünglich vereinbarte Leistungsbeziehung auch nach Eintritt eines solchen Ereignisses zu gewährleisten, stellen die nachfolgenden Regelungen sicher, dass bei Eintritt eines solchen externen Ereignisses eine Anpassung des Basiswertes nach sachlichen Kriterien erfolgt. Für Basiswerte, die aus einem Index (oder einem Korb von Indices) bestehen, gilt:

Wenn der Basiswert

- (i) anstatt von der ursprünglichen Indexberechnungsstelle (die "**Indexberechnungsstelle**") von einer Nachfolge-Indexberechnungsstelle (die "**Nachfolge-Indexberechnungsstelle**") berechnet und veröffentlicht wird, oder
- (ii) durch einen Ersatzindex (der "**Ersatzindex**") ersetzt wird, der die gleiche oder annähernd die gleiche Berechnungsformel und/oder Berechnungsmethode für die Berechnung des Basiswertes verwendet,

wird der Basiswert, wie von der Nachfolge-Indexberechnungsstelle berechnet und veröffentlicht oder, je nachdem, der Ersatzindex herangezogen. Jede Bezugnahme in diesen Emissionsbedingungen auf die Indexberechnungsstelle oder den Basiswert gilt, sofern es der Zusammenhang erlaubt, als Bezugnahme auf die Nachfolge-Indexberechnungsstelle oder den Ersatzindex.

Wenn vor dem Laufzeitende die Indexberechnungsstelle eine wesentliche Änderung in der Berechnungsformel oder der Berechnungsmethode oder eine sonstige wesentliche Modifikation des jeweiligen Index vornimmt, ausgenommen solche Änderungen, welche für die Bewertung und Berechnung des betreffenden Index aufgrund von Änderungen oder Anpassungen der in dem betreffenden Index enthaltenen Komponenten vorgesehen sind, oder andere gleichwertige Standardanpassungen, wird die Emittentin dies unverzüglich gemäß § 10 bekanntmachen und die Berechnungsstelle wird die Berechnung ausschließlich in der Weise vornehmen, dass sie anstatt des veröffentlichten Kurses des jeweiligen Basiswertes einen solchen Kurs heranziehen wird, der sich unter Anwendung der ursprünglichen Berechnungsformel und der ursprünglichen Berechnungsmethode sowie unter Berücksichtigung ausschließlich solcher Komponenten, welche in dem jeweiligen Index vor der Änderung der Berechnung enthalten waren, ergibt. Wenn am oder vor dem maßgeblichen Bewertungstag die Indexberechnungsstelle eine lediglich geringfügige Änderung mathematischer Natur der Berechnungsformel und/oder der Berechnungsmethode hinsichtlich des jeweiligen Index vornimmt, wird die Berechnungsstelle diese Änderung übernehmen und eine entsprechende Anpassung der Berechnungsformel und/oder Berechnungsmethode vornehmen.]

Bekanntgabe von Anpassungen. Die Emittentin wird die Anpassungsmaßnahmen und den Stichtag, an dem die Änderungen wirksam werden, unverzüglich gemäß § 10

bekannt geben.

Bindende Anpassungen. Anpassungen gemäß den vorstehenden Absätzen sind, sofern nicht ein offensichtlicher Fehler vorliegt, für alle Beteiligten bindend. Weitere Anpassungsereignisse und/oder Änderungen der Anpassungsereignisse und/oder Anpassungsmaßnahmen können in den Emissionsbedingungen enthalten sein.

(3/4) **Zinssatz.** Der Zinssatz für jede Zinsperiode (der "**Zinssatz**") hängt von der Entwicklung des Basiswerts ab und wird wie folgt ermittelt:

[Wenn die Endgültigen Bedingungen (EB Ziffer 19) als Verzinsungsart "Range Accrual" vorsehen, einfügen:

An jedem **[Zinsermittlungstag (EB Ziffer 19) einfügen]** (jeweils ein "**Zinsermittlungstag**") stellt die Berechnungsstelle nachträglich für die unmittelbar vorhergehende Zinsperiode die Anzahl der Kalendertage innerhalb der maßgeblichen Beobachtungsperiode (wie nachstehend definiert) fest, an denen der Beobachtungswert (wie in § 3c definiert) des Basiswerts weder die obere Barriere noch die untere Barriere (wie nachstehend definiert) erreicht oder durchbrochen hat (dh an jenen Tagen, an denen der Kurs innerhalb der beiden Barrieren lag), wobei

"**Beobachtungsperiode**" meint **[Beobachtungsperiode (EB Ziffer 19) einfügen]**; und

"**Obere Barriere**" meint **[Obere Barriere (EB Ziffer 19) einfügen]**; und

"**Untere Barriere**" meint **[Untere Barriere (EB Ziffer 19) einfügen]**.

Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$\text{Zinssatz} = \text{RAZ} * \text{N} / \text{M}$$

wobei

"**N**" meint die Anzahl der Kalendertage innerhalb der maßgeblichen Beobachtungsperiode, an denen der Beobachtungswert des Basiswerts innerhalb der beiden Barrieren lag;

"**M**" meint die Anzahl der Geschäftstage in der maßgeblichen Zinsperiode; und

"**RAZ**" meint den Range Accrual Zinssatz von **[Range Accrual Zinssatz (EB Ziffer 19) einfügen]**.]

[Wenn die Endgültigen Bedingungen (EB Ziffer 19) als Verzinsungsart "Digitale Option" vorsehen, einfügen:

Wenn der Schlusskurs des Basiswerts am maßgeblichen Beobachtungstag (wie nachstehend definiert) auf oder über der Barriere (wie nachstehend definiert) liegt, entspricht der Zinssatz für die maßgebliche Zinsperiode dem Digitale Option Zinssatz 1

von **[Digitale Option Zinssatz 1 (EB Ziffer 19) einfügen]** in allen anderen Fällen entspricht der Zinssatz für die maßgebliche Zinsperiode dem Digitale Option Zinssatz 2 von **[Digitale Option Zinssatz 2 (EB Ziffer 19) einfügen]** (der "Zinssatz"), wobei

"Maßgeblicher Beobachtungstag" meint **[Maßgeblichen Beobachtungstag (EB Ziffer 19) einfügen]**; und

"Barriere" meint **[Barriere (EB Ziffer 19) einfügen].**

[Wenn die Endgültigen Bedingungen (EB Ziffer 19) als Verzinsungsart "Inflationsgebunden (additiv)" vorsehen, einfügen:

An jedem Zinsermittlungstag (wie nachstehend definiert) stellt die Berechnungsstelle für die Zinsperiode von dem dem Zinsermittlungstag unmittelbar vorhergehenden Zinszahlungstag (einschließlich) bis zu dem dem Zinsermittlungstag unmittelbar nachfolgenden Zinszahlungstag (ausschließlich) die Entwicklung des Basiswerts in einem Maßgeblichen Zeitraum (wie nachstehend definiert) vor Beginn der Zinsperiode fest. Der Zinssatz für den maßgeblichen Zinsermittlungstag (t) entspricht der Summe aus (i) dem Basiszinssatz von **[Basiszinssatz (EB Ziffer 19) einfügen]** (der "Basiszinssatz") und (ii) der prozentualen Entwicklung des Maßgeblichen Indexstandes zum **[Indexermittlungszeitpunkt 1 (EB Ziffer 19) einfügen]** (der "Indexermittlungszeitpunkt 1") gegenüber dem Maßgeblichen Indexstand zum **[Indexermittlungszeitpunkt 2 (EB Ziffer 19) einfügen]** (der "Indexermittlungszeitpunkt 2"), wobei

"Zinsermittlungstag" meint **[Zinsermittlungstag (EB Ziffer 19) einfügen]**; und

"Maßgeblicher Zeitraum" meint **[Maßgeblichen Zeitraum (EB Ziffer 19) einfügen].**

Der Zinssatz (der "Zinssatz") wird gemäß folgender Formel errechnet, wobei der Zinssatz kaufmännisch auf fünf Nachkommastellen gerundet wird und nicht negativ sein kann:

$$Z = B + \left(\frac{\text{Index}(\text{Monat}_t) - \text{Index}(\text{Monat}_{(t-1)})}{\text{Index}(\text{Monat}_{(t-1)})} \right)$$

Wobei:

"Z" meint den Zinssatz *per annum*;

"B" meint den Basiszinssatz *per annum*;

"Index(Monat_t)" meint den Maßgeblichen Indexstand zum Indexermittlungszeitpunkt 1;

"Index(Monat_(t-1))" meint den Maßgeblichen Indexstand zum Indexermittlungszeitpunkt 2;

"Index" meint – vorbehaltlich einer Anpassung gemäß den Emissionsbedingungen -

den unrevidierten harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) im Euroraum ohne Tabakwaren²³ (HICP – all items excluding tobacco – Index (2005 = 100) Euro area);

"Indexstand" ist jeder Stand des Index (unrevidiert; provisorisch) bezogen auf einen beliebigen Monat, wie er von der Indexberechnungsstelle in der Regel in der Mitte des Folgemonats ermittelt wird und wie er auf der Index-Bildschirmseite [**Index-Bildschirmseite (EB Ziffer 19) einfügen**] (die **"Index-Bildschirmseite"**) veröffentlicht wird; und

"Maßgeblicher Indexstand" ist jeder auf einen Bezugszeitpunkt bezogene unrevidierte (provisorische) Stand des Index, wie er von der Indexberechnungsstelle in der Regel in der Mitte des auf den Bezugszeitpunkt folgenden Monats ermittelt wird und wie er auf der Index-Bildschirmseite veröffentlicht wird. Nachfolgende Korrekturen werden nicht berücksichtigt. Vorläufige Veröffentlichungen einer Schätzung des Maßgeblichen Indexstandes bleiben außer Betracht;

"Indexberechnungsstelle" ist die Europäische Kommission - Eurostat - vorbehaltlich einer Anpassung gemäß diesen Emissionsbedingungen.

(4/5) **Veröffentlichung.** Der für die Berechnung des Zinssatzes maßgebliche Wert des Basiswertes wird gemäß § 10 veröffentlicht.

(5/6) **Zinszahlungstage.** Der Zinsbetrag (wie in [●] definiert) ist an jedem [Zinszahlungstag (wie in [●] definiert)] [**Festgelegter Zinszahlungstag (Ziffer 21) einfügen**] zahlbar.]

[Wenn die Endgültigen Bedingungen (EB Ziffer 19) als Verzinsungsart "Inflationsgebunden (multiplikativ)" vorsehen, einfügen:

An jedem Zinsermittlungstag (wie nachstehend definiert) stellt die Berechnungsstelle für die Zinsperiode von dem dem Zinsermittlungstag unmittelbar vorhergehenden Zinszahlungstag (einschließlich) bis zu dem dem Zinsermittlungstag unmittelbar nachfolgenden Zinszahlungstag (ausschließlich) die Entwicklung des Basiswerts in einem Maßgeblichen Zeitraum (wie nachstehend definiert) vor Beginn der Zinsperiode fest, wobei

"Zinsermittlungstag" meint [**Zinsermittlungstag (EB Ziffer 19) einfügen**]

²³ Der unrevidierte harmonisierte Verbraucherpreisindex des Euroraums ohne Tabakwaren zählt zu den EU-Verbraucherpreisindizes, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 vom 23.10.1995 nach einem harmonisierten Ansatz und einheitlichen Definitionen berechnet werden. Basisjahr ist das Jahr 2005. Der Euroraum erfasste zunächst Belgien, Deutschland, Irland, Spanien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland. Griechenland gehört seit Januar 2001, Slowenien seit Januar 2007, Zypern und Malta seit Januar 2008, die Slowakei seit Januar 2009, Estland seit Januar 2011, Lettland seit Januar 2014 und Litauen seit Januar 2015 zum Euroraum. Neue Mitgliedstaaten werden anhand einer Kettenindexformel in den Index integriert. Der Index wird monatlich ermittelt und in der Regel in der Mitte des Folgemonats veröffentlicht.

"**Maßgeblicher Zeitraum**" meint [**Maßgeblichen Zeitraum (EB Ziffer 19) einfügen**].

Der Zinssatz für den maßgeblichen Zinsermittlungstag (t) entspricht dem Produkt aus (i) der Partizipationsrate von [**Partizipationsrate (EB Ziffer 19) einfügen**] (die "**Partizipationsrate**") und (ii) der prozentualen Entwicklung des Maßgeblichen Indexstandes zum [**Indexermittlungszeitpunkt 1 (EB Ziffer 19) einfügen**] (der "**Indexermittlungszeitpunkt 1**") gegenüber dem Maßgeblichen Indexstand zum [**Indexermittlungszeitpunkt 2 (EB Ziffer 19) einfügen**] (der "**Indexermittlungszeitpunkt 2**"). Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") wird gemäß folgender Formel errechnet, wobei der Zinssatz kaufmännisch auf fünf Nachkommastellen gerundet wird und nicht negativ sein kann:

$$Z = P * \left(\frac{Index(Monat_t) - Index(Monat_{(t-1)})}{Index(Monat_{(t-1)})} \right)$$

Wobei:

"**Z**" meint den Zinssatz *per annum*;

"**Index(Monat_t)**" meint den Maßgeblichen Indexstand zum Indexermittlungszeitpunkt 1;

"**Index(Monat_(t-1))**" meint den Maßgeblichen Indexstand zum Indexermittlungszeitpunkt 2;

"**Index**" meint – vorbehaltlich einer Anpassung gemäß den Emissionsbedingungen - den unrevidierten harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) im Euroraum ohne Tabakwaren²⁴ (HICP – all items excluding tobacco – Index (2005 = 100) Euro area);

"**P**" meint die Partizipationsrate;

"**Indexstand**" ist jeder Stand des Index (unrevidiert; provisorisch) bezogen auf einen beliebigen Monat, wie er von der Indexberechnungsstelle in der Regel in der Mitte des Folgemonats ermittelt wird und wie er auf der Index-Bildschirmseite [**Index-Bildschirmseite (EB Ziffer 19) einfügen**] veröffentlicht wird; und

"**Maßgeblicher Indexstand**" ist jeder auf einen Bezugszeitpunkt bezogene unrevidierte (provisorische) Stand des Index, wie er von der Indexberechnungsstelle in der Regel in der Mitte des auf den Bezugszeitpunkt folgenden Monats ermittelt wird

²⁴ Der unrevidierte harmonisierte Verbraucherpreisindex des Euroraums ohne Tabakwaren zählt zu den EU-Verbraucherpreisindizes, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 vom 23.10.1995 nach einem harmonisierten Ansatz und einheitlichen Definitionen berechnet werden. Basisjahr ist das Jahr 2005. Der Euroraum erfasste zunächst Belgien, Deutschland, Irland, Spanien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland. Griechenland gehört seit Januar 2001, Slowenien seit Januar 2007, Zypern und Malta seit Januar 2008, die Slowakei seit Januar 2009, Estland seit Januar 2011, Lettland seit Januar 2014 und Litauen seit Januar 2015 zum Euroraum. Neue Mitgliedstaaten werden anhand einer Kettenindexformel in den Index integriert. Der Index wird monatlich ermittelt und in der Regel in der Mitte des Folgemonats veröffentlicht.

und wie er auf der Index-Bildschirmseite [**Index-Bildschirmseite (EB Ziffer 19) einfügen**] veröffentlicht wird. Nachfolgende Korrekturen werden nicht berücksichtigt. Vorläufige Veröffentlichungen einer Schätzung des Maßgeblichen Indexstandes bleiben außer Betracht;

"**Indexberechnungsstelle**" ist die Europäische Kommission - Eurostat - vorbehaltlich einer Anpassung gemäß diesen Emissionsbedingungen.

- (4/5) **Veröffentlichung.** Der für die Berechnung des Zinssatzes maßgebliche Wert des Basiswertes wird gemäß § 10 veröffentlicht.
- (5/6) **Zinszahlungstage.** Der Zinsbetrag (wie in [●] definiert) ist [an jedem Zinszahlungstag (wie in [●] definiert)] [**Festgelegter Zinszahlungstag (Ziffer 21) einfügen**] zahlbar.]

§ 3c

[Im Fall der Verzinsungsart "Range Accrual" (EB Ziffer 19), einfügen:

Der "**Beobachtungswert**" entspricht [jedem Kurs des Basiswertes, der von der Feststellungsstelle, oder im Falle dass der Basiswert ein (oder mehrere) Index(-izes) ist, von der Indexberechnungsstelle, festgestellt und veröffentlicht wird] [**andere Definition gemäß (EB Ziffer 19) einfügen**].]

[Im Fall der Verzinsungsart "Digitale Option" (EB Ziffer 19), einfügen:

- (1) Der "**Schlusskurs**" entspricht [dem Preis des Basiswertes, wie er von der Feststellungsstelle oder im Falle dass der Basiswert ein (oder mehrere) Index(-izes) ist, von der Indexberechnungsstelle, festgestellt und veröffentlicht wird] [**andere Definition gemäß (EB Ziffer 19) einfügen**]
- (2) Wird der Schlusskurs des Basiswertes oder eines in einem Korb enthaltenen Basiswertes nicht am maßgeblichen Beobachtungstag festgestellt und veröffentlicht oder liegt an diesem Tag eine Marktstörung (wie oben definiert) vor, dann wird der Beobachtungstag auf den nächstfolgenden Börseschäftstag (wie oben definiert), an dem keine Marktstörung mehr vorliegt, verschoben. Dauert die Marktstörung auch am fünften Börseschäftstag an, gilt dieser fünfte Börseschäftstag nach Eintritt der Marktstörung als Beobachtungstag und die Berechnungsstelle wird den Zinssatz auf der Basis eines Ersatzkurses für den betreffenden Basiswert festlegen. Ersatzkurs ist, soweit erhältlich, der von der Maßgeblichen Börse oder der Feststellungsstelle festgelegte Kurs des betreffenden Basiswertes oder, falls ein solcher nicht feststellbar ist, der von der Berechnungsstelle bestimmte Kurs des betreffenden Basiswertes, der den an diesem Tag herrschenden Marktgegebenheiten entspricht.
- (3) Im Falle, dass der Basiswert ein Index ist, wird die Berechnungsstelle einen Ersatzkurs unter Anwendung der zuletzt für dessen Berechnung gültigen Berechnungsmethode errechnen, wobei die Berechnungsstelle der Berechnung die Kurse der zuletzt im Index enthaltenen Komponenten an diesem Tag zu jenem Zeitpunkt zugrunde legt, an dem

üblicherweise der Schlusskurs der jeweiligen Indexkomponenten bestimmt wird. Sollte der Handel eines oder mehrerer der nach Auffassung der Berechnungsstelle für die Berechnung des Basiswertes maßgeblichen Indexkomponenten an einem solchen Tag ausgesetzt oder wesentlich eingeschränkt sein, wird die Berechnungsstelle den Wert dieser Indexkomponenten so bestimmen, dass er den an diesem Tag herrschenden Marktgegebenheiten entspricht.]

Anhang 2

Muster-Emissionsbedingungen der Zertifikate

Emissionsbedingungen

der

Zertifikate

der

Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft

emittiert unter dem
Programm zur Begebung von
Schuldverschreibungen und Zertifikaten

§ 1

Angebot

- (1) **Währung. Stückelung. Form.** Die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Hypo-Passage 1, A-6900 Bregenz (die "**Emittentin**") begibt gemäß diesen Emissionsbedingungen (die "**Emissionsbedingungen**") [am [**Begebungstag (EB Ziffer 8) einfügen**] (der "**Begebungstag**")] [*Im Fall einer Daueremission (EB Ziffer 9) einfügen:* als Daueremission ab dem [**Begebungstag (EB Ziffer 8) einfügen**] (der "**Begebungstag**")] auf den Inhaber (jeweils ein "**Zertifikatsinhaber**") lautende Zertifikate (die "**Zertifikate**") in [**Festgelegte Währung (EB Ziffer 4) einfügen**] (die "**Festgelegte Währung**"). Die Serie von Zertifikaten ist eingeteilt in Stückelungen mit einem Nennbetrag von je [**Nennbetrag (EB Ziffer 2) einfügen**] (jeweils ein "**Nennbetrag**") und weist einen Gesamtnennbetrag von [**Gesamtnennbetrag (EB Ziffer 3) einfügen**] auf.
- (2) **Zeichnung.** Die Zeichnung erfolgt zum Emissionspreis von [**Emissionspreis (EB Ziffer 5) einfügen**] [zuzüglich eines Ausgabeaufschlags von [**Ausgabeaufschlag (EB Ziffer 5) einfügen**]] im Ausmaß von zumindest einem Stück [zum Mindestzeichnungsbetrag von [**Mindestzeichnungsbetrag (EB Ziffer 6) einfügen**]] [und/oder] [zum Höchstzeichnungsbetrag von [**Höchstzeichnungsbetrag (EB Ziffer 7) einfügen**]]. [Im Falle einer Daueremission wird der Emissionspreis, allenfalls in Übereinstimmung mit den folgenden Regeln, laufend von der Emittentin angepasst: [**Anpassungsregeln (EB Ziffer 5) einfügen**].

- (3) **Sammelurkunde.** Die Zertifikate werden zur Gänze durch eine veränderbare Sammelurkunde (die "**Sammelurkunde**") gemäß § 24 lit b Depotgesetz (DepG), idgF, verbrieft, welche die Unterschrift zweier unterschreibungsberechtigter Personen der Emittentin tragen. Ein Anspruch auf Einzelverbriefung oder Ausfolgung einzelner Zertifikate oder Zinsscheine ist ausgeschlossen.
- (4) **Verwahrung.** Die Sammelurkunde wird bei [**Verwahrstelle (EB Ziffer 32 (i)) einfügen**] für [**Clearing-System (EB Ziffer 32 (ii)) einfügen**] hinterlegt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Zertifikaten erfüllt sind.
- (5) **Börsehandel.** Die Zertifikate können im Nennbetrag oder einem Vielfachen davon börsennotiert börslich (soweit die Zertifikate zum Handel an einer Börse zugelassen werden; siehe dazu § 11) und außerbörslich fortlaufend gehandelt werden. Die Emittentin beabsichtigt, unter gewöhnlichen Marktbedingungen aktuelle Ankaufs- und Verkaufskurse zu stellen. Die Emittentin übernimmt jedoch gegenüber dem Inhaber der Zertifikate keinerlei Rechtspflicht zur Stellung derartiger Kurse oder hinsichtlich der Höhe oder des Zustandekommens derartiger Kurse.
- [(6) **Endgültige Bedingungen.** Verweise auf "**Endgültige Bedingungen**" oder "**EB**" bezeichnen die Endgültigen Bedingungen, die auf diese Emissionsbedingungen anwendbar sind und diese ergänzen und ändern.]

§ 2 Status

Die Zertifikate begründen direkte, unbesicherte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nicht-nachrangigen gegenwärtigen und zukünftigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, soweit diesen Verbindlichkeiten nicht durch zwingende gesetzliche Bestimmungen ein Vorrang eingeräumt wird.

§ 3 Verzinsung

[Im Fall von keiner Verzinsung (EB Ziffer 14) einfügen:

Es erfolgt keine laufende Verzinsung der Zertifikate. Zur Ausschüttung gelangt nur der gemäß § 4 berechnete Tilgungsbetrag.]

[Im Fall von Fixverzinslichen Zertifikaten (EB Ziffer 14) einfügen:

- (1) **Fixe Verzinsung.** Die Zertifikate werden bezogen auf ihren Nennbetrag jährlich mit [**Zinssatz (EB Ziffer 17) einfügen**] ab dem [**Verzinsungsbeginn (EB Ziffer 10) einfügen**] (einschließlich) (der "**Verzinsungsbeginn**") bis zum Fälligkeitstag (wie in § 4 (1) definiert) (ausschließlich) verzinst.

- (2) **Zinszahlungen.** Der Zinsbetrag (wie in [●] definiert) ist [an jedem Zinszahlungstag (wie in [●] definiert) zahlbar] [an den folgenden Festgelegten Zinszahlungstagen zahlbar: **[Festgelegte Zinszahlungstage (EB Ziffer 19) einfügen]**].

[Im Fall von Variabel verzinslichen Zertifikaten (EB Ziffer 14) einfügen:

- (1) **Variable Verzinsung.** Die Zertifikate werden bezogen auf ihren Nennbetrag ab dem **[Verzinsungsbeginn (EB Ziffer 10) einfügen]** (der "Verzinsungsbeginn") (einschließlich) bis zum ersten Zinszahlungstag (ausschließlich) und anschließend von jedem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum unmittelbar folgenden Zinszahlungstag (ausschließlich), längstens jedoch bis zum Fälligkeitstag (ausschließlich) mit dem Zinssatz (wie in Absatz (3) definiert) verzinst.
- (2) **Zinszahlungen.** Der Zinsbetrag (wie in [●] definiert) ist [an jedem Zinszahlungstag (wie in [●] definiert) zahlbar] [an den folgenden Festgelegten Zinszahlungstagen zahlbar: **[Festgelegte Zinszahlungstage (EB Ziffer 19) einfügen]**].
- (3) **Zinssatz.** Der Zinssatz (der "Zinssatz") für jede Zinsperiode (wie in [●] definiert) entspricht der Summe aus (i) dem Produkt aus (a) **[Zinsberechnungsbasispartizipationsfaktor (EB Ziffer 18) einfügen]** (der "Zinsberechnungsbasispartizipationsfaktor") und (b) der Zinsberechnungsbasis (wie nachstehend definiert) für den **[Referenzzinssatz (EB Ziffer 18) einfügen]** und (ii) der folgenden für die jeweilige Zinsperiode maßgeblichen Marge: **[für Zinsperioden maßgebliche Margen (EB Ziffer 18) einfügen]**.
- (4) **Zinsberechnungsbasis.** Die "Zinsberechnungsbasis" entspricht dem Angebotssatz oder dem arithmetischen Mittel der Angebotssätze (ausgedrückt als Prozentsatz *per annum*) für Einlagen in der Festgelegten Währung wie auf der Bildschirmseite (wie unten definiert) gegen 11:00 Uhr (Londoner Ortszeit im Falle von LIBOR, oder Brüsseler Ortszeit im Falle EURIBOR) (die "Festgelegte Zeit") am **[Zinsfeststellungstag (EB Ziffer 18) einfügen]** für den Referenzzinssatz angezeigt. Wenn fünf oder mehr solcher Angebotssätze auf der Bildschirmseite verfügbar sind, werden der höchste Angebotssatz (oder wenn mehrere höchste Angebotssätze vorhanden sind, nur einer dieser Angebotssätze) und der niedrigste Angebotssatz (oder, wenn mehrere niedrigste Angebotssätze vorhanden sind, nur einer dieser Angebotssätze) von der Berechnungsstelle zum Zwecke der Bestimmung des arithmetischen Mittels der Angebotssätze außer Betracht gelassen.

Bildschirmseite meint **[maßgebliche Bildschirmseite (EB Ziffer 18) einfügen]** (die "Bildschirmseite").

Sollte zur Festgelegten Zeit kein Angebotssatz auf der Bildschirmseite erscheinen, wird die Berechnungsstelle von je einer Geschäftsstelle von **[Referenzbanken (EB Ziffer 18) einfügen]**, deren Angebotssätze zur Bestimmung des zuletzt auf der Bildschirmseite erschienenen Angebotssatzes verwendet wurden (die "Referenzbanken") deren Angebotssätze (ausgedrückt als Prozentsatz *per annum*) für Einlagen in der Festgelegten Währung für die jeweilige Zinsperiode (wie in [●] definiert) gegenüber führenden Banken in **[relevanten Markt (EB Ziffer 18) einfügen]**

(der "**Relevante Markt**") etwa zur Festgelegten Zeit am Zinsfeststellungstag anfordern.

Falls zwei oder mehr Referenzbanken der Berechnungsstelle solche Angebotssätze nennen, ist die Zinsberechnungsbasis für die betreffende Zinsperiode das arithmetische Mittel (falls erforderlich, auf- oder abgerundet auf das nächste tausendstel Prozent, falls EURIBOR der Referenzzinssatz ist, wobei ab 0,0005 aufzurunden ist, oder in allen anderen Fällen auf- oder abgerundet auf das nächste einhunderttausendstel Prozent, wobei ab 0,00005 aufgerundet wird) der Angebotssätze, jeweils wie durch die Berechnungsstelle festgelegt.

Falls an irgendeinem Zinsfeststellungstag nur eine oder keine der Referenzbanken der Berechnungsstelle solche Angebotssätze nennt, ist die Zinsberechnungsbasis für die betreffende Zinsperiode derjenige Zinssatz, den die Berechnungsstelle als das arithmetische Mittel (gegebenenfalls gerundet wie oben beschrieben) der Sätze feststellt, zu denen zwei oder mehr Referenzbanken nach deren Angaben gegenüber der Berechnungsstelle am betreffenden Zinsfeststellungstag etwa zur Festgelegten Zeit Einlagen in der Festgelegten Währung für die betreffende Zinsperiode von führenden Banken im Relevanten Markt angeboten bekommen haben; falls weniger als zwei der Referenzbanken der Berechnungsstelle solche Angebotssätze nennen, soll die Zinsberechnungsbasis für die betreffende Zinsperiode der Angebotssatz für Einlagen in der Festgelegten Währung für die betreffende Zinsperiode oder das arithmetische Mittel (gerundet wie oben beschrieben) der Angebotssätze für Einlagen in der Festgelegten Währung für die betreffende Zinsperiode sein, den bzw. die Bank(en) (die nach Ansicht der Berechnungsstelle und der Emittentin für diesen Zweck geeignet ist/sind) der Berechnungsstelle als Sätze bekannt geben, die sie an den betreffenden Zinsfestlegungstag gegenüber führenden Banken am Relevanten Markt nennen (bzw. den diesen Banken gegenüber der Berechnungsstelle nennen).

Für den Fall, dass die Zinsberechnungsbasis nicht gemäß den vorstehenden Bestimmungen dieses Absatzes ermittelt werden kann, ist die Zinsberechnungsbasis der Angebotssatz, bzw. das arithmetische Mittel der Angebotssätze, an dem letzten Tag vor dem Zinsfeststellungstag, an dem diese Angebotssätze angezeigt wurden.】

Allgemeine Regelungen betreffend die Verzinsung und Definitionen

- ([3]) **Zinsberechnung.** Die Berechnungsstelle wird (ausgenommen bei fixverzinslichen Zertifikaten) zu oder baldmöglichst nach jedem Zeitpunkt, an dem der Zinssatz zu bestimmen ist, den auf die Zertifikate zahlbaren Zinsbetrag (der "**Zinsbetrag**") für die entsprechende Zinsperiode berechnen. Der Zinsbetrag wird ermittelt, indem der Zinssatz und der Zinstagequotient (wie in [●] definiert) auf die einzelnen Nennbeträge der Zertifikate angewendet werden, wobei der resultierende Betrag auf die kleinste Einheit der Festgelegten Währung auf- oder abgerundet wird, wobei ab 0,5 solcher Einheiten aufgerundet wird.
- ([4]) **Mitteilungen zur Verzinsung.** Ausgenommen bei fixverzinslichen Zertifikaten wird die Berechnungsstelle veranlassen, dass der Zinssatz, der Zinsbetrag für die jeweilige Zinsperiode, die jeweilige Zinsperiode und der betreffende Zinszahlungstag der

Emittentin und den Zertifikateinhabern gemäß § 12 baldmöglichst nach deren Bestimmung mitgeteilt werden; die Berechnungsstelle wird diese Mitteilung ferner auch gegenüber jeder Börse vornehmen, an der die betreffenden Zertifikate zu diesem Zeitpunkt notiert sind und deren Regeln eine Mitteilung an die Börse verlangen, wobei die Mitteilung baldmöglichst nach der Bestimmung zu erfolgen hat. Im Fall einer Verlängerung oder Verkürzung der Zinsperiode können der mitgeteilte Zinsbetrag und Zinszahlungstag ohne Vorankündigung nachträglich angepasst (oder andere geeignete Anpassungsmaßnahmen getroffen) werden. Jede solche Anpassung wird umgehend allen Börsen, an denen die Zertifikate zu diesem Zeitpunkt notiert sind und deren Regeln eine Mitteilung an die Börse verlangen, sowie den Zertifikateinhabern mitgeteilt.

[(5)] **[Mindest] [- und/oder] [Maximalzinssatz]**. Der Zinssatz ist durch [den Maximalzinssatz von **[Maximalzinssatz (EB Ziffer 19) einfügen]**] [und] [den Mindestzinssatz von **[Mindestzinssatz (EB Ziffer 19) einfügen]**] begrenzt.]

(6) **Verzugszinsen**. Wenn die Emittentin eine fällige Zahlung auf die Zertifikate aus irgendeinem Grund nicht leistet, wird der ausstehende Betrag ab dem Fälligkeitstag (einschließlich) bis zum Tag der vollständigen Zahlung an die Zertifikateinhaber (ausschließlich) mit 4% *per annum* verzinst.

(7) **Zinszahlungstage**. "Zinszahlungstag" bedeutet [jeden **[Festgelegte Zinszahlungstage (EB Ziffer 19) einfügen]**.] **[im Fall von Festgelegten Zinsperioden einfügen]**: jeweils den Tag, der auf den Ablauf der Festgelegten Zinsperiode (wie nachstehend definiert) nach dem vorhergehenden Zinszahlungstag, oder im Fall des ersten Zinszahlungstags, nach dem Verzinsungsbeginn, folgt. Festgelegte Zinsperiode meint **[Festgelegte Zinsperioden (EB Ziffer 19) einfügen]** (die "Festgelegten Zinsperioden").] Fällt ein Zinszahlungstag auf einen Tag, der kein Geschäftstag (wie in § 5 (2) definiert) ist, wird der Zahlungstermin:

[Im Falle der Anwendung der Modifizierte-Folgender-Geschäftstag-Konvention (EB Ziffer 19) einfügen]: auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben, es sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird der Zinszahlungstag auf den unmittelbar vorausgehenden Geschäftstag vorgezogen.]

[Im Falle der Anwendung der Floating Rate Note Konvention (EB Ziffer 19) einfügen]: auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben, es sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall (i) wird der Zinszahlungstag auf den unmittelbar vorausgehenden Geschäftstag vorgezogen und (ii) ist jeder nachfolgende Zinszahlungstag der jeweils letzte Geschäftstag des Monats, in der die Festgelegte Zinsperiode nach dem vorhergehenden anwendbaren Zinszahlungstag liegt.]

[Im Falle der Anwendung der Folgender-Geschäftstag-Konvention (EB Ziffer 19) einfügen]: auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben.]

[Im Falle der Anwendung der Vorangegangener-Geschäftstag-Konvention (EB Ziffer 19) einfügen]: auf den unmittelbar vorausgehenden Geschäftstag vorgezogen.]

[Falls die Zinsperiode (EB Ziffer 19) angepasst wird, einfügen:

Falls ein Zinszahlungstag (wie oben beschrieben) verschoben wird, wird die Zinsperiode entsprechend angepasst.]

[Falls die Zinsperiode (EB Ziffer 19) nicht angepasst wird, einfügen:

Falls ein Zinszahlungstag (wie oben beschrieben) verschoben wird, wird die Zinsperiode nicht entsprechend angepasst. Die Zertifikateinhaber sind nicht berechtigt, zusätzliche Zinsen oder sonstige Zahlungen auf Grund dieser Verschiebung zu verlangen.]

- ([8]) **Zinsperiode.** Die "**Zinsperiode**" meint [die Festgelegten(n) Zinsperiode(n)] [den Zeitraum ab dem Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zum ersten Zinszahlungstag (ausschließlich) und jeden weiteren Zeitraum von einem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum folgenden Zinszahlungstag (ausschließlich)].
- ([9]) **Zinstagequotient.** Der "**Zinstagequotient**" bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung eines Betrages für einen beliebigen Zeitraum (der "**Zinsberechnungszeitraum**"):

[Im Falle der Anwendung von Actual/Actual (ICMA) (EB Ziffer 15) einfügen:

- (i) Falls der Zinsberechnungszeitraum gleich oder kürzer als die Zinsperiode ist, innerhalb welcher er fällt, die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum, dividiert durch das Produkt (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in der jeweiligen Zinsperiode und (B) der Anzahl der Zinsperioden in einem Jahr.
- (ii) Falls der Zinsberechnungszeitraum länger als eine Zinsperiode ist, die Summe: (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in demjenigen Zinsberechnungszeitraum, der in die Zinsperiode fällt, in der er beginnt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser Zinsperiode und (y) die Anzahl von Zinsperioden in einem Jahr, und (B) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in demjenigen Zinsberechnungszeitraum, der in die nächste Zinsperiode fällt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser Zinsperiode und (y) die Anzahl von Zinsperioden in einem Jahr.]

[Im Falle der Anwendung von 30/360 (EB Ziffer 15) einfügen:

Die Anzahl von Tagen im jeweiligen Berechnungszeitraum, dividiert durch 360 (wobei die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 mit zwölf Monaten zu 30 Tagen zu ermitteln ist (es sei denn, (A) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraumes fällt auf den 31. Tag eines Monats, während der erste Tag des Zinsberechnungszeitraumes weder auf den 30. noch auf den 31. Tag eines Monats fällt, wobei in diesem Fall der diesen Tag enthaltende Monat nicht als ein auf 30 Tage gekürzter Monat zu behandeln ist, oder (B) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraumes fällt auf den letzten Tag des Monats

Februar, wobei in diesem Fall der Monat Februar nicht als ein auf 30 Tage verlängerter Monat zu behandeln ist).]

[Im Falle der Anwendung von 30E/360 oder Eurobond Basis (EB Ziffer 15) einfügen:

Die Anzahl der Tage im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 360 (wobei die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 mit zwölf Monaten zu 30 Tagen zu ermitteln ist, es sei denn, im Fall des letzten Zinsberechnungszeitraumes fällt der Fälligkeitstag auf den letzten Tag des Monats Februar, in welchem Fall der Monat Februar als nicht auf einen Monat zu 30 Tagen verlängert gilt).]

[Im Falle der Anwendung von Actual/365 oder Actual/Actual (ISDA) (EB Ziffer 15) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum, dividiert durch 365 (oder, falls ein Teil dieses Zinsberechnungszeitraumes in ein Schaltjahr fällt, die Summe aus (i) der tatsächlichen Anzahl der in das Schaltjahr fallenden Tage des Zinsberechnungszeitraumes dividiert durch 366 und (ii) die tatsächliche Anzahl der nicht in das Schaltjahr fallenden Tage des Zinsberechnungszeitraumes dividiert durch 365).]

[Im Falle der Anwendung von Actual/365 (Fixed) (EB Ziffer 15) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 365.]

[Im Falle der Anwendung von Actual/360 (EB Ziffer 15) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum, dividiert durch 360.]

§ 4 Tilgung

- (1) **Laufzeitende.** Die Laufzeit der Zertifikate endet mit Ablauf des **[Laufzeitende (EB Ziffer 12) einfügen]** (das "Laufzeitende"). Die Zertifikate werden innerhalb von **[Tilgungszeitpunkt (EB Ziffer 13) einfügen]** Bankarbeitstagen nach Ende der Laufzeit automatisch durch die Emittentin rückgelöst und der Tilgungsbetrag (wie in Absatz (5) festgelegt und von der Berechnungsstelle errechnet) am **[Fälligkeitstag (EB Ziffer 11) einfügen]** (der "Fälligkeitstag") an die Investoren ausbezahlt.
- (2) **Verschiebung.** Sollte das Laufzeitende, der Fälligkeitstag oder ein anderer Tag, an dem eine Zahlung zu leisten ist, kein Bankarbeitstag sein, wird der entsprechende Tag auf den nächsten darauf folgenden Bankarbeitstag verschoben und eine allenfalls maßgebliche Zahlung erfolgt am nächstfolgenden Bankarbeitstag. Die Zertifikatsinhaber sind nicht berechtigt, wegen einer solchen Verzögerung Zinsen oder

eine andere Entschädigung zu verlangen.

- (3) **Kosten.** Alle im Zusammenhang mit der Zahlung von Geldbeträgen oder der Einlösung der Zertifikate anfallenden Steuern, Gebühren oder anderen Abgaben sind von dem Zertifikatsinhaber zu tragen.
- (4) **Keine Registrierung.** Die Emittentin ist nicht verpflichtet, den betreffenden Zertifikatsinhaber oder eine andere Person vor oder nach Erfüllung als Aktionär in irgendeinem Register einzutragen, anzumelden, dem Emittenten der Aktie zu melden oder dafür Sorge zu tragen, dass dies geschieht.

[Im Fall von Fix- bzw. variabel verzinsten Zertifikaten (EB Ziffer 1) einfügen:

- (5) **Tilgungsbetrag.** Vorbehaltlich der Bestimmungen in § 8 erfolgt die Einlösung der Zertifikate durch Zahlung eines Betrages in der festgelegten Währung (der "**Tilgungsbetrag**"), der folgendermaßen berechnet wird:
 - (a) **Tilgungsbetrag bei Nichtverletzung der Barriere.** Falls der Schlusskurs des Basiswerts am **[Endbeobachtungstag (EB Ziffer 23) einfügen]** (der "**Endbeobachtungstag**") gleich hoch oder höher als **[Barriere (EB Ziffer 20) einfügen]** (die "**Barriere**") ist, entspricht der Tilgungsbetrag (der "**Tilgungsbetrag bei Nichtverletzung der Barriere**") dem Nennbetrag.
 - (b) **Tilgungsbetrag bei Verletzung der Barriere.** Falls der Schlusskurs des Basiswerts am Endbeobachtungstag niedriger als die Barriere ist, entspricht der Tilgungsbetrag (der "**Tilgungsbetrag bei Verletzung der Barriere**") dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs. Der Tilgungskurs wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$T = 100\% + \left(\frac{\text{Basiswert}(final) - \text{Basiswert}(start)}{\text{Basiswert}(start)} \right)$$

Wobei:

"**T**" meint den Tilgungskurs;

"**Basiswert(final)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am Endbeobachtungstag; und

"**Basiswert(start)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am **[Anfangsbeobachtungstag (EB Ziffer 23) einfügen]** (der "**Anfangsbeobachtungstag**").]

[Im Fall von Partizipations-Zertifikaten ohne Kapitalgarantie (EB Ziffer 1) einfügen:

- (5) **Tilgungsbetrag.** Vorbehaltlich § 8 erfolgt die Einlösung der Zertifikate durch Zahlung eines Betrages in der festgelegten Währung (der "**Tilgungsbetrag**"), der dem Produkt

aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs (der "**Tilgungskurs**") entspricht. Der Tilgungskurs wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$T = 100\% + P * \left(\frac{\text{Basiswert}(final) - \text{Basiswert}(start)}{\text{Basiswert}(start)} \right)$$

Wobei:

"**T**" meint den Tilgungskurs;

"**P**" meint den Partizipationsfaktor der, (i) für den Fall, dass der Basiswert(final) kleiner oder gleich groß wie der Basiswert(start) ist 100% beträgt und (ii) für den Fall, dass der Basiswert(final) größer als der Basiswert(start) ist (**[Partizipationsfaktor (EB Ziffer 22) einfügen]**) beträgt;

"**Basiswert(final)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am **[Endbeobachtungstag (EB Ziffer 23) einfügen]** (der "**Endbeobachtungstag**"); und

"**Basiswert(start)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am **[Anfangsbeobachtungstag (EB Ziffer 23) einfügen]** (der "**Anfangsbeobachtungstag**").]

[Im Fall von Partizipations-Zertifikaten ohne Kapitalgarantie mit Cap (EB Ziffer 1) einfügen:

- (5) **Tilgungsbetrag.** Vorbehaltlich § 8 erfolgt die Einlösung der Zertifikate durch Zahlung eines Betrages in der festgelegten Währung (der "**Tilgungsbetrag**"), der dem niedrigeren Wert von (a) **[Cap (EB Ziffer 22) einfügen]** und (b) dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs (der "**Tilgungskurs**") entspricht. Der Tilgungskurs wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$T = 100\% + P * \left(\frac{\text{Basiswert}(final) - \text{Basiswert}(start)}{\text{Basiswert}(start)} \right)$$

Wobei:

"**T**" meint den Tilgungskurs;

"**P**" meint den Partizipationsfaktor der, (i) für den Fall, dass der Basiswert(final) kleiner oder gleich groß wie der Basiswert(start) ist 100% beträgt und (ii) für den Fall, dass der Basiswert(final) größer als der Basiswert(start) ist (**[Partizipationsfaktor (EB Ziffer 22) einfügen]**) beträgt;

"**Basiswert(final)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am **[Endbeobachtungstag (EB Ziffer 23) einfügen]** (der "**Endbeobachtungstag**"); und

"**Basiswert(start)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am

[Anfangsbeobachtungstag (EB Ziffer 23) einfügen] (der "Anfangsbeobachtungstag").]

[Im Fall von Partizipations-Zertifikaten mit Kapitalgarantie oder Teilschutz (EB Ziffer 1) einfügen:

- (5) **Tilgungsbetrag.** Vorbehaltlich § 8 erfolgt die Einlösung der Zertifikate durch Zahlung eines Betrages in der Festgelegten Währung (der "**Tilgungsbetrag**"), der dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs entspricht. Der Tilgungskurs wird gemäß folgender Formel errechnet:

[Im Fall von Kapitalgarantie einfügen:

$$T = \max \left\{ 100\% + P * \left(\frac{\text{Basiswert}(final) - \text{Basiswert}(start)}{\text{Basiswert}(start)} \right); 100\% \right\}$$

[Im Fall von Teilschutz einfügen:

$$T = \max \left\{ 100\% + P * \left(\frac{\text{Basiswert}(final) - \text{Basiswert}(start)}{\text{Basiswert}(start)} \right); \right.$$

[Teilschutz (EB Ziffer 22) einfügen]]

Wobei:

"T" meint den Tilgungskurs;

"P" meint den Partizipationsfaktor von [Partizipationsfaktor (EB Ziffer 22) einfügen];

"Basiswert(final)" meint den Schlusskurs des Basiswertes am [Endbeobachtungstag (EB Ziffer 23) einfügen] (der "Endbeobachtungstag"); und

"Basiswert(start)" meint den Schlusskurs des Basiswertes am [Anfangsbeobachtungstag (EB Ziffer 23) einfügen] (der "Anfangsbeobachtungstag").]

[Im Fall von Partizipations-Zertifikaten mit Kapitalgarantie oder Teilschutz und Cap (EB Ziffer 1) einfügen:

- (5) **Tilgungsbetrag.** Vorbehaltlich § 8 erfolgt die Einlösung der Zertifikate durch Zahlung eines Betrages in der Festgelegten Währung (der "**Tilgungsbetrag**"), der dem niedrigeren Wert von (a) [Cap (EB Ziffer 22) einfügen] und (b) dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs entspricht. Der Tilgungskurs wird gemäß folgender Formel errechnet:

[Im Fall von Kapitalgarantie einfügen:

$$T = \max \left\{ 100\% + P * \left(\frac{\text{Basiswert}(final) - \text{Basiswert}(start)}{\text{Basiswert}(start)} \right); 100\% \right\}$$

[Im Fall von Teilschutz einfügen:

$$T = \max\left\{100\% + P * \left(\frac{\text{Basiswert}(\text{final}) - \text{Basiswert}(\text{start})}{\text{Basiswert}(\text{start})}\right)\right\};$$

[Teilschutz (EB Ziffer 22) einfügen]

Wobei:

"T" meint den Tilgungskurs;

"P" meint den Partizipationsfaktor von **[Partizipationsfaktor (EB Ziffer 22) einfügen]**;

"Basiswert(final)" meint den Schlusskurs des Basiswertes am **[Endbeobachtungstag (EB Ziffer 23) einfügen]** (der "Endbeobachtungstag"); und

"Basiswert(start)" meint den Schlusskurs des Basiswertes am **[Anfangsbeobachtungstag (EB Ziffer 23) einfügen]** (der "Anfangsbeobachtungstag").]

[Im Fall von Bonus-Zertifikaten mit Kapitalgarantie (EB Ziffer 1) einfügen:

(5) **Tilgungsbetrag.** Vorbehaltlich der Bestimmungen in § 8 erfolgt die Einlösung der Zertifikate durch Zahlung eines Betrages in der festgelegten Währung (der "**Tilgungsbetrag**"), der folgendermaßen berechnet wird:

(a) für den Fall, dass, wie von der Emittentin festgestellt, der Schlusskurs des Basiswertes (oder im Fall von mehreren Basiswerten der Schlusskurs von mindestens einem Basiswert) an keinem der Beobachtungstage (wie nachstehend definiert) die Barriere von **[Barriere (EB Ziffer 20) einfügen]** berührt oder unterschreitet, entspricht der Tilgungsbetrag dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs, wobei

"Beobachtungstage" meint **[Beobachtungstage (EB Ziffer 23) einfügen]**

Der Tilgungskurs wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$T = 100\% + \text{Bonus}$$

Wobei:

"T" meint den Tilgungskurs; und

"Bonus" meint **[Bonus (EB Ziffer 21) einfügen]**;

(b) für den Fall, dass, wie von der Emittentin festgestellt, der Schlusskurs des Basiswertes (oder im Fall von mehreren Basiswerten der Schlusskurs von mindestens einem Basiswert) zumindest an einem oder mehreren

Beobachtungstagen die Barriere berührt oder unterschreitet, entspricht der Tilgungsbetrag dem Nennbetrag.]

[Im Fall von Bonus-Zertifikaten ohne Kapitalgarantie (EB Ziffer 1) einfügen:

(5) **Tilgungsbetrag.** Vorbehaltlich der Bestimmungen in § 8 erfolgt die Einlösung der Zertifikate durch Zahlung eines Betrages in der festgelegten Währung (der "**Tilgungsbetrag**"), der folgendermaßen berechnet wird:

- (a) für den Fall, dass, wie von der Emittentin festgestellt, der Schlusskurs des Basiswertes (oder im Fall von mehreren Basiswerten der Schlusskurs von mindestens einem Basiswert) an keinem der Beobachtungstage (wie nachstehend definiert) die Barriere von [**Barriere (EB Ziffer 20) einfügen**] berührt oder unterschreitet, entspricht der Tilgungsbetrag dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs bei Nichtverletzung der Barriere, wobei

"**Beobachtungstage**" meint [**Beobachtungstage (EB Ziffer 23) einfügen**]

Der Tilgungskurs bei Nichtverletzung der Barriere wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$T_n = 100\% + \text{Bonus}$$

Wobei:

"**T_n**" meint den Tilgungskurs bei Nichtverletzung der Barriere; und

"**Bonus**" meint [**Bonus (EB Ziffer 21) einfügen**];

- (b) für den Fall, dass, wie von der Emittentin festgestellt, der Schlusskurs des Basiswertes (oder im Fall von mehreren Basiswerten der Schlusskurs von mindestens einem Basiswert) zumindest an einem oder mehreren Beobachtungstagen die Barriere berührt oder unterschreitet, entspricht der Tilgungsbetrag dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs bei Verletzung der Barriere. Der Tilgungskurs bei Verletzung der Barriere wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$T_v = 100\% + \left(\frac{\text{Basiswert}(final) - \text{Basiswert}(start)}{\text{Basiswert}(start)} \right)$$

Wobei:

"**T_v**" meint den Tilgungskurs bei Verletzung der Barriere;

"**Basiswert(final)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am [**Endbeobachtungstag (EB Ziffer 23) einfügen**] (der "**Endbeobachtungstag**");

und

"**Basiswert(start)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am [**Anfangsbeobachtungstag (EB Ziffer 23) einfügen**] (der "**Anfangsbeobachtungstag**").]

[Im Fall von Express-Zertifikaten (EB Ziffer 1) einfügen:

(5) **Tilgungsbetrag.** Vorbehaltlich der Bestimmungen in § 8 erfolgt die Einlösung der Zertifikate durch Zahlung eines Betrages in der festgelegten Währung ("**Tilgungsbetrag**"), der folgendermaßen berechnet wird:

(a) **Tilgungsbetrag bei Vorzeitiger Rückzahlung.** Sofern an einem Beobachtungstag (wie nachstehend definiert) der Schlusskurs des Basiswerts gleich hoch oder höher als der Startwert [**Startwert (EB Ziffer 24) einfügen**] (der "**Startwert**") ist, endet die Laufzeit des Express-Zertifikates an diesem Beobachtungstag, ohne dass es einer gesonderten Kündigung des Express-Zertifikates durch die Emittentin bedarf und die Zertifikate werden innerhalb von [**Tilgungszeitpunkt (EB Ziffer 13) einfügen**] Bankarbeitstagen durch Bezahlung des Tilgungsbetrags bei Vorzeitiger Rückzahlung getilgt (Vorzeitige Rückzahlung). In diesem Fall erfolgt die Einlösung des Express-Zertifikates durch Zahlung des Nennbetrags einschließlich der bis zum maßgeblichen Rückzahlungstag (ausschließlich) gemäß § 3 angefallenen aber noch nicht bezahlten Zinsen. Das Eintreten der Vorzeitigen Rückzahlung sowie die Höhe des Tilgungsbetrags bei Vorzeitiger Rückzahlung werden von der Emittentin unverzüglich gemäß § 12 bekannt gemacht.

"**Beobachtungstage**" meint [**Beobachtungstage (EB Ziffer 23) einfügen**]

(b) **Tilgungsbetrag bei Nichtverletzung der Barriere.** Sollte es zu keiner Vorzeitigen Rückzahlung kommen und ist der Schlusskurs des Basiswerts gleich hoch oder höher als die Barriere von [**Barriere (EB Ziffer 20) einfügen**] (die "**Barriere**"), entspricht der Tilgungsbetrag (der "**Tilgungsbetrag bei Nichtverletzung der Barriere**") dem Nennbetrag zuzüglich der gemäß § 3 bis zum Fälligkeitstag (ausschließlich) aufgelaufenen aber noch nicht bezahlten Zinsen.

(c) **Tilgungsbetrag bei Verletzung der Barriere.** Sollte es zu keiner Vorzeitigen Rückzahlung kommen und ist der Schlusskurs des Basiswerts niedriger als die Barriere, entspricht der Tilgungsbetrag (der "**Tilgungsbetrag bei Verletzung der Barriere**") dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Tilgungskurs zuzüglich der gemäß § 3 bis zum Fälligkeitstag (ausschließlich) aufgelaufenen aber noch nicht bezahlten Zinsen. Der Tilgungskurs wird gemäß folgender Formel errechnet:

$$T = 100\% + \left(\frac{\text{Basiswert}(final) - \text{Basiswert}(start)}{\text{Basiswert}(start)} \right)$$

Wobei:

"T" meint den Tilgungskurs;

"**Basiswert(final)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am [**Endbeobachtungstag (EB Ziffer 23) einfügen**] (der "**Endbeobachtungstag**"); und

"**Basiswert(start)**" meint den Schlusskurs des Basiswertes am [**Anfangsbeobachtungstag (EB Ziffer 23) einfügen**] (der "**Anfangsbeobachtungstag**").

§ 5 Zahlungen

- (1) **Zahlungen.** Zahlungen auf Kapital [und Zinsen] auf die Zertifikate erfolgen bei Fälligkeit in der Festgelegten Währung. Die Zahlung von Kapital [und Zinsen] erfolgt, vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Vorschriften, über die Zahlstelle zur Weiterleitung an die Clearing-Systeme oder nach deren Anweisung durch Gutschrift auf die jeweilige für den Zertifikateinhaber depotführende Stelle.
- (2) **Geschäftstag.** Fällt der Fälligkeitstag einer Zahlung in Bezug auf ein Zertifikat auf einen Tag, der kein Geschäftstag ist, hat der Zertifikateinhaber keinen Anspruch auf Zahlung vor dem nächsten Geschäftstag am jeweiligen Ort und ist nicht berechtigt, zusätzliche Zinsen oder sonstige Zahlungen auf Grund dieser Verspätung zu verlangen.

"**Geschäftstag**" ist jeder Tag (außer einem Samstag und einem Sonntag) an dem [(a) die Banken in [**maßgebliche Finanzzentren (EB Ziffer 19) einfügen**] für Geschäfte (einschließlich Devisenhandelsgeschäfte und Fremdwährungseinlagengeschäfte) geöffnet sind] [und] [**falls die Festgelegte Währung Euro ist, einfügen:** [(b) alle für die Abwicklung von Zahlungen in Euro wesentlichen Teile des Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer Systems ("TARGET2") in Betrieb sind]].

- (3) **Bezugnahmen auf Kapital.** Bezugnahmen in diesen Emissionsbedingungen auf "Kapital" schließen, soweit anwendbar, den Tilgungsbetrag [, den Tilgungsbetrag bei Vorzeitiger Rückzahlung] sowie jeden Aufschlag sowie sonstige auf oder in Bezug auf die Zertifikate zahlbaren Beträge mit ein.

§ 6 Basiswert

- (1) Der Basiswert der Zertifikate ist nachstehend angegeben: [**Informationen zum Basiswert (EB Ziffer 16) einfügen**]
- (2) Der Schlusskurs entspricht dem Kurs des Basiswertes, wie er am maßgeblichen Tag

von der Feststellungsstelle, oder im Falle dass der Basiswert ein (oder mehrere) Index(-izes) ist, von der Indexberechnungsstelle, festgestellt und veröffentlicht wird (der "**Schlusskurs**").

- (3) Wird der Schlusskurs des Basiswertes oder eines in einem Korb enthaltenen Basiswertes am maßgeblichen Tag nicht festgestellt und veröffentlicht oder liegt an diesem Tag eine Marktstörung gemäß § 7 dieser Emissionsbedingungen vor, dann wird der maßgebliche Tag auf den nächstfolgenden Börseschäftstag (wie in Absatz (5) definiert), an dem keine Marktstörung mehr vorliegt, verschoben. Dauert die Marktstörung auch am fünften Börseschäftstag an, gilt dieser fünfte Börseschäftstag nach Eintritt der Marktstörung als maßgeblicher Tag und die Emittentin wird die erforderlichen Berechnungen im Zusammenhang mit den Zertifikaten auf der Basis eines Ersatzkurses für den betreffenden Basiswert festlegen.
- (4) Ersatzkurs ist, soweit erhältlich, der von der Feststellungsstelle festgelegte Kurs des betreffenden Basiswertes oder, falls ein solcher nicht feststellbar ist, der von der Berechnungsstelle nach vernünftigem Ermessen bestimmte Kurs des betreffenden Basiswertes, der den an diesem Tag herrschenden Marktgegebenheiten entspricht; dabei handelt es sich um jenen Kurs, der nach Feststellung der Emittentin unter Berücksichtigung der zum jeweiligen Zeitpunkt herrschenden Marktbedingungen bzw. des zuletzt gemeldeten, veröffentlichten oder notierten Stands oder Preises des Basiswertes sowie gegebenenfalls unter Anwendung der vor Eintritt der Marktstörung zuletzt geltenden Formel und Methode für die Berechnung des Preises oder Stands des Basiswertes, ohne Eintritt einer Marktstörung vorgelegen hätte. Falls der Basiswert ein Index ist, wird die Emittentin einen Ersatzkurs unter Anwendung der zuletzt für dessen Berechnung gültigen Berechnungsmethode errechnen, wobei die Emittentin der Berechnung die Kurse der zuletzt im Index enthaltenen Komponenten an diesem Tag zu jenem Zeitpunkt zugrunde legt, an dem üblicherweise der Schlusskurs der jeweiligen Indexkomponenten bestimmt wird. Sollte der Handel eines oder mehrerer der nach Auffassung der Emittentin für die Berechnung des Basiswertes maßgeblichen Indexkomponenten an einem solchen Tag ausgesetzt oder wesentlich eingeschränkt sein, wird die Emittentin den Wert dieser Indexkomponenten so bestimmen, dass er den an diesem Tag herrschenden Marktgegebenheiten entspricht (der "**Ersatzkurs**"). Die Emittentin gibt den Ersatzkurs so bald als möglich gemäß § 12 bekannt.
- (5) Bankarbeitstage sind Tage, an denen das Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer (TARGET) System Zahlungen abwickelt (jeweils ein "**Bankarbeitstag**"). Börseschäftstage sind solche Tage, an denen a) planmäßig der Schlusskurs des betreffenden Basiswertes berechnet und veröffentlicht wird, und b) planmäßig ein Handel an der Maßgeblichen Terminbörse vorgesehen ist (jeweils ein "**Börseschäftstag**").
- (6) Feststellungsstelle ist [**Feststellungsstelle (EB Ziffer 25) einfügen**] (die "**Feststellungsstelle**"). Maßgebliche Terminbörse ist [die Terminbörse mit dem größten Handelsvolumen von Optionskontrakten, die auf den Basiswert gehandelt werden] [**Maßgebliche Terminbörse (siehe EB Ziffer 26) einfügen**] (die

"Maßgebliche Terminbörse").

§ 7 Marktstörung

- (1) **"Marktstörung"** bedeutet jedes der folgenden Ereignisse oder Situationen, sofern diese(s) nach Feststellung [der Emittentin] [von **[Sachverständigen Dritten (EB Ziffer 31) einfügen]** (der **"Sachverständige Dritte"**) **[Falls in den (EB Ziffer 31) ein Sachverständiger Dritter ausgewählt wurde, ist in den § 7 und § 8 bei Auswahlmöglichkeiten zwischen der Emittentin und dem Sachverständigen Dritten jeweils der Sachverständige Dritte auszuwählen.]** wesentlich für die Bewertung eines Basiswerts oder von Absicherungsmaßnahmen der Emittentin in Bezug auf die Zertifikate ist:
- (a) Sofern die Feststellungsstelle für einen Basiswert nach Bestimmung der Emittentin eine Börse oder ein Handels- oder Notierungssystem ist:
 - (i) die jeweilige Feststellungsstelle oder Maßgebliche Terminbörse nicht für den Handel zu regulären Handelszeiten an einem Börsegeschäftstag geöffnet ist; oder
 - (ii) falls es sich bei dem (einem) Basiswert um einen Index handelt: (A) die jeweilige Indexberechnungsstelle den Stand eines Basiswerts, bei dem es sich um einen Index handelt, an einem Börsegeschäftstag nicht veröffentlicht oder (B) die jeweils Maßgebliche Terminbörse nicht für den Handel zu regulären Handelszeiten geöffnet ist; oder
 - (iii) an einem Börsegeschäftstag zum Zeitpunkt der Notierung für einen Basiswert bzw. zu einem Zeitpunkt innerhalb der Stunde, die mit dem Zeitpunkt der Notierung für diesen Basiswert endet, eines der folgenden Ereignisse eintritt oder vorliegt:
 - (A) eine Aussetzung oder Beschränkung des Handels durch die Feststellungsstelle oder Maßgebliche Terminbörse oder anderweitig (wegen Preisbewegungen, die die von der Feststellungsstelle oder Maßgebliche Terminbörse zugelassenen Grenzen überschreiten, oder aus anderen Gründen) (I) für einen Basiswert an der Feststellungsstelle; oder (II) an der Feststellungsstelle insgesamt, sofern es sich bei dem Basiswert nicht um einen Multi-Exchange Index handelt; oder (III) für Options- oder Futures-Kontrakte auf oder in Bezug auf einen Basiswert an Maßgeblichen Terminbörse; oder an einer anderen Börse oder einem anderen Handels- oder Notierungssystem, an dem der Basiswert zugelassen ist oder notiert wird, oder
 - (B) ein Ereignis, das (nach Bestimmung [der Emittentin] [des Sachverständigen Dritten]) allgemein die Möglichkeit der

Marktteilnehmer stört oder beeinträchtigt, (i) an der Feststellungsstelle Transaktionen in Bezug auf einen Basiswert durchzuführen bzw. Marktpreise für einen Basiswert zu ermitteln oder (ii) an der Maßgeblichen Terminbörse Transaktionen in Bezug auf Options- oder Futures-Kontrakte auf einen Basiswert durchzuführen bzw. Marktpreise für solche Options- oder Futures-Kontrakte zu ermitteln; oder

- (iv) der Handel an einem Börsegeschäftstag an der Feststellungsstelle oder der Maßgeblichen Terminbörse vor dem Üblichen Börsenschluss geschlossen wird, es sei denn, die frühere Schließung des Handels wird von der Feststellungsstelle oder Maßgeblichen Terminbörse mindestens eine Stunde vor (je nachdem, welches Ereignis früher eintritt) (A) dem tatsächlichen Börsenschluss für den regulären Handel an dieser bzw. diesen Feststellungsstelle(n) oder Maßgeblichen Terminbörse(n) an dem betreffenden Börsegeschäftstag oder (B) dem Orderschluss (sofern gegeben) der Feststellungsstelle oder Maßgeblichen Terminbörse für die Ausführung von Aufträgen zum Zeitpunkt der Notierung an diesem Börsegeschäftstag angekündigt.
- (b) Sofern die Feststellungsstelle für einen Basiswert nach Bestimmung [der Emittentin] [des Sachverständigen Dritten] keine Börse oder kein Handels- oder Notierungssystem ist:

Wenn aus Gründen, auf welche die Emittentin keinen Einfluss hat, die Bestimmung des Preises oder Werts (oder eines Preis- oder Wertbestandteils) des betreffenden Basiswerts unter Bezugnahme auf die jeweilige Feststellungsstelle gemäß den Vorschriften oder dem üblichen oder akzeptierten Verfahren zur Bestimmung dieses Preises oder Werts, nicht möglich ist (unabhängig davon, ob dies dadurch bedingt ist, dass der entsprechende Preis oder Wert nicht veröffentlicht wurde, oder eine andere Ursache hat).

Wobei:

"**Absicherungsmaßnahmen**" meint Maßnahmen der Emittentin mit dem Ziel, dass ihr die jeweils im Rahmen der Zertifikate zu zahlenden Barbeträge bei Fälligkeit zur Verfügung stehen. Dazu investiert die Emittentin gegebenenfalls direkt oder indirekt in einen oder mehrere Basiswerte. Eine indirekte Anlage kann über ein Verbundenes Unternehmen bzw. einen Vertreter der Emittentin oder sonstige Dritte, die eine Anlage in den Basiswert tätigen, erfolgen. Alternativ dazu ist eine indirekte Anlage durch die Emittentin bzw. ein Verbundenes Unternehmen, einen Vertreter oder sonstige Dritte auch über eine Anlage in Derivategeschäfte bezogen auf einen Basiswert möglich. Die Emittentin wählt Absicherungsmaßnahmen, die sie unter Berücksichtigung des steuerlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmens sowie ihres operativen Umfelds als effizient ansieht. Die Emittentin kann zudem Anpassungen an den Absicherungsmaßnahmen vornehmen, wobei zusätzliche Kosten, Steuern oder nachteilige aufsichtsrechtliche Änderungen, die Auswirkungen auf ihre

Absicherungsmaßnahmen haben, nicht immer vermeidbar sind.

"Handels- oder Notierungssystem" meint ein System, bei dem Preise eines Basiswerts aufgrund von Handelsaktivitäten oder Quotierungen von Marktteilnehmern zustande kommen.

"Üblicher Börsenschluss" ist, in Bezug auf eine Feststellungsstelle oder Maßgebliche Terminbörse und einen Börsegeschäftstag, der zu Werktagen übliche Börsenschluss der Feststellungsstelle oder Maßgeblichen Terminbörse an diesem Börsegeschäftstag, ohne Berücksichtigung eines nachbörslichen Handels oder anderer Handelsaktivitäten außerhalb der regulären Handelszeiten.

"Verbundenes Unternehmen" ist ein Rechtsträger, der unter direkter oder indirekter Kontrolle der Emittentin steht, die Emittentin direkt oder indirekt kontrolliert oder mit der Emittentin unter gemeinsamer Kontrolle steht. Kriterium für die Auslegung der Begriffe **"Kontrolle"** und **"kontrollieren"** ist eine Stimmrechtsmehrheit bei dem Rechtsträger oder der Emittentin.

"Zeitpunkt der Notierung" ist in Bezug auf einen Basiswert:

- (i) sofern der Basiswert kein Multi-Exchange Index ist, der Zeitpunkt der Notierung, zu dem die Emittentin den Stand oder Wert dieses Basiswerts bestimmt, und
- (ii) sofern der jeweilige Basiswert ein Index sowie ein Multi-Exchange Index ist,
 - (A) zur Feststellung, ob eine Marktstörung vorliegt,
 - (I) in Bezug auf einen Basiswert, der Übliche Börsenschluss an der jeweiligen Feststellungsstelle für diesen Basiswert und
 - (II) in Bezug auf Options- oder Futures-Kontrakte auf oder in Bezug auf diesen Basiswert, der übliche Börsenschluss an der Maßgeblichen Terminbörse;
 - (B) in allen anderen Fällen, der Zeitpunkt, an dem der amtliche Schlusstand dieses Index von der jeweiligen Indexberechnungsstelle berechnet und veröffentlicht wird.
- (3) Die Emittentin wird sich bemühen, den Beteiligten unverzüglich gemäß § 12 mitzuteilen, wenn eine Marktstörung eingetreten ist.

§ 8

Anpassungsereignisse und Anpassungs-/Beendigungsereignisse

- (1) **Anpassungsereignisse.** Der Eintritt eines der nachstehend unter "(a) Allgemeine Ereignisse" oder "(b) Besondere Ereignisse" aufgeführten Ereignisse stellt, jeweils in Bezug auf einen Basiswert, ein **"Anpassungsereignis"** dar:

(a) Allgemeine Ereignisse:

- (i) Ein Ereignis tritt ein, das den theoretischen wirtschaftlichen Wert des jeweiligen Basiswerts wesentlich beeinflusst bzw. wesentlich beeinflussen kann oder wirtschaftliche Auswirkungen bzw. einen Verwässerungs- oder Konzentrationseffekt auf den theoretischen wirtschaftlichen Wert dieses Basiswerts haben kann.
- (ii) Ein Ereignis tritt ein, das die wirtschaftliche Verbindung zwischen dem Wert des jeweiligen Basiswerts und den Zertifikaten, die unmittelbar vor Eintritt dieses Ereignisses besteht, in erheblichem Maße beeinträchtigt.
- (iii) Es erfolgt eine wesentliche Veränderung eines Basiswerts bzw. des/der einem Basiswerts zugrunde liegenden Bestandteils/Bestandteilen oder Referenzgröße(n).

(b) Besondere Ereignisse:

jedes/jeder der in Abs. (5) unten als Anpassungsereignis aufgeführten Ereignisse oder Umstände.

Ein solches Anpassungsereignis kann jeweils sowohl vor als auch nach seinem Eintritt die Kosten für die Verwaltung der Zertifikate bzw. die Aufrechterhaltung der Absicherungsmaßnahmen für die Zertifikate oder die Wahrung des gleichen wirtschaftlichen Werts der Zertifikate in einer Weise wesentlich beeinflussen, die im Preis der Zertifikate nicht berücksichtigt ist.

Daher ist [die Emittentin] [der Sachverständige Dritte] berechtigt, nach Eintritt eines Anpassungsereignisses Anpassungen der Emissionsbedingungen gemäß nachstehendem Abs. (2) vorzunehmen, bzw., falls nach Feststellung [der Emittentin] [des Sachverständigen Dritten] eine geeignete Anpassung gemäß nachstehendem Abs. (2) unten nicht möglich ist, das Anpassungsereignis als ein Anpassungs-/Beendigungsereignis gemäß nachstehendem Abs. (3) unten zu behandeln. Siehe hierzu nachstehender Abs. (3) (a) (iii) unten. Dies stellt einen Teil des von den Zertifikateinhabern bei einer Anlage in die Zertifikate zu tragenden wirtschaftlichen Risikos und die Bestimmungsgrundlage für den Preis der Zertifikate dar.

Hinweis: Ein Ereignis oder Umstand kann aufgrund der gleichzeitigen Erfüllung mehrerer Kriterien ein Anpassungsereignis im Sinne von mehreren der Abs (1) (a) (i)-(iii) sein, und jedes der im nachstehenden Abs (5) aufgeführten Anpassungsereignisse in Bezug auf einen Basiswert stellt ein Anpassungsereignis dar.

- (2) **Auswirkungen eines Anpassungsereignisses.** Falls mit Wirkung für die Zeit vor oder zum Laufzeitende ein Anpassungsereignis (wie in Abs 1 definiert) eintritt, wird die Emittentin dies unverzüglich gemäß § 12 bekanntmachen. Nach Eintritt eines Anpassungsereignisses kann die Emittentin Anpassungen der Emissionsbedingungen

vornehmen, die [die Emittentin] [der Sachverständige Dritte] nach billigem Ermessen als erforderlich oder angemessen erachtet, um den Auswirkungen dieses Anpassungsereignisses Rechnung zu tragen und/oder soweit wie durchführbar den gleichen wirtschaftlichen Wert der Zertifikate wie vor Eintritt des Anpassungsereignisses auch nach dessen Eintritt sicherzustellen sowie die wirtschaftliche Verbindung zwischen dem Basiswert und den Zertifikaten zu erhalten und/oder ihre Absicherungsmaßnahmen aufrecht erhalten zu können; [die Emittentin] [der Sachverständige Dritte] legt fest, wann diese Anpassungen in Kraft treten. Unter anderem kann in dem Fall, dass es sich bei dem Basiswert um einen Index handelt, die Bestimmung des Stands dieses Index am entsprechenden Tag nicht auf Basis eines veröffentlichten Indexstands, sondern eines Indexstands erfolgen, den [die Emittentin] [der Sachverständige Dritte] für diesen Tag unter Anwendung der vor Eintritt des jeweiligen Anpassungsereignisses zuletzt geltenden Formel und Methode für die Berechnung dieses Index bestimmt, wobei nur diejenigen Indexkomponenten berücksichtigt werden, die unmittelbar vor dem Ereignis Bestandteil dieses Index waren.

Entsprechende Anpassungen erfolgen unter Umständen unter Berücksichtigung zusätzlicher direkter oder indirekter Kosten, die der Emittentin im Rahmen des oder im Zusammenhang mit dem jeweiligen Anpassungsereignis entstanden sind, u. a. Steuern, Abgaben, Einbehaltungen, Abzüge oder andere von der Emittentin zu tragende Belastungen (u. a. in Folge von Änderungen der steuerlichen Behandlung), und Weitergabe dieser Kosten an die Zertifikateinhaber. Änderungen der steuerlichen Behandlung können dabei u. a. auch Änderungen beinhalten, die von Absicherungsmaßnahmen der Emittentin in Bezug auf die Zertifikate herrühren.

[Die Emittentin] [Der Sachverständige Dritte] kann (muss jedoch nicht) die Bestimmung dieser sachgerechten Anpassung an der Anpassung ausrichten, die eine Maßgebliche Terminbörse (wie vorstehend definiert) aus Anlass des betreffenden Ereignisses bei an dieser Maßgeblichen Terminbörse gehandelten Options- oder Futures-Kontrakten auf den jeweiligen Basiswert vornimmt. Eine solche Anpassung kann nach Ermessen [der Emittentin] [des Sachverständigen Dritten] infolge des Anpassungsereignisses von der Emittentin zu tragenden Steuern, Abgaben, Einbehaltungen, Abzügen oder anderen Belastungen (unter anderem in Folge von Änderungen der steuerlichen Behandlung) Rechnung tragen.

Nach Vornahme der Anpassungen teilt die Emittentin den Zertifikateinhabern gemäß § 12 unter kurzer Beschreibung des jeweiligen Anpassungsereignisses so bald wie praktikabel mit, welche Anpassungen der Emissionsbedingungen vorgenommen wurden.

- (3) **Anpassungs-/Beendigungsereignis.** Der Eintritt eines der nachstehend unter "(a) Allgemeine Ereignisse" oder "(b) Besondere Ereignisse" aufgeführten Ereignisse stellt, jeweils in Bezug auf (i) die Zertifikate, (ii) Absicherungsmaßnahmen in Bezug auf die Zertifikate oder (iii) einen Basiswert, ein "**Anpassungs-/Beendigungsereignis**" dar:

(a) Allgemeine Ereignisse:

- (i) Ein Ereignis tritt ein, das wesentliche Auswirkungen auf die von der Emittentin verwendete Methode zur Bestimmung des Stands oder Preises eines Basiswertes bzw. die Fähigkeit der Emittentin zur Bestimmung des Stands oder Preises eines Basiswerts hat.
- (ii) Es erfolgt eine wesentliche Veränderung oder Beeinflussung eines Basiswerts, sei es infolge einer Einstellung der Börsennotierung, einer Verschmelzung, eines Übernahmeangebots oder einer Beendigung, Tilgung, Insolvenz oder Verstaatlichung, infolge einer wesentlichen Veränderung der Formel oder Methode zur Berechnung dieses Basiswerts, infolge einer wesentlichen Veränderung der Anlagerichtlinien, -politik oder -strategie, der Geschäftsführung oder der Gründungsdokumente oder infolge eines anderen Ereignisses, das eine wesentliche Veränderung oder Beeinflussung eines Basiswerts darstellt.
- (iii) Ein Anpassungsereignis ist eingetreten, in Bezug auf welches die Emittentin nach eigener Feststellung nicht in der Lage ist, eine geeignete Anpassung gemäß vorstehendem § 8 (2) vorzunehmen.
- (iv) Die Emittentin stellt fest, dass:
 - (A) die Erfüllung ihrer Verpflichtungen unter den Zertifikaten, sei es vollständig oder in Teilen, illegal geworden ist bzw. werden wird oder nicht länger praktikabel ist bzw. sein wird oder dass durch diese Erfüllung wesentlich höhere direkte oder indirekte Kosten, Steuern, Abgaben oder Aufwendungen (im Vergleich zur Situation am Begebungstag) entstehen; oder
 - (B) es für sie illegal oder nicht länger praktikabel ist bzw. sein wird, Absicherungsmaßnahmen in Bezug auf die Zertifikate zu erwerben, abzuschließen bzw. erneut abzuschließen, zu ersetzen, aufrechtzuerhalten, aufzulösen oder zu veräußern, sei es vollständig oder in Teilen, oder dass ihr durch den Erwerb, Abschluss oder erneuten Abschluss bzw. die Ersetzung, Aufrechterhaltung, Auflösung oder Veräußerung von Absicherungsmaßnahmen wesentlich höhere direkte oder indirekte Kosten, Steuern, Abgaben oder Aufwendungen (im Vergleich zur Situation am Begebungstag) entstehen, u. a. aufgrund einer erhöhten Steuerpflicht, geringerer Steuervorteile oder anderer negativer Auswirkungen auf die Steuersituation der Emittentin;
 - (C) sie das Recht zur Benutzung des Basiswertes (zB wenn der Basiswert ein Index ist) verloren hat oder verlieren wird.

Im Hinblick auf § 8 (3) (a) (iv) der Emissionsbedingungen kann die Emittentin entsprechende Feststellungen u. a. im Falle einer

Änderung von anwendbaren Gesetzen oder Verordnungen (u. a. Steuergesetzen) in einer entsprechenden Rechtsordnung oder Änderung der Auslegung entsprechender Gesetze oder Verordnungen (einschließlich Maßnahmen von Steuerbehörden) durch ein Gericht oder eine Aufsichtsbehörde, eines Rückgangs der Zahl geeigneter Dritter, mit denen in Bezug auf einen Basiswert Verträge geschlossen bzw. zu angemessenen Bedingungen geschlossen werden können, oder eines wesentlichen Mangels an Marktliquidität für Aktien, Optionen, Instrumente oder sonstige Vermögenswerte, die typischerweise zum Ausgleich von Risiken in Bezug auf einen Basiswert eingesetzt werden, treffen.

- (v) Die Emittentin stellt fest, dass sie auch mit wirtschaftlich zumutbaren Anstrengungen nicht in der Lage ist, die Erlöse von Absicherungsmaßnahmen zu realisieren, wiederzugewinnen oder zu transferieren.
 - (vi) Die Emittentin stellt fest, dass am fünften Börseschäftstag eine Marktstörung vorliegt und dass die in den Emissionsbedingungen angegebenen Bewertungsmethoden in diesem Fall nicht für die entsprechende Berechnung geeignet sind, und beschließt, diese Marktstörung als ein Anpassungs-/Beendigungsereignis zu behandeln.
 - (vii) Ein Ereignis Höherer Gewalt tritt ein. Für diese Zwecke ist unter einem "**Ereignis höherer Gewalt**" ein Ereignis oder eine Situation zu verstehen, das/die die Emittentin in der Ausübung ihrer Verpflichtungen hindert oder wesentlich beeinträchtigt; hierzu zählen u. a. Systemstörungen, Brände, Gebäudeevakuierungen, Naturkatastrophen, durch den Menschen bedingte Katastrophen, höhere Gewalt, bewaffnete Auseinandersetzungen, terroristische Anschläge, Ausschreitungen, Arbeitskämpfe oder ähnliche Ereignisse und Umstände.
 - (viii) Es liegt eine wesentliche Beeinträchtigung der Liquidität oder Marktbedingungen in Bezug auf einen Basiswert (einschließlich des Handels eines Basiswerts), die nicht zu einer Marktstörung führt, vor.
- (b) Besondere Ereignisse:
- jedes/jeder der im nachstehenden Abs. (5) als Anpassungs-/Beendigungsereignis aufgeführten Ereignisse oder Umstände.

Der Eintritt eines Anpassungs-/Beendigungsereignisses kann dazu führen, dass die Emittentin nicht in der Lage ist, weiterhin ihre Verpflichtungen im Rahmen der Zertifikate zu erfüllen bzw. ihre Absicherungsmaßnahmen aufrechtzuerhalten, oder dass sich für die Emittentin durch eine entsprechende Erfüllung bzw. Aufrechterhaltung höhere Kosten, Steuern oder Aufwendungen ergeben und dies im Preis der Zertifikate nicht berücksichtigt ist. Daher ist [die Emittentin] [der Sachverständige Dritte] berechtigt, nach Eintritt eines Anpassungs-/Beendigungsereignisses gemäß

nachstehendem Abs. (4) Anpassungen der Emissionsbedingungen vorzunehmen, einen Basiswert zu ersetzen oder die Zertifikate zu kündigen und zu beenden. Dies stellt einen Teil des von den Zertifikateinhabern bei einer Anlage in die Zertifikate zu tragenden wirtschaftlichen Risikos und die Bestimmungsgrundlage für den Preis der Zertifikate dar.

Hinweis: Ein Ereignis oder Umstand kann aufgrund der gleichzeitigen Erfüllung mehrerer Kriterien ein Anpassungs-/Beendigungsereignis im Sinne von mehreren der Punkte (i)-(viii) sein, und jedes der im nachstehenden Abs. (5) aufgeführten Anpassungs-/Beendigungsereignisse in Bezug auf einen Basiswert stellt ein Anpassungs-/Beendigungsereignis dar.

- (4) **Auswirkungen eines Anpassungs-/Beendigungsereignisses.** Nach Eintritt eines Anpassungs-/Beendigungsereignisses kann die Emittentin [oder der Sachverständige Dritte] jede der nachstehend aufgeführten Maßnahmen ergreifen. Insbesondere ist zu beachten, dass gemäß nachstehendem Abs. ([●]) eine Beendigung und Kündigung der Zertifikate zulässig ist.
- (a) Außer in Bezug auf ein Anpassungs-/Beendigungsereignis gemäß vorstehendem § 8 (3) (a) (iii) kann [die Emittentin] [der Sachverständige Dritte] Anpassungen der Emissionsbedingungen vornehmen, die [sie/er] nach billigem Ermessen als erforderlich oder angemessen erachtet, um den Auswirkungen dieses Anpassungs-/Beendigungsereignisses Rechnung zu tragen und/oder soweit wie durchführbar den gleichen wirtschaftlichen Wert der Zertifikate wie vor Eintritt des Anpassungs-/Beendigungsereignisses auch nach dessen Eintritt sicherzustellen sowie die wirtschaftliche Verbindung zwischen dem Basiswert und den Zertifikaten zu erhalten und/oder ihre Absicherungsmaßnahmen aufrecht erhalten zu können; [die Emittentin] [der Sachverständige Dritte] legt fest, wann diese Anpassungen in Kraft treten. Unter anderem kann in dem Fall, dass es sich bei dem Basiswert um einen Index handelt, die Bestimmung des Stands dieses Index am entsprechenden Tag nicht auf Basis eines veröffentlichten Indexstands, sondern eines Indexstands erfolgen, den [die Emittentin] [der Sachverständige Dritte] für diesen Tag unter Anwendung der vor Eintritt des jeweiligen Anpassungsereignisses zuletzt geltenden Formel und Methode für die Berechnung dieses Index bestimmt, wobei nur diejenigen Indexkomponenten berücksichtigt werden, die unmittelbar vor dem Ereignis Bestandteil dieses Index waren.

Entsprechende Anpassungen erfolgen unter Umständen unter Berücksichtigung zusätzlicher direkter oder indirekter Kosten, die der Emittentin im Rahmen des oder im Zusammenhang mit dem jeweiligen Anpassungs-/Beendigungsereignis entstanden sind, u. a. Steuern, Abgaben, Einbehaltungen, Abzüge oder andere von der Emittentin zu tragende Belastungen (u. a. in Folge von Änderungen der steuerlichen Behandlung), und Weitergabe dieser Kosten an die Zertifikateinhaber. Änderungen der steuerlichen Behandlung können dabei u. a. auch Änderungen beinhalten, die von Absicherungsmaßnahmen der Emittentin in Bezug auf die Zertifikate herrühren.

[Die Emittentin] [Der Sachverständige Dritte] kann (muss jedoch nicht) die Bestimmung dieser sachgerechten Anpassung an der Anpassung ausrichten, die die (eine) Maßgebliche Terminbörse aus Anlass des betreffenden Ereignisses bei an dieser Maßgeblichen Terminbörse gehandelten Options- oder Futures-Kontrakten auf den jeweiligen Basiswert vornimmt, bzw. an den Anpassungen, die sich aus den von einer Börse oder einem Handels- oder Notierungssystem vorgegebenen Richtlinien und Präzedenzfällen zur Berücksichtigung des betreffenden Anpassungs-/Beendigungsereignisses ergeben, das nach Feststellung [der Emittentin] [des Sachverständigen Dritten] eine Anpassung durch die Börse oder das Handels- oder Notierungssystem zur Folge hätte, falls solche Options- oder Futures-Kontrakte dort gehandelt würden.

[Falls in den Endgültigen Bedingungen Basiswertersetzung (EB Ziffer 16) vorgesehen ist, einfügen:

- (b) [die Emittentin] [der Sachverständige Dritte] kann den jeweiligen von dem Anpassungs-/Beendigungsereignis betroffenen Basiswert an oder nach dem Stichtag dieses Anpassungs-/Beendigungsereignisses durch einen Ersatzvermögenswert ersetzen. "Ersatzvermögenswert" meint im Hinblick auf einen Basiswert einen von der Emittentin bestimmten Vermögenswert, der derselben Kategorie von Basiswerten wie der ursprüngliche Basiswert angehört und diesem im Hinblick auf die für seine Wertentwicklung und alle anderen für die Zwecke dieser Emissionsbedingungen wesentlichen Merkmale so nah als möglich kommt. Wenn von Gegenparteien der Emittentin im Rahmen von Absicherungsmaßnahmen Ersatzvermögenswerte ausgewählt werden und diese Ersatzvermögenswerte in ihrer Wertentwicklung und allen anderen für Zwecke dieser Emissionsbedingungen wesentlichen Merkmale dem ursprünglichen Basiswert so nah als möglich kommt, werden diese Ersatzvermögenswerte aus den Absicherungsmaßnahmen auch als Ersatzvermögenswerte für die Zertifikate herangezogen.]

Handelt es sich bei dem jeweiligen Anpassungs-/Beendigungsereignis jedoch um eine Verschmelzung (wie in § 8 (5) (a) (ii) (C) definiert) und besteht die im Rahmen der Verschmelzung für den jeweiligen Basiswert gewährte Gegenleistung aus Vermögenswerten, bei denen es sich nicht um Barvermögen handelt und die nicht bereits im Basiswert enthalten sind, so kann [die Emittentin] [der Sachverständige Dritte] den Basiswert nach eigener Wahl dahingehend anpassen, dass dieser die entsprechende (unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedingungen der Zertifikate bestimmte) Menge an Vermögenswerten, zu denen ein Inhaber des Basiswerts vor dem Eintritt der Verschmelzung berechtigt wäre, umfasst. [Die Emittentin] [Der Sachverständige Dritte] nimmt diejenigen Anpassungen der Emissionsbedingungen vor, die [sie/er] nach billigem Ermessen für angemessen hält, um dieser Ersetzung bzw. diesen zusätzlichen Vermögenswerten Rechnung zu tragen.

- (b/c) Ist [die Emittentin] [der Sachverständige Dritte] nicht in der Lage oder willens, eine geeignete Anpassung gemäß vorstehendem § 8 (4) (a) oder § 8 (4) (b)

festzulegen oder vorzunehmen, kann die Emittentin die Zertifikate durch eine so bald wie praktikabel gemäß § 12 erfolgende Mitteilung, die eine kurze Beschreibung des Anpassungs-/Beendigungsereignisses enthält, beenden und kündigen. Werden die Zertifikate derart beendet und gekündigt, zahlt die Emittentin, soweit nach anwendbarem Recht zulässig, an jeden Zertifikateinhaber für jedes von diesem gehaltene Zertifikat einen Betrag in Höhe des Marktpreises (wie in nachstehend definiert) der Zertifikate.

Wobei:

"**Marktpreis**" ist in Bezug auf ein Zertifikat der angemessene Marktpreis (*fair market value*) dieses Wertpapiers. Er wird von [der Emittentin] [dem Sachverständigen Dritten] u. a. unter Bezugnahme auf folgende nach ihrem Dafürhalten zum jeweiligen Zeitpunkt geeignete Faktoren bestimmt:

- (a) maßgebliche Quotierungen oder sonstige maßgebliche Marktdaten des/der jeweiligen Marktes/Märkte, z. B. maßgebliche Sätze, Preise, Renditen, Renditekurven, Volatilitäten, Spreads, Korrelationen und Preismodelle für Optionen oder sonstige Derivate;
- (b) Informationen nach Art der vorstehend unter (a) aufgezählten Informationen, die aus internen Quellen der Emittentin oder eines ihrer Verbundenen Unternehmen stammen, sofern die Emittentin diese Art von Informationen im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit zur Bewertung mit den Zertifikate vergleichbarer Instrumente einsetzt.

Sehen die maßgeblichen Zertifikate (einen) zu zahlende(n) Mindestbetrag/Mindestbeträge vor, wird dies bei der Bestimmung des Marktpreises berücksichtigt. Im Rahmen der Bestimmung des Marktpreises wird jedoch der Wert dieser Beträge reduziert (dh es wird ein Abschlag vorgenommen), um der verbleibenden Zeit bis zum erstmöglichen Tag, an dem diese(r) Betrag/Beträge andernfalls erstmals zu zahlen bzw. zu liefern wäre(n), Rechnung zu tragen. Diese Abschläge werden unter Bezugnahme auf Informationen wie die vorstehend unter (a) und/oder (b) genannten Informationen, u. a. risikolose Zinssätze, bestimmt.

Darüber hinaus werden angemessene Werte für andere Beträge, die gegebenenfalls in Bezug auf die jeweiligen Zertifikate zu zahlen bzw. zu liefern gewesen wären, berücksichtigt. Darin eingeschlossen ist gegebenenfalls der Teil der Rendite der Zertifikate, der unter Bezugnahme auf den Basiswert bestimmt wird (dh das derivative Element). Die Bestimmung des jeweiligen Werts dieses Elements der Zertifikate erfolgt unter Umständen anhand der Kosten des Abschlusses einer Transaktion zur Beschaffung vergleichbarer Beträge/Bestände, die zum jeweiligen Zeitpunkt entstehen würden.

Unbeschadet vorstehender Bestimmungen erfolgt jede der erwähnten Bestimmungen ohne Berücksichtigung der Bonität der Emittentin zum Zeitpunkt der vorzeitigen Beendigung. Dies bedeutet, dass keine Reduzierung des Marktpreises vorgenommen

wird, um Annahmen bezüglich der Zahlungsfähigkeit der Emittentin zum Zeitpunkt der vorzeitigen Beendigung Rechnung zu tragen.

Die Emittentin setzt einen Zertifikateinhaber so bald als möglich nach Erhalt einer entsprechenden schriftlichen Anfrage dieses Zertifikateinhabers über die im Rahmen dieses § 8 bis einschließlich zum Tag des Eingangs dieser Anfrage getroffenen Feststellungen in Kenntnis. Kopien dieser Feststellungen können von den Zertifikateinhabern bei der Emittentin eingesehen werden.

- (5) **Bestimmte Anpassungsereignisse und Anpassungs-/Beendigungsereignisse in Bezug auf unterschiedliche Basiswerte.** Nachstehend sind Anpassungsereignisse und Anpassungs-/Beendigungsereignisse aufgeführt, die auf den jeweiligen Basiswert abstellen.

[Im Fall von Aktien als Basiswerten (EB Ziffer 16) einfügen:

Anpassungsereignisse und Anpassungs-/Beendigungsereignisse für Aktien

([a]) Aktie. Sofern es sich bei dem Basiswert, um eine Aktie handelt, gilt:

- (i) Folgende Ereignisse stellen zusätzlich zu den unter § 8 (1) (a) (i) bis (iii) (einschließlich) genannten Ereignissen jeweils ein "**Anpassungsereignis**" dar:
 - (A) eine Teilung, Zusammenlegung oder Gattungsänderung der jeweiligen Aktien (soweit keine Verschmelzung vorliegt) oder die Ausgabe von Gratisaktien bzw. Ausschüttung einer Aktiendividende an die vorhandenen Aktionäre als Bonus, Teil einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln oder einer ähnlichen Emission;
 - (B) eine Dividende, sonstige Ausschüttung oder Emission an die vorhandenen Aktionäre in Form (I) zusätzlicher Aktien, (II) sonstigen Aktienkapitals oder von Wertpapieren, das bzw. die Anspruch auf Zahlung einer Dividende und/oder des Erlöses aus der Liquidation der Aktiengesellschaft in gleicher Weise oder proportional zu den Zahlungen an die Inhaber dieser Aktien gewährt bzw. gewähren, (III) von Aktienkapital oder sonstigen Wertpapieren eines anderen Emittenten als Ergebnis einer Ausgliederung eines Teils des Unternehmens oder einer ähnlichen Transaktion, oder (IV) von Wertpapieren, Rechten, Optionsscheinen oder sonstigen Vermögenswerten anderer Art, und zwar in jedem dieser Fälle zu einem (in bar oder in anderer Form zu entrichtenden) Preis, der unter dem von der Emittentin festgestellten jeweiligen Marktpreis liegt;
 - (C) eine Sonderdividende;

- (D) eine Einzahlungsaufforderung seitens der Aktiengesellschaft für die jeweiligen Aktien, die nicht voll eingezahlt worden sind;
 - (E) ein aus Erträgen oder dem Grundkapital finanzierter Rückkauf der jeweiligen Aktien durch die, oder im Namen der, Aktiengesellschaft oder eines ihrer Tochterunternehmen, gleich ob die Gegenleistung für den Rückkauf aus Geld, Wertpapieren oder sonstigen Gegenständen besteht;
 - (F) ein Ereignis, das bei einer Aktiengesellschaft zur Ausgabe von Aktionärsrechten oder der Abtrennung solcher Rechte von Stammaktien oder anderen Aktien des Grundkapitals der betreffenden Aktiengesellschaft führt, in Folge eines gegen feindliche Übernahmen gerichteten Plans oder einer entsprechenden Maßnahme, der bzw. die im Falle bestimmter Ereignisse die Gewährung von Rechten zum Erwerb von Vorzugsaktien, Optionsscheinen, Schuldtiteln oder Aktienbezugsrechten zu einem Preis unter ihrem von der Emittentin festgestellten Marktpreis vorsieht bzw. vorsehen;
 - (G) eine Rücknahme von Aktionärsrechten der vorstehend unter (F) beschriebenen Art und
 - (H) andere vergleichbare Ereignisse, die einen Verwässerungs-, Konzentrations- oder sonstigen Effekt auf den rechnerischen Wert der jeweiligen Aktien haben können.
- (ii) Folgende Ereignisse stellen zusätzlich zu den unter § 8 (3) (a) (i) - (viii) (einschließlich) genannten Ereignissen jeweils ein "**Anpassungs-/Beendigungsereignis**" dar:
- (A) "**Einstellung der Börsennotierung**", die in Bezug auf eine Aktie vorliegt, wenn die Feststellungsstelle bekannt gibt, dass, gemäß den Vorschriften der jeweiligen Feststellungsstelle, die Zulassung, der Handel oder die öffentliche Notierung der jeweiligen Aktie an dieser Feststellungsstelle sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt, gleich aus welchem Grund (sofern die Einstellung der Börsennotierung nicht durch eine Verschmelzung oder ein Übernahmeangebot bedingt ist), beendet wird und wenn die jeweilige Aktie nicht unmittelbar wieder an einer bzw. einem für die Emittentin akzeptablen Börse, Handels- oder Notierungssystem zugelassen, gehandelt oder notiert wird;
 - (B) "**Insolvenz**", die vorliegt, wenn aufgrund freiwilliger oder zwangsweiser Liquidation, Konkurs, Insolvenz, Abwicklung, Auflösung oder eines vergleichbaren die Aktiengesellschaft betreffenden Verfahrens (x) sämtliche Aktien der Aktiengesellschaft auf einen Treuhänder, Liquidator, Insolvenzverwalter oder ähnlichen Amtsträger übertragen werden müssen oder (y) es den Inhabern der

Aktien dieser Aktiengesellschaft rechtlich untersagt wird, diese zu übertragen;

- (C) "**Verschmelzung**", dh in Bezug auf die jeweiligen Aktien (I) eine Gattungsänderung oder Umstellung der betreffenden Aktien, die eine Übertragung oder endgültige Verpflichtung zur Übertragung aller entsprechenden umlaufenden Aktien auf einen anderen Rechtsträger zur Folge hat, (II) eine Verschmelzung (durch Aufnahme oder Neubildung) zu oder ein bindender Aktientausch einer Aktiengesellschaft mit einem anderen Rechtsträger (außer bei einer Verschmelzung oder einem Aktientausch, bei der bzw. dem die betreffende Aktiengesellschaft die aufnehmende bzw. fortbestehende Gesellschaft ist und die bzw. der keine Gattungsänderung oder Umstellung aller entsprechenden umlaufenden Aktien zur Folge hat) oder (III) ein Übernahmeangebot, Tauschangebot, sonstiges Angebot oder ein anderer Akt eines Rechtsträgers zum Erwerb oder der anderweitigen Erlangung von 100% der umlaufenden Aktien der Aktiengesellschaft, das bzw. der eine Übertragung oder endgültige Verpflichtung zur Übertragung aller entsprechenden Aktien zur Folge hat (mit Ausnahme der Aktien, die von dem betreffenden Rechtsträger gehalten oder kontrolliert werden), oder (IV) eine Verschmelzung (durch Aufnahme oder Neubildung) oder ein bindender Aktientausch einer Aktiengesellschaft oder ihrer Tochtergesellschaften mit oder zu einem anderen Rechtsträger, wobei die Aktiengesellschaft die aufnehmende bzw. fortbestehende Gesellschaft ist und keine Gattungsänderung oder Umstellung aller entsprechenden umlaufenden Aktien erfolgt, sondern die unmittelbar vor einem solchen Ereignis umlaufenden Aktien (mit Ausnahme der Aktien, die von dem betreffenden Rechtsträger gehalten oder kontrolliert werden) in der Summe weniger als 50% der unmittelbar nach einem solchen Ereignis umlaufenden Aktien ausmachen, in jedem der genannten Fälle, sofern das Verschmelzungsdatum einem Tag vor dem oder dem letzten möglichen Datum entspricht, an dem gemäß den Emissionsbedingungen eine Bestimmung des Preises oder Werts der jeweiligen Aktie durch die Emittentin erforderlich sein könnte;
- (D) "**Verstaatlichung**", dh ein Vorgang, durch den alle entsprechenden Aktien oder alle bzw. im Wesentlichen alle Vermögenswerte der Aktiengesellschaft verstaatlicht oder enteignet werden oder sonst auf staatliche Stellen, Behörden oder Einrichtungen übertragen werden müssen;
- (E) "**Übernahmeangebot**", dh ein Angebot zur Übernahme, Tauschangebot, sonstiges Angebot oder ein anderer Akt eines Rechtsträgers, das bzw. der dazu führt, dass der betreffende Rechtsträger, in Folge eines Umtausches oder anderweitig, mehr als

10% und weniger als 100% der umlaufenden Stimmrechtsaktien der Aktiengesellschaft kauft, anderweitig erwirbt oder ein Recht zum Erwerb dieser Aktien erlangt, wie von der Emittentin auf der Grundlage von Anzeigen an staatliche oder Selbstregulierungsbehörden oder anderen als relevant erachteten Informationen bestimmt.

In diesem Zusammenhang gelten folgende Definitionen:

"Verschmelzungsdatum" ist der Abschlusszeitpunkt einer Verschmelzung oder, wenn gemäß dem für die betreffende Verschmelzung anwendbaren Recht kein solcher bestimmt werden kann, das von der Emittentin festgelegte Datum.

"Aktiengesellschaft" ist, in Bezug auf eine Aktie, der in diesen Emissionsbedingungen unter der Überschrift "Basiswert" angegebene Emittent der jeweiligen Aktie.]

[Im Fall von Indizes als Basiswerten (EB Ziffer 16) einfügen:

Anpassungsereignisse und Anpassungs-/Beendigungsereignisse für Indizes

([b]) Index. Sofern es sich bei dem Basiswert um einen Index handelt, gilt:

- (i) Folgende Ereignisse stellen zusätzlich zu den unter § 8 (1) (a) (i) - (iii) (einschließlich) genannten Ereignissen jeweils ein **"Anpassungsereignis"** dar:
 - (A) die Berechnung oder Veröffentlichung eines Index erfolgt nicht durch die in den Emissionsbedingungen bestimmte Indexberechnungsstelle, sondern ein nach Ansicht der Emittentin geeigneter Nachfolger (der **"Nachfolger der Indexberechnungsstelle"**) übernimmt die Berechnung eines Index.
 - (B) Der entsprechende Index wird durch einen Nachfolgeindex ersetzt, für den nach Feststellung der Emittentin eine Formel und Berechnungsmethode angewandt wird, die derjenigen des in diesen Emissionsbedingungen angegebenen Index entspricht oder mit dieser im Wesentlichen vergleichbar ist.

Ein entsprechendes Anpassungsereignis kann jeweils zur Folge haben, dass der von dem Nachfolger der Indexberechnungsstelle berechnete und bekannt gegebene Index bzw. der Nachfolgeindex als maßgeblicher Index gilt.

- (ii) Folgende Ereignisse stellen zusätzlich zu den unter § 8 (3) (a) (i) - (viii) (einschließlich) genannten Ereignissen jeweils ein "**Anpassungs-/Beendigungsereignis**" dar:

An oder vor einem Tag, in Bezug auf den die Emittentin den Stand eines Index zu bestimmen hat, erfolgt durch die jeweilige Indexberechnungsstelle bzw. Nachfolger der Indexberechnungsstelle (I) eine wesentliche Änderung an der Formel oder Methode zur Berechnung dieses Index bzw. Ankündigung einer solchen Änderung oder eine anderweitige wesentliche Veränderung dieses Index, (II) die dauerhafte Einstellung dieses Index oder (III) eine Unterlassung der Berechnung und Veröffentlichung dieses Index, wobei in jedem dieser Fälle die vorstehenden Bestimmungen unter § 8 (5) (b)(i) keine Anwendung finden.]

[Im Fall von Rohstoffen als Basiswerten (EB Ziffer 16) einfügen:

Anpassungsereignisse und Anpassungs-/Beendigungsereignisse für Rohstoffe

([c] Rohstoffe. Sofern es sich bei dem Basiswert um einen Rohstoff handelt, gilt:

- (i) Folgende Ereignisse stellen zusätzlich zu den unter § 8 (1) (a) (i) - (iii) (einschließlich) genannten Ereignissen jeweils ein "**Anpassungsereignis**" dar:
- (A) Ein entsprechender Rohstoff oder ein entsprechender Futures-Kontrakt wird im Vergleich zum Ausgabetag an der Feststellungsstelle in einer anderen Qualität oder in anderer (inhaltlicher) Zusammensetzung bzw. Zusammenstellung gehandelt (z. B. mit einem anderen Reinheitsgrad oder Herkunftsort);
 - (B) Infolge eines sonstigen Ereignisses oder einer sonstigen Maßnahme wird der Rohstoff oder der maßgebliche Futures-Kontrakt, wie er an der Feststellungsstelle gehandelt wird, verändert; oder
 - (C) Es liegt eine wesentliche Aussetzung oder Einschränkung des Handels in dem Futures-Kontrakt oder der Ware an der Feststellungsstelle oder in einem anderen maßgeblichen Futures- oder Optionskontrakt bzw. einer anderen maßgeblichen Ware an einer Börse oder in einem Handels- oder Notierungssystem vor.
- (ii) Folgende Ereignisse stellen zusätzlich zu den unter § 8 (3) (a) (i) - (viii) (einschließlich) genannten Ereignissen jeweils ein "**Anpassungs-/Beendigungsereignis**" dar:
- (A) ein entsprechender Rohstoff oder ein entsprechender Futures-Kontrakt wird im Vergleich zum Ausgabetag an der Feststellungsstelle in einer anderen Qualität oder in anderer

(inhaltlicher) Zusammensetzung bzw. Zusammenstellung gehandelt (z. B. mit einem anderen Reinheitsgrad oder Herkunftsort);

- (B) Eintritt einer wesentlichen Änderung bezüglich der Formel oder Methode zur Berechnung eines maßgeblichen Preises oder Werts für einen Rohstoff oder einen Futures-Kontrakt nach dem Ausgabebetag;
- (C) die Unterlassung der Bekanntgabe oder Veröffentlichung eines maßgeblichen Preises oder Werts eines Rohstoffs oder eines Futures-Kontrakts (oder der für die Bestimmung eines entsprechenden Preises oder Werts erforderlichen Informationen) durch die Feststellungsstelle oder die vorübergehende oder dauerhafte Aussetzung oder Unterbrechung des Geschäftsbetriebs der Feststellungsstelle, und
- (D) die Bekanntgabe einer Feststellungsstelle für einen maßgeblichen Rohstoff, bei der es sich um eine Börse oder ein Handels- oder Notierungssystem handelt, dass die Zulassung, der Handel oder die öffentliche Notierung eines wesentlichen Options- oder Futures-Kontrakts auf oder in Bezug auf diesen Rohstoff an der Feststellungsstelle gemäß den Vorschriften dieser Feststellungsstelle sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt, gleich aus welchem Grund, beendet wird.]

[Im Fall von Währungen als Basiswerten (EB Ziffer 16) einfügen:

Anpassungsereignisse und Anpassungs-/Beendigungsereignisse für Währungen

([d]) Währung. Sofern es sich bei dem Basiswert um eine Währung handelt, gilt:

- (i) Folgende Ereignisse stellen zusätzlich zu den unter § 8 (1) (a) (i) - (iii) (einschließlich) genannten Ereignissen jeweils ein "**Anpassungsereignis**" dar:
 - (A) die Ersetzung der maßgeblichen Währung in ihrer Funktion als gesetzliches Zahlungsmittel des Landes oder der Rechtsordnung bzw. der Länder oder Rechtsordnungen, welche(s) die Behörde, Institution oder sonstige Körperschaft unterhält bzw. unterhalten, die diese Maßgebliche Währung ausgibt, durch eine andere Währung bzw. die Verschmelzung dieser maßgeblichen Währung mit einer anderen Währung zu einer gemeinsamen Währung,
 - (B) die Aufhebung, gleich aus welchem Grund, einer maßgeblichen Währung als gesetzliches Zahlungsmittel des Landes oder der Rechtsordnung bzw. der Länder oder Rechtsordnungen, welche(s) die Behörde, Institution oder sonstige Körperschaft unterhält bzw. unterhalten, die diese maßgebliche Währung ausgibt, und

- (C) die Bekanntgabe einer Feststellungsstelle für einen Wechselkurs, bei der es sich um eine Börse oder ein Handels- oder Notierungssystem handelt, dass die (öffentliche) Notierung oder der Handel des jeweiligen Wechselkurses zwischen der jeweiligen Erstwährung und Zweitwährung an der Feststellungsstelle gemäß den Vorschriften dieser Feststellungsstelle sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt, gleich aus welchem Grund, beendet wird, wobei dieser Wechselkurs nicht unmittelbar wieder an einer bzw. einem für die Emittentin akzeptablen Börse, Handels- oder Notierungssystem gehandelt oder notiert wird.

Wobei:

"Erstwährung" ist die in der Definition des maßgeblichen Wechselkurses als erstes aufgeführte Währung bzw., falls sich ein Wechselkurs auf mehr als zwei Währungen bezieht, die für jeden Bestandteilswechselkurs dieses Wechselkurses als erstes aufgeführte Währung.

"Zweitwährung" ist die in der Definition des maßgeblichen Wechselkurses als zweites aufgeführte Währung bzw., falls sich ein Wechselkurs auf mehr als zwei Währungen bezieht, die für jeden Bestandteilswechselkurs dieses Wechselkurses als zweites aufgeführte Währung.]

§ 9

Aufstockung[; Rückkauf]

- (1) Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit weitere Zertifikate mit gleicher Ausstattung zu begeben, sodass sie mit den Zertifikaten zusammengefasst werden, eine einheitliche Emission mit ihnen bilden und ihre Anzahl erhöhen. Der Begriff "Zertifikate" umfasst im Fall einer solchen Aufstockung auch solche zusätzlich begebenen Zertifikate.

[Im Falle einer Rückkaufmöglichkeit (EB Ziffer 28), einfügen:

- (2) Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit Zertifikate über die Börse und/oder durch außerbörsliche Geschäfte zu einem beliebigen Preis zurück zu kaufen. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, die Zertifikatsinhaber davon zu unterrichten. Die zurückerworbenen Zertifikate können entwertet, gehalten, weiterveräußert oder von der Emittentin in anderer Weise verwendet werden.]

§ 10

Beauftragte Stellen

- (1) **Bestellung.** Die Zahlstelle und die Berechnungsstelle (zusammen die "**beauftragten Stellen**") und ihre Geschäftsstellen sind nachstehend angegeben:

Zahlstelle: **[Zahlstelle (EB Ziffer 29) einfügen]**

Berechnungsstelle: **[Berechnungsstelle (EB Ziffer 30) einfügen]**

Die Gutschrift der Auszahlungen erfolgt über die jeweilige für den Inhaber der Zertifikate depotführenden Stelle.

- (2) **Änderung der Bestellung oder Abberufung.** Die Emittentin wird zu jedem Zeitpunkt eine Zahlstelle unterhalten, behält sich aber das Recht vor, jederzeit die Bestellung einer beauftragten Stelle zu ändern oder zu beenden und/oder zusätzliche oder andere Zahlstellen und/oder Berechnungsstellen im EWR zu bestellen. Änderungen in Bezug auf die Zahlstelle und die Berechnungsstelle werden den Zertifikateinhabern gemäß § 12 mitgeteilt.
- (3) **Beauftragte der Emittentin.** Jede beauftragte Stelle handelt ausschließlich als Beauftragte der Emittentin und übernimmt keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Zertifikatsinhabern und es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihr und den Zertifikatsinhabern begründet.
- (4) **Verbindlichkeit der Festsetzungen.** Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Festsetzungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der Emittentin, Zahlstelle(n) und Berechnungsstelle für die Zwecke dieser Emissionsbedingungen gemacht, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die Emittentin, die Zahlstelle(n) und die Zertifikatsinhaber bindend.
- (5) **Haftungsausschluss.** Soweit gesetzlich zulässig, übernehmen weder die Berechnungsstelle noch die Zahlstelle(n) eine Haftung für irgendeinen Irrtum oder eine Unterlassung oder irgendeine darauf beruhende nachträgliche Korrektur in der Berechnung oder Veröffentlichung irgendeines Betrags oder einer Festlegung in Bezug auf die Zertifikate, sei es auf Grund von Fahrlässigkeit oder aus sonstigen Gründen. Die Emittentin übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit, Vollständigkeit, Kontinuität und dauerhafte Berechnung der von der Feststellungsstelle festgestellten Kurse des Basiswertes.

§ 11

Börsennotierung

[Die Emittentin beabsichtigt, die Notierung der Zertifikate **[zum Geregelteten Freiverkehr/Dritten Markt der Wiener Börse (EB Ziffer 33)]** zu beantragen.]

[Die Emittentin kann die Zulassung der Zertifikate **[zum Handel im Geregelteten Freiverkehr der Wiener Börse (EB Ziffer 33)]** jederzeit beantragen.]

[Die Emittentin hat die Notierung der Zertifikate **[zum Handel im Geregelteten Freiverkehr/Dritten Markt der Wiener Börse (EB Ziffer 33)]** beantragt.]

[Erster Handelstag ist der **[gemäß (EB Ziffer 33) einfügen].]**

[Die Emittentin beabsichtigt nicht, die Notierung der Zertifikate zu beantragen.]

§ 12 Bekanntmachungen

- (1) Alle Bekanntmachungen, welche die Zertifikate betreffen, erfolgen nach Wahl der Emittentin rechtsgültig [über **[maßgebliche Mitteilungsart (EB Ziffer 34) einfügen]**, oder, soweit zulässig,] auf der Homepage der Emittentin (**[Homepage gemäß EB Ziffer 34 einfügen]**) oder durch schriftliche Benachrichtigung der Wertpapierinhaber.
- (2) Sofern in diesen Emissionsbedingungen nichts anderes vorgesehen ist, dienen diese Bekanntmachungen nur zur Information und stellen keine Wirksamkeitsvoraussetzungen dar.

§ 13 Verjährung

Ansprüche gegen die Emittentin auf Zahlungen hinsichtlich der Zertifikate verjähren, sofern sie nicht innerhalb von **[Frist (EB Ziffer 27) einfügen]** Jahren (im Falle des Kapitals) und innerhalb von **[Frist (EB Ziffer 27) einfügen]** Jahren (im Falle von Zinsen) ab dem Tag der Fälligkeit geltend gemacht werden.

§ 14 Steuerliche Behandlung

Sämtliche Zahlungen in Bezug auf die Zertifikate werden ohne Einbehalt oder Abzug von Steuern, Abgaben, Festsetzungen oder behördlichen Gebühren jedweder Art (die "**Steuern**") geleistet, die von der Republik Österreich oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder Behörden mit der Befugnis zur Erhebung von Steuern auferlegt, erhoben, eingezogen, einbehalten oder festgesetzt werden, es sei denn, ein solcher Einbehalt oder Abzug ist oder wird in Zukunft gesetzlich vorgeschrieben. In diesem Fall wird die Emittentin die betreffenden Steuern einbehalten oder abziehen, und die einbehaltenen oder abgezogenen Beträge an die zuständigen Behörden zahlen. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, wegen eines solchen Einhalts oder Abzugs zusätzliche Beträge an Kapital und/oder Zinsen zu zahlen.

§ 15 Anwendbares Recht; Erfüllungsort; Gerichtsstand; Salvatorische Klausel

- (1) **Anwendbares Recht.** Die Zertifikate sowie alle damit verbundenen Rechte und Pflichten unterliegen österreichischem Recht unter Ausschluss der Regelungen des internationalen Privatrechtes, soweit dies die Anwendung fremden Rechts zur Folge hätte.
- (2) **Erfüllungsort.** Erfüllungsort ist **[Erfüllungsort (EB Ziffer 35) einfügen]**.
- (3) **Gerichtsstand.** Ausschließlicher Gerichtsstand ist, soweit rechtlich zulässig, das für Handelssachen in **[Gerichtsstand (EB Ziffer 36) einfügen]** zuständige Gericht,

wobei sich die Emittentin jedoch vorbehält, eine Klage bei einem ansonsten zuständigen Gericht einzubringen. Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes können ihre Ansprüche auch bei allen anderen zuständigen Gerichten geltend machen.

- (4) **Salvatorische Klausel.** Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieser Emissionsbedingungen ganz oder teilweise rechtsunwirksam sein oder werden, bleiben die übrigen Bestimmungen dieser Emissionsbedingungen in Kraft.

Anhang 3

Muster der Endgültigen Bedingungen



Endgültige Bedingungen vom [●]

Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft

Emission von

[Gesamtanzahl der Tranche]

[Bezeichnung der Wertpapiere]

ISIN: [●]

(die "[Schuldverschreibungen] [Zertifikate]" oder die "Wertpapiere")

emittiert [am] [ab dem] [Begebungstag] unter dem

Angebotsprogramm für Schuldverschreibungen und Zertifikate

Wichtige Hinweise

[Ein gemäß dem Kapitalmarktgesetz gebilligter Prospekt vom 21.9.2016 [samt [Nachtrag] [Nachträgen] vom [●] wurde veröffentlicht und ist bei der Emittentin erhältlich.] [Das öffentliche Angebot der Wertpapiere erfolgt unter Anwendung der Ausnahme von der Prospektspflicht gemäß [Kapitalmarktgesetz] [anderes].]

[Dieses Dokument stellt die Endgültigen Bedingungen dar und bezieht sich auf die Emission der hierin beschriebenen Wertpapiere. Die hierin verwendeten Begriffe haben die für sie in den im Prospekt vom 21.9.2016 (und [dem] [den] [Nachtrag] [Nachträgen] vom [●] zum Prospekt), der einen Basisprospekt gemäß der Prospektrichtlinie (Richtlinie 2003/71/EG in der durch die Richtlinie 2014/51/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 geänderten Fassung, die "**Prospektrichtlinie**") darstellt (der "**Prospekt**") enthaltenen Muster-Emissionsbedingungen der jeweiligen Wertpapiere (die "**Muster-Emissionsbedingungen**") festgelegte Bedeutung. Dieses Dokument enthält gemäß Artikel 5 (4) der Prospektrichtlinie die Endgültigen Bedingungen der Wertpapiere und ist nur mit dem Prospekt gemeinsam zu lesen. Vollständige Informationen in Bezug auf die

Emittentin und das Angebot sind nur in der Gesamtheit dieses Dokuments (das "**Dokument**" oder die "**Endgültigen Bedingungen**"), und dem Prospekt enthalten. [Der Prospekt [und etwaige Nachträge hierzu] **[[ist] [sind]** bei [Adresse] kostenlos erhältlich und] **[kann] [können]** [dort und] auf der Website [Website] eingesehen werden.]

Warnung: Der Prospekt vom 21. September 2016 wird voraussichtlich bis zum 21. September 2017 gültig sein. Für die Zeit danach beabsichtigt die Emittentin einen aktualisierten und gebilligten Prospekt auf ihrer Webseite (www.hypovbg.at) zu veröffentlichen und die endgültigen Bedingungen sind ab diesem Zeitpunkt in Verbindung mit dem neuen Prospekt zu lesen.

²⁵Die im Prospekt festgelegten Muster-Emissionsbedingungen werden gemäß den Bestimmungen dieses Dokumentes ergänzt. Im Fall einer Abweichung von den Muster-Emissionsbedingungen gehen die Bestimmungen der Endgültigen Bedingungen vor. Die entsprechend ergänzten Muster-Emissionsbedingungen und die entsprechenden Bestimmungen der Endgültigen Bedingungen stellen zusammen die Emissionsbedingungen dar, die auf diese Emission von Wertpapieren anwendbar sind.

[Wenn anwendbar, einfügen: Investoren werden darauf hingewiesen, dass die Emissionsbedingungen der Wertpapiere nur der Emittentin ein Recht auf vorzeitige Rückzahlung gewähren, und dass die Inhaber der Wertpapiere eine höhere Rendite auf ihre Wertpapiere erhalten, als wenn sie ebenfalls ein vorzeitiges Rückzahlungsrecht eingeräumt erhalten würden. Der Ausschluss des vorzeitigen Rückzahlungsrechtes durch die Inhaber der Wertpapiere ist eine Voraussetzung dafür, dass die Emittentin ihr Risiko aus den Wertpapieren absichern kann. Daher würde die Emittentin, wenn das vorzeitige Rückzahlungsrecht der Inhaber der Wertpapiere nicht ausgeschlossen würde, die Wertpapiere entweder gar nicht begeben oder die Emittentin würde die voraussichtlichen Kosten für die Auflösung des Absicherungsgeschäftes in den Rückzahlungsbetrag der Wertpapiere einberechnen und so die Rendite der Investoren verringern. Investoren sollten daher sorgfältig überlegen, ob sie meinen, dass dieses vorzeitige Rückzahlungsrecht, das nur der Emittentin gewährt wird, für sie nachteilig ist und sollten, wenn sie dieser Ansicht sind, nicht in die Wertpapiere investieren.]

[Eine emissionsspezifische Zusammenfassung ist den Endgültigen Bedingungen beigelegt.]

²⁵ Anwendbare Bestimmung einfügen oder als "Nicht anwendbar" (N/A) kennzeichnen. Achtung: Reihenfolge der Nummerierung bleibt unverändert, auch wenn einzelne Abschnitte oder Unterabschnitte als "Nicht anwendbar" gekennzeichnet sind. Kursivschrift kennzeichnet Erläuterungen für die Bearbeitung des Dokuments für die Endgültigen Bedingungen.

TEIL 1 – EMISSIONSBEDINGUNGEN

TEIL A – VERTRAGLICHE BEDINGUNGEN

[A. Falls die für die betreffenden Wertpapiere geltenden Optionen durch Wiederholung der betreffenden im Prospekt als eine der Optionen 1 und 2 aufgeführten Angaben (einschließlich der jeweils enthaltenen bestimmten weiteren Optionen) bestimmt und die entsprechenden Leerstellen ausgefüllt werden, einfügen:

Die für die Wertpapiere geltenden Emissionsbedingungen sind wie nachfolgend aufgeführt.

[Hier die betreffenden Angaben einer der Optionen 1 und 2 einschließlich der betreffenden weiteren Optionen wiederholen und betreffende Leerstellen vervollständigen.]

[B. Falls die für die betreffenden Wertpapiere geltenden Optionen, die durch Verweisung auf die betreffenden im Prospekt als eine der Optionen 1 und 2 aufgeführten Angaben (einschließlich der jeweils enthaltenen bestimmten weiteren Optionen) bestimmt werden, einfügen:

Dieser Teil I.A der Endgültigen Bedingungen ist in Verbindung mit dem Satz der Muster-Emissionsbedingungen, der auf Wertpapiere Anwendung findet, zu lesen, der als Option [1] [2] im Prospekt enthalten ist. Begriffe, die in den Muster-Emissionsbedingungen definiert sind, haben dieselbe Bedeutung, wenn sie in diesen Endgültigen Bedingungen verwendet werden. Bezugnahmen in diesen Endgültigen Bedingungen auf Paragraphen beziehen sich auf die Paragraphen der Muster-Emissionsbedingungen.

Die Leerstellen in den auf die Wertpapiere anwendbaren Bestimmungen der Muster-Emissionsbedingungen gelten als durch die in diesen Endgültigen Bedingungen enthaltenen Angaben ausgefüllt, als ob die Leerstellen in den betreffenden Bestimmungen durch diese Angaben ausgefüllt wären. Sämtliche Bestimmungen der Muster-Emissionsbedingungen, die sich auf Variablen dieser Endgültigen Bedingungen beziehen und die weder angekreuzt noch ausgefüllt werden oder die gestrichen werden, gelten als in den auf die Wertpapiere anwendbaren Emissionsbedingungen gestrichen.]

[Im Fall von Option 1 einfügen:

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

1. . Art der Schuldverschreibung: [nachrangige] [nicht-nachrangige] [fix verzinste] [variabel verzinste] [Stufenzins] [basiswertabhängige] [Steepener] [Schuldverschreibungen] [Pfandbriefe] [Kommunalfpfandbriefe] [Nullkupon Schuldverschreibungen]

2. Nennbetrag: [●]
3. Gesamtnennbetrag: [●]
4. Festgelegte Währung: [●]
5. (Erst-)Emissionspreis: [EUR/andere Währung] [*Betrag einfügen*]
[[●]% des Nennbetrages] [zuzüglich
aufgelaufener Zinsen ab [*Datum einfügen*] (*nur
bei fungiblen Tranchen, wenn erforderlich*)]
- [*im Falle einer Daueremission: Angabe, wie
sich der Emissionspreis bestimmt*] [laufende
Anpassung gemäß den jeweils herrschenden
Marktbedingungen]
- Ausgabeaufschlag: [●] [Nicht anwendbar]
6. Mindestzeichnungsbetrag: [●] [Nicht Anwendbar]
7. Höchstzeichnungsbetrag: [●] [Nicht Anwendbar]
8. (Erst-)Begebungstag: [●]
9. Daueremission/Angebotsfrist/Ende der Zeichnungsfrist: [Anwendbar/Nicht anwendbar] [**Wenn anwendbar und ohne einem fixen Ende der Zeichnungsfrist, einfügen:** Die Angebotsfrist entspricht im Wesentlichen der Laufzeit der Schuldverschreibungen bzw. dem Zeitraum vom [**Datum einfügen**] bis zum Laufzeitende bzw. bis zum von der Emittentin festgelegten Ende des Angebotes.]
- [**Wenn anwendbar und mit einem fixen Ende der Zeichnungsfrist, einfügen:** Die Schuldverschreibungen werden von der Emittentin im Rahmen eines öffentlichen Angebots in der Zeit vom [**Beginn der Zeichnungsfrist einfügen**] bis [**Ende der Zeichnungsfrist einfügen**] (die "Zeichnungsfrist") zum Ausgabepreis zur Zeichnung angeboten. Nach Ablauf der Zeichnungsfrist ist bis zur endgültigen Schließung des Angebotes ein Erwerb freibleibend bei der Emittentin zum jeweiligen Verkaufspreis möglich [, und nach Aufnahme einer Börsenotierung bzw Einbeziehung in

einen MTF darüber hinaus auch über die Börse bzw den MTF].]

10. Verzinsungsbeginn: **[●]** [*bei anfänglicher Fixzinsperiode ist der Verzinsungsbeginn für die anfängliche Fixzinsperiode und die nachfolgende Zinsmodalität anzugeben*]
11. Fälligkeitstag: **[●]** [Zinszahlungstag, der in den Rückzahlungsmonat, Jahr] fällt]
12. Zinsmodalität: [Fixverzinslich] [Stufenzins] [Variabel verzinslich (Leitzinssatz)] [Variabel verzinslich (Swapsatz)] [Basiswertabhängige Verzinsung] [Nullkupon] [Steepener] [mit anfänglicher Fixzinsperiode]
13. Zinstagequotient: [Actual/Actual (ICMA)]
[30/ 360]
[30E/ 360] [Eurobond Basis]
[Actual/ 365] [Actual/Actual (ISDA)]
[Actual/ 365 (Fixed)]
[Actual/ 360]
14. Gläubigerkündigungsrechte / Kündigungsrechte der Emittentin: [Gläubigerkündigungsrecht]
[Kündigungsrecht der Emittentin]
(*zusätzliche Einzelheiten unter "Rückzahlungsmodalitäten" unten*)
[Nicht anwendbar]

BESTIMMUNGEN ZUR VERZINSUNG

15. Fixzinsmodalitäten: [Anwendbar/Nicht anwendbar]
(*falls nicht anwendbar, Unterabschnitte dieses Absatzes streichen*)
- Anfängliche Fixzinsperiode: [Anwendbar/Nicht anwendbar]
[*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.*]
 - Zinssatz: **[●]**% *per annum* [zahlbar [jährlich/ halbjährlich / vierteljährlich / anders] nachträglich] [*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.*]
 - Letzter fixer Zinszahlungstag: **[●]**

16. Modalitäten bei Stufenzins: [Anwendbar/Nicht anwendbar] (*falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes streichen*)
- Zinssätze: [●] [*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.*]
17. Modalitäten bei variabler Verzinsung (Leitzinssatz): [Anwendbar/Nicht anwendbar] (*falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes streichen*)
- Referenzzinssatz: [3-Monats EURIBOR] [6-Monats EURIBOR] [12-Monats EURIBOR] [3-Monats LIBOR] [6-Monats LIBOR] [12-Monats LIBOR] [●]
 - Bildschirmseite: [●]
 - Zinsberechnungsbasispartizipationsfaktor: [●]
 - Aufschlag/Abschlag (Marge): [[+/-] [●]% per annum] [*auf- oder absteigende Marge einfügen*]
 - Zinsfeststellungstag(e): [zweiter Londoner Geschäftstag vor Beginn der jeweiligen Zinsperiode wenn LIBOR/und zweiter TARGET Geschäftstag vor Beginn jeder Zinsperiode wenn EURIBOR oder LIBOR] [*andere Tage*]
 - Referenzbanken: [●] [*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.*]
 - Relevanter Markt: [●]
18. Modalitäten bei variabler Verzinsung (Swapsatz): [Anwendbar/Nicht anwendbar] (*falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes streichen*)
- Referenzswapsatz: [●]
 - Maßgebliche Bildschirmseite: [●]
 - Zinsberechnungsbasispartizipationsfaktor: [●]
 - Aufschlag/Abschlag (Marge): [[+/-] [●]% per annum] [*auf- oder absteigende Marge einfügen*]
 - Zinsfeststellungstag(e): [●] [*andere Tage*]

- Für Swapsatz-Quotierungen maßgeblicher Zinssatz: **[●]**
- 19. Modalitäten bei basiswertabhängiger Verzinsung: **[Anwendbar/Nicht anwendbar]**
(falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes streichen)
- Verzinsungsart: **[Range Accrual] [Digitale Option]**
[Inflationsgebunden (additiv)]
[Inflationsgebunden (multiplikativ)]
- Indexabhängige Verzinsung: **[Anwendbar] [Nicht anwendbar]**
- Range Accrual Zinssatz: **[●] [wenn nicht anwendbar, Zeile löschen]**
- Digitale Option Zinssatz 1: **[●] [wenn nicht anwendbar, Zeile löschen]**
- Digitale Option Zinssatz 2: **[●] [wenn nicht anwendbar, Zeile löschen]**
- Verzinsungsende: **[●]**
- Basiswert / Basiswertkorb: **[●]** *(Beschreibung des Basiswertes sowie ggf. des Ortes, wo Informationen zum Basiswert zu finden sind, einfügen)*
- Beobachtungswert: **[●]** *(nur angeben, wenn anders als in den Muster-Emissionsbedingungen)*
- Schlusskurs: **[●]** *(nur angeben, wenn anders als in den Muster-Emissionsbedingungen)*
- Barriere: **[●] [wenn nicht anwendbar, Zeile löschen]**
- Obere Barriere: **[●] [wenn nicht anwendbar, Zeile löschen]**
- Untere Barriere: **[●] [wenn nicht anwendbar, Zeile löschen]**
- Beobachtungstag / -periode: **[●] [Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.]**
- Zinsermittlungstag: **[●] [Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.]**

- Basiszinssatz: [●] [*wenn nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Indexermittlungszeitpunkt 1: [●] [*wenn nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Indexermittlungszeitpunkt 2: [●] [*wenn nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Maßgeblicher Zeitraum: [●] [*wenn nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Partizipationsrate: [●] [*wenn nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Index-Bildschirmseite: [●] [*wenn nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Maßgebliche Terminbörse: [●] (*nur angeben, wenn anders als in den Muster-Emissionsbedingungen*)
20. Modalitäten für die Verzinsung für Steepener-Schuldverschreibungen: [Anwendbar/Nicht anwendbar] (*falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes streichen*)
- Swapsatz 1: [●]
 - Swapsatz 2: [●]
 - Zins-Partizipationsfaktor: [●]
 - Bildschirmseite: [●]
 - Für Swapsatz-Quotierungen maßgeblichen Zinssatz: [●]
21. Allgemeine Regelungen betreffend die Verzinsung und Definitionen:
- Mindest- und/oder Maximalzinssatz: [●] [*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.*]
 - Festgelegte Zinsperiode(n): [●] [*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.*]
 - Festgelegte Zinszahlungstage: [●] [*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.*]
 - Geschäftstage- [Modifizierte-Folgender-Geschäftstag-

- | | |
|--|---|
| konvention: | Konvention] [Floating Rate Note Konvention]
[Folgender-Geschäftstag-Konvention]
[Vorangegangener-Geschäftstag-Konvention] |
| - Maßgebliche(s)
Finanzzentrum
(-zentren): | [●] [Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.] |
| - Anpassung der
Zinsperiode: | [Angepasst] [Nicht angepasst] |

RÜCKZAHLUNGSMODALITÄTEN

- | | |
|---|--|
| 22. [Vorzeitiger]
Rückzahlungsbetrag: | [standard] [Nennbetrag] [[●] pro Stückelung]
[anderer Betrag] |
| 23. Vorzeitige Rückzahlung
nach Wahl der Emittentin: | [Anwendbar] [Nicht anwendbar]
(falls nicht anwendbar, Unterabschnitte dieses
Absatzes streichen) |
| - Wahlrückzahlungstag(e)
(Call): | [●] |
| - Wahlrückzahlungs-
betrag (-beträge) (Call),
falls zutreffend,
Methode zu dessen
(deren) Berechnung: | [●] je Stückelung von [●] (wenn nicht
Nennbetrag) |
| - Teilrückzahlung: | [●] [falls nicht anwendbar, Zeile löschen] |
| (a) Mindest-
Rückzahlungsbetrag | [●] [falls nicht anwendbar, Zeile löschen] |
| (b) höherer- (Höchst-)
Rückzahlungsbetrag | [●] [falls nicht anwendbar, Zeile löschen] |
| - Kündigungsfrist (Call): | [●] |
| - Zahlungsfrist (Call): | [●] |
| - Zinsaufschlag für den
Verzicht auf das
ordentliche
Kündigungsrecht: | [●] [Kann nicht angegeben werden.] |
| 24. Vorzeitige Rückzahlung | [Anwendbar] [Nicht anwendbar] (falls nicht |

- nach Wahl der Anleihegläubiger *anwendbar, Unterabschnitte dieses Absatzes streichen)*
- Wahlrückzahlungstag(e) (Put): **[●]**
 - Wahlrückzahlungsbetrag (-beträge) (Put) und falls zutreffend, Methoden zu dessen Berechnung: **[● je Stückelung von ●] (wenn nicht Nennbetrag)**
 - Kündigungsfrist (Put): **[●] (wenn abweichend von den Muster-Emissionsbedingungen)**
 - Zahlungsfrist (Put): **[●]**
25. Vorzeitige Rückzahlung bei Vorliegen einer Rechtsänderung: **[Anwendbar][Nicht anwendbar] (falls nicht anwendbar, Unterabschnitte dieses Absatzes streichen)**
- Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag: **[●]**
 - Zahlungsfrist: **[●]**
26. Maßgebliche Börse / Feststellungsstelle / Indexberechnungsstelle: **[●] [Nicht anwendbar]**

WEITERE VERTRAGLICHE ANGABEN

27. Verjährungsfrist:
- im Fall des Kapitals: **[●]**
 - im Fall von Zinsen: **[●] [Nicht anwendbar]**
28. Zahlstelle(n): **[Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft Hypo-Passage 1 A-6900 Bregenz Österreich] [●]**
29. Berechnungsstelle: **[Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft Hypo-Passage 1]**

A-6900 Bregenz
Österreich] [●]

30. Sachverständiger Dritter: [●]
31. (i) Verwahrstelle: [Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Hypo-Passage 1, A-6900 Bregenz]
[OeKB CSD GmbH, Strauchgasse 1-3, A-1010 Wien]
[andere] (*Angabe von Einzelheiten*)
- (ii) Clearing System: [Clearstream Banking AG, Frankfurt, Börsenplatz 7 – 11, D-60313 Frankfurt am Main]
[Euroclear Bank S.A./N.V. (Euroclear Operator), 1. Boulevard du Roi Albert II, B-1210 Brüssel]
[Clearstream Banking société anonyme, Luxembourg, 42 Avenue JF Kennedy, L-1855 Luxemburg]
[OeKB CSD GmbH, Strauchgasse 1-3, A-1010 Wien]
[anderes / zusätzliches Clearing System]
(*Angabe von Einzelheiten*)
32. Börsennotierung: [Geregelter Freiverkehr der Wiener Börse]
[Dritter Markt der Wiener Börse] [Nicht anwendbar.] [Die Zulassung zum Handel im Geregeltten Freiverkehr der Wiener Börse kann jederzeit beantragt werden] [*falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes streichen*]
- Erster Handelstag [●]
33. Art der Mitteilungen und Website für Bekanntmachungen: [www .hypovbg.at] [*andere*]
34. Erfüllungsort: [●]
35. Gerichtsstand: [●]

TEIL B – WEITERE ANGABEN

IDENTIFIKATION

ISIN, WKN:	[●]
[(i)] Nummer der Serie:	[●]
[(ii)] Nummer der Tranche:	[●] (<i>falls fungibel mit einer bestehenden Serie, Beschreibung dieser Serie, einschließlich des Tages, an dem die Schuldverschreibungen fungibel werden</i>)
Rating der Wertpapiere:	[●] <i>[Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.]</i>

ANGABEN ZUR PLATZIERUNG

Bestimmungsland des öffentlichen Angebotes:	[Nicht anwendbar] [●] <i>[der Prospekt wurde der zuständigen Behörde am ● notifiziert]</i>
Angebotsfrist:	[●]
Zeitraum für die Zeichnung:	<i>[Angabe von Einzelheiten einschließlich etwaiger Möglichkeiten der Verkürzung des Zeitraums für die Zeichnung und/oder der Kürzung von Zeichnungen]</i>
Gründe für das Angebot und Zweckbestimmung der Erlöse	[●]
Geschätzte Gesamtkosten bezüglich der Zulassung zum Handel:	[●] <i>[Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.]</i>
Koordinatoren und/oder Platzeure	<i>[Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.]</i> [●]
Übernahmevertrag	<i>[Datum des Übernahmevertrags einfügen]</i> <i>[Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.]</i>
Übernahme	<i>[Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.]</i> [●]
Provisionen:	[Nicht anwendbar] [●]

ANGABEN ZUR ABWICKLUNG

Lieferung:	[Lieferung gegen/frei von Zahlung]
------------	---

Geregelte oder gleichwertige Märkte, an denen Wertpapiere der Emittentin derselben Gattung wie die angebotenen Wertpapiere zum Handel zugelassen sind:

[Märkte angeben]

Intermediäre im Sekundärhandel

[Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.] [●]

Emissionsrendite:

[●] [Nicht anwendbar] [Die Emissionsrendite ist am Tag der Begebung auf der Basis des Ausgabepreises berechnet und ist keine Indikation für eine Rendite in der Zukunft.]

Berechnungsmethode der Emissionsrendite:

[ICMA Methode (Die ICMA Methode ermittelt die Effektivverzinsung von Schuldverschreibungen unter Berücksichtigung der täglichen Stückzinsen)] [Andere Methode angeben]

Interessen von ausschlaggebender Bedeutung:

[Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.] [Falls anwendbar, Angabe von Einzelheiten in Bezug auf jegliche Interessen – einschließlich Interessenkonflikte -, die für die Emission/das Angebot von ausschlaggebender Bedeutung sind unter Spezifizierung der involvierten Personen und Angabe der Wesensart der Interessen.]]

[Im Fall von Option 2 einfügen:

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

1. Art des Zertifikates:

*[Fix- bzw. variabel verzinstes Zertifikat]
[Participations-Zertifikate ohne Kapitalgarantie]
[Participations-Zertifikate ohne Kapitalgarantie mit Cap] [Participations-Zertifikate mit Kapitalgarantie]
[Participations-Zertifikate mit Kapitalgarantie und Cap] [Participations-Zertifikate mit Teilschutz]
[Bonus-Zertifikate mit Kapitalgarantie] [Bonus-*

Zertifikate ohne Kapitalgarantie] [Express-Zertifikate]

2. Nennbetrag: [●]
3. Gesamtnennbetrag: [●]
4. Festgelegte Währung: [●]
5. (Erst-)Emissionspreis: [EUR/andere Währung] [*Betrag einfügen*] [[●]% des Nennbetrages] [zuzüglich aufgelaufener Zinsen ab [*Datum einfügen*] (*nur bei fungiblen Tranchen, wenn erforderlich*)]

[*im Falle einer Daueremission: Angabe, wie sich der Emissionspreis bestimmt*] [laufende Anpassung gemäß den jeweils herrschenden Marktbedingungen]

- Ausgabeaufschlag: [●] [Nicht anwendbar]
6. Mindestzeichnungsbetrag: [●] [Nicht Anwendbar]
7. Höchstzeichnungsbetrag: [●] [Nicht Anwendbar]
8. (Erst-)Begebungstag: [●]
9. Daueremission/Angebotsfrist/Ende der Zeichnungsfrist: [Anwendbar/Nicht anwendbar] [**Wenn anwendbar und ohne einem fixen Ende der Zeichnungsfrist, einfügen:** Die Angebotsfrist entspricht im Wesentlichen der Laufzeit der Zertifikate bzw. dem Zeitraum vom [**Datum einfügen**] bis zum Laufzeitende bzw. bis zum von der Emittentin festgelegten Ende des Angebotes.]

[**Wenn anwendbar und mit einem fixen Ende der Zeichnungsfrist, einfügen:** Die Zertifikate werden von der Emittentin im Rahmen eines üblichen Angebots in der Zeit vom [**Beginn der Zeichnungsfrist einfügen**] bis [**Ende der Zeichnungsfrist einfügen**] (die "**Zeichnungsfrist**") zum Ausgabepreis zur Zeichnung angeboten. Nach Ablauf der Zeichnungsfrist ist bis zur endgültigen Schließung des Angebotes ein Erwerb freibleibend bei der Emittentin zum jeweiligen Verkaufspreis möglich [, und nach Aufnahme einer Borsenotierung bzw Einbeziehung in einen MTF darüber hinaus

auch über die Börse bzw den MTF].]

10. Verzinsungsbeginn: [●]
11. Fälligkeitstag: [●] [Zinszahlungstag, der in den Rückzahlungsmonat, Jahr] fällt]
12. Laufzeitende: [●]
13. Tilgungszeitpunkt: [●]
14. Zinsmodalität: [Keine Verzinsung] [Fixverzinslich] [Variabel verzinslich]
15. Zinstagequotient: [Actual/Actual (ICMA)]
[30/ 360]
[30E/ 360] [Eurobond Basis]
[Actual/ 365] [Actual/Actual (ISDA)]
[Actual/ 365 (Fixed)]
[Actual/ 360]
16. Basiswert(e): [hybrider] Basiswertkorb aus] [Aktie(n)]
[Index(ices)] [Rohstoff(e)] [Währung(en)]
[Beschreibung de(r)(s) Basiswerte(s) einfügen]
- ISIN Code Basiswert(e): [●]
 - Währung Basiswert(e): [●]
 - Basiskurs de(s)(r) Basiswerte(s): [●]
 - Basiswertersetzung [Anwendbar/Nicht anwendbar]

BESTIMMUNGEN ZUR VERZINSUNG

17. Fixzinsmodalitäten: [Anwendbar/Nicht anwendbar]
(falls nicht anwendbar, Unterabschnitte dieses Absatzes streichen)
- Zinssatz: [●]% per annum [zahlbar [jährlich/ halbjährlich / vierteljährlich / anders] nachträglich] [Falls nicht anwendbar, Zeile löschen]
18. Modalitäten bei variabler Verzinsung (Leitzinssatz): [Anwendbar/Nicht anwendbar] (falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes

streichen)

- Referenzzinssatz: [3-Monats EURIBOR] [6-Monats EURIBOR] [12-Monats EURIBOR] [3-Monats LIBOR] [6-Monats LIBOR] [12-Monats LIBOR] [●]
 - Bildschirmseite: [●]
 - Zinsberechnungsbasispartizipationsfaktor: [●]
 - Marge (Aufschlag/Abschlag): [[+/-] [●]% *per annum*] [*an- oder absteigende Marge einfügen*]
 - Zinsfeststellungstag(e): [Zweiter Londoner Geschäftstag vor Beginn der jeweiligen Zinsperiode wenn LIBOR/und zweiter TARGET Geschäftstag vor Beginn jeder Zinsperiode wenn EURIBOR oder LIBOR] [*andere Tage*]
 - Referenzbanken: [●] (*falls andere als in den Muster-Emissionsbedingungen*)
 - Relevanter Markt: [●]
19. Allgemeine Regelungen betreffend die Verzinsung und Definitionen:
- Mindest- und/oder Maximalzinssatz: [●] [*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Festgelegte Zinsperiode(n): [●] [*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Festgelegte Zinszahlungstage: [●] [*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen*]
 - Geschäftstagekonvention: [Modifizierte-Folgender-Geschäftstag-Konvention] [Floating Rate Note Konvention] [Folgender-Geschäftstag-Konvention] [Vorangegangener-Geschäftstag-Konvention]
 - Maßgebliche(s) Finanzzentrum (-zentren): [●]

- Anpassung der Zinsperiode: [Angepasst] [Nicht angepasst]

TILGUNGSMODALITÄTEN

- 20. Barriere: [Nicht anwendbar] [●] (*für Fix- bzw. variabel verzinste Zertifikate, Bonus-Zertifikate mit Kapitalgarantie, Bonus-Zertifikat ohne Kapitalgarantie und Express-Zertifikate*)
- 21. Bonus: [Nicht anwendbar] [●] (*für Bonus-Zertifikat mit Kapitalgarantie und Bonus-Zertifikat ohne Kapitalgarantie*)
- 22. Partizipationsfaktor: [nicht anwendbar] [●] (*für Partizipations-Zertifikate ohne Kapitalgarantie und Partizipations-Zertifikat mit Kapitalgarantie*)
 - Cap: [●] [Nicht anwendbar]
 - Teilschutz: [●] [Nicht anwendbar]
- 23. Beobachtungstage: [Nicht anwendbar] [*falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes streichen*]
 - Beobachtungstag(e): [*Wenn nicht anwendbar, Zeile löschen.*] [●] (*für Bonus-Zertifikate mit Kapitalgarantie, Bonus-Zertifikate ohne Kapitalgarantie, Express-Zertifikate*)
 - Endbeobachtungstag: [*Wenn nicht anwendbar, Zeile löschen.*] [●] (*für Fix- bzw. variabel verzinste Zertifikate, Partizipations-Zertifikate ohne Kapitalgarantie, Partizipations-Zertifikate ohne Kapitalgarantie mit Cap, Partizipations-Zertifikate mit Kapitalgarantie, Partizipations-Zertifikate mit Kapitalgarantie und Cap, Partizipations-Zertifikate mit Teilschutz, Bonus-Zertifikate ohne Kapitalgarantie, Express-Zertifikate*)
 - Anfangs-
-beobachtungstag: [*Wenn nicht anwendbar, Zeile löschen.*] [●] (*für Fix- bzw. variabel verzinste Zertifikate, Partizipations-Zertifikate ohne Kapitalgarantie, Partizipations-Zertifikate ohne Kapitalgarantie mit Cap, Partizipations-Zertifikate mit Kapitalgarantie, Partizipations-Zertifikate mit Kapitalgarantie und Cap, Partizipations-Zertifikate mit Teilschutz, Bonus-*

Zertifikate ohne Kapitalgarantie, Express-Zertifikate)

24. Startwert: **[●]**
25. Feststellungsstelle: **[●]**
26. Maßgebliche Terminbörse /
Indexberechnungsstelle: **[Nicht anwendbar] [●]** (*nur wenn die Muster-
Emissionsbedingungen geändert werden sollen*)

WEITERE VERTRAGLICHE ANGABEN

27. Verjährungsfrist:
- im Fall des Kapitals: **[●]**

- im Fall von Zinsen: **[●]**
[nicht anwendbar]
28. Rückkaufmöglichkeit: **[Anwendbar] [Nicht Anwendbar]**
29. Zahlstelle(n): **[Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank
Aktiengesellschaft
Hypo-Passage 1
A-6900 Bregenz
Österreich] [●]**
30. Berechnungsstelle: **[Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank
Aktiengesellschaft
Hypo-Passage 1
A-6900 Bregenz
Österreich] [●]**
31. Sachverständiger Dritter: **[●]**
32. (i) Verwahrstelle: **[Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank
Aktiengesellschaft, Hypo-Passage 1, A-6900
Bregenz, Österreich]
[OeKB CSD GmbH, Strauchgasse 1-3, A-1010
Wien, Österreich]
[andere] (*Angabe von Einzelheiten*)**
- (ii) Clearing System: **[Clearstream Banking AG, Frankfurt, Börsenplatz 7
– 11, D-60313 Frankfurt am Main]
[Euroclear Bank S.A./N.V. (Euroclear Operator), 1.
Boulevard du Roi Albert II, B-1210 Brüssel]
[Clearstream Banking société anonyme,
Luxembourg, 42 Avenue JF Kennedy, L-1855
Luxemburg]**

[OeKB CSD GmbH, Strauchgasse 1-3, A-1010
Wien, Österreich]
[anderes / zusätzliches Clearing System] (*Angabe
von Einzelheiten*)

33. Börsennotierung: [Geregelter Freiverkehr der Wiener Börse] [Dritter
Markt der Wiener Börse] [Nicht anwendbar] [Die
Zulassung zum Handel im Geregelten Freiverkehr
der Wiener Börse kann jederzeit beantragt werden]
[*Falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses
Absatzes streichen*]
- Erster Handelstag: [●]
34. Art der Mitteilungen und [www .hypovbg.at] [*andere*]
Website für
Bekanntmachungen:
35. Erfüllungsort: [●]
36. Gerichtsstand: [●]

TEIL B – WEITERE ANGABEN

IDENTIFIKATION

- ISIN, WKN: [●]
- [(i)] Nummer der Serie: [●]
- [(ii)] Nummer der Tranche:] [●] (*falls fungibel mit einer bestehenden Serie,
Beschreibung dieser Serie, einschließlich des
Tages, an dem die Zertifikate fungibel werden*)
- Rating der Wertpapiere: [●] [*Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.*]

ANGABEN ZUR PLATZIERUNG

- Bestimmungsland des [Nicht anwendbar] [●][der Prospekt wurde der
öffentlichen Angebotes: zuständigen Behörde am ● notifiziert]
- Angebotsfrist: [●]
- Zeitraum für die Zeichnung: [*Angabe von Einzelheiten einschließlich etwaiger*]

Gründe für das Angebot und Zweckbestimmung der Erlöse	<i>Möglichkeiten der Verkürzung des Zeitraums für die Zeichnung und/oder der Kürzung von Zeichnungen</i> [●]
Geschätzte Gesamtkosten bezüglich der Zulassung zum Handel:	[●][<i>Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.</i>]
Koordinatoren und/oder Platzeure	[<i>Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.</i>] [●]
Übernahmevertrag	[<i>Datum des Übernahmevertrags einfügen</i>] [<i>Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.</i>]
Übernahme	[<i>Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.</i>] [●]
Provisionen:	[Nicht anwendbar] [●]

ANGABEN ZUR ABWICKLUNG

Lieferung:	[Lieferung gegen/frei von Zahlung]
Geregelte oder gleichwertige Märkte, an denen Wertpapiere der Emittentin derselben Gattung wie die angebotenen Wertpapiere zum Handel zugelassen sind:	[<i>Märkte angeben</i>]
Intermediäre im Sekundärhandel	[<i>Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.</i>] [●]
Emissionsrendite:	Nicht anwendbar; Die Emissionsrendite kann nicht berechnet werden, da der Tilgungsbetrag vom Schlusskurs des Basiswertes abhängt.
Berechnungsmethode der Emissionsrendite:	[<i>ICMA Methode (Die ICMA Methode ermittelt die Effektivverzinsung von Zertifikaten unter Berücksichtigung der täglichen Stückzinsen)</i>] [<i>Andere Methode angeben</i>]
Interessen von ausschlaggebender	[<i>Falls nicht anwendbar, Zeile löschen.</i>] [<i>Falls anwendbar, Angabe von Einzelheiten in Bezug auf</i>]

Bedeutung: *jegliche Interessen – einschließlich Interessenkonflikte -, die für die Emission/das Angebot von ausschlaggebender Bedeutung sind unter Spezifizierung der involvierten Personen und Angabe der Wesensart der Interessen.]]*

[ANTRAG AUF BÖRSENNOTIERUNG UND ZULASSUNG ZUM HANDEL

Diese Endgültigen Bedingungen enthalten die Details, die erforderlich sind, um die hierin beschriebenen Wertpapiere gemäß dem Angebotsprogramm für Schuldverschreibungen und Zertifikate vom 21.9.2016 an der Börse zu notieren und zum Handel zuzulassen.]]

INFORMATIONEN NACH DER EMISSION

Die Emittentin wird nach Emission keine Informationen bezüglich der Basiswerte liefern, ausgenommen wie in den Muster-Emissionsbedingungen und den Endgültigen Bedingungen bestimmt.

Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft

Durch:

Zeichnungsberechtigte Person

Durch:

Zeichnungsberechtigte Person

[TEIL 2 – EMISSIONSSPEZIFISCHE ZUSAMMENFASSUNG

*Um die Details zur maßgeblichen Emission ergänzte Zusammenfassung des Prospekts
einfügen]*

GESCHÄFTSANSCHRIFT

Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft

Hypo-Passage 1

A-6900 Bregenz

RECHTSBERATER

WOLF THEISS
Rechtsanwälte GmbH & Co KG

Schubertring 6

A-1010 Wien